

In diesem Heft

Editorial

Essay

GENNADI E. KAGAN
Der »Kalte Krieg« in meiner Erinnerung 7

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

RONALD LÖTZSCH
Was ist ein Volk und was eine Nation? 15

BERTELL OLLMAN
Dialektik – warum gerade jetzt? 31

KARL MORGENSTERN
Visionen und Realitäten.
Problemfelder gesellschaftlicher Alternativen 44

GOTTFRIED STIEHLER
Mensch und Geschichte.
Aspekte eines Problemkomplexes 57

GEROLD SCHMIDT, WINFRIED WOLF
Über den Isthmus von Tehuantepec.
Eine Reise mit Quersichten 74

MAGUÉYE KASSÉ
Interkulturelle Kommunikation
im Globalisierungsprozeß – Afrika und Europa 86

Deutsche Zweistaatlichkeit

ROLF BADSTÜBNER
Zur Entstehung von BRD und DDR 92

JÖRG ROESLER
Wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidungen
in beiden deutschen Staaten von 1946-1970 102

STEFAN BOLLINGER
DDR 1989/1990 – vom Aufbruch zum Anschluß 110

Dokumentierte Geschichte

WERNER SCHELER, WERNER HARTKOPF
Gespräch über die Wiedereröffnung
der Berliner Akademie nach dem Zweiten Weltkrieg
und über den Neubeginn ihrer Tätigkeit 122

Standorte

ROLAND W. SCHINDLER
Flaschenpost für das 21. Jahrhundert.
Einführung in das Werk Hannah Arendts 143

REINHARD MOCEK
Vom Anspruch der Bewahrung.
Anmerkungen zu Hans Heinz Holz 154

Konferenzen & Veranstaltungen

MARTIN GANSEN
Marxismus im Übergang zum 21. Jahrhundert.
Suche nach Orientierungspunkten 165

DETLEF NAKATH
Konferenz zur deutschen Zweistaatlichkeit
am 13. und 14. März 1999 in Berlin 169

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 172

Bücher & Zeitschriften

Gerhard Keiderling: Rosinenbomber über Berlin,
Karl Dietz Verlag Berlin 1998
(KARL GASS) 174

Elke Thiel: Die Europäische Union.
Von der Integration der Märkte
zu gemeinsamen Politiken,
Verlag Leske + Budrich Opladen 1998
(ULRICH BUSCH) 177

Roland W. Schindler: Rationalität zur Stunde Null. Mit Hannah Arendt in das 21. Jahrhundert, (Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft, Bd. 6) trafo verlag dr. weist Berlin 1998 (GERHARD LOZEK)	179
Siegfried Wenzel: Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie, Dokumentation und Erinnerungen, Scripta Mercaturae Verlag St. Katharinen 1998 [I]	
Siegfried Wenzel: War die DDR 1989 wirtschaftlich am Ende? Zum Produktivitäts- und Effektivitätsvergleich der Wirtschaften der BRD und der DDR, hefte zur ddr-geschichte (hrsg. von Gesellschafts- wissenschaftliches Forum/Helle Panke e.V.), H. 52, Berlin 1998 [II] (STEFAN BOLLINGER)	181
Bodo Hombach: Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte, mit einem Nachwort von Gerhard Schröder, Econ-Verlag München 1998 (HORST DIETZEL)	184
Pierre Bourdieu u.a.: Der Einzige und sein Eigenheim, Schriften zu Politik & Kultur 3, hrsg. von Margareta Steinrück, VSA-Verlag Hamburg 1998 (JOACHIM TESCH)	186
Hansgeorg Conert: Vom Handelskapital zur Globalisierung. Entwicklung und Kritik der kapitalistischen Ökonomie, Westfälisches Dampfboot Münster 1998 (ARNDT HOPFMANN)	188
Detlef Nakath/Gero Neugebauer/ Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): »Im Kreml brennt noch Licht«. Die Spitzenkontakte zwischen SED/PDS und KPdSU 1989-1991, Karl Dietz Verlag Berlin 1998 (STEFAN BOLLINGER)	189
An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	192

VorSchein. Blätter der Ernst-Bloch-Assoziation

Nr. 17, Mai 1999

Etwas fehlt. Das treibt. Bertolt Brecht & Ernst Bloch Produktivität & Experiment

Doris Zeilinger:

Dioskuren eigener Arbeit: Brecht und Bloch

Albrecht Dümling:

Kulturpolitische Gemeinsamkeiten zwischen Eisler und Bloch

Ulrike Erhard und Gerd Koch:

Verhältnisse und Liebesgewohnheiten – brechtisch und blochisch

Inge Gellert:

Konfutse versteht nichts von Frauen – oder doch?

Volker Schneider:

Blochs Musikphilosophie und Brechts Platz darin

Francesca Vidal:

Exil und die Politisierung der Ästhetik bei Brecht und Bloch

Martin Blumentritt: Brechts Kuchendialektik

Reinhart Behr:

Zur politischen Verantwortung von Schriftstellern: Brecht und Munk

Ca. 150 Seiten, DM 18 / SFr 18 / öS 133

ISBN 3-8257-0130-1

Herausgeberin: Ernst-Bloch-Assoziation

Petzoldstraße 6

90443 Nürnberg

Tel: 0911/286089

Fax 0911/284705

Internet: <http://www.fen.baynet.de/eba/>

Editorial

Die Utopie des Friedens stirbt in Jugoslawien einen neuen, qualvollen Tod. Die westliche Zivilgesellschaft beantwortet Barbarei mit Barbarei, begibt sich damit selbst auf den Weg in die Barbarei zurück und tritt überdies den Beweis dafür an, daß ihr Heraustreten aus der Barbarei nur ein zeitlich und geographisch begrenztes, nie aber zum universellen Ziel erhobenes war.

Seit dem 24. März 1999 hat sie uns wieder: die Normalität des Wolfsgesetzes, wonach das Recht des Stärkeren das alleinige sei. Was für ein Zeichen neuer – und vielleicht dauerhafter – Friedlichkeit wäre es gewesen, wäre der Westen dem Wüten der jugoslawischen Führung (denn natürlich ist es nicht Milošević allein!) mit einem machtvollen Maßnahmenpaket aus strikt mit Deeskalation beauftragten UNO-Truppen und OSZE-Beobachtern, weiter aus wirtschaftlichem Druck und gleichzeitigem komplexen Angebot an langfristiger ökonomischer Hilfe zur Überwindung der Rückständigkeit – und damit zur Entschärfung ethnischer Konflikte – und schließlich aus abgewogener politischer Zusammenarbeit mit allen wichtigen politischen Kräften in der Region entgegengetreten. Aber: Das westliche Europa, obwohl energische Schritte hin zu weiterer Vereinigung vollziehend und »eigentlich« nicht kriegsinteressiert, fand sich zu derartigem gemeinsamen Handeln nicht zusammen, und die USA: Sie wollten diesen Krieg – in nichts anderes als in klassischer Weltherrschaftsmanier.

Die Höhe des Preises, den die Welt für all das zu zahlen hat, ist noch nicht einmal in Ansätzen abzusehen. Das Flüchtlingselend der Kosovo-Albaner ins Unermeßliche gesteigert, Mazedonien und Albanien mit den Strömen der Vertriebenen aufs äußerste belastet, mit der Zerstörung der Industrie, Infrastruktur, Landwirtschaft und Umwelt in Jugoslawien die Lebensgrundlagen von 10 Millionen Menschen auf viele Jahre hin vernichtet – wann und wie soll das wieder gerichtet werden? Das 54 Jahre alte Völkerrecht, das trotz erheblicher Erschütterungen nicht nur stark genug war, einen neuen Weltkrieg zu verhindern, sondern auch einen Rahmen für die Weiterentwicklung friedenserhaltender Mechanismen und Institutionen bot, ist ersatzlos vom Tisch gewischt.

Der Griff zu Mitteln der Barbarei – er hat seine Wirkungen längst auch in der »Etappe« (Gaus). Vor kaum noch etwas machen sie halt – die absurden Kriegsrechtfertigungsmuster der NATO- und deutschen Propaganda. Die Geschichte des Zweiten Weltkrieges wird zum Selbstbedienungsladen für beliebig groteske »Nie

wieder!«-Schwüre. Mit »Nie wieder München« wird uns die Notwendigkeit des Angriffskriegs verkauft – als ob es 1938 darum gegangen wäre, Hitler durch einen Präventivkrieg gegen Deutschland in die Knie zu zwingen. Natürlich hätte sich das zur »Rache für Versailles« militärisch und ideologisch hochgerüstete Deutschland mit all seinen Kräften gewehrt, und es wäre auch so zum Weltkrieg gekommen – wenn auch mit anderem Beginn. Nein, die Botschaft war eine andere: Alle hätten zusammenstehen müssen gegen Hitler – Frankreich und Großbritannien, die Sowjetunion und Polen und die Tschechoslowakei, das ganze Europa hätte es gebraucht und die USA dazu zur wirksamen Abschreckung eines Krieges. Aber diese Wahrheit taugt offensichtlich nicht, wenn – wie jetzt – alles auf neue Spaltung Europas, neue Machtbereichsausdehnung hinausläuft und Rußland zum wiederholten Male in seiner Geschichte gedemütigt werden soll.

Mit »Nie wieder Auschwitz« begründet uns ein deutscher Außenminister die Bomben gegen ein Land, das die deutsche Aggression von 1941 bis 1945 mit fast 2 Millionen Menschenleben bezahlte. Und in dem – weil in dieser Hinsicht der Zweite Weltkrieg noch immer nicht zu Ende ist – auch heute noch die wenigen noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter ebenso wie ihre Leidensgenossen aus anderen ost- und südosteuropäischen Ländern vergeblich auf Entschädigung durch ihre deutsche Peiniger warten. Eintausend Menschen haben in den ersten vier Kriegswochen durch die Bomben ihr Leben verloren – für »Nie wieder Auschwitz«?

Im Sterben auch liegt in diesem Krieg die Hoffnung, man könne in Deutschland gemeinsam aus zwei Vergangenheiten lernen. Aller Maßstab verschwimmt zur Unkenntlichkeit. Der Rechtsstaat wirft das Nichtangriffsgebot des Artikels 26 des Grundgesetzes über Bord und erklärt jene UNO-Charta für überflüssig, die er gerade noch zur Grundlage rückwirkender Rechtssprechung in DDR-Grenzfragen macht. Die im Rückblick gestellte – richtige! – Frage danach, ob je ein politischer Zweck das Mittel der Tötung heiligen durfte, erstickt in der Heiligug der tödlichen Bombenlast.

Der Kriegsgegnerschaft der PDS wird mit Verweisen auf die ČSSR 1968 und Afghanistan 1979 die Glaubwürdigkeit abgesprochen. Gar nicht für möglich gehalten wird dabei offenbar, daß es gerade diese Erfahrungen sein könnten, aus denen Lernprozesse und Kriegsgegnerschaft wachsen. Und dabei hat die westdeutsche Gesellschaft es doch einmal zur Gänze fürsich reklamiert, dieses Aus-der-Erfahrung-Lernen – damals, als sie sich ein auf Frieden gerichtetes Grundgesetz gab, ganze vier Jahre nach dem totalen Krieg.

Wenn dieses Heft von »UTOPIE kreativ« in den Buchläden liegt, sind Verhandlungen vielleicht in Sicht oder gar schon im Gange, vielleicht wurde das Bomben unterbrochen, vielleicht hat die jugoslawische Führung endlich die so notwendigen Zeichen einer Beendigung der Verfolgungen und Vertreibungen gesetzt.

Vielleicht. Es wäre Grund zu einem gewaltigen Aufatmen.

Zur Tagesordnung zurückkehren aber werden wir so schnell nicht können.

GENNADI E. KAGAN

Der »Kalter Krieg« in meiner Erinnerung

Mich auf mein Thema vorbereitend, konnte ich als Linguist nicht umhin, im Lexikon nachzuschlagen, was der Begriff »Kalter Krieg« beinhaltet. Im »Neuen Brockhaus« des Jahres 1959 (also noch vor dem Bau der Berliner Mauer erschienen) fand ich die folgende Definition: »Kalter Krieg, diplomatische, wirtschaftliche und propagandistische, jedoch nicht militärische Auseinandersetzung zwischen Staaten oder Staatengruppen, besonders im Ost-West-Konflikt«. Und im »Großen Duden-Lexikon« (Mannheim 1966) findet sich im vierten Band sogar ein Hinweis auf den sprachlichen Ursprung, sozusagen die etymologische Quelle dieses Begriffs. Dort heißt es: »Kalter Krieg, annähernd konzessionsloser wirtschaftlicher und propagandistischer Kampf (psychologische Kriegsführung) zwischen Staaten, ohne daß Waffengewalt angewandt wird. Bezeichnung üblich seit dem Erscheinen des Buches »Der kalte Krieg« von Walter Lippmann (1947)«. Ein amerikanischer Publizist deutscher Abstammung hatte also diesen Begriff geprägt.

Bezogen auf mich, auf meine Generation und die Generation meiner Eltern und Lehrer, also jener sowjetischen Menschen, die in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg in der ehemaligen Sowjetunion lernten, studierten, arbeiteten, Armeedienst taten oder im Gulag saßen, also damals dort lebten, war der »Kalter Krieg« nur nach außen hin kalt, das heißt, für uns traf die bei der Klimatologie entlehnte Begriffsbestimmung Walter Lippmanns nur nach außen hin zu. Was außerhalb unserer Grenzen vor sich ging, die äußeren Ereignisse und Kriege (z.B. Korea, Vietnam, Naher Osten, die Berlin-Krise, die Kuba-Krise oder auch die Geschehnisse in Ungarn und in der Tschechoslowakei) waren für uns Konflikte, die uns nicht unmittelbar berührten und die für uns im Gegensatz zum Großen Vaterländischen Krieg ohne sichtbare Blutverluste abliefen. Im Innern des Landes jedoch, das heißt für das ganze Sowjetvolk, war dieser »Kalter Krieg« alles andere als kalt, war er überaus heiß, hieß es doch – um Orwell abzuwandeln: »Friede ist Krieg!«

Frieden – diesem heiligen und allerhöchsten Ziel wurde im Innern des Landes das ganze Leben untergeordnet, dem Kampf um den Frieden in der ganzen Welt, wie es hieß. Jeder Bürger des Landes war ein Soldat in diesem Kampf um den Frieden. In einem der damals oft gesungenen Lieder hieß es: »Wir sind friedliche Menschen, aber unser Panzerzug steht auf dem Wartegleis!« Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Fabriken und jegliche sowje-

Gennadi E. Kagan – Publizist und Übersetzer, lebt in Wien.

Der hier abgedruckte Vortrag wurde auf dem Halle-Forum 1998 (24. bis 26. Juni) gehalten. Das Thema der Veranstaltung lautete: »Kalter Krieg: Erziehung, Bildung, Wissenschaft. Die strategische und politische Konzeptualisierung und Realisierung im Ost-West-Konflikt«.

tische Institution wurden zu Kampfstätten für den Frieden erklärt. Dieses um den Frieden in der ganzen Welt kämpfende Sowjetsystem führte zwangsläufig zu einer alles erfassenden Militarisierung des Denkens, der Ideale, der Tätigkeit und der Lebensweise. Damals ging bei uns ein bitteres Scherzwort um: Wir werden derart um den Frieden in der ganzen Welt ringen, daß bei den verdamnten Imperialisten kein Stein mehr auf dem anderen bleibt!

Für diesen Frieden in der Welt kämpfte man im Innern unseres Landes mit zahllosen Kampagnen, bald gegen unsere ehemaligen, aus Deutschland wieder heimgekehrten Kriegsgefangenen und Deportierten, bald gegen die »vaterlandslosen kosmopolitischen Gesellen« im Lande, bald gegen ganze Völkerschaften wie die Krimtataren, die Tschetschenen, die Moldawier und die Balten. So war im Innern unseres Landes die Zeit des »Kalten Krieges« sehr oft wahrhaftig eine heiße Zeit.

So weit ich mich auch in meine Kindheit zurückversetze, erinnere ich mich unweigerlich an das Leben während dieses »antiimperialistischen Kampfes« um den Frieden in der ganzen Welt, an die monströsen Menschenschlangen vor den wenigen Geschäften, vor denen man schon in der Nacht nach Brot und Mehl anstehen mußte. Hunger beherrscht diese Erinnerung, die noch heute keiner fremden Hilfe bedarf.

Und ich erinnere mich an die schwarzen »Radioteller«, aus denen bereits um sechs Uhr morgens die Nationalhymne erklang, die die erwachenden Werktätigen und Bauern des ersten Arbeiter- und Bauernstaates der Erde an den Schöpfer und Urvater aller sowjetischen Völker und Völkerschaften, den Planer, Architekten und Konstrukteur des sowjetischen Menschentyps, den allergrößten Kämpfer um den Weltfrieden, den genialen Generalissimus Stalin gemahnte. Bereits das erste morgendliche Wunschkonzert für die Werktätigen und Bauern war selbstverständlich durchdrungen von der unsagbaren Liebe und Verehrung der werktätigen Massen zu dem Schöpfer ihres unvorstellbar freien Lebens. Und ich höre noch heute, wie offen und kühn sie ihre Musikwünsche auch im weiteren Tagesverlauf äußerten: Da verpflichtete sich der Traktorist Petrow aus dem Sowchos Stalin im Brjansker Gebiet, den Plan um 200 Prozent überzuerfüllen, wozu er aber vor dem Pflügen noch unbedingt die Melodei »Suliko«, das Lieblingslied des georgischen Generalissimus, in der georgischen Originalfassung hören müsse. Und der Bergmann Sidorow aus dem Stalin-Schacht in Workuta, der Tierarzt Chujembajew aus dem fernen Stalin-Aul in Usbekistan, die Melkerin Schemsejarowa aus dem tatarischen Stalin-Kolchos, der Gefreite Kosoluptschenko aus der verdienten Garderaketeneinheit Stalin in Sibirien – sie alle wollten unbedingt die neuesten Lieder über Stalin aus den verdienten Federn der komponierenden Volkskünstler des Komponistenverbandes namens Stalin hören.

Diesem Musikprogramm schloß sich als Höhepunkt eine musikalisch-gefühlvoll untermalte Direkt-Übertragung aus dem Moskauer Stalin-Museum an, eine etwa dreistündige Aufzählung der Geschenke der Proletarier aller Länder zum 70. Geburtstag des Generalissimus. Und bevor die »Wähler« sich dann endlich zur wohlverdienten Nachtruhe begaben, ertönte aus dem Radio als

höchster der Höhepunkte sozialistischer Sangeskunst das Lied »Stalin und Mao hören zu«, vorgetragen vom 900-stimmigen Ensemble der Sowjetarmee.

Ebenso ist mir noch bis auf den heutigen Tag Stalins Tod im Gedächtnis haften geblieben, weil am Abend jenes Märztes 1953, an dem, so schien es, das ganze Land den Atem anhielt, mein Vater mit ungewohntem Schwung unser Trichtergrammophon auf den Tisch stellte, und daraus eine fröhliche, beinahe übermütige Melodie erklang, begleitet von den Worten meines Vaters: »Heute ist ein großer Tag für uns. Schlimmer kann es nun nicht mehr werden. Haben wir nicht allen Grund, uns darüber zu freuen, daß der Vater der Völker endlich krepirt ist?«. Und ich erinnere mich auch deshalb so genau daran, weil am nächsten Tag unsere Klassenleiterin die jüdischen Schüler, darunter auch mich, vor die Tafel rief und uns anschrie, weil wir Juden angeblich den großen Stalin vergiftet hätten.

Ich erinnere mich an die Trauermusik aus dem Radio während der Beisetzungsfeierlichkeiten für den großen Stalin, an die Worte Berias, der sich anschickte, Stalins Nachfolge anzutreten: »Wer nicht blind ist, der sieht!«; Worte, die wie eine unverhohlene Drohung gegen alle Feinde des Kampfes um den Weltfrieden klangen, und wer unter den sowjetischen Bürgern konnte schon sicher sein, daß er nicht schon am nächsten Tag zu diesen Feinden gerechnet wurde.

Nach dem Tode des Generalissimus änderte sich der Charakter der Radiomusik auf geradezu atemberaubende Weise. Nunmehr strahlte das Radio, heroisch untermalt mit Beethovens »Eroica« und Tschaikowskis b-moll-Klavierkonzert, so bedeutende, denkwürdige und epochale Ereignisse aus, wie die Enthüllung von Köpfen, Büsten und Statuen noch lebender Parteifunktionäre, sowie die Verleihung ihrer Namen an Straßen, Plätze, Siedlungen Entbindungsanstalten, Kranken- und Irrenhäuser.

Mit den zahlreicher werdenden Begräbniszereemonien (Breshnew-Ära) für die hingeschiedenen Kremlgreise änderte das Radio wiederum den Griff ins musikalische Klassik-Archiv und bevorzugte nun den Chopinschen Trauermarsch, kehrte aber nach den beiden Putschen zum Tschaikowskischen b-moll-Konzert zurück, allerdings, dies wohl aus patriotischen Gründen, nur zu diesem. Die heldische »Eroica« eines Ausländers paßte wohl den einen wie den anderen Verantwortlichen nicht mehr ganz ins Bild.

An Berias bald danach erfolgten Sturz erinnere ich mich und an den Beginn der Chruschowschen »Tauwetter«-Ära, und natürlich an den Beginn meiner Leningrader Studentenzeit 1955, die so manche Gefahren für den jungen Philologie-Studenten in sich barg, denn Studienfächer wie Germanistik, Literaturwissenschaft, Philologie, Philosophie – kurz alle humanistischen Fächer, wurden in dem Land des totalen Kampfes um den Weltfrieden als verdächtiger Nährboden für gefährliche Gedanken angesehen. Wer sich dennoch entschloß, eines dieser Fächer zu studieren, mußte mit einer ständigen Überprüfung seiner »ideologischen Unbedenklichkeit« rechnen. Und das traf sowohl auf die Studenten wie auch auf die Hochschullehrer zu. Buchstäblich alles, von den Lehrinhalten

bis zu den Lehrmethoden war einer allgemeinen geistigen Uniformierung unterworfen und hatte, wie es hieß, dem »Kampf um den Weltfrieden« und dem Bedürfnis nach »nationaler Sicherheit« zu dienen, wobei die Bekämpfung des »inneren Feindes« im Vordergrund stand – und zu einem solchen »inneren Feind« konnte jeder werden, über Nacht und sogar ohne eigenes Dazutun.

Fremdsprachen spielten in den Jahren des »Kalten Krieges« und dieses totalen Kampfes um den Weltfrieden kaum eine Rolle. Es lohnte nicht, eine fremde Sprache zu erlernen. Alle wichtigen internationalen Klassiker waren bereits im 19. Jahrhundert ins Russische übersetzt worden, und Zeitgenössisches aus dem Westen war ohnehin kaum zu bekommen. Überdies waren mündliche oder schriftliche Kontakte mit Ausländern unerwünscht, nicht zu reden von Auslandsreisen, sofern sie nicht im Rahmen offizieller Delegationen stattfanden. Erlauben Sie mir, hier in diesem Zusammenhang eine Anekdote einzuflechten, ich habe sie von meinem Onkel: An der Moskauer Universität wurde einem Doktoranden anlässlich der Verteidigung seiner Dissertation von einem Professor vorgehalten, der Inhalt seiner Arbeit sei bereits längst in westlichen Fachpublikationen veröffentlicht worden, und er hätte wohl daraus abgeschrieben. Voller Empörung verbat der Doktorand sich diesen Vorwurf und erklärte wörtlich: »Sie können mir sicher manches vorwerfen, aber nicht, daß ich von ausländischen Arbeiten abgeschrieben hätte. Ich spreche nämlich, was ich beweisen kann, keine einzige Fremdsprache!« – Soviel zum Stellenwert der Fremdsprachen in der ehemaligen Sowjetunion, sofern sie nicht offiziellen staatlichen Zwecken bzw. dem »Kampf um den Weltfrieden« dienten. Dementsprechend gab es auch die verschiedensten Kategorien unter meinen Lehrern. Für die einen bewegte sich beispielsweise die deutschsprachige Literatur nur unwesentlich über das 19. Jahrhundert hinaus, für andere wiederum bestand sie, Kritisches selbstverständlich ausgenommen, lediglich aus der DDR-Literatur, denn das war sozusagen ungefährlich. Natürlich gab es auch eine Gruppe von Lehrern, und das waren gerade oft die besten, die sich auch in der Literatur der deutschen Bundesrepublik, der Schweiz und Österreichs gut auskannten. Aber meine Lehrer waren sie alle, und so hatte ich mich während meiner Studienzeit zwischen diesen Gegensätzen zu bewegen.

Im alten Rußland war die deutsche Sprache aus den verschiedensten historischen Gründen relativ weit verbreitet, und das bis in die Umgangssprache hinein, so ist beispielsweise bis heute ein Wort wie »Butterbrot« ein feststehender Begriff in der russischen Sprache geblieben. Und trotz Hitler und Stalin, trotz des Eisernen Vorhangs war sie auch noch in der Sowjetunion, sogar während des »totalen Kampfes um den Weltfrieden« vorhanden – die geistige deutsche Welt von Goethe bis Heine und Hegel, sie existierte in staatlichen und privaten Bibliotheken, in den Antiquariaten und im Gedächtnis vieler alter Menschen. Und fremdsprachige Bücher waren spottbillig – es konnte sie ja kaum jemand lesen. Viele von denen, die noch Deutsch sprechen konnten, behielten das besser für sich. Und die Angst hatte damals bei uns viele Gesichter. Immer wieder steigt aus den Tiefen meines Gedächtnisses diese alles

beherrschende Angst wieder auf, die auch noch während des »Tauwetters« allgegenwärtig war. Ich erinnere mich an eine meiner Tanten, die plötzlich gewissermaßen aus dem Nichts bei uns auftauchte, nachdem sie zwölf Jahre im Gulag verbracht hatte, und nun eine geradezu panische Angst verbreitete. Bis zu ihrem Tode im Jahre 1967 vermochte sie den Namen Stalin nur im Flüsternden auszusprechen. Und ich erinnere mich, wie wir jungen Leute, wenn wir zufällig mit einem Deutschen zusammentrafen, jedesmal vorsichtig fragten: »Ost oder West?« – Man konnte ja nie wissen.

Aber wie auch immer, mit der Zeit begann sich die Situation zumindest äußerlich etwas zu lockern. In den Buchläden tauchte gelegentlich zeitgenössische deutschsprachige Literatur auf, es fanden Gastspiele des Brechtschen Berliner Ensembles und des Wiener Burgtheaters statt, und verschiedene Kunstausstellungen wie die der Dresdner Gemäldegalerie fanden ein aufgeschlossenes Publikum. Natürlich waren gerade in einer Stadt wie Leningrad die Gefühle den Deutschen gegenüber noch recht gegensätzlicher Natur. Die 900 Tage der Blockade durch die deutsche Wehrmacht, denen zahllose Einwohner Leningrads zum Opfer gefallen waren, wirkten noch immer nach, waren noch nicht vergessen, und so gab es bis in meine Familie hinein noch viele Vorbehalte. So konnte es beispielsweise mein Schwiegervater, ein gebildeter Mensch, der im Krieg viele Angehörige verloren hatte, nicht ertragen, daß in seinem Beisein auch nur ein deutsches Wort gesprochen wurde.

Und ich erinnere mich an die eine fast hysterische antijüdische Stimmung, die zu jener Zeit des Sechstage-Krieges zwischen Israel und Ägypten herrschte, zumindest in den sowjetischen Großstädten, hervorgerufen durch eine wüste Propaganda der Massenmedien, derzufolge Israel nichts als ein aggressiver Militärstaat war, der alle Bedürfnisse seines Volkes der Militärpolitik unterwarf. Das war natürlich eine wahrhaft kuriose und zynische Propaganda angesichts dessen, was die Militärpolitik der UdSSR der sowjetischen Bevölkerung auferlegt hatte. Aber – ich hoffe, Sie haben doch nicht vergessen – wir sind friedliche Menschen, aber unser Panzerzug... und da ich gerade in dieser Zeit auf meiner Hochschule und in der Redaktion der Zeitschrift »Newa« gewissermaßen zum Helden des Tages wurde – d.h. es eröffnete sich mir die unverhoffte Möglichkeit, den Chef der Prosaabteilung als Dolmetscher nach Ost-Berlin zu begleiten –, habe ich den Leuten andernorts, so im Parteikomitee meiner Hochschule und sogar im Gebietskomitee der Partei gewisse Schwierigkeiten bereitet, und sie alle falteten bedenklich die Stirn, als sie davon hörten, daß ausgerechnet ich den Leiter der Prosaabteilung der Zeitschrift begleiten sollte. Die Hochschule für Kühlanlagentechnik mußte der Redaktion der »Newa« eine Charakteristik, also eine Art politisches Leumundszeugnis, über mich einreichen, das diese wiederum, obwohl ich parteilos war, zur endgültigen Entscheidung an das Gebietskomitee der Partei weiterzuleiten hatte. In diesem Komitee hielt man es offenbar für erforderlich, mich einer Art Reiseprüfung zu unterziehen, viellecht in der Hoffnung, einen Anlaß zu finden, mir die Reise zu untersagen. Ich wurde also zu einem Gespräch vorgeladen. Ein Oberlehrer für Geschichte der KPdSU nahm mich

in Empfang, und er machte von Anfang an keinen Hehl daraus, daß er mich kaum für fähig oder gar für würdig hielt, das Vaterland der Proletarier aller Länder im Ausland zu vertreten und sei es auch nur als Dolmetscher. Ob ich überhaupt eine Vorstellung davon hätte, fragte er, welchen Umtrieben und Intrigen ich in dem beinahe schon westlichen Ausland DDR ausgesetzt sein könnte, das ja schließlich immerhin an der äußersten Grenze des Sozialismus läge. So eine Wortwahl und so eine Ausdrucksweise und dieser bemüht gestrenge Gesichtsausdruck...

Ich kann hier nur eine flüchtige, unvollkommene Darstellung des Lebens in der ehemaligen Sowjetunion geben, basierend auf meinen eigenen subjektiven, persönlichen Erinnerungen an den »Kalten Krieg«, wie er sich, eben ganz und gar nicht kalt, im Innern des Landes vollzog. Aus den sechziger und siebziger Jahren des »totalen Kampfes um den Weltfrieden« in meinem Land kommen mir (ich war schon Mitarbeiter an der Literatur-Zeitschrift »Newa« in Leningrad) Erinnerungen an die totale Zensur. Bücher von DDR-Autoren wie Biermann, Kunert, Sarah Kirsch und anderen waren, wie die westlicher Autoren, kaum zu haben und standen in den staatlichen Bibliotheken in den sogenannten »Giftschränken«, wo alles Ketzerische verwahrt wurde. Selbstverständlich gab es für diese Praxis keine Gesetzmäßigkeit. Die einzige, die hier galt, war die starre kommunistische Ideologie, und die bekam auch ein so weltberühmter Autor und Nobelpreisträger wie Heinrich Böll zu spüren. Er gehörte bis in die sechziger Jahre hinein zu den beliebtesten ausländischen Autoren in der damaligen Sowjetunion, bis eines Tages das Verdikt über ihn und seine Werke verhängt wurde und er nicht einmal mehr erwähnt werden durfte. Der Grund dafür: er war aktiv gegen den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei aufgetreten. Für Jahre verschwand sein Name für den russischen Leser. Ähnlich erging es anderen westlichen Autoren, etwa Jean Paul Sartre.

In jenen Jahren nahm diese spezifisch sowjetische Zensur auch auf Übersetzungen Einfluß. Besonders auf diesem Gebiet sind es meine eigenen bitteren Erfahrungen, an die ich mich erinnere. Ich will hier nur einige der bekanntesten deutschsprachigen Autoren nennen, die ich alle nur in einem stetigen Kampf mit der Zensur ins Russische übersetzen konnte: Stefan Zweig, Klaus Mann, Franz Werfel, Joseph Roth, Viktor Klemperer, Anna Seghers, Günther Kunert und andere. Besonders in diesen Jahren begnügten sich die sowjetischen Zensoren nicht nur damit, die Werke der eigenen Autoren zu beschneiden, sie wachten auch argwöhnisch darüber, daß von ausländischen Schriftstellern nur Geknuses ins Land kam. So wurden die Werke aller von mir aufgezählten Autoren immer wieder verstümmelt und guillotiniert. Oft genug wurden schon druckfertige Übersetzungen wieder zurückgestellt, angeblich weil in dem »ach so winzigen Ländchen« Sowjetunion kein Papier dafür vorhanden war und man die Wälder schonen müsse, man könne sie nicht, wie es hieß, den Werken dekadenter ausländischer Autoren zuliebe zu Papier verarbeiten. Argumente fand man immer; ob sie geglaubt wurden oder geglaubt werden konnten, war nebensächlich.

Und ich erinnere mich an das grandiose spezifisch sowjetische

»Theatrum ceremoniale historicum-politicum« vor der gewaltigen Kreml-Szenerie auf dem Roten Platz, an die grandiosen Militärparaden, an die pompösen und prunkvollen Bestattungszereemonien mit anschließender Einmauerung in die Kremllmauer...

(Wir sind friedliche Menschen, aber unser Panzerzug steht auf dem Wartegleis...)

Bis heute sind mir auch die Sprachmodelle jener Jahre im Gedächtnis geblieben, sprachliche »Perlen«, die der Masse über Rundfunk und Presse und später auch über das Fernsehen aufgenötigt wurden und ihr in Fleisch und Blut übergingen, Worte, Redewendungen, Satzgebilde, die man ihr in millionenfachen, stereotypen Wiederholungen aufdrängte, und die ganz mechanisch und unbebewußt, wie es heute mit der aggressiven kommerziellen Produktwerbung geschieht, übernommen wurden. In meinem damaligen Staat, der ununterbrochen um den Frieden in der ganzen Welt rang, verlor die Sprache ihre wesentlichste Funktion: sie hörte auf, ein Kommunikationsmittel zu sein. In diesem Land kommunizierte die Sprache angesichts des heruntergegangenen Eisernen Vorhangs nur noch mit der Propaganda, das heißt mit einer einzigen, sozusagen gewaltigen Zeitung, in die das ganze Land eingewickelt wurde. Das Wort kam nur noch von oben in die Sprache und sollte vom ganzen Volk verdaut werden: die Propaganda implantierte in das Bewußtsein – oder sollte ich besser in das Unterbewußtsein sagen? – Wörter, die ihrem Wesen, ihrer Natur nach für das Volk völlig bedeutungslos, ihres Sinnes entleert waren, wenn sie je einen Sinn gehabt hatten. Das waren Wörter, Namen, Wendungen, oft über Monate hinweg nachhallend, die dem Ohr fremd klangen und zu denen das Bewußtsein in der Wirklichkeit kein Pendant fand: Schlagt die Imperialisten! Seid wachsam gegen die Volksfeinde! Kämpft für den Frieden in der ganzen Welt! Wir erobern den Raum und die Zeit! Wir überholen Amerika! – Dieser letzte propagandistische Slogan fand im Herbst 1989, bei der letzten großen Leninrader Demonstration anlässlich des Jahrestages der Großen Oktoberrevolution, seine bitter-ironische Abwandlung auf einem Transparent, das eine Gruppe oppositioneller junger Leute vor sich her trug: Wir überholen Afrika! Die wie stets an solch einem Tag am Rande des Newskiprospekts Spalier standen, waren empört oder lachten unsicher. Und es war wohl auch dieses noch unsichere Lachen, in dem man schon den Abgesang auf den »Kalten Krieg« spüren konnte, der gleichzeitig zu einem Abgesang auf die Sowjetunion werden sollte, auf alles, was die Menschen, deren Leben die Stalinsche Ära gewesen war, erlitten und erduldet hatten.

Und an meinen Kalten Krieg denkend, erinnere ich mich an die vielen Denkwürdigkeiten der friedlichen (Wir sind doch friedliche Menschen, aber unser Panzerzug steht auf dem Wartegleis) sowjetischen Gestaltungskunst, wie man sie beispielsweise auch heute noch in Moskau oder mehr noch in Sankt Petersburg findet. In diesem Haus fand die erste bzw. dritte Tagung der Teilnehmer, der Umstürzler, der Nihilisten, der Anarchisten, der Verschwörer, der Aufständischen, der Insurgenten, der Attentäter, der Streiter, der Krieger, der Waffenträger, der Vaterlandsverteidiger, der Soldaten ... statt. Am schönsten finde ich aber die Gedenktafel in der

Elften Linie der Wassilij Insel in Petersburg (Wir sind doch friedliche Menschen ...): In der dritten Etage dieses Hauses befand sich im Jahre 1882 die illegale Dynamitwerkstatt der Partei »Volkswille« (Wir sind doch friedliche Menschen, aber unser Panzerzug steht auf dem Wartegleis....)

Ich habe von meinem »Kalten Krieg« gesprochen, der scheinbar nichts mit den eingangs zitierten Lexikon-Definitionen zu tun hatte, denn dort ist von Staaten und Staatengruppen die Rede, nicht von den Völkern, nicht von den Menschen dieser Völker, die, wie die Menschen in der ehemaligen Sowjetunion, diesen sogenannten »Kalten Krieg« mit all seinen Lächerlichkeiten, Widerwärtigkeiten und Schrecknissen in ihrer alltäglichen Wirklichkeit erfahren und durchleben mußten. Ich habe dabei ein wenig von meiner eigenen erlebten und durchlebten Wirklichkeit erzählt und von den mir noch immer beklemmend gegenwärtigen Erinnerungen daran, nicht zuletzt von der Sprache dieser vergangenen Wirklichkeit und dem Umgang mit ihr, der stets für den Umgang oder Nicht-Umgang mit den Menschen steht. Das ist eine der nie vernarbenden Wunden, die der »Kalte Krieg« mir, meiner Generation, meinem Volk zugefügt hat.

RONALD LÖTZSCH

Was ist ein Volk und was eine Nation?

Vorbemerkung

Die Wörter *Volk* und *Nation* haben seit einiger Zeit in den Medien wieder Konjunktur. Es sei nur an die mehrwöchige ND-Debatte »Wie national muß die Linke sein?« letzten Sommer erinnert.

Dabei mußte dem aufmerksamen Hörer oder Leser auffallen, daß die genannten beiden Wörter in völlig unterschiedlichen Bedeutungen verwendet werden. Ja, er sieht sich mit einem heillosen terminologischen Wirrwarr konfrontiert, der natürlich einer entsprechenden begrifflichen Konfusion entspringt.

Im Folgenden soll versucht werden, ein wenig zur Klärung dieser Begriffe, und zwar in erster Linie ihres *deutschsprachigen* Ausdrucks, beizutragen.

Auf eine ausführlichere Auseinandersetzung mit den zum Teil recht absonderlichen Konzeptionen der *Nation* in der westeuropäischen und nicht zuletzt westdeutschen Politologie und Soziologie¹ und der schier unüberschaubaren Literatur zu dieser Frage muß aus Platzgründen verzichtet werden.

Was also bedeuten die Wörter Volk bzw. Nation?

Beide Lexeme sowie die von ihnen abgeleiteten (hier ist besonders das Adjektiv *national* zu nennen) bzw. mit ihnen zusammengesetzten Wörter können völlig verschiedene Begriffe bezeichnen. Das gilt selbst für den wissenschaftlichen Diskurs. Dabei überschneidet sich die Polysemie von *Volk* und *Nation* nur teilweise. Bei *Volk* lassen sich im wesentlichen drei Bedeutungen unterscheiden:

1) Die erste ist 'einfaches Volk'². Gemeint sein können die »unteren« Bevölkerungsschichten eines Landes oder Gebietes bzw. Staates und selbst ganzer Staatengruppen im Gegensatz zu den davon auszuschließenden herrschenden Kreisen. In diesem Falle streiten sich Gelehrte nicht selten darüber, welche Klassen und Schichten denn nun zur einen oder anderen Seite gehören.

Mit dieser Bedeutung korrespondiert die Verwendung des Wortes *Volk* im Sinne von »Pöbel«, also zur Verächtlichmachung einer Menschengruppe. Meist genügt dazu neben einer entsprechenden Situation bereits eine bestimmte Intonation.

2) Gemeint sein kann mit *Volk* aber auch die gesamte Bevölkerung eines Landes oder Staates, also das *Staatsvolk*. Diese Bedeutung besitzt das Wort u. a. in bestimmten offiziellen Formeln, etwa in der Einleitung einer Urteilsverkündung »Im Namen des Volkes« oder in dem Verfassungsgrundsatz »Alle Gewalt geht vom Volke

Ronald Lötzsich – Jg. 1931, Prof. Dr., Sprachwissenschaftler (Arbeiten vor allem zu Sprachtypologie und Kontaktlinguistik), Minderheitenforscher (Sorabist), Berlin.

1 Eine extrem eklektizistische Position vertritt beispielsweise Gesine Schwan, die jetzt die Präsidentschaft der Berliner Freien Universität anstrebt, auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum im Sommer 1995. Siehe G. Schwan: Was sind die Fragen, auf die die Nation eine Antwort wäre?, in: Stigma und Normalität. 50 Jahre nach dem Untergang des ersten deutschen Nationalstaates auf der Suche nach der Nation (Loccumer Protokolle 22/95), Rehburg-Loccum 1996, S. 23-31 und meine Kritik ebenda, S. 315-323 sowie in UTOPIE kreativ, H. 59 (September 1995), S. 70-76.

2 In Apostrophe eingeschlossen werden im folgenden neutrale Bedeutungsangaben, Anführungszeichen, soweit sie nicht Zitate markieren, beinhalten zusätzlich eine Distanzierung.

aus«. In dieser Bedeutung kann *Volk* in bestimmten Kontexten gleichbedeutend sein mit *Nation*. Von seltenen, meist umstrittenen, Ausnahmen abgesehen, allerdings nur dann, wenn das *Staatsvolk* ein Volk in der dritten Bedeutung dieses Wortes ist, was heute angesichts der nach dem Zweiten Weltkrieg durch Immigration entstandenen allochthonen neuen ethnischen Minderheiten jedoch kaum noch vorkommt.

3) Als die wichtigste bedarf diese Bedeutung einer ausführlicheren Erörterung. *Volk* bezeichnet hier eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, deren Zusammengehörigkeit sich letztlich in einem spezifischen Bewußtsein, verbunden mit einem gemeinsamen Namen, manifestiert. Im wissenschaftlichen Diskurs wird sie als *Ethnie* oder *Ethnos* (Plural nur *Ethnien*) bezeichnet, ihr Name als *Ethnonym*.

Voraussetzung für die Entstehung eines *Ethnos*, für seine *Ethnogenese*, ist eine mehr oder weniger weitgehende Isolierung von anderen menschlichen Gemeinschaften. Die Ursprünge dieses Phänomens sind so alt wie die Menschheit.

Denn existieren konnten die Menschen der Altsteinzeit als Jäger und Sammler nur in kleinen, voneinander nahezu völlig isolierten Gruppen. Nur zwischen nahverwandten Gruppen, die sich erst vor noch nicht langer Zeit getrennt hatten und noch einen gemeinsamen Stamm bildeten, bestanden mehr oder weniger regelmäßige Kontakte. Infolge einer allmählichen Bevölkerungszunahme mußten sich Stämme und Gruppen verwandter Stämme immer wieder teilen. Sie verbreiteten sich nach und nach über noch unbewohnte Gebiete bzw. über solche, aus denen fremde Menschengruppen vertrieben wurden, trennten sich räumlich und verloren schließlich jede Verbindung.

Auch ihre Sprache differenzierte sich so immer stärker, so daß zwischen ursprünglich eine Sprache sprechenden Stämmen nach mehrhundertjähriger Trennung eine unmittelbare Verständigung immer schwieriger und nach noch längerer Isolierung völlig unmöglich wurde.

Stand so in den frühen Phasen der Ethnogenese die Isolierung durch natürliche Hindernisse wie unbewohnbare Wüsten, Waldgebiete, Gebirge oder große Gewässer im Vordergrund, übernahmen nach der Entstehung von Staaten deren Grenzen diese Funktion.

Die Entstehung neuer Ethnien im Rahmen selbständiger Staaten sei am Beispiel der slawischen Völker illustriert.³

In jedem im 9./10. Jh. von einer slawischen Stammesgruppe gegründeten und über einen längeren Zeitraum stabil gebliebenen Staat entstand ein besonderes Ethnos bzw. eine eigenständige *Völkerschaft*, wie die Ethnien des Feudalismus auch genannt werden.

Zum Ethnonym wurde meist der Name des Stammes, unter dessen Hegemonie die Staatsgründung erfolgte. So war es bei Polen, Tschechen, Serben und Kroaten.

Auch wenn Angehörige eines fremden Ethnos in der Anfangsphase vorübergehend den Prozeß der Bildung und Stabilisierung eines Staates und der damit verbundenen Ethnogenese dominierten, konnte als einziges bleibendes Zeugnis ihrer einstigen Herrschaft ihr Ethnonym zum Namen des neuentstandenen Ethnos

3 Zum Ethnogeneseprozeß s. auch meine Arbeiten: Zehn Thesen zur nationalen Frage, in: Die Sache mit der Nation 1. Nachdenken über ein für Linke schwieriges Thema. Materialien zweier Fachtagungen (9. Mai und 27. November 1993), Berlin 1994, S. 5-11; Der Schutz nationaler Minderheiten aus historischer und aktueller Sicht. Ein Beitrag gegen Gleichgültigkeit, in: UTOPIE kreativ 45/46 (Juli/August 1994), S. 16-37; Nationale Minderheiten zwischen Nationalismus, Regionalisierung und Migration, in: Minderheiten, Autonomie und Selbstbestimmung. Kollektiv- und Individualrechte von Minderheiten und die Menschenrechte (Loccumer Protokolle 62/94), Rehburg-Loccum 1995, S. 17-33.

werden, während sie ethnisch völlig in den Beherrschten aufgingen.

Beispiele hierfür sind Russen⁴ und Bulgaren⁵, deren Ethnonyme finnischen bzw. türkischen Ursprungs sind.

In anderen Fällen gerieten slawische Stämme für viele Jahrhunderte unter die Ägide eines fremden Staates, ohne sich von dessen Mehrheitsbevölkerung völlig assimilieren zu lassen. Auch unter solchen Bedingungen konnte es zur Bildung eines besonderen Ethnos kommen, wie die Existenz von Slowaken, Slowenen und Sorben⁶ beweist.

Bei den Slowaken war es die fast tausendjährige Zugehörigkeit zum ungarischen Staat, die sie von den übrigen Slawen isolierte.

Slowenen und Sorben waren über einen ebenso langen Zeitraum Untertanen des Deutschen Reiches, letztere außerdem etwa drei Jahrhunderte lang des ebenfalls zu diesem Staat gehörenden Königreichs Böhmen.

Als Ethnonym bewahrten Slowaken und Slowenen eine modifizierte Form des ursprünglich allen Slawen gemeinsamen Namens, das der Sorben geht auf den gleichen Stammesnamen zurück wie das der Serben.

Ein dritter Typ der Ethnogenese ist die Abspaltung von einem bereits existierenden Ethnos. Die Vorfahren der heutigen Ukrainer und Belorussen gehörten ursprünglich zur gleichen altrussischen Völkerschaft wie die der Russen. Nach dem Mongoleneinfall im 13. Jh. gelang es dem Großfürstentum Litauen, den westlichen Teil Rußlands mit dessen einstiger Hauptstadt Kiew zu erobern. Die dadurch bedingte mehrhundertjährige Isolierung der westlichen von den unter mongolisch-tatarische Abhängigkeit geratenen östlichen Russen bewirkte die Herausbildung zweier neuer ostslawischer Ethnien.

Natürlich bedeutet die hier skizzierte Entstehung der mittelalterlichen slawischen Völkerschaften aus Zusammenschlüssen nahverwandter Stämme keineswegs, daß sie ethnisch homogene Gebilde gewesen wären.

Die Kiewer Rus' schloß von allem Anfang an auch zahlreiche ostseefinnische Stämme ein, die wohl schon um die Jahrtausendwende vollständig im Ostslawentum aufgingen.

Ebenso erging es der normannischen Oberschicht, die im 9. und 10. Jh., nachdem sie zuerst in Nowgorod und dann auch in Kiew die Macht an sich gerissen hatte, den Staat zeitweilig beherrschte. Von den zu ihren Untertanen gehörenden Ostseefinnen wurden diese Skandinavier *Rötsi*⁷ genannt, und bezeichneten sich dann wohl bald auch selbst so. Der um 945 geborene Sohn des Kiewer Großfürsten mit dem noch normannischen Namen *Ingvar* (russisch *Igor'*), der 962 die Nachfolge seiner nach dem Tod des Vaters regierenden Mutter *Ol'ga*, also *Helga* antrat, trug bereits den slawischen Namen *Svjatoslav*.

Von den Polen wurden baltische Stämme assimiliert.

Hinsichtlich der Tschechen ist nicht auszuschließen, daß sie bei ihrer Einwanderung nach Böhmen noch auf Reste der germanischen oder gar der keltischen Bevölkerung stießen, die das Land vor ihnen besiedelt hatte und von der ihm die keltischen Boier den Namen gaben.

4 Näheres zur Etymologie und Geschichte des Staatsnamens und Ethnonyms *Rus'* (1. 'Kiewer Rus'; 'altrussischer Staat'; 2. 'Gesamtheit der Bewohner dieses Staates', 'Ostslawen') in: R. Löttsch: Ethnonyme als Geschichtsquelle (erscheint demnächst in Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät).

5 Die slawischen Stämme, die sich am Ende des 6. Jh. in Thrakien niedergelassen hatten, wurden 675 von aus den Schwarzmeersteppen eingewanderten turksprachigen Nomaden, den sog. Protobulgaren, unterworfen. Das slawische Ethnos, das sich dann im gemeinsamen Staat entwickelte, übernahm das Ethnonym der Eroberer, die ethnisch in der Bevölkerungsmehrheit aufgingen.

6 Hinsichtlich der sorbischen Ethnogenese s. R. Löttsch: Die Sorben als nationale Minderheit in Deutschland, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät Band 21, Jahrgang 1998 Heft 2, S. 29-43.

7 Im Finnischen (*Ruotsi*) und Estnischen (*Rootsi*) heißt Schweden noch heute so. Das mit deutschem 'Ruder' verwandte und eigentlich 'Rudermannschaft' bedeutende Wort ist aus dem Altnordischen entlehnt. Zu dieser Benennung kam es, weil die diese Sprache sprechenden Normannen in Ruderbooten über den Finnischen Meerbusen kommend in das Siedlungsgebiet der ostseefinnischen Stämme einfielen.

Rus' ergibt sich lautgesetzlich bei der Übernahme von *Rötsi* ins Slawische, das weder ein langes *o* noch die Lautverbindung *ts* noch kurzes *i* kannte. Letzteres

schwand schließlich völlig, vermochte aber die bis heute erhaltene und in der lateinischen Umschrift durch Apostroph bezeichnete Palatalität zu bewirken. Zur Etymologie s. Sven Ekbo: *L'étymologie du mot finnois Ruotsi »Suède«*. In: *Acta Baltico-Slavica* 21. Warszawa 1992, S. 93-96.

8 Die Übereinstimmung kann – von minimalen Unterschieden in der Formenbildung einmal abgesehen – vollständig sein wie in den deutschen Bezeichnungen *Polens* und der *Polen* oder *Ungarns* und der *Ungarn*. Im Polnischen findet dieser Typ eine Entsprechung in *Niemcy* 'Deutschland' oder 'die Deutschen', morphologisch differenziert im Lokativ *o Niemcach* 'über die Deutschen', aber *w Niemczech* 'in Deutschland'. Im allgemeinen besteht zwischen Ethnonym und Staatsbezeichnung ein Ableitungsverhältnis, wobei das eine vom anderen oder beide von einem gemeinsamen Stamm oder einer gemeinsamen Wurzel abgeleitet sein können. Ableitung des Staatsnamens vom Ethnonym liegt vor in den Eigenbezeichnungen *Deutsche* – *Deutschland*, *Hrvati* 'Kroaten' – *Hrvatska* 'Kroatien' oder *Srbi* 'Serben' – *Srbija* 'Serbien'; den umgekehrten Fall repräsentiert *Ukrajina* 'Ukraine' – *Ukrajinci* '(die) Ukrainer' (Singular *Ukrajinec*). Von der Wurzel *pol-* bzw. dem Stamm *sloven-* sind einerseits abgeleitet *Polacy* '(die) Polen' (Singular *Polak*) und *Slovinci* 'Slowenen' (Singular *Slovenec*), andererseits *Polska* '(das) Polen' und *Slovenija* 'Slowenien'.

Daß in die Ethnogenese der Kroaten und Serben eine zahlreiche romanisierte bzw. hellenisierte ältere Bevölkerung einbezogen war, ist sicher.

Und selbst jene Slawen, die wie Slowaken, Slowenen und Sorben im Rahmen fremder Staaten der Assimilation entgehen und sich zu neuen Ethnien konsolidieren konnten, nahmen dabei Teile der im Gesamtstaat dominierenden Bevölkerung in sich auf.

Auch abgesehen von der Assimilierung ursprünglich zu anderen Ethnien gehörender Bevölkerungsteile war die ethnische Homogenität immer relativ. Sowohl in der materiellen Kultur als auch in Folklore und Sprache verschwanden die ursprünglichen Stammesunterschiede nirgendwo ganz. Einerseits näherten sich die Stammesdialekte im Verlauf der Ethnogenese einander an, andererseits entstanden durch zur Assimilation anderssprachiger Bevölkerungsgruppen führende Expansion und innere Kolonisation sowie im Gefolge der feudalen Zersplitterung neue Dialekte.

Dennoch entwickelte sich bei den Angehörigen der mittelalterlichen Völkerschaften, unabhängig davon, welche von den drei angeführten Varianten der Ethnogenese auf sie zutraf, in relativ kurzer Zeit das Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einem *Volk* mit einer gemeinsamen Sprache.

Dieses Zugehörigkeitsbewußtsein ist in allen Fällen das einzige eindeutige Kriterium der Existenz eines besonderen Ethnos. Andere Kriterien wie kompaktes Siedlungsgebiet, eine besondere, von anderen mehr oder weniger verschiedene Sprache, Besonderheiten der materiellen und/oder geistigen Kultur, der Religion usw. können, müssen aber nicht vorhanden sein.

Allerdings ist die Zugehörigkeit zu ein und demselben Staat eine Voraussetzung für den bleibenden Zusammenhalt eines Ethnos. Wird ein bereits konsolidiertes Volk für längere Zeit durch Staatsgrenzen getrennt, kann es, wie die Trennung der altrussischen Völkerschaft in Russen, Ukrainer und Belorussen zeigt, zur ethnischen Differenzierung kommen.

Daß Volkszugehörigkeit und Zugehörigkeit zu einem Staat bei den slawischen Ethnien über einen längeren Zeitraum hinweg nahezu identisch waren, findet in der Übereinstimmung von Ethnonym und Staatsnamen seinen beredtesten Ausdruck, und das auf unterschiedliche Weise sowohl in der Eigenbezeichnung als auch in der Benennung durch Nachbarn.⁸

Die so im Rahmen selbständiger Feudalstaaten entstandenen slawischen Ethnien gerieten später sämtlich für kürzere oder längere Zeit unter die Herrschaft fremder Mächte oder doch zumindest in Abhängigkeit von solchen.

Die Russen konnten sich der ihnen in der Mitte des 13. Jh. von der Goldenen Horde aufgezwungenen Tributpflicht bereits am Ende des 15. Jh. entledigen, und ihr Staat entwickelte sich zu einer europäisch-asiatischen Großmacht, die kurz vor ihrem Zerfall im Jahre 1991 über 150 Völker unterschiedlichster Herkunft beherrschte.

Für die Bulgaren und den Teil der Serben, der nicht nach Österreich-Ungarn flüchten konnte, dauerte die von ihnen als »Türkenjoch« empfundene Osmanenherrschaft ein halbes Jahrtausend. Da sie sich der Islamisierung mehrheitlich standhaft widersetzen,

waren sie von einem Verlust ihrer ethnischen Identität durch Turkisierung kaum bedroht. Weil die Pforte den Patriarchen von Konstantinopel als Oberhaupt der griechisch-orthodoxen Kirche auch als den Interessenvertreter aller ihrer christlich-orthodoxen Untertanen auf dem Balkan anerkannte, mußten sie sich jedoch zeitweilig energisch einer Hellenisierung widersetzen, wobei sie auch die Unterstützung Rußlands hatten, das sich als Schutzmacht aller orthodoxen Slawen sah. Dennoch wurden die Balkanslawen durch die im Osmanenreich herrschenden Zustände bei der Konsolidierung zu bürgerlichen Nationen ernsthaft behindert. Erst im Verlauf des 19. Jh. erlangten sie nach und nach ihre staatliche Selbständigkeit wieder.

Dabei konstituierten sich als eigenständiges Ethnos auch die slawischen Makedonier, deren Vorfahren, bevor sie unter die Türkenherrschaft gerieten, erst jahrhundertlang Untertanen bulgarischer, dann kurzzeitig serbischer Zaren gewesen waren. Geburtshelfer wurden dabei ungewollt die europäischen Großmächte, die im Sommer 1878 auf dem Berliner Kongreß unter Bismarcks Vorsitz den Vorfrieden von San Stefano annullierten. Diesen hatte Rußland der militärisch unterlegenen Türkei aufgezwungen und damit in den nahezu weitesten historischen Grenzen Bulgariens ein Protektorat geschaffen. Der Kongreß teilte dieses Gebilde wieder in drei Gebiete auf, von denen Nordbulgarien den Status eines der Pforte tributpflichtigen autonomen Fürstentums erhielt und Südostbulgarien als türkische Provinz »Ostrumelien« einem christlichen Gouverneur unterstellt wurde. Makedonien mußte sich wieder bedingungslos der Türkei unterwerfen. Es wurde nun zum Tummelplatz eines hemmungslosen Konkurrenzkampfes zwischen den herrschenden Kreisen der Anrainerstaaten Griechenland, Serbien, das auf dem Berliner Kongreß als souveräner Staat anerkannt wurde, und Bulgarien, das sich 1885 mit Ostrumelien vereinigte und bald danach ebenfalls Souveränität erlangte.

Es ging ihnen dabei nicht nur um die wirtschaftliche und kulturelle Dominanz in diesem Teil der ökonomisch rückständigen und auch politisch angeschlagenen Türkei. Nicht nur Bulgaren und Serben behaupteten unter Hinweis auf sprachliche Gemeinsamkeiten jeweils die Zugehörigkeit der Makedonier zur eigenen Nation. Auch Ideologen der griechischen Bourgeoisie verstiegen sich zu der These, die Makedonier seien trotz slawischer Sprache eigentlich Griechen. Das wohl nie ganz verschwundene Bewußtsein der makedonischen Eigenständigkeit mußte so neu aufleben und nationalen und sprachlichen »Separatismus« bewirken.

Die Aufteilung Makedoniens zwischen Serbien, Bulgarien und Griechenland im Ergebnis der Balkankriege 1912-13, wobei der größte Teil an Serbien fiel, sowie die vergeblichen Versuche der herrschenden Kreise Bulgariens, das Rad der Geschichte mit Hilfe des kaiserlichen bzw. Nazideutschlands mit Gewalt zurückzudrehen, konnten die Entwicklung nur beschleunigen, an deren Ende die Herausbildung einer völlig selbständigen makedonischen Nation stand.⁹

Die Tschechen hatten so lange den Verlust ihrer Identität nicht zu befürchten, wie das Königreich Böhmen, obwohl Bestandteil

9 Bulgarien war bis vor kurzem nicht bereit, sich mit dieser Tatsache abzufinden, auch wenn es die aus dem Zerfall Jugoslawiens hervorgegangene unabhängige Republik Makedonien als erster Staat völkerrechtlich anerkannte. Die während des Zweiten Weltkrieges geschaffene makedonische Standardsprache bezeichneten nationalistische bulgarische Linguisten als »Variante der bulgarischen Schriftsprache«.

10 Kein Geringerer als Friedrich Engels vertrat jahrzehntelang – zeitweilig sogar im völlig inakzeptablen Jargon chauvinistischer deutscher »Kulturträger« – die abwegige Auffassung, die Slawen der k. u. k. Monarchie, dieser »Völkerabfall«, hätten sich mit ihrem Schicksal, der Germanisierung bzw. Magyarisierung, im Interesse »des Fortschritts« abzufinden. Erst im reifen Alter änderte er diese Meinung. Ausführlich in R. Lötzscht: Friedrich Engels und die »Staatsnation«, in: UTOPIE kreativ, H. 62 (Dezember 1995), S. 58-72.

11 Ungarn verlor mit dem mehrheitlich von Rumänen besiedelten Siebenbürgen, mit der Slowakei, Kroatien und der mehrheitlich serbischen Vojvodina ca. zwei Drittel seines ursprünglichen Territoriums.

12 Diese wurden übrigens bereits von den Österreichern nach der im Ergebnis des Berliner Kongresses erfolgten Okkupation Bosniens und der Herzegowina durch die k. u. k. Monarchie als besonderer »Volksstamm« behandelt. Im serbisch dominierten ersten jugoslawischen Staat galten sie – wie heute wieder bei chauvinistisch verhetzten Serben – trotz »serbokroatischer« Sprache wegen ihrer Religion weitgehend als verachtete »Türken«. Die von das Milošević-Regime unterstützenden Kreisen in ihren Pamphleten – aufgestellte Behauptung, die Nation der bosnischen Muslime sei ein künstliches, erst unter Tito »erfundenes« Gebilde, gehört zu den für Publikationen dieser Couleur typischen Propagandaliegenden.

des Deutschen Reiches und zunehmend auch von Deutschen mit besiedelt, vom tschechischen Adel beherrscht wurde. Doch nach dessen Niederlage 1620 in der Schlacht am Weißen Berge bestand wie für alle slawischen Bewohner des Deutschen Reiches auch für dieses Volk die reale Gefahr der Germanisierung.¹⁰ Sie konnte abgewendet werden durch die »nationale Wiedergeburt«, die im 19. Jh. die in Österreich-Ungarn (Polen, Tschechen, Slowaken, Kroaten, Serben, Slowenen, Ukrainer, Ruthenen) bzw. in Staaten des Deutschen Bundes (Polen und Sorben in Preußen, Sorben in Sachsen) lebenden slawischen Ethnien erfaßte, die der Assimilierung bis dahin widerstanden hatten. Da es in Österreich-Ungarn nicht gelang, die Beziehungen zwischen diesen Völkern und den Deutschösterreichern bzw. den Ungarn, die nach dem 1867 erfolgten »Ausgleich« zwischen Wien und Budapest die beiden Reichshälften jeweils dominierten, im allseitigen Interesse befriedigend zu lösen, führte die Niederlage im Ersten Weltkrieg auch zum Zerfall der k. u. k. Monarchie.

Die herrschenden Kreise der Nachfolgestaaten bzw. der Staaten, die sich wie Rumänien und Italien Teile der Konkursmasse einverleibten, beriefen sich zwar alle auf die Wilsonsche Losung der nationalen Selbstbestimmung und traten mit dem Anspruch auf, »National«-Staaten zu repräsentieren. Doch kein einziger wurde diesem Anspruch wirklich gerecht. Selbst auf dem zusammengeschrumpften Staatsgebiet der Verlierer Österreich und Ungarn¹¹ lebten noch kleinere slawische bzw. (in Ungarn) deutsche Minderheiten.

Vielvölkerstaaten im Wortsinne waren die Tschechoslowakei und das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, das sich ab 1929 Jugoslawien nannte. Auch sie scheiterten an der nationalen Frage, zumal schon die dominierenden »Nationen« der »Tschechoslowaken« und »Jugoslawen« reine Fiktionen waren. Den Nazis und ihren Komplizen war es so ein leichtes, diese beiden Staaten mit Hilfe ihrer »fünften Kolonnen« zu destabilisieren und die Tschechoslowakei bei der Vorbereitung auf den geplanten Krieg mit diplomatischem Druck und Jugoslawien nach der Entfesselung ihres Raubkrieges gewaltsam zu beseitigen.

Wiederhergestellt wurden diese Staaten im Gefolge der Befreiung von der Naziokkupation, also auf prinzipiell neuer Grundlage. Tschechen und Slowaken, Serben, Kroaten und Slowenen, aber auch Makedonien und, mit einer gewissen Verzögerung, die bosnischen Muslime¹² wurden als eigenständige Nationen anerkannt und erhielten – die Slowaken erst 1968, die Muslime zusammen mit Teilen von Serben und Kroaten – eigene Republiken im Rahmen von Föderationen. Die mehrere Millionen zählenden Deutschen der Tschechoslowakei wurden fast vollständig nach Restdeutschland vertrieben und die Ungarn der Slowakei im Rahmen eines Bevölkerungsaustausches mit Ungarn teilweise dorthin umgesiedelt.

Die Wiederherstellung erfolgte im wesentlichen in den Vorkriegsgrenzen. Die Tschechoslowakei büßte lediglich die sogenannte *Karpato-Ukraine* ein, die seit dem frühen Mittelalter zu Ungarn gehört hatte, 1919 unter der Bezeichnung *Karpaten-Rußland* Bestandteil der Tschechoslowakei geworden, 1939 bei der Zerschlagung dieses Staates durch die Nazis wieder zu Ungarn

gekommen war und 1946 von der Sowjetunion annektiert wurde.¹³

Jugoslawien konnte in Istrien sein Territorium gegenüber Italien sogar erweitern.

Dennoch gelang die Lösung der nationalen Frage auch unter diesen Bedingungen nicht. Und in der Slowakischen Republik mit ihrer starken ungarischen Minderheit auch nicht nach der friedlich verlaufenen Auflösung der Tschechoslowakei. Auf dem Balkan aber besteht das Konfliktpotential nach dem teilweise von barbarischen Kriegen und »ethnischen Säuberungen« begleiteten Zerfall Jugoslawiens fast überall weiter. Ein Ende der Auseinandersetzungen ist nicht abzusehen.

Das mittelalterliche Königreich Polen war über mehrere Jahrhunderte im wesentlichen der Staat des polnischen Ethnos, dessen Namen es ja auch trägt. Im 14. Jh. mußte es im Südwesten beträchtliche Teile seines ursprünglichen Staatsgebietes, nämlich Schlesien, an Böhmen abtreten. Durch die Heirat des Großfürsten Jogaila von Litauen mit der polnischen Thronerbin Jadwiga kam es 1386 zur Personalunion mit dem Großfürstentum, dessen Selbständigkeit dabei gewahrt blieb. Im Jahre 1569 beschloß der polnisch-litauische Reichstag in Lublin die völlige Vereinigung der beiden Länder. Die drei litauischen Wojewodschaften Wollhynien, Kiew und Podlachien wurden unmittelbar an die polnische Krone abgetreten. Der Rest blieb Großfürstentum mit eigener Verwaltung. Auf dieser administrativen Teilung dürfte die ethnische Differenzierung der ostslawischen Bevölkerung des polnisch-litauischen Staates in Ukrainer und Belorussen beruhen. Damit verwandelte sich dieser Staat zu einem sich von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer erstreckenden Vielvölkerstaat, dessen Bevölkerung außer von Polen auch von Litauern, Belorussen und Ukrainern gestellt wurde.

Im 2. Thorner Frieden mußte der Deutsche Orden 1466 Pommerellen mit Danzig und weitere Teile seines Staatsgebietes an Polen abtreten. Mit den in diesem Gebiet lebenden Slawen, den *Kaschuben*, kam ein zweites westslawisches Ethnos zu Polen und verstärkte den multiethnischen Charakter dieses nunmehr zu einer europäischen Großmacht aufgestiegenen Staates. Zu einer »Verschmelzung« slawischer Ethnien führte dies nicht.¹⁴

Auch in der Donaumonarchie oder im Osmanenreich blieben die einzelnen slawischen Ethnien getrennt. Doch kam es im vorigen Jahrhundert zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Vertretern in der Vojvodina bzw. in der Krajina lebender Serben, die seinerzeit vor den Türken nach Österreich-Ungarn geflüchtet waren, und Kroaten, die mit der eine Einheit der Südslawen anstrebbenden »illyrischen« Bewegung sympathisierten. Dies bewirkte u. a., daß sich letztere 1850 im sog. Wiener Schriftsprachenvertrag feierlich verpflichteten, künftig mit den Serben eine gemeinsame Sprache zu verwenden und dazu die von dem in Wien lebenden herzegovinisches Serben Vuk Karadžić entwickelte Schriftsprache zu übernehmen. Dieses Ziel wurde zwar nicht vollständig verwirklicht, doch gaben die Kroaten ihre damals bereits kodifizierte, auf dem Dialekt der Hauptstadt Zagreb basierende Schriftsprache tatsächlich auf zugunsten einer an die Vuksche stark angenäherte. Diese wurde dann bis zum Zerfall Jugoslawiens in Kroatien offizi-

13 Besiedelt wird dieses Gebiet wie auch die Ostslowakei u. a. von sich *Rusiny* »Ruthenen« nennenden Ostslawen, die nicht in die Ethnogenese der Ukrainer einbezogen wurden. Denn dieser Prozeß vollzog sich im Großfürstentum Litauen bzw. nach dessen Vereinigung mit Polen innerhalb der Grenzen der Rzeczpospolita. Als sich der östlich des Dnepr gelegene Teil der Ukraine 1654 freiwillig Rußland anschloß, war dieser Prozeß bereits soweit abgeschlossen, daß es zu keiner Integration in das russische Ethnos mehr kommen konnte. Allerdings gewährten die Zaren den Ukrainern auch territoriale Autonomie unter einem eigenen Hetman. Erst Katharina II. schaffte die Autonomie ab und führte auch in der Ukraine die Leibeigenschaft ein. Auch die Aufteilung Polens zwischen Rußland, Österreich-Ungarn und Preußen am Ende des 18. Jh., wobei die bei Polen verbliebenen Ukrainer teils zu Rußland, teils zu Österreich kamen, konnte deren Konsolidierung zu einem Ethnos nicht mehr rückgängig machen. Die Ostslawen Nordungarns wurden von diesem Prozeß nur ganz peripher betroffen. Sie entwickelten sich zu einem eigenständigen Ethnos. Als Ethnonym behielten sie den alten Russennamen bei. Nach der Eingliederung des größten Teils ihres Siedlungsgebietes in die Sowjetunion wurde versucht, sie zu ukrainisieren. Die Zwangsukrainisierung gelang jedoch nur partiell, und nach dem Zerfall der Sowjetunion lebte ihre nationale Bewegung wieder auf. In der Slowakei sind sie inzwischen als nationale Minderheit anerkannt. Am 27. Januar 1995 wurde in Brati-

slava feierlich die Kodifizierung ihrer Standardsprache proklamiert.

14 Bis vor wenigen Jahren schien es, als seien die Kaschuben nach der staatlichen Vereinigung in das polnische Ethnos integriert worden, zumal Polnisch seit ihrer um die Jahrtausendwende von Polen ausgehenden Christianisierung an ihre Kirchensprache war. Nach dem Ersten Weltkrieg gelang es einer kaschubischen Abordnung, die Friedenskonferenz von Versailles von der Zugehörigkeit der Kaschuben zur polnischen Nation zu überzeugen. Ihr Siedlungsgebiet wurde darauf hin im Unterschied zu Masuren und Oberschlesien wie die Provinz Posen ohne Referendum an den wiedererstandenen polnischen Staat angegliedert. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß das Bewußtsein einer kaschubischen ethnischen Eigenständigkeit doch nicht völlig erloschen war. Es gibt sogar Bemühungen um die Schaffung einer eigenen Kirchensprache.

15 Nach § 1 des »Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes« vom 22. Juli 1913 wurden sie ohnehin zu »Deutschen« deklariert, da sie die Staatsangehörigkeit eines Bundesstaates besaßen. Soweit sie in ihrer angestammten Heimat lebten, war dies die Preußens oder Sachsens.

16 In Rußland z. B. wurde die ethnische bzw. nationale Verselbständigung von Belorussen und Ukrainern nur sehr zögernd akzeptiert, und in jüngster Zeit gibt es Indizien, daß diese Akzeptanz zurückgenommen wird. Wladislaw Hedeler verdanke

ell als »kroatoserbisch«, im übrigen Jugoslawien sowie im Ausland als »serbokroatisch« bezeichnet. Einfache Kroaten und Serben nannten ihr jeweiliges Idiom *kroatisch* bzw. *serbisch*. Daß es sich bei der angeblich gemeinsamen Sprache trotz Übereinstimmung in der Grundstruktur um eine Fiktion handelte, wurde bereits in den sechziger Jahren deutlich, als in Kroatien zunehmend die Forderung nach Anerkennung des Kroatischen als selbständiger Sprache erhoben wurde.

Und natürlich kam es auch in Rußland, unter dessen Herrschaft nach dem Wiener Kongreß neben allen Russen und Belorussen auch die Mehrheit der Polen und Ukrainer geriet, trotz aller namentlich in der Sowjetzeit gemachten Beteuerungen zu keiner slawischen Verbrüderung, nicht einmal zu einer ostslawischen.

Überall gab es dagegen mehr oder weniger intensive Bemühungen der herrschenden Kreise der jeweils dominierenden Ethnien um Polonisierung, Russifizierung, Germanisierung oder Magyarisierung der übrigen Bevölkerung.

Versuche, solche Bemühungen mit der Berufung auf die angebliche Existenz einer alle Untertanen vereinigenden »Staatsnation« zu bemänteln, gab es allenfalls zeitweilig in Österreich. Im Zarenreich wurden die Nichtrussen ohne alle Beschönigung als »Fremdstämmige« abqualifiziert. Und auch Preußen machte kein Hehl daraus, daß Polen, Kaschuben, Litauer, Sorben oder Dänen nur Chancen hatten, als »vollwertige Deutsche«¹⁵ akzeptiert zu werden, wenn sie sich in fast jeder Hinsicht, möglichst auch sprachlich, an die Mehrheitsbevölkerung anpaßten.

Als *Nationen* galten, soweit sie nicht für das dominierende Ethnos vereinnahmt¹⁶ bzw. einfach ignoriert wurden, nur die einzelnen Ethnien. So wurden sie nicht nur in der politischen Praxis, sondern auch in der einschlägigen Literatur behandelt. Mit der Entwicklung des Kapitalismus als bürgerliche Nationen aus jeweils einem Ethnos hervorgegangen bzw. wie Belorussen, Ukrainer oder Makedonier von solchen Ethnien »abgespalten«, können sie mit Fug und Recht als *Ethnonationen* bezeichnet werden.¹⁷

Gibt es überhaupt »Staatsnationen«?

Nun ist es Mode geworden, die Existenz von Vielvölkerstaaten mit einer tatsächlich *multinationalen* Bevölkerungsstruktur nur in Osteuropa zur Kenntnis zu nehmen.

In Westeuropa und Nordamerika dagegen seien während der letzten Jahrhunderte »Nationalstaaten« entstanden, deren Bevölkerung sich ungachtet gewisser zweitrangiger »regionaler« Besonderheiten »in freier Willensentscheidung« zu einer »Nation«, einer »Staatsnation« zusammengeschlossen hätten.

An der Wiege dieser Auffassung stand die Legende von der »grande nation«, von der sich unter den spezifischen Bedingungen der ersten französischen Republik und des napoleonischen Kaiserreichs auch Angehörige der Minderheiten beeindrucken ließen und sich auch heute noch manchmal beeindrucken lassen. Wer hätte sich auch offen gegen die von der Revolution proklamierte Losung »liberté, égalité, fraternité« wenden wollen.

Wie die »freie Willensentscheidung« in Wahrheit aussah, läßt sich am besten am Beispiel der von der Republik betriebenen Spra-

chenpolitik zeigen. Nach einer Umfrage, die Abbé Grégoire, der Protagonist der von den Revolutionären betriebenen rigorosen Assimilierungspolitik, veranlaßt hatte, beherrschten kaum 20 Prozent der Bewohner Frankreichs im letzten Jahrzehnt des 18. Jh. das Französische mündlich, von einer schriftlichen Beherrschung einmal abgesehen. Etwa 40 Prozent vermochten es allenfalls zu radbrechen, und 40 Prozent konnten es überhaupt nicht sprechen.¹⁸ Die proklamierte französische Nation hätte also auch alle sprachlichen Minderheiten, die Basken, Bretonen, Elsässer, Lothringer, Flamen, Katalanen, Korsen, Okzitanier, als gleichberechtigte Bestandteile integrieren müssen. In Wahrheit wurden sie jedoch nicht integriert, wie immer wieder behauptet wird, sondern ignoriert und unterdrückt. Als offizielle Sprache der Republik zugelassen wurde nur die Sprache des Hofes, also das Idiom, das auch der wegen Verrats an der Republik geköpfte König gesprochen hatte. Von »Freiheit und Brüderlichkeit« konnte also in der Sprachenfrage keine Rede sein, von der »Gleichheit« ganz zu schweigen.

Jedenfalls hörten die Bemühungen der Minderheiten um die Anerkennung ihrer Sprachen und Kulturen nie ganz auf. Im Falle der Basken, Korsen und Bretonen führten sie teilweise sogar zu separatistischen Bestrebungen.

Nicht zuletzt auch unter internationalem Druck mußte Paris vor einigen Jahren seinen bis dahin praktizierten rigorosen Zentralismus etwas lockern¹⁹ und hinsichtlich des Gebrauchs der Muttersprache gewisse Zugeständnisse machen. Ungeachtet dessen wurde beispielsweise die Formulierung *korsisches Volk* von dem mit einem Verfassungsgericht vergleichbaren *Conseil constitutionnel* aus einem Gesetz gestrichen, weil dieser Status nur der französischen »Nation« in seiner Gesamtheit zukomme. Wie illusionär eine solche Minderheitenpolitik ist, wird u. a. daran deutlich, daß bei jüngst auf Korsika abgehaltenen Nachwahlen zur Regionalversammlung fünf »nationalistische« Listen große Stimmengewinne erzielten. Die mit dem bezeichnenden Namen *Corsica Nazione* (also nicht nur *korsisches Volk*, sondern sogar *korsische Nation*) erhielt im zweiten Wahlgang 16,8 Prozent.²⁰ Und das bei der Bevölkerung einer Insel, die bereits über 600 Jahre, seit 1396, mit nur kurzzeitigen Unterbrechungen zu Frankreich gehört.

In Spanien ist nach Francos Tod mit der Stabilisierung der Regentschaft von König Juan Carlos eine rationalere Politik eingeleitet worden. Den drei unbestreitbar eigenständigen *Völkern* (= *Nationen*), die neben den *Kastiliern*, den Spaniern im engeren Sinne, in diesem Lande leben, also *Basken*, *Galiciern* (*Galegos*) und *Katalanen*, wurden nach der Verfassung von 1978 Autonomie-rechte eingeräumt, die teilweise weiter gehen als die 14 anderen »autonomen Gemeinschaften«²¹ gewährte Selbstverwaltung. Dennoch müssen sie nicht selten gegen die Madrider Zentralverwaltung mit Nachdruck durchgesetzt werden.

Während einer Kampagne von März bis Juni 1981 unterschrieb beispielsweise eine dreiviertel Million der ca. sechs Millionen Katalanen eine Deklaration zur Verteidigung ihrer *nationalen* Rechte und fanden Massenversammlungen unter der Losung »Som una *nació*«! (Wir sind eine **Nation**!; Hervorhebung von mir - R. L.)

ich den Hinweis auf ein Interview des sowjetischen Philosophen Arsenij Gulyga aus dem Jahre 1992. Darin beglückwünschte Gulyga das »deutsche Volk« zur »Wiedervereinigung«, denn es habe »verdient, in einem Nationalstaat zu leben«. Gleichzeitig bekundete er: »Ich bin über die Zerstückelung Rußlands betrübt. Nicht die Zerstückelung der Sowjetunion, sondern Rußlands. Was man heute Rußland nennt, ist nur eines seiner Teile. Es handelt sich nur um Großrußland, zu Rußland gehört aber auch noch Kleinrußland – das eigentliche Kernland, ferner Weißrußland und Rotrußland.

Das sollte man nicht vergessen. Jetzt kommt es darauf an, Rußland wieder zu vereinigen. Hoffentlich geschieht es friedlich wie jüngst in Deutschland.« Mit »Kleinrußland« ist die ehemalige Ukrainische SSR, mit »Rotrußland« der nach der Annexion des größeren Teils der Karpato-Ukraine durch die UdSSR bei der Tschechoslowakei verbliebene und jetzt zur Slowakei gehörende Teil gemeint. Jeder Kommentar zu dieser großmachtchauvinistischen Position dürfte sich erübrigen.

17 Zu diesem Begriff s. Egbert Jahn: Die Bedeutung der österreichischen sozialdemokratischen Nationalitätentheorie für die gegenwärtige Nationalitätenpolitik in Europa, in: Lothar Hertzfeldt (Hrsg.): Die Sowjetunion. Zerfall eines Imperiums. Verlag für interkulturelle Kommunikation, Frankfurt/M. 1992, S. 103-125, Anmerkungen 320f.

18 Siehe Frédéric Hartwig: Sprachpolitik, Sprachideologie und Französische Re-

volution im Elsaß, in: Zeitschrift für Phonetik, Sprachwissenschaft und Kommunikationsforschung 41 (1988), S. 199-207.

19 Daß die zentralstaatliche Borniertheit noch längst nicht überwunden ist, geht aus einem Protest des französischen Botschafters in der BRD hervor, den die Süddeutsche Zeitung am 8. Juli 1996 abdrucken mußte. Die Zeitung hatte in einem Artikel über geplante Änderungen der deutschen Orthographie Frankreich zu den Ländern mit deutschen Minderheiten gezählt. Die Entgegnung Seiner Exzellenz: »Gestatten Sie mir, gegen diese schockierende Behauptung zu protestieren, die an die schlimmsten Zeiten der Geschichte unserer beiden Länder erinnert. Es gibt nämlich keine ›Minderheiten‹ und noch weniger ›deutsche Minderheiten‹ in Frankreich; allerdings spricht ein Teil der französischen Bevölkerung im Osten des Landes einen deutschen Dialekt.«

20 Tageszeitung vom 9. und vom 16. März 1999.

21 Auch von Vertretern dieser »autonomen Gemeinschaften« wird teilweise die Anerkennung einer weitergehenden Eigenständigkeit gefordert.

22 Siehe Klaus Bochmann: Regional- und Nationalitätensprachen in Frankreich, Italien und Spanien (Linguistische Studien des VEB Verlag Enzyklopädie Leipzig), Leipzig 1989, S. 29f.

23 Insbesondere die von der Tageszeitung herausgegebene deutsche Ausgabe der *Monde diplomatique* ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Siehe beispiels-

statt.²² Die *Frankfurter Rundschau* berichtete am 16. Januar dieses Jahres anlässlich eines Besuches des spanischen Regierungschefs Aznar in Barcelona von Zusammenstößen zwischen der Polizei und für die Unabhängigkeit Kataloniens demonstrierenden Studenten. Heute dominieren in Katalonien eindeutig die Katalanen.

Doch auch im Falle Spaniens wird der multinationale Charakter dieses Staates nicht immer zur Kenntnis genommen bzw. sogar bestritten.

Auch Belgien wird gewöhnlich zu den westeuropäischen »Nationalstaaten« gerechnet. Dabei ist es seit dem Aufleben eines extremen flämischen Nationalismus permanent vom Zerfall bedroht, was in bestimmten Medien immer wieder thematisiert wird²³. Neben den beiden dominierenden Völkern, den niederländischsprachigen *Flamen* und den frankophonen *Wallonen* gehört im übrigen auch die in Wallonien angesiedelte Minderheit der *Deutschbelgier* zum *belgischen* Staatsvolk. Terminologisch ist eine präzise Unterscheidung zwischen den beiden Ebenen im Falle Belgiens leichter, weil der Staatsname keine Ableitung von einem aktuellen Ethnonym darstellt und *Belgier* einen Bürger dieses Staates unabhängig von seiner Zugehörigkeit zu einer der drei Ethnien bezeichnen kann. Auch die Formulierung *belgisches Volk* (= *Staatsvolk*) stellt in diesem Falle kein Problem dar.

Gleiches gilt für das *kanadische Volk*, das von den *Nationen* der *Anglokanadier* und *Frankokanadier* gebildet wird. Letztere streben zunehmend nach völliger Unabhängigkeit, während erstere wie auch die internationale Öffentlichkeit den dieser Bewegung zugrunde liegenden *nationalen* Unterschied mehrheitlich nicht einmal zur Kenntnis nehmen wollen.

Geradezu grotesk ist die Ignorierung der eigentlichen *nationalen* Ebene im Falle Großbritanniens.²⁴ Denn hier ist sie zumindest für die *schottische Nation* praktisch offiziell verankert, und das nicht erst seit 1996, als ihr wieder ein eigenes Parlament zugestanden wurde. Daß man sich in der Hauptstadt einer Nation mit tausendjähriger Tradition befindet, wird einem in Edinburgh überall bewußt. Zumal auf der Burg, der einstigen Residenz schottischer Könige, mit einer beeindruckenden Darstellung der Geschichte des Landes. Das waren jahrhundertelange Abwehrkämpfe gegen englische Eroberungsversuche, aber auch eine immer enger werdende Verschwägerung und Verschwisterung englischer und schottischer Aristokraten. Letztere verzichteten 1707 auf Unabhängigkeit und eigenes Parlament. Allerdings bewahrten sich die Schotten neben der presbyterianischen *Kirk of Scotland* ein eigenes Rechts- und Bildungssystem. Die nationale Bank of Scotland emittiert bis heute ein besonderes schottisches Pfund. Die blaue schottische Nationalflagge mit dem diagonalen weißen Kreuz weht nicht nur über öffentlichen Gebäuden. Neuerdings wird sie bei entsprechenden Anlässen auch in London gehißt. In ovaler Form sieht man sie als »Nationalitätskennzeichen« an Autos. Das Adjektiv *national* ist Attribut in zahlreichen Aufschriften und Werbetexten. Da gibt es in der Burg das *Scottish National War Memorial*, nicht weit davon die *National Library of Scotland*. In der *National Gallery of Scotland* ist die Herkunft der Bilder außer mit *Italian, French, Dutch* oder

German nicht etwa mit *British*, sondern mit *English* oder *Scottish* ausgewiesen. Die nahezu vollständige sprachliche Anglisierung, die durch ein nach der letzten von den Highlandern 1746 verlorenen Schlacht erlassenes Verbot der gälischen Sprache erzwungen wurde, tut dem ausgeprägten *schottischen Nationalbewußtsein* jedenfalls keinerlei Abbruch.

Ähnlich ist es in Wales, wo zwar die eigene Staatlichkeit zum Zeitpunkt der Unterwerfung unter die englische Herrschaft nicht auf eine so lange Tradition zurückblicken konnte²⁵, andererseits aber die walisische Sprache noch von Hunderttausenden gesprochen wird.²⁶ Es ist beeindruckend zu hören, mit welchem Stolz walisische Patrioten davon sprechen, daß die Normannen nach Hastings zwar England in zwei Jahren erobern konnten, daß die Engländer danach aber 200 Jahre brauchten, um Wales zu unterwerfen.

Dabei gibt es im Falle Großbritanniens, wie auch schon für Belgien festgestellt, keinerlei die Verquickung der gesamtstaatlichen und der eigentlichen nationalen Ebene begünstigende terminologische Probleme, da das gesamte Staatsvolk einen anderen Namen hat als die einzelnen Teilmölder. Aussagen wie »Engländer, Schotten und Waliser sind Briten« sind völlig korrekt. Denn die Angehörigen aller drei *Völker* (= *Nationen* = *Ethnien*) waren und sind als Untertanen der jeweiligen Majestäten des *Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland* gleichzeitig Angehörige ein und desselben Staatsvolkes.

Auch gegen eine Feststellung wie »Zum britischen Volk gehören Engländer, Schotten und Waliser« ist nichts einzuwenden, wenn gleichzeitig deutlich gemacht wird, daß weitere Angehörige, insbesondere Immigranten aus den ehemaligen britischen Kolonien, nicht ausgeschlossen werden, die keiner dieser drei Nationen angehören. Was nicht zu bedeuten braucht, daß nicht auch Teile dieser zugewanderten Bevölkerung bei entsprechendem Wohnort in ihnen aufgehen könnten.²⁷

Einen Sonderfall stellt die bei dieser Betrachtung bewußt ausgeklammerte Bevölkerung Nordirlands dar, die in ethnischer (= nationaler) Hinsicht offenkundig keine Einheit bildet, was auch die Umsetzung des von Blair ausgehandelten Friedensabkommens vom Karfreitag 1998 so schwierig macht. Die Protestanten dürften sich bei allen »ulsterschen« Besonderheiten als Engländer, die Katholiken als Iren fühlen.

Unter Ignorierung der kleineren Nationen der *Schotten* und *Waliser* jedoch steht das Ethnonym *Engländer* im Sprachgebrauch von Politik und Publizistik oft stellvertretend für *Briten*, die in einem solchen Fall auch als »Nation« bezeichnet werden.

Der einzige europäische Staat, auf den der im zweiten Absatz dieses Abschnittes wiedergegebene Versuch einer Definition des Begriffes »Staatsnation« zutrifft, ist die Schweiz. Den Kern der *Eidgenossenschaft* bildete ein loser Bund alemannischer freier Bauerngemeinschaften und Städte, die sich während des 13. Jh. zum Widerstand gegen die Ausdehnung der Habsburgischen Feudalherrschaft zusammenschlossen. Mit den »alten Orten« verbündeten sich nach und nach »zugewandte Orte«. Auch Eroberungen

weise Jean-Marie Chauvier, Belgien: Bundesstaat in der Zerreißprobe, Oktober 1996; Serge Govart: Der Sprengkopf im Staate Belgien, Januar 1998.

Die junge Welt, die damals noch völlig von die reale Existenz von Nationen leugnen den »radikalen Antinationalen« beherrscht war, bezeichnete in ihrer Ausgabe vom 14./15. 9. 1996 einen Artikel mit dem Untertitel »Belgien: eine Nation zerfällt« diesen Staat kurioserweise als »späte und **besonders** (Hervorhebung von mir - R. L.) künstliche Nation«.

24 Besonders erstaunlich ist dies bei in Großbritannien wirkenden Autoren, die doch die Verhältnisse im Lande kennen müßten. So beispielsweise bei Peter Alter, dem stellvertretenden Direktor des Deutschen Historischen Instituts in London. In der Einleitung zu der von ihm 1994 bei Piper (München - Zürich) herausgegebenen Sammlung von Zitaten *Nationalismus. Dokumente zur Geschichte und Gegenwart eines Phänomens*, schreibt er einerseits, ohne zwischen ihnen zu differenzieren, über die USA, Frankreich und Großbritannien: »In den drei Staaten entstand die Nation als politisch bewußte Gemeinschaft, unabhängig von sozialer und wirtschaftlicher Stellung, ethnischer Herkunft und religiöser Überzeugung, in einem innerstaatlichen Transformationsprozeß« (S. 26). Andererseits nennt er (S. 23) unter den Völkern, »deren Charakter als Nation seit dem 19. Jahrhundert unbestritten ist, deren Bemühungen um die Konstituierung eines eigenen Staates bis heute aber erfolglos blieben«, völlig zutreffend

auch die Schotten. Einmal abgesehen davon, daß sie, wie bereits zu vermerken war, auch für Frankreich nicht zutrifft, kann man eine solche Darstellung wohl kaum anders denn als Tribut an die Mode bezeichnen.

25 Näheres hierzu in Sabine Heinz: Der Anschluß von Wales an England und seine Folgen, in: UTOPIE kreativ, H. 95 (September 1998), S. 30-38.

26 Daß es im Vereinigten Königreich keltischsprachige Minderheiten gibt, wissen viele Engländer nicht. Wie von glaubwürdigen Gewährsleuten versichert wird, erleiden sie einen regelrechten Schock, wenn sie in Wales bzw. an der Nordwestküste Schottlands oder auf den Hebriden unmittelbar mit dieser Tatsache konfrontiert werden.

27 TAZ-Autor Ralf Sotschek zitiert in der Ausgabe vom 3. Februar 1999 den außenpolitischen Sprecher der für die sofortige Unabhängigkeit Schottlands eintretenden Schottischen Nationalpartei, der auf die Existenz einer Sektion »Schottische Asiaten für Unabhängigkeit« verweisen kann.

28 Neue Zürcher Zeitung vom 8.1.1999. Frau Gardient nennt den romanischsprachigen Teil der Eidgenossenschaft hier »lateinische Schweiz«, die opponierenden romanischsprachigen Kantone dagegen »welsche«. Letzteres ist der in der Schweiz noch übliche volkstümliche Ausdruck mit der Bedeutung »romänisch«, der ursprünglich in der Form *walhisk* von allen westgermanischen Stämmen zur Bezeichnung ihrer anderssprachigen Nachbarn

waren nicht selten. Namentlich die romanischsprachigen Teile waren ursprünglich sog. »Untertanengebiete«. Ihre Gleichberechtigung erlangten diese in der Tat erst im Gefolge der Besetzung durch französische Revolutionstruppen. Es gab dabei auch Versuche, wie in Frankreich ein rigorose Vereinheitlichungspolitik zu betreiben. Die territorial dabei oft stark veränderten Kantone wurden zeitweise zu bloßen Verwaltungsbezirken degradiert. Doch letztendlich siegte mit dem Abzug der Besatzer das Prinzip der grundsätzlichen Gleichberechtigung nicht nur der autonomen Kantone, sondern auch der vier Sprachgemeinschaften: der alemannischen, der frankophonen, der italienischsprachigen und der bündnerromanischen. Dabei braucht ein Kanton wie Zug mit nicht einmal 100 000 Einwohnern, von denen ein Viertel auf den gleichnamigen Hauptort entfällt, nur ganze elf Gemeinden zu umfassen, die auf einer Fläche von 239 km² verteilt sind. Er kann aber auch eine Großstadt wie Zürich mit über 350 000 Einwohnern einschließen, von denen über ein Viertel Ausländer sind, insgesamt über eine Million Einwohner haben, von denen wiederum ein Fünftel keinen Paß der Eidgenossenschaft besitzt, und sich über eine Fläche von 7 106 km² ausdehnen. In den Ständerat, die Vertretung der 26 Kantone in der Bundesversammlung, dürfen beide die gleiche Anzahl von Abgeordneten entsenden, nämlich zwei. Lediglich die sechs durch Teilung von Kantonen entstandenen sog. Halbkantone müssen sich mit einem Vertreter begnügen. Auch im Nationalrat, der ersten Kammer der Bundesversammlung, dessen 200 Sitze unter die Kantone im Verhältnis zu ihrer Wohnbevölkerung verteilt werden, hat jeder Kanton Anspruch auf mindestens einen Abgeordneten. Die von der Bundesversammlung für jeweils vier Jahre zu wählenden sieben Mitglieder des Bundesrates, der Regierung der Eidgenossenschaft, müssen aus unterschiedlichen Kantonen stammen.

Nun wird gerade diese seit 1848 bestehende sog. Kantonsklausel neuerdings angefochten. Es gibt in der Bundesversammlung sogar eine Mehrheit für ihre Abschaffung. Die Nationalrätin aus dem zu 22 Prozent bündnerromanisch- und zu 13 Prozent italienischsprachigen Kanton Graubünden Brigitta M. Gadiant folgert daraus: »Die Mehrheit des Parlaments nimmt also die Ängste der lateinischen Schweiz und der kleinen Kantone nicht wahr.«²⁸ Denn mit Ausnahme von Genf hätten alle »welschen« und ein Teil der kleinen und bevölkerungsarmen Kantone die Vorlage abgelehnt. Man kann nur hoffen, daß sie an der obligatorischen Volksabstimmung scheitert.

Zu Recht besteht jedenfalls trotz dieser Kontroverse Frau Gadiants ihren Artikel einleitendes Bekenntnis, das da lautet: »In unserem Land ist das Prinzip der Einheit in der Vielfalt zur Staatsmaxime geworden. Gebildet aus 26 kulturell, konfessionell, soziologisch und wirtschaftlich vielgestaltigen Kantonen und vier Sprachregionen, versteht sich die Schweiz als Willensnation.«

Der Kontrast zwischen diesem Staatsmodell und seiner historischen Entwicklung und dem gemeinhin ebenfalls zur »Willensnation« stilisierten französischen könnte größer nicht sein. Hier Toleranz gegenüber regionalen und sprachlichen Besonderheiten, dort Unduldsamkeit und rigorose Unifizierung.²⁹

Angesichts solcher gravierender Unterschiede ist es kaum nachvollziehbar, wenn Peter Alter in der bereits zitierten Einleitung einer »Willensgemeinschaft« zuschreibt, andererseits aber behauptet, die »politische Nation« der Schweizer Eidgenossenschaft umfasse »drei, wahrscheinlich sogar vier Kulturnationen, wenn man die Rätoromanen berücksichtigt«. Einem Schweizer, der im Alltag normalerweise seinen alemannischen Kantonsdialekt spricht und ein mit spezifischen schweizerischen Besonderheiten ausgestattetes Hochdeutsch schreibt und sich dieses Idioms im Bedarfsfall auch mündlich zu bedienen vermag, fiel es vermutlich im Traum nicht ein, sich als »Deutscher« zu bezeichnen, obwohl er doch von den Verfechtern dieses fragwürdigen Begriffes der ominösen deutschen »Kulturnation« zugerechnet wird. Ebenso wenig dürften sich Genfer, Walliser oder Waadter, deren Muttersprache ein von der durch die *Académie française* postulierten Norm in mancherlei Hinsicht abweichendes Französisch ist, »Franzosen« bzw. Tessiner mit italienischer Muttersprache »Italiener« nennen. Für die Bündnerromanen, von denen etwa 50 000 noch an ihrem einzigartigen, als vierte Schweizer *Landessprache* verfassungsrechtlich anerkannten *Rumauntsch* festhalten, entfielen eine vergleichbare Möglichkeit ohnehin.

»Realsozialistische Staatsnationen« und ihre Nachahmungen

Höchst bezeichnend ist, daß ursprünglich auf die maßgeblich von Stalin entwickelte »marxistisch-leninistische Theorie«³⁰ und eine entsprechende doppelzüngige Praxis einer Lösung der nationalen Frage eingeschworene Politiker de facto die Konzeption der Staatsnation übernahmen, wenn sie Unterdrückung und Assimilation der nationalen Minderheiten verschärften. Natürlich taten sie dies nicht explizit, sondern auf unterschiedliche Weise verkläusuliert. Mit Ausnahme von Polens Gomułka und später Bulgariens Shiwkow bestritten sie auch nicht, daß in ihrem Herrschaftsbereich unterschiedliche Nationalitäten leben.

Gomułka bezeichnete es als eine der größten Errungenschaften Volkspolens, daß es keine nationalen Minderheiten mehr gäbe und Polen dank der »Aussiedlung« der Deutschen zu einem echten »Nationalstaat« geworden sei. Wie Pariser Politiker ignorierte er einfach die Existenz der Minderheiten, die dennoch im Lande verblieben waren. Diese zählten zwar nicht mehr nach Millionen, hatten aber durchaus noch eigene Bedürfnisse und Interessen, nicht zuletzt hinsichtlich des Gebrauchs der Muttersprache. Die mehrere zehntausend Menschen umfassende ukrainische Minderheit wurde aus ihrer ostpolnischen Heimat deportiert und über die »Wiedergewonnenen Gebiete« verstreut.

Shiwkow ließ sich eine besonders fiese Variante einfallen. Nachdem er bereits in den sechziger Jahren die Pirin-Makedonier, denen unter Dimitrow Autonomie zugestanden worden war, »erfolgreich« hatte bulgarisieren lassen, ließ er wenig später die über eine Million Türken Nordostbulgariens zu »Bulgaren« erklären, deren Verfahren unter der Osmanenherrschaft gewaltsam turkisiert worden seien. Ihr nach der Proklamierung der Volksrepublik großzügig

im Süden und Westen verwendet wurde. Die verächtliche Nebendeutung, die dieses Wort in der Folge von Konflikten mit Frankreich in Deutschland angenommen hat, haftet ihm im Schweizer Gebrauch nicht an. Die überwiegend frankophone Westschweiz wird meist als *Romandie* bezeichnet.

29 Wie brutal diese insbesondere in mehrhundertjährigen Eroberungskriegen gegenüber der Provence durchgesetzt wurde, hat Friedrich Engels 1848 in der Neuen Rheinischen Zeitung sehr drastisch geschildert und das Ergebnis im jugendlichen Überschwang – als Fortschritt hingestellt. Ausführlicher hierzu in: Friedrich Engels und die »Staatsnation« (s. Fußn. 10).

30 Diese ist grundsätzlich zu unterscheiden von der positiv zu bewertenden Konzeption Lenins in ihrer letzten Ausprägung. Näheres hierzu in R. Lötzsche: Sowjetische Nationalitätenpolitik von Lenin bis Gorbatschow, in: Lothar Hertzfeldt (Hrsg.): Die Sowjetunion. Zerfall eines Imperiums, S. 67-101 (Anmerkungen S. 317-320); ders.: Die Nationalitäten- und Sprachenpolitik im Programm der Bolschewiki, in: Theodor Bergmann/Wladislaw Hedeler/ Mario Keßler/Gert Schäfer (Hrsg.): Der Widerschein der Russischen Revolution. Ein kritischer Rückblick auf 1917 und die Folgen, VSA-Verlag Hamburg 1997, S. 107-118.

31 In einer 1972 unter dem Titel »Naț iunea socialistă« (»Die sozialistische Nation«) herausgegebenen 213-seitigen Propagandabroschüre ließ die KP thematisch ge-

gliederte Auszüge aus 186 Reden Ceausescus drucken. Auf eine Zuordnung der Auszüge zu den Positionen dieser als »Bibliographie« bezeichnete Liste wurde dabei verzichtet.

32 In einer vom Verlag für politische Literatur 1982 anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung der UdSSR unter dem Titel »Unzerstörbarer Bund« (*Sojuz nerušimyj*) herausgegebenen, 304 Seiten Text und einen umfangreichen Bildteil enthaltenden und mit zahlreichen Breshnewzitatzen gespickten Propagandaschrift ist diese These folgendermaßen formuliert: »Die staatliche Einheit der Völker der UdSSR bildete einen der wichtigsten zementierenden Faktoren beim festen Zusammenschluß (*splačenie*) aller Nationen und Völkerschaften zu einer neuen historischen Gemeinschaft von Menschen, zu der sozialen und internationalen Gemeinschaft Sowjetvolk« (S. 10). Direkt von Breshnew übernommen wird die Formulierung: »Es vollzieht sich das Aufblühen und die gegenseitige Bereicherung der nationalen Kulturen, die Herausbildung der Kultur des **einheitlichen** (von mir hervorgehoben - R. L.) Sowjetvolkes, einer neuen sozialen und internationalen Gemeinschaft.« (S. 19).

33 Originaltitel: Očerki teorii etnosa.

34 S. 338-382.

35 S. 372f.

ausgebautes Volksbildungssystem mit Unterricht in der Muttersprache und ihre türkischsprachigen Medien wurden liquidiert. Auf dem Höhepunkt der Kampagne wurden sie nicht nur gezwungen, ihre türkischen Namen abzulegen und bulgarische anzunehmen, sondern sogar in bulgarischen Medien zu erklären, sie hätten nach Jahrhunderten endlich die »Stimme des Blutes« vernommen.

Rumäniens Diktator Ceausescu sprach, als er in den sechziger Jahren mit der Rumänisierung der Minderheiten seines Landes begann, von denen allein die transsilvanischen Ungarn über eine Million zählten, von »mitwohnenden Nationalitäten« (*naționalități conlocuitoare*). Deren Heimat sei der »historisch entstandene Nationalstaat Rumänien«, in dem alle ihre Probleme vorbildlich gelöst würden. Das Recht auf Selbstbestimmung komme deshalb für sie nicht in Frage, denn Rumänien sei kein »multinationaler Staat«. Er polemisierte dabei mit der Komintern, die die rumänische KP verleitet habe, in Beschlüssen der zwanziger Jahre das Recht auf Selbstbestimmung der »vom rumänischen Imperialismus beherrschten Nationen« anzuerkennen.³¹

Die KPdSU-Politbürokratie unter Breshnew bemäntelte ihre Russifizierungspolitik mit der wenige Jahre später durch den Zerfall der Sowjetunion ad absurdum geführten These vom angeblich »freiwilligen Zusammenschluß« aller die Sowjetunion bewohnenden Nationen und Völkerschaften zu einer »neuen historischen Gemeinschaft, dem Sowjetvolk«³².

An ihrer Propagierung beteiligten sich nicht nur Partei- und Staatsfunktionäre sondern auch ansonsten durchaus seriöse Fachleute auf dem Gebiet der Ethnographie, Ethnosozologie oder Ethnolinguistik.

Als Beispiel sei hier nur eine Publikation des langjährigen Direktors des Instituts für Ethnographie der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften Julian Vladimirovič Bromlej angeführt. Sein 1983 in Moskau im Verlag »Nauka (‘Wissenschaft’)« erschienenes Buch *Skizzen einer Theorie des Ethnos*³³ enthält ein umfangreiches Kapitel »Ethnosoziale Prozesse in der Welt des Sozialismus«.³⁴ Dort ist u. a. zu lesen: »Somit haben sich im Prozeß der Errichtung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bei den Völkern der Sowjetunion viele gemeinsame Züge, eine sozialistische sowjetische Lebensweise herausgebildet... Die sozialistische Lebensweise ist die wichtigste Komponente einer neuen historischen Gemeinschaft, des Sowjetvolkes.« Das Bewußtsein der Zugehörigkeit zu dieser Gemeinschaft rangiere bei den Sowjetbürgern vor dem Nationalbewußtsein. Und unter Berufung auf Breshnew wird sogar behauptet, der Stolz auf die Sowjetunion sei »tiefer und breiter« als das natürliche Nationalgefühl »jedes einzelnen in unserem Land lebenden Volkes«. Es sei nunmehr »offensichtlich allgemein anerkannt, daß das Sowjetvolk eine soziale und internationale Gemeinschaft darstellt... Dabei... wächst ständig die soziale Homogenität des Sowjetvolkes, die eine gewaltige Rolle bei der Festigung von dessen innerer Einheit spielt.« Diese Einheit sei nun, wie der 26. Parteitag der KPdSU »nicht zufällig« festgestellt habe, »so fest wie noch nie«.³⁵ Allerdings warnt Bromlej, wiederum unter Berufung auf Breshnew, davor, in diesen Vereinheitlichungsprozessen

eine »Verschmelzung« der sowjetischen Nationen zu sehen. Auf keinen Fall bedeuteten sie die Russifizierung der Nichtrossen, wie dies in westlichen Publikationen fälschlich behauptet werde. Weiter kann die Mystifikation der realen Verhältnisse kaum getrieben werden.

In den Nachfolgestaaten der UdSSR scheint es nunmehr Bestrebungen zu geben, die Konzeption der »Staatsnation« ohne jede Bemäntelung zur Assimilierung der neuentstandenen nationalen Minderheiten einzusetzen. Im September 1997 erklärte ein lettischer Professor der Universität Riga, der sich jetzt als Politologen bezeichnet, in einem Gespräch mit Berliner »Wissenschaftstouristen« – ich war einer von ihnen – die Notwendigkeit eines vernünftigen Umganges mit der rund ein Drittel der Bevölkerung Lettlands stellenden russischen Minderheit mit ihrer Zugehörigkeit »zu unserer Nation (Hervorhebung von mir - R. L.)«. Wie das Problem zu lösen sei, blieb offen. Ein anderer lettischer Wissenschaftler, der sich zu den seit der Verselbständigung seines Landes von der Sowjetunion regierenden Nationalisten in Opposition befindet, gab preis, daß Teile der Regierenden die naive Vorstellung hegten, in etwa zehn Jahren die russischen Schulen schließen zu können. Einen Vorgeschmack dieser Perspektive liefert die überall in Riga wahrnehmbare Tendenz, die russische Sprache, die in den Medien und auf der Straße zumindest in der Hauptstadt nach wie vor dominiert, völlig aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Keine einzige offizielle Aufschrift ist mehrsprachig. Lediglich ein Schild der ziemlich peripheren Gogolstraße wies unter dem lettischen Namen *Gogol, a iela* auch noch das russische Pendant *ulica Gogolja* auf.

Fazit

Solche Beispiele sind es, die es bei seriösem Herangehen an dieses Problem m. E. einfach verbieten, den legeren Umgang mit dem Begriff und Terminus *Nation* lediglich als sprachliche Nachlässigkeit abzutun. Sie beweisen, daß die These von der angeblichen Zugehörigkeit auch der nationalen Minderheiten zu einer »Staatsnation« von den herrschenden Kreisen der in einem Staat dominierenden Nationalität mißbraucht wird, um die Assimilation, nicht zuletzt die sprachliche, der Minderheiten zu erzwingen. Bei starkem Widerstand auch mit brutaler Gewalt, wie die von der BRD-Regierung de facto unterstützte antikurdische Politik des Natopartners Türkei beweist.

Natürlich wird auch eine noch so präzise Definition der Begriffe *Volk* und *Nation* nichts daran ändern, daß die Organisation der Staaten dieser Welt sich »Vereinte Nationen« nennt. Und auch sonst wird das Wort *Nation* weiter häufig in der Bedeutung 'Staat', das vom Beziehungsadjektiv *national* abgeleitete Substantiv *Nationalität* als Synonym von *Staatsangehörigkeit* verwendet werden. Daß *national* insbesondere im Jargon der Politiker und Publizisten je nach Kontext nichts anderes bedeutet als 'gesamtstaatlich' oder 'einzelstaatlich' und *Nationalstaat* entsprechend 'souveräner Staat', beide Lexeme in dieser Verwendung mit dem »Nationalen« also überhaupt nichts zu tun haben, wird wohl auf absehbare Zeit

kaum zu verhindern sein. Selbst wenn der begriffliche und terminologische Wirrwarr, der sich im Diskurs um die Phänomene *Volk* und *Nation* breitmacht, unter Einbeziehung aller Ableitungen von den sie bezeichnenden Substantiven bzw. der Zusammensetzungen mit ihnen einer eingehenderen Betrachtung unterzogen würde, bliebe wohl alles beim alten. Dennoch sollte man nicht von vornherein darauf verzichten. Dies müßte jedoch einer gesonderten Untersuchung vorbehalten bleiben.

BERTELL OLLMAN

Dialektik – warum gerade jetzt?

In unserer überaus skeptizistischen Zeit nutzt es wenig, beständig nur die Möglichkeit einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft zu beschwören. Es kommt ohne Zweifel mehr darauf an zu zeigen, wie jeder für sich selbst konkrete Einsichten in eine bessere Zukunft gewinnen könnte. Zu diesem Zweck kann an die Marxsche Idee geknüpft werden, daß wesentliche Elemente der sozialistischen bzw. kommunistischen Zukunft der Menschheit bereits in der kapitalistischen Gegenwart verborgen liegen. Aber welches sind diese »Keime der Zukunft« und wie können sie sichtbar gemacht werden? Mehr noch, wenn sie erst einmal »entdeckt« sind, was nutzen sie uns für ein besseres Verständnis des Kapitalismus und was können sie zu einer politischen Strategie der Überwindung dieser Gesellschaft beitragen? Die Antworten, die Karl Marx auf diese Fragen geben konnte, sind ziemlich unscharf und in der Regel auch unvollständig. Aber er hat uns seine dialektische Methode hinterlassen, die es uns ermöglicht, selbst die entsprechenden Antworten zu finden. Das Ziel dieses Aufsatzes besteht deshalb darin, die Marxsche dialektische Methode auf eine Art und Weise vorzustellen, die es erlaubt, nicht nur die Methode selbst besser zu verstehen, sondern sie auch nutzbringend anzuwenden.

I.

Die aktuelle Entwicklungsstufe des Kapitalismus ist durch eine weitaus größere systemische Komplexität, raschere Veränderungen und eine immer größere Interaktionsdichte als alle vorausgegangenen geprägt. Während also die Gesellschaft als ganzes niemals zuvor so voller dialektischer Widersprüche war, wurde noch nie so systematisch und effektiv versucht zu verhindern, daß die reale gesellschaftliche Entwicklung tatsächlich auch erkannt wird. Gerade das macht ein dialektisches Herangehen an die »moderne« kapitalistische Gesellschaft so unverzichtbar.

Auch der überraschende Kollaps des staatssozialistischen Systems, mit dem ernsthafte Alternativen zum Kapitalismus vorerst jeden Kredit verspielt haben, sollte vor allem Marxisten dazu anregen, der Dialektik wieder mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Viele Sozialisten – und insbesondere auch solche, die schon immer kritisch zum sowjetischen Entwicklungsmodell standen – fragen sich unter dem Eindruck der jüngsten Ereignisse, ob heute überhaupt noch irgendeine Form von Sozialismus als möglich angesehen werden kann. Es überrascht daher kaum, daß in vielen linken Schriften

Bertell Ollman – ist Professor am Department of Politics der New York University, er veröffentlichte u.a.: »Alienation: Marx's Conception of Man in Capitalist Society«, »Social and Sexual Revolution: Essays on Marx and Reich«, »Dialectical Investigations«, »Market Socialism: the Debate Among Socialists« (Ko-Autor), und ist Schöpfer des Brettspiels »Klassenkampf«.

Der vorliegende Artikel ist eine gekürzte Version seines Beitrags zum »Lelio-Basso-Preis-Wettbewerb 1998«, er ist in voller Länge auf Englisch erschienen in: »Science and Society«, Fall 1998.

seither eine gewisse »Zukunftsscheu« festgestellt werden kann. Welchen Sinn hat jedoch eine kritische Analyse des Kapitalismus ohne Zukunftskonzeption? Sie erschöpft sich in der Beschreibung der aktuellen Veränderungen des kapitalistischen Systems, verurteilt einige dieser Entwicklungen moralisierend und empfiehlt – in Ermangelung eines Besseren – reformistische Lösungen. Und wenn selbst diese »Vorschläge« nicht mehr realisierbar sind, bleibt nur noch die Flucht in emotionale Verzweiflung und Zynismus.

Marx hat zu keiner Zeit eine derart resignative Position bezogen. Obwohl er kein einziges Werk hinterlassen hat, das sich explizit mit dem Sozialismus bzw. Kommunismus befaßt, finden sich in allen seinen Schriften Aussagen über die (sozialistische) Zukunft der Menschheit. Diese Marxsche Zukunftsvision wurde nicht nur von seinen politischen und theoretischen Gegnern, sondern auch von nach-marxschen »Marxisten«, wie Eduard Bernstein¹ oder kürzlich von Eric Wright², heftig attackiert. Sie verwarfen diese Vision als unseriöse, utopistische Entgleisung im ansonsten hoch wissenschaftlichen Werk von Karl Marx. Aber, müssen nicht alle Zukunftsentwürfe notwendig »utopische« Elemente enthalten? Das heißt jedoch nicht, daß sich die Überzeugung von der Möglichkeit einer besseren, menschlicheren Gesellschaft allein auf utopische Hoffnungen stützt.

In strikter Abgrenzung von derartigen »frommen« Wünschen und Hoffnungen war Marx stets der Auffassung, daß die Keime des Kommunismus bereits im kapitalistischen System angelegt sind und daß diese durch eine sorgfältige Analyse der bestehenden Verhältnisse auch gefunden und sichtbar gemacht werden können.³ Er versuchte, durch die Kritik der alten die neue (zukünftige) Welt zu entdecken.⁴ Weit entfernt von einer bloß moralischen Verurteilung des Kapitalismus zeigt Marx mit seiner »Kritik der alten Welt«, daß es in der Natur des kapitalistischen Systems selbst liegt, daß sich seine Reproduktion zunehmend krisenhaft gestaltet und daß dieselben Prozesse, die die »alte Welt« erschüttern, gleichzeitig die Geburtswehen der »neuen Welt« sind. Die »neue Welt« existiert so bereits in der »alten« in Form einer gewaltigen, nur bisher ungenutzten evolutionären Potenz. Die Marxsche Kapitalismusanalyse legt gerade dieses Entwicklungspotential offen. Dazu gehört auch, daß er – freilich nur sehr prinzipielle – Aussagen darüber macht, wie die Verwirklichung dieser Potenz aussehen könnte.⁵

Diese Tatsache allein sagt natürlich noch nichts darüber aus, wie stichhaltig die Marxschen Prognosen in bezug auf eine zukünftige gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus sind. Um zu erkennen, wie es Marx gelingt, die Keime des Neuen im Alten zu »entdecken«, ist es notwendig, seine dialektische Forschungsmethode genauer zu beschreiben.

Eigentlich sollte es auch gar nicht schwer sein, diese Elemente der Zukunft in der heutigen gesellschaftlichen Wirklichkeit aufzuspüren – sie finden sich faktisch überall, auch wenn ihnen auf den ersten Blick nichts spezifisch sozialistisches anhaftet. Da sind zum Beispiel die hochentwickelten Industrien, der enorme materielle Reichtum, das wissenschaftliche Potential, berufliches Fachwissen, entfaltete Organisationsstrukturen, das Bildungswesen, die Kultur

1 Vgl. Edward Bernstein: *Evolutionary Socialism*, transl. by Edith Harvey, New York 1961, pp. 204f, 209-211.

2 Vgl. Eric O. Wright: *Class Analysis and Historical Materialism*, Tape of talk at the New York Marxist School, Febr. 23, 1995.

3 Vgl. Karl Marx: *Grundrisse*, transl. by Martin Nicolaus, London 1973, p 159.

4 Vgl. Karl Marx: *Writings of the Young Marx on Philosophy and Society*, ed. and transl. by K.D. Easton and K.H. Guddat, Garden City, New York 1967, p. 212.

5 Ein sehr viel breiter angelegter Versuch, die Marxschen Vorstellungen über Sozialismus und Kommunismus zusammenzutragen und systematisch aufzuarbeiten, findet sich in meinem Buch »Social and Sexual Revolution...«, Kapitel 3.

usw.; und auch einige Strukturen, die durchaus schon deutliche sozialistische Züge aufweisen wie zum Beispiel Produzenten- oder Konsumentengenossenschaften, das öffentliche Bildungswesen, kommunale Krankenhäuser, die politische Demokratie und schließlich auch verstaatlichte oder Staatsunternehmen. Die Bewegung hin zum Sozialismus findet aber auch in der Zuspitzung typisch kapitalistischer Probleme, wie der Massenarbeitslosigkeit und wachsender Ungleichheit, ihren Ausdruck. Für Marx und für Wissenschaftler nach ihm, die in seiner Denktradition stehen, war bzw. ist dieses Fortschrittspotential klar erkennbar. Unter kapitalistischen Bedingungen ist es jedoch blockiert und verhindert so eine – an sich durchaus mögliche – Verbesserung der menschlichen Existenz. Für viele andere Menschen liegt dieses Potential aber nach wie vor im dunkeln, und es wäre zunächst zu ergründen, warum dies so ist.

Die Erforschung der evolutionären Potenz erfordert ein umfassendes Herangehen. Es reicht nicht aus zu überlegen, wie sich die Dinge entwickeln könnten, es bedarf genauso der Blicks zurück, wie sie sich bisher entwickelt haben. Die Anerkennung der historischen Dimension wäre dann zu ergänzen um eine komplexe Sichtweise. Denn nichts entwickelt sich aus sich heraus; Entwicklung ist stets das Ergebnis der Wechselwirkung der Elemente eines systemischen Zusammenhangs. Wenn jedoch nur das Entwicklungspotential vereinzelter Elemente isoliert betrachtet wird, findet eine Art Mystifizierung statt – entweder werden Teile aus ihrem systemischen Zusammenhang gerissen oder Subsysteme werden voneinander getrennt. Bei einem solchen Vorgehen wird das »Entwicklungspotential« rein schematisch ohne Rückkopplung mit den realen Prozessen, die möglichen Entwicklungen Spielräume eröffnen und Schranken setzen, bestimmt. Unzulässigerweise erscheinen so alle nur denkbaren Entwicklungsvarianten auch als mögliche.

Eine weitere Ursache dafür, daß viele Menschen gegenüber den »Keimen« einer sozialistischen Zukunft blind sind, liegt darin, daß sie ein Weltbild haben, in dem die Gegenwart von der Zukunft getrennt ist. Es gibt für sie keine organische Verbindung zwischen heute und morgen, keinen immanenten Mechanismus des Herauswachsendens des zukünftigen aus dem heutigen. Es fehlt das Verständnis der Gegenwart als Phase eines historischen Lebensprozesses, in dem sich die gesellschaftliche Realität von einem vergangenen zu einem zukünftigen Zustand entwickelt. Wenn jemand geistig nur noch in der Vergangenheit lebt oder sich ausschließlich in einer fiktiven Zukunftswelt herumtreibt, dann wird er im allgemeinen für geistig krank gehalten. Wenn aber die Gegenwart hermetisch gegen die Vergangenheit und gegen die Zukunft abgeschottet wird, gilt dies offenbar als völlig normal, obwohl diese Denkweise genauso »krankhaft« ist (wobei »entfremdet« wahrscheinlich zutreffender wäre). Aus dieser Sicht sind die Dinge nichts anderes als das, was sie heute und hier zu sein scheinen. Außer einigen technischen Spielereien, die mit Vorliebe in Science-fiction-Filmen vorgeführt werden, gibt es aus dieser Perspektive nur eine »Zukunft«, die im Prinzip aus der leicht modifizierten Fortschreibung der sozialen Zustände der Gegenwart in die Ewigkeit besteht.

In einem solchen Denkmodell macht es keinen Sinn, einzelne Elemente in ihrem systemischen Zusammenhang zu betrachten – selbst wenn die Existenz eines Systems angenommen wird –, weil daraus nichts wesentliches für ihre Erklärung gewonnen werden kann. Auch wenn Vergangenheit und Zukunft durchaus anerkannt werden, bedeutet dies – aus einer solchen eingeschränkten Perspektive – nichts für das Verständnis aktueller Phänomene. Wenn also die Menschen in der sie umgebenden Realität nicht die Keime des Neuen zu erkennen vermögen, dann hat dies nicht in erster Linie mit einem Mangel an Abstraktionsvermögen zu tun. Vielmehr rührt diese Blindheit im wesentlichen daher, daß sie ihre Lebensumstände überhaupt nicht als Teil eines spezifischen sozialen Systems begreifen. Es gibt daher kein System, aus dem sie genommen, und kein System, in das sie eingebaut werden könnten. Es fehlt das Verständnis für den systemischen und historischen Charakter sowohl des Kapitalismus als auch des Sozialismus, wodurch derartige Projektionen überhaupt erst sinnvoll würden.

II.

Dialektik ist die Marxsche Methode, die Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft in ihrem inneren systematischen Zusammenhang und als historisch gewordene zu erfassen. Damit gelingt es ihm, das gesellschaftliche Ganze als Ensemble aufeinander bezogener und auseinander hervorgehender Verhältnisse, in ihrem historischen Gewordensein und ihrem perspektivischen Werden zu verstehen. Das Denken ist nicht länger in der Gegenwart gefangen; gegenwärtiges erweist sich als Glied in einer Kette zwischen vergangenem und zukünftigen, wobei auch die inneren Regulative dieses beständigen Werdens und Vergehens erkennbar werden. Marx geht deshalb davon aus, daß durch die Analyse der aktuellen Verhältnisse jene Elemente gefunden werden können, die bereits in die Zukunft, in Richtung auf eine sozialistische oder kommunistische Gesellschaft weisen.

Die dialektische Methode, mit der Marx dieses Zukünftige bereits in der kapitalistischen Gegenwart aufspürt, besteht aus einem im wesentlichen vierstufigen Vorgehen: *Erstens* untersucht er den inneren Zusammenhang zwischen den verschiedenen Elementen der kapitalistischen Gesellschaft, so wie er sich zu einer gegebenen Zeit darstellt. *Zweitens* versucht er nun die Voraussetzungen für die Entstehung der heutigen Konstellation in der Vergangenheit zu entdecken; es geht darum zu erklären, wie sich die Gegenwart aus der Vergangenheit herausentwickelt hat. *Drittens* wird dieser historische Entwicklungsprozeß als spezifische Interaktion von Widersprüchen, die als Triebkräfte gesellschaftlicher Evolution aus der Vergangenheit über die Gegenwart in die Zukunft wirken, reformuliert. Diese Vorstellung von Entwicklung als Tendenz zur Lösung von Widersprüchen bezieht sich zunächst auf die nahe Zukunft, danach auf eine mögliche mittelfristige Aufhebung (im Hegelschen Sinne - AH.) dieser Widersprüche und schließlich auf einen, in fernerer Zukunft vielleicht entstehenden Gesellschaftstyp, in dem die Widersprüche überwunden sein werden. In einem *vierten* Schritt kehrt Marx dann den Blick um und versucht anhand der

theoretisch abgeleiteten Merkmale zukünftiger sozialistischer oder kommunistischer Gesellschaften, die Gegenwart als Vergangenheit – als komplexe Struktur von Voraussetzungen – dieser kommenden Gesellschaftsform zu entschlüsseln.

Bevor nun diese Stufenfolge weiter untersucht werden soll, sind zunächst zwei Klarstellungen nötig. Zum einen ist darauf hinzuweisen, daß eine Erörterung darüber, wie Zukunft im heute analysiert werden kann, nicht dasselbe ist, wie eine solche Untersuchung selbst. Hier geht es um ersteres – alle Argumente, die in die Debatte eingebracht werden, dienen einzig dazu, das Vorgehen zu beschreiben. Sie sind nicht Resultate irgendeiner Art von tatsächlicher Analyse. Zum anderen gilt hier der Hinweis von Aristoteles, daß die überhaupt erreichbare Exaktheit der Untersuchungsergebnisse immer von der Natur des Untersuchungsgegenstandes abhängt. Obwohl das Entwicklungspotential der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft deutlich erkennbar ist, bleibt es in bezug auf seine einzelnen Elemente doch notwendig immer unscharf, ungenau – sowohl hinsichtlich der möglichen Entwicklungsformen als auch hinsichtlich des Zeitpunktes, zu dem die erwarteten Veränderungen eintreten. Mit anderen Worten: wenn die Zukunft in der Gegenwart untersucht werden soll, dürfen an die möglichen Ergebnisse nicht wissenschaftliche Genauigkeitsstandards angelegt werden, die aufgrund der Natur des Gegenstandes niemals erreicht werden können.

Diese Einschränkungen sind auch deshalb notwendig, weil die Marxsche Projektion der möglichen Folgen wechselwirkender Widersprüche für die gesellschaftliche Entwicklung selbst nicht monolithisch ist. Es lassen sich bei Marx vielmehr Voraussagen über vier (zukünftige) gesellschaftliche Entwicklungsstadien finden, von denen der Kommunismus erst die letzte ist. Im Zuge seiner Untersuchung des Kapitalismus, so wie er sich auf der Grundlage spezifischer historischer Voraussetzungen herausgebildet hat, konnte Marx zunächst unmittelbar bevorstehende Entwicklungen (für die kommenden Jahre) erkennen. Danach leitete er aus der immanenten Krisenhaftigkeit des Systems die »nahe Zukunft« ab – das Umschlagen der Systemkrise in die sozialistische Revolution. Die »mittelfristige Perspektive« bestand für ihn schließlich im Durchlaufen einer Übergangsphase, die gemeinhin als Sozialismus bezeichnet wird und die letztlich in »ferner Zukunft« zum Kommunismus führt. Wie Marx nun im einzelnen von seiner dialektischen Methode Gebrauch gemacht hat, das lag vor allem auch daran, auf welches Zukunftsstadium sich seine Überlegungen jeweils bezogen. Obwohl das Untersuchungsinteresse hier vor allem der »mittelfristigen« und der »fernen Zukunft« gilt, kann die Marxsche Analyse der »unmittelbaren« und der »nahen Zukunft« nicht völlig vernachlässigt werden, weil deren Ergebnisse natürlich auch in seine Überlegungen zu Sozialismus und Kommunismus Eingang gefunden haben.

III.

Mit diesen »Vorüberlegungen« im Hinterkopf ist es jetzt möglich, zum oben genannten vierstufigen Vorgehen, mit dem Marx das

Geheimnis der Zukunft der Gegenwart entreißen wollte, zurückzu-kehren. Die erste Stufe bezieht sich – wie gesagt – auf die Analyse der inhärenten Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Strukturelementen kapitalistischer Gesellschaften, insbesondere in bezug auf die Kapitalakkumulation und den Klassenkampf, zu einem konkreten Zeitpunkt. Um herauszufinden, was für die moderne kapitalistische Gesellschaft insgesamt sowohl charakteristisch als auch ihre weitere Entwicklung tatsächlich bedeutungsvoll ist, bedarf es der genauen Unterscheidung von verschiedenen Merkmalen – welche Elemente gehören zu den allgemeinen, die für alle menschlichen Gesellschaften (also für die gesamte Evolutionsgeschichte der Menschheit) typisch sind, welche sind charakteristisch für Klassengesellschaften, welche Elemente prägen insbesondere die gegenwärtige Gesellschaftsform (in der aktuellen Entwicklungsphase des Kapitalismus), welche Merkmale sind nur für eine einzelne konkrete Gesellschaft in Raum und Zeit typisch usw. Jede Gesellschaft als ganzes und jede ihrer inneren Strukturen sind gleichzeitig von allen diesen Elementen durchdrungen. Wenn alles gleichzeitig in seiner verwirrenden Komplexität betrachtet wird – was heute die dominierende Herangehensweise zu sein scheint –, dann entsteht ein unüberschaubares Durcheinander von mehr oder weniger gut miteinander harmonisierenden Strukturen; systematische Zusammenhänge lassen sich so nur sehr begrenzt und nur unter größten Anstrengungen ermitteln. Um die drohende analytische Konfusion bei seiner Untersuchung des Kapitalismus zu vermeiden, hat Marx in einem ersten Schritt alle nicht kapitalismustypischen gesellschaftlichen Erscheinungen als Untersuchungsgegenstand ausgeschlossen. Nur so konnte er zu einer systematischen Analyse dieser Gesellschaftsform gelangen.⁶

6 Zu weiterführenden Überlegungen über die Marxschen Abstraktionsebenen, als Teil seiner dialektischen Methode vgl. mein Buch »Dialectical Investigations«, Kapitel 2.

Statt sich auf das »typisch kapitalistische« zu konzentrieren, hat die heutzutage weitverbreitete Ansicht, daß in unserer Gesellschaft alles kapitalistisch sei, bei postmodernen Analytikern sozialer Bewegungen den Vorwurf provoziert, daß Marx alles mögliche – die Rassenproblematik, die Geschlechterverhältnisse, die Bedeutung von Nation und Religion usw. – unzulässigerweise ignoriert hätte. Er hat sie, zumindest in seinen systemischen Schriften, tatsächlich vernachlässigt, weil sie alle zwar unter kapitalistischen Verhältnisse eine Rolle spielen, aber nicht das gesellschaftlich typische darstellen. Obwohl diese allgemeineren Merkmale alle in spezifisch kapitalistischer Form auftreten und natürlich großes Gewicht für unser Dasein besitzen, sind sie ihrem Wesen nach jedoch von allgemeinerer Natur (in bezug auf die Entwicklung menschlicher Gesellschaftsformen). Die Aufdeckung der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft, worin das eigentliche Ziel der Marxschen Analyse bestand, erfordert eine stärkere Einengung der Untersuchungsperspektive.

Mit der Konzentration auf die spezifische Qualität kapitalistischer Strukturen gelangte Marx zu der Einsicht, daß sein eigentlicher Untersuchungsgegenstand die Verhältnisse der Produktion sind. Sie bilden sowohl den Ausgangspunkt als auch das Objekt der Analyse. Um überzogene Einschätzungen und die Trivialisierung der Ergebnisse, die für einseitige Untersuchungen in der Regel

typisch sind, zu vermeiden, betrachtet Marx alle von ihm inspi-
zierten Verhältnisse von unterschiedlichen Seiten – was exempla-
risch an seiner Behandlung des Verhältnisses von Arbeit und Kapi-
tal gezeigt werden kann. Von gleicher Wichtigkeit ist sein Prinzip,
Verhältnisse stets als Einheit von subjektiven und objektiven Mo-
menten zu erfassen. Materielle Bedingungen treten in Marx' Ana-
lyse daher nie ohne die gleichzeitige Bezugnahme auf ihre Träger,
die von diesen Bedingungen geprägt sind, aber diese auch selbst
prägen, auf. Und umgekehrt, Menschen werden immer zugleich
auch im Kontext ihrer objektiven gesellschaftlichen Rolle gesehen.
Kapital, sagt Marx, »das ist immer zugleich auch der Kapitalist«⁷.

Nach dieser Art der (abstrakt-logischen) Rekonstruktion der ka-
pitalistischen Gegenwart vollzieht Marx den zweiten Schritt zur
»Entschlüsselung« der Zukunft des Gesellschaftssystems, indem er
sich nunmehr den historischen Voraussetzungen dieser Gegenwart
zuwendet. Wenn sich die dialektische Analyse der Gegenwart vor
allem auf die Interaktion der verschiedenen gesellschaftlichen
Verhältnisse konzentriert hat, so kommt es bei der Analyse der Ver-
gangenheit darauf an, diese Verhältnisse selbst als etwas prozessie-
rendes, als historisch sich entwickelndes zu begreifen. Geschichte
erscheint als ständige (wenn auch ungleichmäßige) Evolution von
miteinander unauflöslich verbundenen Verhältnissen. Da die Ver-
gangenheit natürlich vor der Gegenwart lag, wird gewöhnlich an
irgendeinem historischen Ereignis angesetzt und der Geschichts-
verlauf von dort aus »vorwärts« entwickelt, bis man schließlich im
heute angelangt. Bei Marx steht jedoch die Gegenwart am Anfang.
Von hier aus verfolgt er die Entstehung aktueller Erscheinungen
»rückwärts« in die Geschichte hinein. Dieses Vorgehen ermöglicht
es ihm, die wesentlichen Momente des evolutionären Zusammen-
hangs zu identifizieren und zu bestimmen, wie weit zurück ihre
Existenz tatsächlich reicht. Die Frage ist stets die, was mußte sich
in der Vergangenheit notwendig ereignen, damit das entstehen
konnte, was heute Realität ist? Damit wird jedoch keineswegs un-
terstellt, daß alle historischen Ereignisse quasi »vorbestimmt«
wären (obwohl es mitunter durchaus so erscheint), sondern es wird
lediglich festgestellt, daß sie stattgefunden haben und entspre-
chende Folgewirkungen hatten. Diese Herangehensweise hat Marx
schließlich zu der Erkenntnis geführt, daß sich die wesentlichen
Voraussetzungen für die Entstehung des Kapitalismus im Spätfeu-
dalismus herausgebildet haben.⁸

IV.

Nachdem er den organischen Zusammenhang der kapitalistischen
Gegenwart dargestellt und seinen historischen Ursprung hergeleitet
hat, kann Marx nunmehr die Hauptentwicklungstendenzen, die
auf diesem Wege offenbar wurden, in die verschiedenen Stadien
der Zukunft projizieren. In diesem dritten methodischen Schritt re-
konstruiert er die gefundenen Tendenzen als abstrakte (logische)
Widersprüche, die miteinander in prozessualer Wechselwirkung
stehen, so daß sich die verschiedenen widersprüchlichen Konstel-
lationen gleichzeitig gegenseitig stützen und einander unterminieren.
Auf lange Sicht überwiegen bei ihm unweigerlich die zersetzenden

7 »Capital ... is at the same time the capitalist.« –
zit. nach der englischen
Ausgabe: Karl Marx: Grun-
drisse, a.a.O., p 412.

8 Eine ausführliche Dis-
kussion zum Marxschen
Ansatz der Erforschung der
Gegenwart mit Hilfe der
Analyse ihrer historischen
Voraussetzungen findet sich
in meinem Buch »Dialectical
Investigations«, in Kapitel 8.

Mechanismen. Dieser Auffassung liegt die fundamentale Annahme zugrunde, daß die Realität stets ein komplexes Ganzes in Raum und Zeit darstellt. Daher gibt es bei ihm keine singulären, von anderen Zusammenhängen unabhängige, aus ihnen herausgelöste Phänomene (auch wenn dies oberflächlich manchmal so erscheint), d.h. seine Idee der widersprüchlichen Interaktion von unterschiedlichen Entwicklungstendenzen innerhalb des gesellschaftlichen Ganzen schließt die Wechselwirkung auftretender Veränderungen ein. Eine jede solche Veränderung hat stets Auswirkungen auf das gesamte System. Deshalb existieren auch keine statischen Systemzustände (auch wenn dies wiederum mitunter so scheint). Widersprüche haben stets die Tendenz zur Zuspitzung. Der formal logische Gebrauch der Kategorie »Widerspruch« und seine Einordnung in das Kategoriensystem der kapitalistischen Politischen Ökonomie (das Hauptanwendungsgebiet der dialektischen Methode) zeigen – bis auf ganz wenige Ausnahmen –, das es Marx in allen seinen Schriften darum ging, damit ein Modell der Vermittlung von gesellschaftlichen Verhältnissen zu entwickeln, daß sich auf die wichtigsten (nicht auf alle) Zusammenhänge konzentriert.⁹ Schließlich gehen in das Marxsche Widerspruchsverständnis – auf der Grundlage der durch die Untersuchung von Gegenwart und Vergangenheit gewonnenen Einsichten – sowohl objektive als auch subjektive Momente, soweit sie vor allem ökonomisch relevant sind, ein.

Mit Hilfe seiner Widerspruchsauffassung systematisiert Marx den gegenwärtigen Zustand der kapitalistischen Gesellschaft, einschließlich der in ihr agierenden Menschen, so daß deutlich wird, wie dieser komplexe Zustand sich herausgebildet hat, welcher Veränderungsdruck wirksam ist und welche Umbrüche deshalb zukünftig zu erwarten sind. Die prozessierenden Widersprüche beschreiben die Gegenwart sowohl hinsichtlich ihrer tatsächlichen Vergangenheit als auch in bezug auf ihre mögliche Zukunft. Die verschiedenen Entwicklungsstufen können so aus dem Bezug aufeinander erklärt werden. In seinem frühen Schaffen hat Marx soziale Probleme mit algebraischen Aufgabenstellungen verglichen, bei den es möglich ist, eine Lösung zu finden, wenn es gelingt, das Ausgangsproblem exakt zu (re)formulieren.¹⁰ Die Lösung für die grundlegenden kapitalistischen Entwicklungsprobleme kann nach dieser Marxschen Annahme gefunden werden, wenn diese als Widersprüche (zwischen denen eine bekannte Art der Wechselwirkung besteht - AH.) reformuliert werden können. Dadurch, daß Marx die sich abzeichnende Zuspitzung der Widersprüche vorherzusehen versucht und gleichzeitig aus der Analyse des Vergangenen ableitet, wie derartige Widersprüche innerhalb des kapitalistischen Systems bisher gelöst wurden, gelingt es ihm, eine Vorstellung von der kommenden Gesellschaft zu gewinnen. So wird es ihm möglich, sowohl Elemente des Sozialismus als auch des Kommunismus zu erahnen. Die Überwindung eines Widerspruchs kann entweder unvollständig und zeitweilig oder aber vollständig und grundsätzlich sein. Im zuerst genannten Fall erfolgt – wie dies typischerweise in den kapitalistischen Krisen geschieht – lediglich eine zeitlich begrenzte Neuordnung der Elemente des Systems der-

9 Die inhaltliche Reichweite des theoretischen Konzepts von Karl Marx wird in meinem Buch »Alienation: Marx's Conception of Man in Capitalist Society«, Kapitel 2 und 3, ausführlicher analysiert.

10 Vgl. Karl Marx: Writings of the Young Marx..., a.a.O., p. 106.

gestalt, daß diese Art der »Lösung« eine grundsätzliche Überwindung der Probleme weiter hinaus schiebt. Hier, in diesem Beitrag, geht es jedoch gerade um die vollständige und grundsätzliche Überwindung der zentralen kapitalistischen Widersprüche.

Für Marx ist die kapitalistische Gesellschaft voller wechselwirkender und sich gegenseitig durchdringender Widersprüche.¹¹ Die wichtigsten beziehen sich auf das Verhältnis von Gebrauchswert und Wert, auf das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit im Produktionsprozeß (bzw. zwischen Kapitalisten und Arbeitern im Klassenkampf), auf die Wechselwirkung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, auf die Spannung zwischen den Imperativen der Konkurrenz und dem Zwang zur Kooperation, auf das Verhältnis von Wissenschaft und Ideologie sowie auf das Verhältnis von politischer Demokratie und wirtschaftlichen Zwängen – der vielleicht wichtigste Widerspruch besteht jedoch zwischen dem sozialen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung der Produktionsergebnisse (oder verkürzt ausgedrückt: zwischen der »Logik der Produktion« und der »Logik« der Konsumtion«). In der historischen Bewegung all dieser Widersprüche können Elemente von dem gefunden werden, was weiter oben mit »Keimen des Sozialismus« innerhalb des Kapitalismus bezeichnet wurde. In ihrer gegenwärtigen Erscheinungsform als grundlegende Widersprüche des kapitalistischen Systems sind diese »Keime« nur zeitlich vergängliche Phänomene, die ihr Entwicklungspotential mehr und mehr entfalten.

Die von Marx hergeleitete »Notwendigkeit« (besser wäre »Wahrscheinlichkeit«) einer sozialistischen Revolution in der oben als »nahe Zukunft« bezeichneten Zeitspanne stützt sich auf die Einsicht, daß die Reproduktion der Existenzbedingungen einer kapitalistischen Gesellschaft zunehmend prekärer wird, während die Bedingungen für die Herausbildung des Sozialismus tendenziell Raum gewinnen. Dieser Trend ist den grundlegenden Widersprüchen des Kapitalismus immanent, weil sie – wie schon Marx gezeigt hat – die kapitalistische Wirtschaftsweise zunehmend zerstörerisch, ineffizient, irrational und eventuell sogar unmöglich machen. Demgegenüber erscheint eine sozialistische Gesellschaft zugleich als zunehmend praktisch machbar, rational, vorstellbar, notwendig und sogar als einsichtig beste Lösung – und dies ungeachtet der solchen Einsichten entgegenstehenden heutigen Lebensumstände und der enormen Propagandaindustrie, die gegen diese Tatsache in Stellung gebracht wird. Für Marx ist es nur eine Frage der Zeit und spezifischer gesellschaftlicher Umstände, bis durch das Handeln der sozialen Akteure die fällige gesellschaftliche Transformation vollzogen werden wird.

V.

Die Marxschen Vorstellungen über die nachrevolutionäre Gesellschaft werden davon geprägt, auf welche Art und Weise und durch wen (in wessen Interesse) die Hauptwidersprüche des Kapitalismus schließlich überwunden werden. Bei ihm ist es die neue herrschende Klasse, die Arbeiterschaft, die die neue Gesellschaft ihren spezifischen Interessenkonstellationen gemäß formt. Der Kern dieser

11 Vgl. Karl Marx: Theories of Surplus Value, Part I, transl. by E. Burns, Moscow 1963, p. 218.

Interessen besteht in der Überwindung der Ausbeutung und all jener Strukturen, die die alten Ausbeutungsverhältnisse stützen. Wie schnell dieses grundsätzliche Ziel erreichbar sein wird, ist ein ganz anderes Problem. Die wesentliche Frage ist nicht die, »warum die Arbeiterschaft genau dies tun wird?«, sondern »warum sollten sie nicht als neue herrschende Klasse etwas ganz anderes tun?«.

Um die Bedeutung von heutigen Klasseninteressen für die Gestaltung zukünftiger Gesellschaften zu ermessen, gilt es, die historisch gewordenen und sich beständig verändernden Interessenkonstellationen – einschließlich der jeweils spezifischen Lebens- und Arbeitsbedingungen – verschiedener Klassen und Schichten miteinander in Beziehung zu setzen. Nur wenn klar wird, wie die gegenwärtig dominierenden Klasseninteressen der Bourgeoisie innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft all das überformen, was oben als »Keime des Sozialismus« bezeichnet wurde (erste Stufe), und wie sich die Interessenkonstellationen im Laufe der Zeit entwickelt haben (zweite Stufe), ist es möglich, in etwa einzuschätzen, wie schnell sich diese Interessenlagen unter grundlegend veränderten gesellschaftlichen Bedingungen selbst ändern können (dritte Stufe). Während die gesellschaftliche Rolle der Arbeiterklasse und die Entwicklung der materiellen Bedingungen innerhalb des Kapitalismus die *Möglichkeit* des Sozialismus begründen, ist es der Zwang zur Überwindung der Systemwidersprüche, der den Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft als *Notwendigkeit* auf die Tagesordnung setzt.

Die Marxsche Vision des Sozialismus (oder der »mittelfristigen Zukunft«) stützt sich auf die Erkenntnis der grundlegenden Widersprüche des kapitalistischen Systems. Seine Vorstellungen vom Kommunismus entspringen demgegenüber nicht nur der Analyse der kapitalistischen Widersprüche. Sie schließen vielmehr auch die Entwicklung der Widersprüche im Sozialismus, der von Marx auch als eine spezifische Klassengesellschaft angesehen wird, ein. Nach dem Erreichen einer bestimmten Entwicklungsstufe der sozialistischen Gesellschaft drängen schließlich auch die Widersprüche, die allen Klassengesellschaften immanent sind (die aus der Arbeitsteilung, dem Privateigentum und der Rolle des Staates entspringen), auf eine Lösung. Die Überwindung dieser Gegensätze markiert den qualitativen Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus – es ist dieser fundamentale Umbruch, der es heute für viele so schwer macht, sich eine kommunistische Gesellschaft vorzustellen.

Zusammenfassend läßt sich die Marxsche Methode wie folgt beschreiben: Marx beginnt seine Ableitung der Zukunft mit einer Analyse der kapitalistischen Gesellschaft als organisches Ganzes. Anschließend untersucht er ihre historischen Voraussetzungen und schlußfolgert aus der Verbindung von historischen und aktuellen Entwicklungstendenzen – die abstrakt-logisch als zur Lösung drängende Widersprüche gefaßt werden – auf mögliche zukünftige Gesellschaftsformen. Die Schrittfolge seiner Analyse kann daher als Gegenwart – Vergangenheit – Zukunft bezeichnet werden (damit unterscheidet er sich grundsätzlich von jenen Ansätzen, die von der Gegenwart direkt auf die Vergangenheit zu schließen versuchen,

und erst recht von jenen futurologischen Fiktionen, die die Zukunft ohne jeglichen Bezug zur Gegenwart behandeln).

VI.

Aber die Marxsche Analyse der Zukunft ist damit noch nicht abgeschlossen. In einem vierten und letzten Schritt wechselt er die Untersuchungsperspektive und benutzt nunmehr die gefundenen zukünftigen Entwicklungsstadien Sozialismus und Kommunismus als Ausgangspunkt für eine Analyse der Gegenwart (einschließlich ihrer Vergangenheit) als notwendige Voraussetzung für diese Zukunft. Mit dieser – häufig fehlverstandenen – Herangehensweise rundet Marx seine Untersuchung des Kapitalismus erst wirklich ab. Sie erlaubt es ihm, Zukunft als Element eines Entwicklungsprozesses zu begreifen. Aufbauend auf den Ergebnissen der ersten drei Stufen seiner Methode beginnt er den Tanz – den Tanz der Dialektik – von vorn. Die Erklärung der Gegenwart über ihre historischen Voraussetzungen und ihre Projektion in die Zukunft, sowie schließlich die Suche nach den Voraussetzungen für diese Zukunft in deren Vergangenheit – also in der heutigen Gegenwart – ist ein an sich nie abgeschlossener Erkenntnisprozeß.

Nach Marx ist »die Anatomie des Menschen der Schlüssel zum Verständnis der Anatomie des Affen«¹². Dasselbe gilt für das Verhältnis zwischen späteren und früheren gesellschaftlichen Entwicklungsstufen. Die Gegenwart birgt den Schlüssel für das Verständnis der Vergangenheit, und vom Standpunkt der Zukunft aus (d.h. vom Standpunkt einer von uns überschaubaren, wahrscheinlichen Zukunft aus) kann auch die Gegenwart genauer verstanden werden. Erst seine – wenn auch immer unvollkommene – Vision erlaubt Marx zum Beispiel, Kapitalismus als den Beginn der Geschichte der Menschheit statt als deren Ende zu verstehen. Dadurch wird es einfacher, jene qualitativen Elemente der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft zu identifizieren, die als Voraussetzung für den Sozialismus gelten können, und macht es möglich, diese Elemente von den allgemeinen Merkmalen einer Klassengesellschaft oder der menschlichen Gesellschaft überhaupt zu unterscheiden. Seine Vorstellung vom Kommunismus liefert Marx einen Maßstab zur Beurteilung der gegenwärtigen Verhältnisse sowohl hinsichtlich dessen, was dringend weiter erforscht werden muß oder in bezug auf das, was ins Zentrum politischer Aktionen zu stellen ist, als auch im Hinblick auf die Unterscheidung zwischen jenen Arten von Veränderungen, die den Rahmen kapitalistischer Gesellschaften nicht verlassen, und jenen, die den Prozeß des Systemwechsels weiter forcieren. Die Bestimmung des Sozialismus als Klassengesellschaft, die in der Metapher von der Diktatur des Proletariats ihren Ausdruck findet, eröffnet so auch neue Zugänge zum Verständnis der eher im verborgenen liegenden Momente des Klassencharakters kapitalistischer Gesellschaften. Wie (formal) demokratisch sich die gesellschaftlichen Verhältnisse im Kapitalismus auch immer darstellen, im Grunde steht die Gesellschaft doch unausweichlich unter der Diktatur der Kapitalistenklasse.

Insbesondere jedoch ermöglicht es die Analyse der Gegenwart vom Standpunkt ihrer möglichen Zukunft aus, jenes Potential

12 »The anatomy of the human being is the key to the anatomy of the ape.« – zitiert nach Karl Marx: A Contribution to the Critique of Political Economy, transl. by N.I. Stone, Chicago 1904, p.300.

sichtbar zu machen, das in der heutigen Gesellschaft für diese Zukunft bereits existiert. Die berühmte Feststellung von William Faulkner »Die Vergangenheit ist nicht tot – sie ist nicht nur vergangen« könnte von Marx also durch die Metapher ergänzt werden »und die Zukunft ist schon heute – sie liegt nicht erst im morgen«. Als Entwicklungspotential existiert die Zukunft bereits in der Gegenwart. Dieses Potential ist eine Art Form ohne bereits genau bestimmten Inhalt, sie ist offen für eine Vielzahl möglicher Inhalte. Überall in der Gesellschaft verkörpern die Strukturen nicht nur das, als was sie heute erscheinen, sie schließen auch das ein, was sie sein bzw. werden könnten. Und sie verkörpern dieses Entwicklungspotential nicht, weil wir es uns so wünschen, sondern weil die oben beschriebene Analyse dieses nachweisen konnte. Das Begreifen der harten »Fakten« kapitalistischer Gegenwart als »Beweise« eines möglichen Sozialismus liefert so »Argumente« für den Sozialismus. Eine Sensibilisierung der Arbeiter für diese verborgenen Chancen, die in ihrem bedrückenden Alltag gegenwärtig sind, ermöglicht ihnen nicht nur zielgerichtetes politisches Handeln, es stärkt auch ihr Vertrauen in die Möglichkeit eines Sieges. Indem Marx in der kapitalistischen Gegenwart die »Keime« einer kommunistischen Zukunft »offenlegt«, trägt seine dialektische Analyse selbst dazu bei, die Befreiung von dieser Gegenwart voran zu bringen.

Insgesamt erweist sich die Vorstellung von der Zukunft als genauso wichtig für das Verständnis von Gegenwart und Vergangenheit wie letztere unverzichtbar für eine Erklärung der Zukunft ist. Darüber hinaus eröffnet die Analyse der Gegenwart von der Zukunft her neue Zugänge der Erkenntnis, die wiederum von der Gegenwart über die Vergangenheit zur Zukunft führen, wobei jeweils die vorher gewonnenen Einsichten den Grad analytischer Durchdringung stufenweise verbreitern und weiter vertiefen.

VII.

Abschließend muß an dieser Stelle allerdings darauf verwiesen werden, daß die mit Hilfe dieser Methode gewonnenen Einsichten in zukünftige Entwicklungen – trotz aller Wahrscheinlichkeit – hochgradig unsicher bleiben müssen, weil die exakte Geschwindigkeit der Veränderungen und die Formen, die sie annehmen werden, von vielen modifizierenden Bedingungen, von den örtlichen Gegebenheiten, genauso wie von den Unwägbarkeiten des Klassenkampfes und natürlich auch von Zufällen, abhängen. Bekanntlich hat Marx auch die Ablösung des Kapitalismus durch die »Barbarei« als möglich angesehen. Allerdings war diese Entwicklungsvariante für ihn eher unwahrscheinlich, so daß er sie kaum näher untersucht hat – was angesichts der dramatischen Entwicklungen dieses Jahrhunderts vielleicht nachgeholt werden muß.

Ferner liegt auf der Hand, daß in diesem kurzen Artikel die Marxsche Methode natürlich nicht in der (nötigen und vielleicht wünschenswerten) Breite entwickelt werden konnte. Hier wurde vielmehr nur eine erste Annäherung an diesen komplexen Gegenstand versucht. Auch ist die Untersuchung von dialektischen Widersprüchen nicht die einzige Methode, die Marx angewandt hat,

um Elemente der Zukunft in der kapitalistischen Gegenwart zu »entdecken«; es ist nur die wichtigste. Zudem unterscheidet sich die Marxsche Forschungsmethode wesentlich von der Darstellungsform seiner Erkenntnisse. In seinen Schriften wird der Stoff stets mit Rücksicht auf seine Leser bereits logisch geordnet präsentiert.¹³ Die Marxsche dialektische Methode, die in ihren Grundlagen auf Hegel zurückgeht, kann natürlich auch nicht erklären, warum und wie Marx selbst Kommunist wurde.

Als Karl Marx die wesentlichen Bausteine seines Theoriegebäudes – das später »Marxismus« genannt wurde – entwickelte, diente sein Versuch, die Hauptwidersprüche der kapitalistischen Gesellschaft in ihrer zukünftigen Entwicklung zu beurteilen, vor allem der Analyse der Gegenwart. Deshalb hat er seine Zukunftsvision nur so weit entfaltet, wie dies für diesen Zweck notwendig war. Aber seine Methode selbst ist noch heute unverzichtbar für eine Erforschung der Zukunft des Kapitalismus, die mehr sein will als bloßes Wunschenken. Die Vision einer sozialistischen Gesellschaft kann aufgrund der innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft virulenten Entwicklungstendenzen und -potentiale auch nach den jüngsten Ereignissen nicht ad acta gelegt werden. Entgegen aller scheinbaren Gewißheiten des Zeitgeistes brauchen wir angesichts des kritischen Zustands des kapitalistischen Systems die dialektische Methode mehr denn je.

(AUS DEM AMERIKANISCHEN VON ARNDT HOPFMANN)

13 Vgl. dazu meine Schrift »Social and Sexual Revolution«, Kapitel 3.

Literatur

- Bernstein, Edward: *Evolutionary Socialism*, transl. by Edith Harvey, New York 1961.
 Marx, Karl: *A Contribution to the Critique of Political Economy*, transl. by N.I. Stone, Chicago 1904.
 Marx, Karl: *Grundrisse*, transl. by Martin Nicolaus, London 1973.
 Marx, Karl: *Theories of Surplus Value, Part I*, transl. by E. Burns, Moscow 1963.
 Marx, Karl: *Writings of the Young Marx on Philosophy and Society*, ed. and transl. by K.D. Easton and K.H. Guddat, Garden City, New York 1967.
 Ollman, Bertell: *Alienation: Marx's Concept of Man in Capitalist Society*, Cambridge 1976.
 Ollman, Bertell: *Social and Sexual Revolution: Essays on Marx and Reich*, Boston 1978.
 Ollman, Bertell: *Dialectical Investigations*, New York 1993.
 Wright, Eric O.: *Class Analysis and Historical Materialism*, Tape of talk at the New York Marxist School, Febr. 23, 1995.

KARL MORGENSTERN

Visionen und Realitäten. Problemfelder gesellschaftlicher Alternativen

Karl Morgenstern – Jg. 1926; Prof. em., Wirtschaftswissenschaftler, arbeitete an der TU Dresden bis zu seiner Emeritierung vor allem über internationale Spezialisierung und Kooperation, Außenwirtschafts- und Weltwirtschaftsfragen; zuletzt in »UTOPIE kreativ«: »Umbau in Wirtschaft und Gesellschaft. Grundlagen ganzheitlicher Lösungsansätze« (Nr. 72, Oktober 1996).

Das Problem großer (utopischer) Zukunftsentwürfe besteht wohl darin, daß sie, obwohl ihre Ideen unter Umständen von nachhaltiger Wirkung sein können, aufgrund ihrer hohen Abstraktionsstufe außerstande sind, praktikable Aussagen zu treffen und die im ständigen Wandel begriffenen konkreten Umstände aufzunehmen. Sie vermitteln im günstigsten Fall das Bild einer möglichen geschichtlichen Entwicklungsvariante, während Geschichte immer das Ergebnis vielfältiger treibender, widersprüchlicher Kräfte und Faktoren und daher nie genau voraussagbar ist. Wird das begrenzte Abbild der Wirklichkeit von ihren Protagonisten noch dazu als Dogma begriffen (was die Regel ist), verkommt es zum Zerrbild der realen Welt mit entsprechenden Folgen bei versuchter Umsetzung.

Der Zusammenbruch des sogenannten Realsozialismus bedeutet, entgegen Wünschen und Behauptungen des herrschenden Zeitgeistes, weder das Ende der Geschichte noch ein Ende von Utopien und Visionen zu menschenwürdigen Daseinsformen. Bewegungen und Kämpfe für bessere, sozial gerechtere gesellschaftliche Verhältnisse haben ihre Wurzeln in den Bedingungen des Lebens selbst, seinen Widersprüchen und Konflikten. Ideologien sind nur ihr – mehr oder weniger genauer – Reflex.

Visionäre Überlegungen und Entwürfe sind heute notwendiger denn je, nicht nur aufgrund der tiefen ökonomischen und sozialen Krisen, sondern auch angesichts existentieller ökologischer Gefährdungen der Menschheit. Visionen sind aber nicht gleich Visionen. Praktisch bewegen können nur solche Ideen und Zukunftsvorstellungen etwas, die nicht in einer abstrakten Gedankenwelt angesiedelt sind, womöglich romantisierende, rückwärtsgewandte Auffassungen zum Ausdruck bringen, sondern die die realen Entwicklungsprozesse widerspiegeln, die konkreten Widersprüche der heutigen Grundprobleme menschlicher Existenz zu erfassen versuchen und gangbare Wege aus Entwicklungsblockaden weisen, in die die Zivilisation geraten ist. Dabei geht es nicht um »Rezepte« bzw. mehr oder weniger fertige »Lebensmuster«, sondern um eine Art Orientierung für notwendige (mögliche) Entwicklungen, die offen ist für neue Erkenntnisse und sich als korrekturfähig aufgrund sich verändernder Umstände erweist.

Gesellschaftliche Alternativen, die den historischen Herausforderungen Rechnung tragen wollen, müssen tiefgreifende Umgestaltungen der ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen vorsehen, zugleich aber nach ihrer (potentiellen) Realisierbarkeit fragen. Zukunftsfähige Produktions-, Konsumtions- und Lebensformen – sozial, ökologisch und ethnisch – verlangen weit mehr als Teilkorrekturen an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zuständen, jedoch nicht im Sinne einfacher Negation alles Bestehenden und objektiver Entwicklungsprozesse.

Drei Fragenkomplexe sind hierbei von besonderer Bedeutung und Aktualität:

Erstens das Verhältnis der Alternativentwürfe zum bestehenden kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem;

Zweitens das Verhältnis von Zukunftsfähigkeit und Globalisierung;

Drittens die Beziehungen zwischen notwendigem gesellschaftlichem Wandel und menschlichen Wesenseigenschaften.

Der Kapitalismus läßt sich nicht »beseitigen«

Bei allen Meinungsunterschieden über das Verhältnis notwendiger gesellschaftlicher Veränderungen zum bestehenden Gesellschaftssystem ist doch weitgehend unbestritten, daß der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist. Auch wird immer klarer, daß diese Ordnung nicht imstande sein wird, eine zukunftsfähige menschliche Zivilisation zu begründen. Die Frage ist aber – und darüber gehen nicht nur unter Linken die Meinungen auseinander – wieweit er noch reformfähig ist, ob der Kampf für soziale und ökologische Veränderungen im Rahmen der gegebenen Verhältnisse überhaupt Sinn hat. Vor allem geht es aber darum, wie dieses System überwunden werden kann. Im Grunde bleibt die alte Kontroverse zwischen Reform und Revolution nach wie vor aktuell – hier nur einige kurze Anmerkungen zur Positionsbestimmung.

Dem Kapitalismus auch in seiner gegenwärtigen Entwicklungsphase jegliche Reformfähigkeit abzusprechen, insbesondere seinen nahen Untergang herbeireden zu wollen, hieße geschichtliche Erfahrungen in den Wind schlagen. Protagonisten eines radikalen Umbruchs müßten schon die bisher völlig ungeklärten Fragen nach den Bedingungen eines Systemwechsels, nach dem subjektiven Faktor und nach den Merkmalen, der Struktur und Funktionsweise des »neuen« Wirtschafts- und Gesellschaftssystems beantworten. Inwieweit ist hier der bloße Wunsch Vater des Gedankens? Sollen abstrakte Konstruktionen hier die Mühsal sachlich-fundierter Analysen »ersetzen«? Liegen dem nicht nach wie vor Vorstellungen von einem vereinfachten historischen Determinismus – der Erreichbarkeit finaler Gesellschaftszustände – zugrunde?

Kapital – Kapitalismus – kann nicht »abgeschafft« werden. Kapitalistische Strukturen in Ökonomie und Gesellschaft können sicher nur in einem längerfristigen Prozeß, durch allmähliche Entwicklung neuer, den Bedingungen besser entsprechender Wirtschafts- und Austauschformen sowie neuer politischer Verhältnisse (höherer Formen von Demokratie, Selbstorganisation und -verwaltung) überwunden werden, absterben. Neben ökonomischen und politischen Voraussetzungen für diesen Übergang ist das Heranreifen von vielfältigen geistig-kulturellen Voraussetzungen von gleichrangiger Bedeutung. Zu den Lektionen der jüngsten Geschichte gehört, daß ohne gewandelte Vorstellungen zu Lebensqualität, Freiheit und Umwelt, daß ohne einen *beginnenden* Bewußtseinswandel (Kulturrevolution, wie verschiedentlich zu Recht formuliert wird) ein bloßer Machtwechsel zu keiner neuen Qualität gesellschaftlicher Zustände führen kann – oder höchstens über langwierige und schmerzhafteste Entwicklungsprozesse. Auch dies wird offensichtlich nach wie vor bei weitem nicht genügend reflektiert.

Die gegenwärtig dringendste Aufgabe kann nur darin bestehen, den sich globalisierenden »wildgewordenen« Kapitalismus zu zügeln, die alles beherrschende Profitlogik und die Macht von Multis und Großbanken zu begrenzen, da sonst nicht mal erste Schritte möglich erscheinen, um sozialen, ökologischen, entwicklungspolitischen und ethischen Erfordernissen global Geltung zu verschaffen. Dazu bedarf es einer starken, zielgerichteten und international koordinierten *Gegenmacht*, die hauptsächlich aus verschiedenarti-

Der sozialistische Versuch war gewiß nicht nur eine Anhäufung von Fehlern und Mißglücktem. Genossenschaftswesen, Grundzüge der Gesundheitsfürsorge und Bildung, Zugang zu Kunst und Kultur für alle, ein in vieler Hinsicht menschlicheres Miteinander usw. gehören zum Aufhebens- und Bewahrenswerten. Und der Zusammenbruch des »Realsozialismus« (Sozialismus war es eben nicht!) ist kein geschichtlicher Beweis, daß sozial gerechte gesellschaftliche Verhältnisse nicht zukunftsfähig seien, bedenkt man die ungünstigen inneren und äußeren Entwicklungsbedingungen, die Systemdeformationen und Grundmängel hinsichtlich Demokratie, Eigentumsverhältnisse und Wirtschaftsmechanismus. Im ganzen eben

kein brauchbares, reform- und entwicklungsfähiges ›Modell‹. Allein durch Fundamentalkritik und konkrete Analyse gegenwärtiger Zustände, objektiver Entwicklungstendenzen und Kräfteverhältnisse wird es möglich sein, zu neuen Einsichten und wirklichkeitsnahen theoretischen Verallgemeinerungen zu gelangen.

gen nationalen und internationalen Bewegungen und Organisationen (Gewerkschaften, linke Parteien, NRO, Umweltverbände, Kirchen, emanzipatorische Gruppierungen) erwachsen könnte. Im Zusammenwirken mit zivilgesellschaftlichen Kräften in Entwicklungsländern und im Bündnis mit weiterblickenden, »vernünftigen« Vertretern des Kapitals ginge es zunächst darum, bestehende internationale ökonomische und politische Organisationen umzustrukturieren bzw. neue im Geiste wirklicher Zusammenarbeit und gleichberechtigter Entwicklung zu schaffen, die Rahmenbedingungen des Wirkens von Multis und Großbanken entsprechend zu gestalten und deren Tätigkeit ernsthaft zu kontrollieren.

Wichtige Gegenkräfte sind die vielfältigen Bewegungen und Ansätze alternativer Produktions-, Beschäftigungs- und Lebensformen. Ihre Bedeutung ergibt sich daraus, daß mit ihnen von unten, in einem Prozeß von Versuch und Irrtum und als Ausdruck demokratischer Selbstorganisation und -verwaltung *Neues im Schoße des Alten* entsteht. Es entstehen sozusagen »praktikable« Visionen im Kleinen als Beweis, daß es auch anders geht. Im Zusammenhang mit Veränderungen in den Machtstrukturen können sich diese Bewegungen als ein wichtiger Hebel tiefgreifender gesellschaftlicher Umgestaltungen erweisen. Gründliche Analyse und Förderung statt verbreiteter Geringschätzung sind daher geboten. Revolutionärer Geist offenbart sich nicht vorrangig im verbalen Versuch, das kapitalistische System als Ganzes aus den Angeln heben zu wollen, sondern vor allen Dingen in der praktischen Tat, im Kampf für ernsthafte Veränderungen und Neues im Hier und Heute.

Regulierung von Markt und Geld

Wesentlich diffiziler ist das Problem der Waren- und Geldwirtschaft, ihrer weiteren Existenz, möglichen Entwicklung und Transformation. Entgegen Auffassungen (zum Beispiel von R. Kurz), wonach das warenproduzierende System »an sich« bereits historisch überlebt ist, wird hier eine solche faktische Gleichsetzung von Waren- und Geldwirtschaft mit Kapitalismus nicht nur als theoretisch für unhaltbar, sondern auch unter praktischem Bezug als fragwürdig, ja kontraproduktiv zurückgewiesen.

Wenn es schon realitätsfern ist, den Einstieg in alternative Entwicklungen von der »Beseitigung« des Kapitalismus abhängig zu machen, so ist es vollends wirklichkeitsfremd, diese an die Überwindung von Waren- und Geldwirtschaft zu koppeln. Warenproduktion und Geld können nicht durch »revolutionäre Maßnahmen« »abgeschafft« werden. Vielmehr müssen einzelne ihrer Elemente und Funktionen bewußt für die Herausbildung einer höheren gesellschaftlichen Entwicklungsstufe genutzt werden. Warenverkehr und Geld haben sich über Jahrtausende entwickelt und sind tief in alle Poren des Lebens eingedrungen, haben so Denkweisen und Mentalitäten in hohem Maße geprägt. Dies gilt es natürlich in Rechnung zu stellen.

Die sogenannten Selbstheilungskräfte des Marktes entpuppen sich insbesondere in der deregulierten, von neoliberalen Denkmodellen beherrschten Wirtschaft und Gesellschaft vollends als Zerstörungskräfte von Mensch und Natur. Muß die Waren- und Geld-

wirtschaft deshalb beseitigt werden? Wirtschaftsverkehr in entwickelten Gesellschaften wird sich auch unter verändernden ökonomischen und gesellschaftlichen Grundlagen, in aller absehbaren Zukunft (wenn auch in begrenzterem Umfang) auf die Regulierungsfunktion des Marktes stützen müssen; ohne Geld als Wertmaß, Zahlungs-, Zirkulations- und Schatzmittel ist eine komplexe Wirtschaft nicht vorstellbar.

Ist in der Negation dessen nicht eine innere Hauptursache für das Scheitern des Realsozialismus und zugleich für das unheilvolle Wirken von Dogmatismus und Subjektivismus zu suchen? Besteht nicht eine der Grundeinsichten darin, daß sich ideelle und materielle Stimuli miteinander verbinden müssen, daß Eigeninitiative und persönliche Verantwortung für wirtschaftliches Handeln unerläßlich sind? Ökonomische Gesetzmäßigkeiten lassen sich eben nicht überlisten! Mit der Herausbildung neuer Produktionsverhältnisse verändern sich natürlich auch die Wirkungsbedingungen ökonomischer Gesetze. Am zählebigsten, wenn auch mit modifizierter Wirkungsweise, werden sich offensichtlich Wertgesetz und Ware-Geld-Formen erweisen. Die arbeitsteilig organisierte Wirtschaft bedarf des geldvermittelten Austauschs, wobei sich mit neuen Zielen von Produktion und Arbeit auch neue Formen von Austauschbeziehungen herausbilden werden.

Maß der Einschränkung und Art einer veränderten Wirkungsweise des Wertgesetzes hängen damit zusammen, ob und wie künftig Produktion und Austausch unmittelbar vom Gebrauchswert der Güter und Leistungen bestimmt werden und inwieweit sich andere Wertvorstellungen durchsetzen.

Konturen einer Mischwirtschaft

Wie sich Wirtschaft und Gesellschaft in einer fernerer Zukunft entwickeln werden, ist offen. Hypothesen sind das eine, die wirkliche Geschichte das andere. In ihr gibt es keine »Notwendigkeiten an sich«, was aber nur heißen kann – entgegen fatalistischen Schlußfolgerungen –, die Anstrengungen für das Voranbringen von Alternativen zu verstärken.

Vorstellbar aus heutiger Sicht ist am ehesten, daß sich im Ringen für gesellschaftlichen Wandel (zunächst?) eine Art *Mischwirtschaft* herausbildet – eine Wirtschaft mit verschiedenen Eigentumsformen und einem Funktionsmechanismus, der direkte Wirtschaftssteuerung grundlegender Prozesse durch demokratisch verfaßte, öffentliche Institutionen auf verschiedenen Ebenen mit regulierter Nutzung von Markt und Geld verbindet. Details einer solchen Ökonomie lassen sich gegenwärtig nicht beschreiben. Eindeutig ist aber, daß grundlegende Veränderungen nur verwirklicht werden können, wenn die Dominanz von Maximalprofit und Wachstumswahn gebrochen wird, das Privateigentum an lebenswichtigen Gütern und Ressourcen aufgehoben ist, eine wirkliche Demokratisierung in Ökonomie und Gesellschaft einsetzt und gemeinnützige Wirtschaftsprinzipien, die den globalen sozioökologischen Anforderungen entsprechen und eine gleichberechtigte Entwicklung aller Länder ermöglichen, ein wachsendes Gewicht erlangen. Gewinn und Wettbewerb bleiben existent, den qualitativ veränderten Zielstellungen jedoch untergeordnet.

Eingeschlossen hier ist eine grundlegende Umgestaltung des Finanz- und Währungssystems mit dem Ziel, u.a. die Verselbständigung finanzieller Prozesse gegenüber der sogenannten Realwirtschaft zu beseitigen und Spekulationsgewinne weitgehend zu unterbinden.

Auf diesen veränderten ökonomisch-sozialen Grundlagen kann ein tiefgreifender Umbau der gesamten Arbeitsteilung, einschließlich der internationalen, vollzogen und der anstehende Wandel bei Arbeit und Beschäftigung verwirklicht werden. Die Globalisierungstendenz erhalte eine gänzlich andere Richtung, regionale Wirtschaftsräume könnten sich in großem Umfang *und* in ökonomisch vernünftigen Proportionen zu weltwirtschaftlichen Beziehungen entwickeln, Unternehmen hätten trotz unterschiedlicher Produktivität und Rentabilität eine Zukunft und ein viele Bedürfnisse befriedigender Sektor nichtprofitdominierter Arbeit könnte entstehen. Es würde sich eine höhere Stufe ökonomischer Rationalität – als Synthese betriebswirtschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Maßstäbe – herausbilden.

Regionalisierung und Internationalisierung

Reale Visionen über zukunftsfähige Produktions- und Lebensweisen müssen sich dem Verhältnis von Regionalisierung und Internationalisierung stellen. Hierbei handelt es sich um zwei große, wechselseitig miteinander verbundene Entwicklungslinien in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Entwicklung hin zu einer »besseren Welt« kann nicht als ein »Zurückdrehen« oder »Aufhalten« geschichtlicher Prozesse gedacht werden. Es ist sinnlos, der Globalisierung als objektiver Tendenz durch den Versuch der Herausbildung oder Stärkung provinzieller, isolierter Gebilde begegnen zu wollen. Sie wäre vielmehr als globale Entwicklung bei voller Gleichberechtigung aller Länder und Regionen, bei Akzeptanz kultureller, ethnischer und sonstiger Unterschiede zu gestalten.

Eine nachhaltige *und* rationelle Ökonomie verlangt regionale und lokale Wirtschaftskreisläufe, ist jedoch ebenso von internationaler Arbeitsteilung und Zusammenarbeit abhängig. Nationale, regionale und internationale Segmente der Reproduktion müssen sich proportional zueinander entwickeln. Aus der aktuellen Globalisierungsdebatte interessiert hier daher die Frage, inwieweit diesem Prozeß nicht nur kapitalismustypische oder auch allgemeingültige Entwicklungstendenzen zugrunde liegen.¹ Dazu scheint es nützlich, zwischen dem Begriff »Globalisierung« selbst – dem Für und Wider seiner Anwendung –, der politisch-ideologischen Funktion seines Gebrauchs und den sich tatsächlich vollziehenden Prozessen zu unterscheiden.

Zu Recht wird immer wider Vorsicht angemahnt hinsichtlich der Einschätzung des Niveaus der ökonomischen Internationalisierung und ihres Verlaufs in den letzten Jahren und Jahrzehnten.² »Globalisierungsprozesse« vollziehen sich im Kapitalismus von Anfang an, weil diese Produktionsweise untrennbar mit der Entwicklung von Weltmarkt, Weltkonkurrenz, Sicherung von Rohstoffquellen und Absatzmärkten verbunden ist. Fernhandel ist zudem noch viel älter. Insofern ist die aktuelle Strapazierung des Begriffs »Globalisierung« zumindest überzogen, seine politisch-ideologische Instrumentalisierung (Zurückweisung jeder Alternative, schärfere Ausbeutung und Sozialabbau begründet mit den »Sachzwängen des Weltmarktes«, »Standortsicherung« etc.) dagegen eindeutig. Die Zurückweisung dieses Aspekts darf jedoch nicht dazu verleiten

Paulo Nogueira hebt am Beispiel Brasiliens besonders die politische und ideologische Seite des offiziellen Diskurses zur Globalisierung hervor und bezweifelt, daß es sich bei der jetzigen Internationalisierung um etwas Neues handelt. Vgl. »Leere Rhetorik für Leichtgläubige?«, Interview, in: Neues Deutschland vom 08. Oktober 1998, S. 12.

ten, das tatsächlich »Neue« im kapitalistischen Internationalisierungsprozeß zu übersehen, was nicht nur auf die Finanzmärkte zutrifft, sondern auch in der Investitionstätigkeit, den großen Fusionsprozessen, der wachsenden Verflechtung von Forschung, Entwicklung und Produktion, im weiteren Niederreißen und Unterlaufen von Konkurrenzschranken und nationalen Souveränitätsrechten zum Ausdruck kommt – also im noch »freieren« weltweiten schalten und walten von Multis, Großbanken und Investmentgesellschaften. Das ist schon eine neue, höhere Stufe der Globalisierung, deren Negierung zwangsläufig zu falschen Schlüssen hinsichtlich notwendiger und möglicher Gegenmaßnahmen führt. Noch weitreichendere, theoretisch wie praktisch relevante Fehlurteile sind die Folge, wenn unterschätzt oder gar verneint wird, daß der kapitalistischen Internationalisierungstendenz bestimmte objektive ökonomische, wissenschaftlich-technische und kulturelle Entwicklungsprozesse zugrundeliegen.

Wachsende wirtschaftliche, ökologische und soziale Interdependenzen zwischen nationalen und regionalen Wirtschaftsräumen, die weitere Annäherung der Völker und Kulturen sind objektiv bedingt und gesamtgesellschaftlich progressiv, wenn sie nicht von Fremdbestimmung geprägt sind, sondern eigenständige Entwicklungswege zulassen. Es gibt kein zurück zu autarken Wirtschaftsweisen und Kulturen.

Nicht Weltmarkt und internationale Arbeitsteilung an sich sind zukunftsfähigen ökonomisch-sozialen Verhältnissen abträglich, sondern ihre jetzigen Funktionsmuster, ihre Überdimensionierung und Monopolisierung (Vermachtung, einseitige Vorteile zugunsten von Multis und hochindustrialisierten Ländern, Vertiefung der Unterschiede im Entwicklungsniveau, verstärkte Konzentration, extreme Spezialisierung, verbunden mit Monostrukturen in unterentwickelten Ländern und widersinnig aufgeblähten Transportströmen, undemokratische Strukturen und Verfahrensweisen). Globalisierung in ihrer *gegenwärtigen Gestalt* ist kein »Naturgesetz«, die fortschreitende Internationalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft generell jedoch als objektiver Prozeß unaufhaltsam. Alternative Konzeptionen für eine umweltgerechte und menschenwürdige Produktions- und Lebensweise werden nur dann realistisch sein können, wenn sie sich – unter anderem – diesen Entwicklungen stellen. Technikfeindlichkeit ist dabei genauso kontraproduktiv wie Technikeuphorie.

Die Bekämpfung der sozialen und ökologischen Folgen (und Grausamkeiten) der Globalisierung muß sich daher, wie auch in linken Zirkeln allmählich eingesehen wird, mit aktivem Eingreifen verbinden. Die Einführung sozialer und ökologischer (Mindest) Standards, wirksame Besteuerung von Multis und Spekulationsgeschäften etc., Beseitigung diskriminierender Handelspraktiken, internationale Regulierungen (Gesetze) und demokratische Kontrollmechanismen über Finanzmärkte und Investitionen gehören zu den geforderten Maßnahmen.

Doch so wichtig diese sind (wären), könnten damit allein nur bestimmte Auswirkungen gemildert und entschärft werden. Dringend geboten sind Gegenkonzepte, die sich in stärkerem Maße mit in-

Auf dem 8. Treffen der lateinamerikanischen Linken wurde festgestellt, daß sich ihre Länder gegen die Unterordnung unter die globalen Strategien des Kapitals wenden, jedoch keine Isolierung oder Abkopplung ihrer Staaten von den Globalisierungsprozessen wollen, sondern für eine verantwortungsvolle politische Gestaltung dieser objektiven Prozesse im Interesse ihrer Völker eintreten.

Vgl. Helma Chrenko: Offen für Erfahrung, in: Neues Deutschland vom 5./6. Dezember 1998, S. 12.

Der Wunderglaube an die Allmacht der Technik, allein oder hauptsächlich mit ihrer Hilfe die Weltprobleme lösen zu können, ist ebenso einseitig und abwegig wie die Vorstellungen über zukunftsfähige Wirtschafts- und Lebensformen, die von Wissenschaft und Technik und ihren Entwicklungsmöglichkeiten abstrahieren. Es wird von den gesellschaftli-

chen Verhältnissen *und* dem notwendigen Wertewandel abhängen, ob es gelingt, die enormen wissenschaftlich-technischen Potentiale in den Dienst der Menschheit zu stellen und gefährliche Entwicklungen für Mensch und Natur abzuwenden.

»Gegensteuern«, wie es bei Altwater heißt, oder: der »Globalisierung eine andere Richtung geben«, dem »Primat der Gewinnmaximierung eine andere, eine wirtschaftlichere und soziale Logik entgegensetzen« (R. Went), nur um einige Beispiele zu nennen. W. Kindsmüller fordert zu Recht, daß ein linkes Gesellschaftskonzeption global angelegt sein muß. Vgl. Globalisierungschance. Alternativen zur Deutschland AG, Hamburg 1997 (zitiert an Hand der Rezension von H. Neubert: Der unverschämte Angriff des Kapitals, in: Neues Deutschland).

haltlich-strukturellen Fragen der *perspektivischen Gestaltung* der Weltwirtschaft in Wechselwirkung mit regionalen und nationalen Entwicklungen befassen.

Den sozioökologischen Notwendigkeiten kann nur mit globalen Strategien und koordiniertem Handeln entsprochen werden. Integraler Bestandteil solcher Strategien ist die mittel- und langfristige Umgestaltung von internationaler Arbeitsteilung und Welthandel im Rahmen einer »demokratischen Welt- und Weltwirtschaftsordnung«. Auf der Grundlage gleichberechtigter, solidarischer Zusammenarbeit und bei Akzeptanz unterschiedlicher Entwicklungswege und Lebensvorstellungen können Wirtschaftsstrukturen und arbeitsteilige Beziehungen entstehen, mit denen eine *Dreiecksaufgabe* zu lösen wäre: Befriedigung vor allem materieller und kultureller Grundbedürfnisse, Überwindung der Kluft zwischen den Ländern und höhere Effizienz. Effizienz wäre allerdings nicht zu messen am »Weltstandard«, an Höchstprofiten und maximalen Börsenrenditen, sondern am Grad der Übereinstimmung mit sozialen und ökologischen Erfordernissen und Parametern. Dem würde ein Wirtschaftsaufbau in Form einer *Pyramide* entsprechen: von lokalen und regionalen Wirtschaftsräumen über größere Integrationsgruppierungen bis zu weltweiter Arbeitsteilung. Unter diesen Bedingungen ließe sich Lokalisierung, Regionalisierung und Internationalisierung gegenseitig ergänzend in optimalen Proportionen entwickeln.

Volkswirtschaft und Weltmarkt

Fortschreitende Internationalisierung bedeutet also keineswegs, daß die Entwicklung (relativ) selbständiger Volkswirtschaften in naher Zukunft bedeutungslos wird. Trotz wachsendem Welthandel sind die Binnenmärkte, zumindest quantitativ in bezug auf Produktion, Arbeitsplätze und Absatz, weiter bestimmend. In den meisten Industriestaaten nimmt ihre Rolle als Wachstumsfaktor sogar wieder zu. Auch in diesen Ländern ist keine *durchgreifende* Auflösung volkswirtschaftlicher in weltweite Reproduktionsprozesse absehbar, wohl aber werden lokale und regionale wie auch weltwirtschaftliche Entwicklungen und technologische Innovationen beachtliche Umstrukturierungen zwischen den Wirtschaftsräumen zur Folge haben.

Noch anders stellt sich das Problem für die unterentwickelten Länder, in einer sich neu strukturierenden Weltwirtschaft, die eine eigenständige Entwicklung und die umfassende produktive Nutzung ihrer Ressourcen (Natur, Arbeitskräfte, Wissenschaft und Bildung, Technologie) überhaupt erst ermöglicht und fördert. Dabei wäre aber zu bedenken, daß ein nachhaltiger wirtschaftlicher Aufschwung nur zu erreichen ist, wenn diese Nutzung rationell erfolgt, wenn die Möglichkeiten internationaler Arbeitsteilung richtig ausgeschöpft und die eigenen Kräfte nicht überschätzt werden. Die Forderung nach einer (mehr oder weniger) ausschließlichen Ausrichtung der nationalen Wirtschaft auf Arbeit und Löhne anstatt auf internationalen Handel und Wettbewerbsfähigkeit³ entspricht den realen Bedingungen genauso wenig wie eine zu stark exportorientierte Entwicklung. Weder Abkopplung vom Weltmarkt

noch zu enge internationale Spezialisierungen erwiesen und erweisen sich als erfolversprechender Entwicklungsweg.

Viele Erzeugnisse und Leistungen können oder sollten zukünftig in den einzelnen Volkswirtschaften und Regionen und begrenzt auch lokal für den Eigenbedarf hergestellt werden, bei weitem aber nicht alle. Selbst bei einem Paradigmenwechsel von ökonomischer Rationalität und Rentabilität bestehen ökonomische Grenzen.⁴

Quantitative Kennziffern allein (Export-/Importquoten u.a.) vermitteln keine hinreichenden Aussagen über ihr wirtschaftliches Gewicht. Neben der Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Produktion in den einzelnen Ländern und Regionen für Eigenverbrauch und spezifische Bedürfnisse machen wachsende Aufwendungen und Qualifikationsansprüche in Forschung, Entwicklung und Produktion vor allem in zukunftsweisenden Bereichen internationaler Arbeitsteilung immer zwingender. Auf anderen Gebieten dagegen werden Arbeitsteilung und Welthandel, etwa bei verschiedenen Rohstoffen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen, zurückgehen.

Regionale Wirtschafts- und Lebensräume

Die Diskussion um Regionalisierung leidet vielfach unter dem Fehlen einer klaren Begriffsfassung. Der allgemein verwendete Begriff »Regionalisierung« ist unscharf, mehrdeutig. Zumindest ist zwischen den auch als Regionalisierung bezeichneten großen Wirtschaftszusammenschlüssen von Ländern (in Europa, auf dem amerikanischen, asiatischen und afrikanischen Kontinent) und innerhalb der Volkswirtschaften vor sich gehenden Regionalisierungen zu differenzieren. Obwohl einige ähnliche Ursachen wirken, sind diese Vorgänge weder in quantitativer noch qualitativer Hinsicht vergleichbar. *Überregionale Integrationsprozesse* sind einerseits Element und Ausdruck der Globalisierung, andererseits aber auch durch Bestrebungen zur Abwehr von Weltmarktzwängen hervorgerufen.

Es ist anzunehmen, daß sich die Internationalisierung in einem längeren Zeitraum stärker in einzelnen kontinentalen und intrakontinentalen Integrationsräumen durchsetzt als in Form vollkommen globalisierter Märkte. Die Entwicklung zukunftsfähiger Produktions- und Lebensformen ist in besonderer Weise mit der Regionalisierung im Rahmen kleinerer Wirtschaftsräume verbunden. Erhaltung, Erweiterung und Neustrukturierung solcher lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufe sind ein Gebot ökonomischer Vernunft wie ökologischer Erfordernisse und wesentlich für Arbeit und Beschäftigung. Aber, wie gesagt, nicht verstanden als ein Prozeß der »Provinzialisierung«, des Abkoppelns vom wissenschaftlich-technischen und kulturellen Fortschritt, sondern als Herausbildung neuer Beziehungen zwischen Eigenproduktion und Arbeitsteilung, zwischen lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Märkten – d.h. als ein wichtiges Element und Ergebnis der Einschränkung des globalen Wirkens von Profit- und Marktgesetzen.

Zugleich besitzt dieser Prozeß eine bedeutende soziokulturelle Dimension, weil es auch um die Wiedergewinnung und Weiterentwicklung von Lebens- und Kulturfunktionen ländlicher Gebiete,

Die Beseitigung von Hunger und Unterentwicklung und die Sicherung gesunder Ernährung sind mit einseitig betriebener Intensivlandwirtschaft und industrieller Viehzucht, Stilllegung größerer Flächen (gestützt mit enormen Steuergeldern) einerseits und Vernichtung bodenständiger Landwirtschaften in Entwicklungsländern andererseits, erzwungener Monokultur für Exporte und gleichzeitig zunehmender Importabhängigkeit dieser Länder von Grundnahrungsmitteln völlig unvereinbar. Hinzu kommt die rasch wachsende Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft für die Herstellung erneuerbarer Rohstoffe. Das zwingt zur Nutzung und Widergewinnung landwirtschaftlicher Flächen, zur Aufforstung, zum naturverbundenen Landbau und zu nachhaltiger Forstwirtschaft sowie zu behutsamer Weiterentwicklung bodenständiger Wirtschaftsformen. Auf diesem Weg würden zugleich Millionen und Abermillionen Menschen Arbeit und Brot finden – in Industrie- und Entwicklungsländern! Die Umorientierung der nationalen und internationalen Agrarpolitik nach ökologischen und sozialen Erfordernissen, die nur im Kampf gegen transnationale Nahrungsmittelkonzerne durchsetzbar ist, fördert eine gesunde und regionale Wirtschaftsentwicklung, auch für nachfolgende Verarbeitungsstufen.

Gemeinden und Städte samt ihrem Umfeld geht. Angesichts der gegenwärtigen Privatisierungswut, die selbst vor der »Verwertung« der letzten öffentlichen Räume keinen Halt macht, gewinnt dieses Erfordernis noch mehr an Gewicht – für die Gestaltung lokaler und regionaler Wirtschafts- und Lebensräume, die neue Möglichkeiten für alternatives Wirtschaften, für Individualität und Sozialisation, Eigeninitiative und selbstbestimmte Lebensformen und Demokratieentwicklung eröffnen. Im weiteren Sinne können hierzu alle Betriebe und Unternehmen gezählt werden, die zur Stärkung der Wirtschaftskraft in den Regionen beitragen, ganz gleich, ob sie für territorial begrenzte oder größere Märkte produzieren und wie hoch ihre Export- und Importquoten sind. So ist beispielsweise ein wirtschaftlicher Aufschwung in vielen Regionen Ostdeutschlands davon abhängig, daß neben neuen die früheren Positionen auf Außenmärkten wiedergewonnen werden. Regionale und gesamtwirtschaftliche Entwicklungsbedingungen sind also eng miteinander verwoben, auch aufgrund der Verflechtung von Groß- und Kleinindustrie, von Zuliefer- und Finalproduzenten.

Im engeren Sinne sollten darunter jene Bereiche, Betriebe und Dienstleistungen verstanden werden, die hauptsächlich örtliche und regionale Bedürfnisse befriedigen, deren wirtschaftliche Existenz und Leistungsfähigkeit primär oder ausschließlich von örtlichen und regionalen Ressourcen und Märkten abhängig ist. Für diese ist der Begriff »regionale Wirtschaftskreisläufe« zutreffender, da hier die Voraussetzungen für Produktion und Absatz im wesentlichen regional determiniert und begrenzt sind. Diese Unterscheidung ist auch deshalb angebracht, weil sich insbesondere mit deren Entwicklung das Problem einer größeren regionalen Eigenversorgung stellt. Die Landwirtschaft und die mit ihr verflochtenen Zweige besitzen hierbei für die meisten Länder und Regionen ein besonderes Gewicht. Zugleich zeigt sich sehr deutlich der enge Zusammenhang zwischen verstärkter Eigenentwicklung und notwendigen Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung und im Welthandel.

Gesellschaftlicher Wandel und menschliche Verhaltensweisen

Die großen gesellschaftlichen Herausforderungen werfen Fragen nach den Eigenschaften des Menschen, seinen primär bestimmenden Verhaltensweisen und damit letztlich nach der Natur des Menschen überhaupt auf.⁵ Dies ist wahrscheinlich die wichtigste und zugleich komplizierteste im Spannungsverhältnis von Visionen und Realitäten. Dabei geht es nicht um im engeren Sinne psychologische Probleme, sondern um die zentrale Frage, ob die menschlichen Wesenseigenschaften mit dem kapitalistischen System harmonieren – dann wäre jeglicher Versuch einer gesellschaftlichen Alternative zum Scheitern verurteilt –, oder ob sie eher zu einer sozial gerechten, naturverträglichen Produktions- und Lebensweise »passen«. Inwieweit sind also die menschlichen Einstellungen und Verhaltensmuster überhaupt bewußt gestaltbar?

Die Vielfalt der hier wirksamen Faktoren verbietet vorschnelle Antworten – auch wenn die jüngste Geschichte hierzu allerlei Anreize bietet. Zugleich sind diese neueren Entwicklungen jedoch

äußerst wertvoll für die empirische Forschung, für Theorie und Praxis.

Den Menschen als biologisches *und* soziales Wesen zu begreifen ist weitgehend anerkannt. Seine Verhaltensweisen werden sowohl von bestimmten biologisch bedingten Grundeigenschaften als auch von konkreten gesellschaftlichen Existenzbedingungen – differenziert für die einzelnen sozialen Gruppen wie auch für die Einzelindividuen aufgrund von Besonderheiten in Herkunft, Bildung und Kultur– beeinflusst. Wie aber äußern sich biologisch begründete Eigenschaften und die jeweils durch die Bedingungen der Sozialisation und Kulturentwicklung erworbenen Verhaltensweisen konkret? Welche Zusammenhänge und Wechselwirkungen bestehen? Wie gewichtig ist ihr jeweiliger Einfluß, unterliegt er Veränderungen? Die Untersuchungen in diesen Richtungen weiterzuführen und den neuesten Erkenntnisstand zu berücksichtigen (zu verarbeiten) ist unverzichtbar für Alternativen und Zukunftsentwürfe mit Realitätsanspruch.

Hier genügt als allgemeiner Ausgangspunkt: Wenn die Evolution des Menschen biologische und soziale Komponenten hat, sich jedoch biologische Entwicklung nur über längere Zeiträume vollzieht, während gesellschaftliche Verhältnisse einem schnelleren Wandel unterliegen, ist die These überzeugend, daß die Auseinandersetzungen des Menschen mit sich und der Natur im Rahmen gegebener ökonomischer und gesellschaftlicher Bedingungen ein die menschliche Evolution wesentlich prägendes Element ist. Genauso wichtig ist aber auch die durch aktuelle Erfahrungen erhärtete Feststellung, daß unabhängig vom jeweiligen Gesellschaftssystem Urtriebe (Selbsterhaltungstrieb u.ä.) und Grundveranlagungen wie Eigennutz, Egoismus, Anpassung, aber auch »Sozialisierungstrieb«, »Kommunikationserfordernis« u.a. nicht aufhebbar, in ihren Ausprägungen jedoch veränderbar sind, wodurch bestimmte neue Verhaltensweisen entstehen können.

Jede spezifische Vergesellschaftungsweise (und ihre Veränderung, einschließlich technischer Revolutionen) bringt eine Reihe besonderer Verhaltensmerkmale hervor, während Grundveranlagungen sich als beständig erweisen. Hierfür hat die Geschichte der letzten Jahrzehnte aufgrund der Systemauseinandersetzung in einem historisch gesehen seltenen Zeitraffertempo weitere Belege erbracht, die gründlicher Analyse bedürfen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich im Realsozialismus nur *teilweise qualitativ* neue gesellschaftliche Elemente herausbildeten, ging es doch, nicht zuletzt, in bezug auf die Produktivkraftentwicklung im wesentlichen um ein Modell nachholender Entwicklung.

Zu den Erfahrungen gehörten vor allem, daß ein »neuer Mensch« nicht »geschaffen« (erzogen) werden kann. Idealisierte Vorstellungen vom »Menschen« sind zum Scheitern verurteilt. Eine Mißachtung oder auch nur Unterschätzung biologisch begründeter Wesenseigenschaften wie jegliche Simplifizierung des komplizierten Ensembles »Mensch« führen zwangsläufig zu folgenschweren Fehlurteilen. Zugleich hat die Entwicklung in ehemaligen sozialistischen Ländern gezeigt, daß – bei allen Unterschieden – veränderte gesellschaftliche Grundlagen, Bedingungen und Ziele (das Sein) einen mehr oder weniger bestimmenden Einfluß auf Bewußt-

sein und menschliches Verhalten ausüben. Es geht hier nicht um eine politische oder moralische Wertung, nicht um eine Auflistung von Vorzügen oder Grundmängeln des praktizierten Systems und nicht darum, was ökonomisch begründet, fehlerhaft oder unsinnig war, sondern allein um die sachliche Feststellung, daß gemeinschaftliches Eigentum und Sicherung materieller und kultureller Grundbedürfnisse (Arbeit, Wohnen, Bildung, gesundheitliche und soziale Fürsorge) einen stärker ausgeprägten Gemeinsinn und solidarisches Miteinander (schlechthin menschlichere Beziehungen) bewirken können. Daß infolge wirtschaftlicher Ineffektivität sowie weiterer Systemdefizite und auch ungünstiger äußerer Bedingungen für viele soziale Leistungen – im einzelnen auch überzogene und widersinnige, wie unbedingte Miet- und Preisstabilität für Waren des Grundbedarfs – kein festes Fundament bestand, darf keinesfalls vernachlässigt werden.

Einerseits also für viele Menschen größere (oder erstmalige) Möglichkeiten der Entfaltung, andererseits waren Begrenzungen und Behinderungen individueller Freiheiten, unzureichende und fehlende Anreize für Eigeninitiative und -verantwortung im Vertrauen auf »den Staat« – Hauptursachen für das Scheitern des sozialen Experiments. Im Grunde hat sich die materialistische These als richtig erwiesen, daß verändertes Sein verändertes Verhalten bewirkt. Aber in viel differenzierterer Weise und nicht in einseitiger Richtung wie vielfach angenommen. So ist die Erfahrung gleichermaßen bedeutsam, daß Egoismus, Herrschsucht, Bereicherungstrieb usw. nicht etwa vom Aussterben »bedroht« waren, in ihren Wirkungen und Ausuferungen im Verhältnis zur Konkurrenz- und Ellenbogengesellschaft jedoch deutlich begrenzt werden können. Nach dem Zusammenbruch und dem abrupten Übergang zum kapitalistischen Wirtschafts- und Wertesystem haben sich die Menschen zwar relativ schnell angepaßt, zugleich ist aber ein Weiterwirken von Ideen und erlebter Praxis sozialer Gerechtigkeit – von den Herrschenden unerwartet, verleumdet und diskreditiert – festzustellen.

Obwohl also aus der geschichtlichen Entwicklung zu erkennen ist, daß ein enger Zusammenhang zwischen ökonomisch-sozialen Umständen und menschlichem Verhalten besteht, bleibt offen, ob und inwieweit das »Gute im Menschen« unter entsprechenden Bedingungen in einem für die gesellschaftliche Entwicklung relevanten Maß überwiegen kann. Diese große Unbekannte darf in gesellschaftskritischen Theorien und Vorstellungen über zukunftsfähige Wirtschafts- und Lebensweisen keinesfalls vernachlässigt werden. Gesellschaftliche (sich verändernde) Zustände allein bestimmen eben nicht das Verhalten. Die menschlichen Wesenseigenschaften erweisen sich als wesentlich komplizierter und vielfältiger. Gewiß ist aber: eine Gleichsetzung menschlicher Grundeigenschaften und Bedürfnisse mit der Funktionsweise des kapitalistischen »Systems«, hält keiner sachlichen wissenschaftlichen Analyse stand. Sie zu behaupten, ist angesichts der globalen Probleme und Krisen Ausdruck von Zynismus und gleichbedeutend mit einer völligen Absage an humanistische Anschauungen und Grundwerte. Dieses System zerstört Menschen und Natur, fördert nicht nur puren Eigennutz und Egoismus auf Kosten des Gemeinwesens, sondern hat

darin seine wesentlichen Existenzgrundlagen.⁶ Hierin ist das entscheidende Hindernis für die anstehenden gesellschaftlichen Veränderungen zu suchen und nicht etwa in biologisch bedingten menschlichen Eigenschaften oder »ewigen« anthropologischen Triebstrukturen.

Natürlich: Aus Saulus wird kein Paulus! Daß sich aber Eigennutz und Gemeinnutz zueinander unterschiedlich verhalten und in einem differenzierten Wechselverhältnis befinden können, ist durch Vergangenheit und Gegenwart hinlänglich bewiesen: beim einzelnen und im zwischenmenschlichen Zusammenleben sowieso, aber auch auf gesellschaftlicher Ebene in den verschiedenen Kulturen und Entwicklungsstufen der menschlichen Zivilisation. Egoismus und Eigennutz müssen sich nicht grundsätzlich gegen das Gemeinwohl wenden, ihre Wirkungen können begrenzt bzw. produktiv nutzbar gemacht und mit wesentlichen Belangen einer progressiven gesamtgesellschaftlichen Entwicklung in Einklang gebracht werden. Doch wie auch immer geschichtliche Erfahrungen gewertet werden, die heutigen Grundprobleme der Menschheitsentwicklung erfordern im Überlebensinteresse Änderungen im Denken und Verhalten, in den Strukturen und Zielen von Wirtschaft und Gesellschaft.

Eine bessere Welt bedarf keines »neuen Menschen«

Als Resümee stellt sich die entscheidende Frage, ob dann, wenn es unrealistisch ist, Träumen vom »neuen Menschen« nachzuhängen, alle Hoffnungen, Visionen und Bewegungen für eine bessere Welt auf Sand gebaut sind. Oder komme es eigentlich nur darauf an, beim Streben nach menschenwürdigen Verhältnissen von idealistischen, unrealisierbaren Anforderungen an menschliches Verhalten Abstand zu nehmen? Dies würde bedeuten, die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen von den tatsächlichen Gegebenheiten, den konkreten Entwicklungserfordernissen abzuleiten und nicht von abstrakten Ideen.

Der für Fortexistenz und Weiterentwicklung der Zivilisation unabdingbare Bewußtseins- und Verhaltenswandel setzt keinen anderen Menschentyp voraus. Es ist offensichtlich ein Fehler, wenn die Zukunftsvisionen mit Idealgemeinschaften gleichgesetzt und an Idealvorstellungen vom Menschen gebunden werden.⁷ Zukunftsvorstellungen zu Wirtschaft und Gesellschaft, die von der Natur des Menschen abheben, ihn überfordern, behindern die Suche nach und das Beschreiten gangbarer Auswege. Weder wird es den Erfordernissen und Realitäten gerecht, nur auf Vernunft zu setzen, noch sind die Möglichkeiten von Vernunft, Erziehung und menschlicher Lernfähigkeit geringzuschätzen oder gar zu negieren.

Wichtig ist, wie der Erkenntnisprozeß vorankommt und befördert wird, daß sich die Menschheit an einem Scheideweg ihrer Entwicklung befindet, daß existentielle Zwänge (ökonomische, soziale, ökologische, ethnische) tiefgreifende gesellschaftliche Umgestaltungen notwendig machen. Dabei bedeuten eine »bessere Welt«, sowie zukunftsfähige Wirtschafts- und Lebensformen nicht Askese, nicht ein Zurück zur Steinzeit. Und es kann nicht, weil unreal, um Gleichmacherei oder irgendwelche abstrakten Harmo-

Die Gesellschaftsordnung im alten Ägypten, die russische Dorfgemeinschaft, die Lebensweise von Indianervölkern, die Organisation der Zapatistas in Mexiko sind nur ausgewählte geschichtliche und aktuelle Beispiele für den Vorrang bzw. gewichtigen Rang gemeinschaftlicher Interessen und Bedürfnisse. Thurow führt als ein Beispiel erfolgreicher Gesellschaftsordnungen der Vergangenheit, die auf anderen Wertvorstellungen als heute gründeten und wo die Menschen nach ganz anderen Grundsätzen handelten, die alten Ägypter an. Investitionen in die Zukunft besaßen höchste Bedeutung (S. 24f.). Dagegen seien weder Kapitalismus noch Demokratie »eine Ideologie mit Einigungswirkung«. Es gibt keine »gemeinsame, gute Sache«, keine gemeinsamen Ziele. Beide setzen das Recht des Einzelnen über das der Gruppe (S. 215). Vgl. Lester C. Thurow: Die Zukunft des Kapitalismus, Düsseldorf 1998.

nievorstellungen gehen. Doch unumgänglich sind: eine qualitativ neue, umweltgerechte Produktions- und Konsumtionsweise, Überwindung der tiefen sozialen Spaltung der Gesellschaft, Befriedigung materieller Grundbedürfnisse, gesellschaftliche Bedingungen, die Emanzipation und geistig-kulturelle Entfaltung ermöglichen sowie ein friedliches Zusammenleben der Menschen und Völker. Ist damit das Individuum grundsätzlich überfordert? Übersteigt es grundsätzlich die menschliche Lernfähigkeit, sich (schrittweise) an umweltfreundliche Lebensformen anzupassen und sie zu gestalten?

Liegen sozial gerechte Verhältnisse und »menschliche« Normen im Umgang miteinander wie zwischen den Völkern nicht im Interesse der übergroßen Mehrheit? Wird dieser Erkenntnisprozeß nicht vor allem deshalb mit aller Kraft behindert und blockiert – mit wesentlicher Hilfe der Massenmedien und unter Ausnutzung des Beharrungsbestrebens der Menschen wie auch ihrer Angst vor dem Unbekannten –, weil ein ernsthafter gesellschaftlicher Wandel zutiefst den ökonomischen und Machtinteressen des Großkapitals widerspricht? Die Anforderungen an Bewußtsein und Verhalten sind nicht »übermenschlich«, bedeuten aber dennoch tiefgehende Veränderungen in den Wertmaßstäben und Denkmustern. Wahrhaft eine Kulturrevolution, ein neues Verhältnis zwischen Mensch und Natur, ein anderer Freiheitsbegriff, der individuelle Freiheit untrennbar mit dem Gemeinwohl, dem Schicksal der gesamten Gesellschaft verbindet. Eine Selbstveränderung, jedoch nicht als idealistisch verstandener »Selbstbefreiung«, losgelöst von ökonomischen und gesellschaftlichen Zuständen und deren Veränderung.⁸ Beides muß Hand in Hand gehen! Auch künftig wird die geistige und bewußtseinsmäßige Vorwegnahme geschichtlicher Herausforderungen einer Minderheit vorbehalten bleiben, während eine breite Veränderung im Denken und Handeln erst im Zusammenwirken mit sich entwickelnden neuen gesellschaftlichen Verhältnissen möglich erscheint.

Anmerkungen

- 1 Ausführl. vgl. u.a.: Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster 1996. Eine umfassende Literaturübersicht, vor allem zu sozialen Folgen der Globalisierung, findet sich bei Christoph Butterwegge: Globalisierung, Standortsicherung und Wohlfahrtsstaatsentwicklung, in: UTOPIE kreativ, Nr. 85/86 (November/Dezember 1997), S. 49 - 61.
- 2 Vgl. u.a. Ulrich Dolata: Das Phantom der Globalisierung, in: Blätter für die deutsche und internationale Politik, Heft 1/1997; Kurt Hübner: Der Globalisierungskomplex, Berlin 1998.
- 3 Vgl. William Greider: Endstation Globalisierung. Der Kapitalismus frißt seine Kinder, München 1998 (zitiert an Hand der Rezension von H. Neubert in Neues Deutschland vom 21. August 1998, S. 11.
- 4 Zu einigen Problemen von Regionalisierung und Internationalisierung sowie Strategien zur Überwindung von Unterentwicklung vgl. Karl Morgenstern: Schritte zu einer zukunftsträchtigen Produktions- und Lebensweise, in: UTOPIE kreativ, Nr. 54 (April 1995), S. 22 - 29.
- 5 Aufschlußreiche Gedanken zu dieser umstrittenen Problematik finden sich u.a. bei Erich Fromm. Vgl. das Erich-Fromm-Lesebuch von Rainer Funk, München 1993.
- 6 Erich Fromm weist den Gedanken zurück, daß der »Erwerbstrieb« das wesentliche oder einzige Motiv menschlichen Handelns sei, weil er in der kapitalistischen Gesellschaft eine derartige Ausprägung erlangt – vgl. Erich-Fromm-Lesebuch, a.a.O., S. 18f.
- 7 Die Befreiung von diesem religiösen und philosophischen Trugschluß, der auch ins Marx'sche Gedankengebäude Eingang gefunden hat, gehört zu den wichtigsten Lehren der neueren Geschichte.
- 8 Diesen Eindruck vermitteln u.a. Äußerungen von Heleno Sana, in: Befreiung in der Geschichte beginnt mit Selbstbefreiung, in: Neues Deutschland vom 24. Januar 1998.

GOTTFRIED STIEHLER

Mensch und Geschichte.

Aspekte eines Problemkomplexes

Die Geschichte der menschlichen Gesellschaft gibt, gerade in ihren jüngsten Verläufen, der denkenden Betrachtung nach wie vor Rätsel auf. Sie gründen unter anderem in dem Faktum individuellen Handelns und Verhaltens und deren Wirkung auf den Gang der Geschichte und, damit eng verbunden, in dem Einfluß großer und kleiner Gruppen auf die Bewegung der Geschichte im Allgemeinen, Besonderen und Einzelnen. Da in der Geschichte keine Wiederkehr des Gleichen, keine identische Wiederholung von Entwicklungen, Prozessen und Ereignissen stattfindet, ergibt sich die Frage nach der wesenhaften Bedeutung des Singularen und, mit ihr verschränkt, nach der Existenz allgemeiner Wesenszusammenhänge. Die Unterscheidung von idiographischer und nomothetischer Analyse wird belangvoll, hinter der sich jeweils verschiedene Weltansichten verbergen. Personalisieren läßt sich der Gegensatz mit den Namen Dilthey und Marx, von denen jener für das Individuell-Besondere, dieser für das Allgemein-Gesetzmäßige in der Geschichte steht. Dilthey zufolge herrschen in der Natur »Ordnung nach Gesetzen«, strenge Kausalität, während in der Welt des Geistes das Einmalige, Singulare die zentrale Stelle einnimmt. »Daß das Individuelle – und nicht das Allgemeine – Gegenstand und Erkenntnisziel der Geschichtswissenschaft ist und auch das Erkenntnisverfahren bestimmt, diese Anschauung hat vor allem in der deutschen Historie eine große Tradition.«¹ Demgegenüber spricht Marx von der »Notwendigkeit eines Naturprozesses« in der Geschichte, von dem »Naturgesetz« der Bewegung der Gesellschaft (MEW 23,15), unabhängig von Bewußtsein, Willen und Absichten der Menschen, Gesichtspunkte, die durch die Hervorhebung des Tendenzcharakters gesellschaftlicher Gesetze modifiziert wurden.²

Singulares und Universelles

Die Welt überhaupt ist eine Konfiguration von Einzeldingen, -prozessen und -zusammenhängen, deren verknüpfendes Band in der Existenz allgemeiner, universeller Daseinsformen besteht. Beide Essentiale sind von gleicher Bedeutung für das Sein, für die Existenz der Welt. Das Einzelne ist das unmittelbar erscheinende Dasein, das Allgemeine das vermittelt Bestehende, in dem sich die Ordnung, der Zusammenhang der Einzelnen verkörpert. Beide sind relativ eigenständig und selbstbezüglich. Das Einzelne ist das für sich gesondert Bestehende, das seinen ihm eigenen, in ihm selbst beruhenden Bewegungsimpulsen folgt, das Allgemeine fundamen-

Gottfried Stiehler – Jg. 1924, Philosophiehistoriker, Prof. Dr. Dr. h.c.; Veröffentlichungen zu: vormalistischer Materialismus, klassische deutsche Philosophie und Wissenschaft, marxistische Gesellschafts- und Geschichtsphilosophie.

1 K.-G. Faber: Theorie der Geschichtswissenschaft, München 1982, S. 45.

2 Vgl. Kategorien des historischen Materialismus, Berlin 1978, Kap.VI.

tiert und organisiert dieses Bestehen und seine Bewegungsverläufe. Wenn auch beide aufeinander verweisen und sich bedingen, so sind sie doch zugleich voneinander relativ unabhängig. Das Einzelne kann eine Wirkungspotenz entfalten, die das Allgemeine als bloße Folie, als Hintergrund seiner Bewegung erscheinen läßt. Das hängt damit zusammen, daß das jeweilige Einzelne in Beziehungen zu anderen Einzelnen steht und durch diese beeinflusst wird, wie es auch sie beeinflusst. Es resultiert eine Triplizität: Einzelnes – Einzelnes – Allgemeines. Das Allgemeine bedingt die Bildung von Gruppen und Typen, von wesentlichen Verknüpfungen der Einzelnen eines Systemganzen. Das Einzelne ist die erscheinende Welt, das unmittelbare Dasein gegenüber dem vermittelten Sein, welches das Wesen ist. Das Einzelne ist, trotz seiner relativen Selbständigkeit und Selbstbezüglichkeit, mit vielen Einzelnen durch Gemeinschaftlichkeit der Existenz verbunden, worin die Allgemeinheit des Wesens gegründet.

In der lebenden Natur erlangt die Eigenpotenz des Einzelnen eine entwickeltere Stufe als in der nicht-lebenden Natur; eine weitere Entwicklung findet in der Gesellschaft statt. Das Verhalten lebender Organismen ist durch genetische Wirkfaktoren bestimmt, wozu bei höheren Tieren Lernen und die keimhafte Fähigkeit bewußter Verarbeitung von Umweltreizen kommt. Dominant ist instinkthafes Verhalten, doch findet auch eine potentiell bewußte Einstellung auf äußere Situationen statt.³ »Die Primaten insgesamt haben...neue Formen von Intelligenz entwickelt. Ihre Neugierde, Experimentierfreude und intellektuelle Wendigkeit sind für ihren Erfolg wenigstens teilweise verantwortlich.«⁴ Tiere vermögen »persönliche Erfahrungen« zu machen und zu speichern und sowohl als Individuen wie auch als Gruppen zu lernen, sie können ihr Verhalten äußeren Bedingungen nach eigenen Bedürfnissen anpassen. Es resultiert Gruppenverhalten aus selbstreferentieller Beziehung der einzelnen Mitglieder der Gruppe, wobei oft bestimmte Individuen vorangehen. Bei höheren Wirbeltieren ist die erbliche Disposition offener, plastischer als bei weniger hoch entwickelten Tieren.⁵ Individuelles und gemeinschaftliches Lernen, Strategien der Überlebenssicherung, Umweltkontrolle sind keimhaft ausgebildet, sie sind Übergangsstufen zu menschlichem Verhalten. Verarbeitung von Erfahrungen und Fähigkeit zur Beurteilung der Situation sind Momente der Individualität und machen deren Selbstbezüglichkeit aus. Die Entwicklung des Gehirns als Voraussetzung des Sammelns und Verarbeitens von Erfahrungen und der Einstellung auf wechselnde Situationen ist physiologische Bedingung dafür. Man kann vermuten, »daß ein Funken von Bewußtsein auch in der bescheidensten Kreatur flackert, und daß mit zunehmender Nervenarchitektur und vielschichtigerem Gehirn auch so etwas wie Bewußtsein erwächst.«⁶

Beim Menschen ist die Individualität, gebunden an Bewußtsein und hochentwickeltes Gehirn, von qualitativ wesentlich höherem Charakter; Singularität ist, wie in der Welt überhaupt, ihre allgemeine Existenzgrundlage. Doch macht das Selbstverhältnis, das Auftreten persönlicher Interessen und Handlungsstrategien, eine Wesensbestimmtheit individuellen Daseins aus. Das Bewußtsein

3 Vgl. C. Sagan, A. Dryan: Schöpfung auf Raten. Neue Erkenntnisse zur Entwicklungsgeschichte des Menschen, München 1993; P.Baumann/D.Kaiser: Die Sprache der Tiere, Stuttgart 1992.

4 C. Sagan, A. Dryan: a.a.O., S. 443.

5 P. Baumann/D. Kaiser: a.a.O., S. 14.

6 C. Sagan, A. Dryan: a.a.O., S. 225.

vermittelt zwischen äußeren Umständen und inneren Dispositionen; es ist kein passiver Spiegel der ›Umwelt‹, sondern Ausdruck und Resultat persönlicher Lebenserfahrungen und der geistigen Verarbeitung innerer und äußerer Bedingungen. Der Umstand, daß Menschen nicht bloße Funktionselemente eines größeren Ganzen, sondern gleichsam »Monaden«, relativ selbständig empfindende, denkende und handelnde Subjekte sind, macht eine wesentliche Seite gesellschaftlich-geschichtlicher Existenz des Menschen aus. Doch ist das Individuelle, wie auch in der lebenden Natur, durch Allgemeines eines universellen und historischen Typs sowie der übergreifenden Gemeinschaft, der konkreten Gesellschaft, Gruppe usw. bestimmt. Die Spannung zwischen dem Allgemeinen und dem Singularen individueller Existenz wirkt in den unübersehbar vielen Wechselfällen der Geschichte der Menschengattung zusammen.

Bewußtsein und persönliche wie gemeinsame Interessen sind Kräfte geschichtlicher Entwicklung, historischen Fortschritts. Dieser gründet in der Notwendigkeit werkzeugvermittelter Aneignung der äußeren Natur durch den Menschen zum Zwecke der Befriedigung persönlicher und gemeinschaftlicher Bedürfnisse. Doch ebenso wie diese Faktoren progressive geschichtliche Entwicklung bedingen, können sie auch zu gesellschaftlichem Rückschritt und Stagnation, zu verhängnisvollen geschichtlichen Aktionen und Ereignissen beitragen. Wenn sich individuelles Bewußtsein und (Gruppen-)Interessen verfestigen, sich primär auf sich beziehen und die Mitglieder des Gemeinwesens einander als bloße Mittel für das Verfolgen eigensüchtiger Zwecke behandeln, kann die Geschichte zum Verhängnis werden, wovon sie, namentlich in unserem Jahrhundert, vielfältig zeugt. Damit verkörpert sich im individuellen Bewußtsein, so große Bedeutung es als Triebkraft der Entwicklung des menschlichen Gattungswesens besitzt, eine Potenz von Stagnation, Niedergang und Zerstörung. Doch ist sie das nicht naturhaft, sondern als Ausfluß solcher gesellschaftlicher Umstände, die eine Hypertrophierung individueller Zwecke begünstigen oder sogar zu ihrem Lebenselement haben. Hierbei sind die Individuen einander nicht gleich, sondern unterschiedlich und gegensätzlich der sozialen Stellung nach sowie in ihren persönlichen Charaktermerkmalen, die auch gesellschaftliches Gewicht erlangen können.

Dabei wird die Differenz zwischen den Gesellschaftsgliedern als ›gewöhnliche‹ Individuen, als Massenpartikel, und als besondere, auf verschiedensten Gebieten herausragende Individuen (›Persönlichkeiten‹) belangvoll. Beide Individualitätstypen sind Konstituenten gesellschaftlicher Existenz und Bewegung, doch wirken jene als untergeordnete Elemente größerer sozialer Zusammenhänge und Prozesse, diese als deren Impulsgeber und Organisatoren, wobei persönliche, auch psychologisch begründete Wesensmerkmale von prägendem Einfluß sind. Während die gewöhnlichen Individuen zur Einfügung in ein größeres Ganzes (Gruppe, politisches und ökonomisches System), zur Anpassung an das Bestehende tendieren, sind die exzeptionellen Individuen oft durch Geltungsdrang und Machtstreben sowie das Interesse am Verfolgen eigener Zwecke charakterisiert. Im Wirkungsfeld der Individuen als Massenpartikel, deren Bedürfnisse und gesellschaftliche Lebenserfah-

rungen artikulierend, tun sich geschichtlich Individuen hervor, die die Massenstimmungen und -ansprüche ausdrücken und sich gegen die Herrschaftspraxis der staatlich-gesellschaftlich führenden Kräfte wenden, wobei sie Bestrebungen der nach Veränderung drängenden sozialen Gruppen artikulieren. Damit differenziert sich die Individualität in die drei Formen der gewöhnlichen, der sie kulturell und politisch repräsentierenden und der in Staatsapparaten politische Macht ausübenden Personen.

Der Einzelne als Geschichtspotenz

Die Einzelindividuen sind gleichsam Partikel des Gesellschaftsganzen, soziale Atome, doch existieren sie nicht beziehungslos, sondern in aktiven Verhältnissen zueinander, deren Grundlage die Aneignung der äußeren Natur durch materielle Produktion ist. Eine abstrakte Trennung und Entgegensetzung von Einzelindividuen und sozialen Verhältnissen ist abwegig; N. Luhmanns eindimensionale Rückführung der Gesellschaft auf interpersonale Beziehungen, mit Ausschluß der sie doch begründenden Menschen, ist irreführend. Die Individuen konstituieren die Verhältnisse und diese begründen deren Existenz und Wesen. Diese These enthält allerdings eine noch nicht hinreichend aufgelöste Problemantinomie, nämlich die Frage danach, welche der Seiten den Ausschlag gibt und ob die Antwort auf diese Frage allgemein oder nur geschichtlich-konkret gegeben werden kann. Zur Beantwortung der Frage ist die Analyse der relativen Eigenständigkeit, -aktivität und Selbstbestimmung der Individuen gefordert, und zwar sowohl der gewöhnlichen als auch der exceptionellen Individuen. Dabei entsteht ein weiteres Problem in der Klärung der Rolle der individuellen mikro- und makrosozialen Umstände im Selbstverhältnis der Individuen. Denn wenn die Individuen Produkte individueller und gesellschaftlicher Daseinsbedingungen sind, ist auch die soziale Existenz der jeweiligen Gruppe und der Einzelgesellschaft – wie der Gesellschaft überhaupt – ein reines Objektverhältnis und die Menschen sind deren Zuschauer, sind bloße Statisten.

Die Frage nach der Beziehung von Mensch und Geschichte verweist somit auf die Frage nach Wesen und Existenz des Einzelmenschen in seinem Verhältnis zur Gesellschaft. Nach Ansicht J. Piagets gehören zu den Faktoren individueller Entwicklung Vererbung, Erfahrung mit der äußeren Welt und soziale Vermittlung, die Erziehung im weitesten Sinn.⁷ Allerdings gibt die Benennung dieser Faktoren noch keine Antwort auf die Frage nach ihrem Stellenwert im Ganzen der Bedingungen, die variabel in jeweiligen Kontexten sind. Der Aneignungs- und Verarbeitungspotenz des Individuums kommt Schlüsselbedeutung zu, worin die Geschichtsmächtigkeit des Individuums sich andeutet - abhängig von persönlichkeits-eigenen und sozialen Determinanten.⁸

Der hermeneutische Zirkel ist freilich mit dieser Feststellung nicht aufgelöst, und es scheint, als sei nur eine fallbezogene Antwort möglich, die unzureichend ist, wenn sie das Allgemeine-Menschliche des Zusammenhangs im Dunkeln läßt. Die zu problematisierende Voraussetzung ist, daß das Individuum in seinem Handeln stets durch äußere und innere Faktoren determiniert und

7 J. Piaget: Probleme der Entwicklungspsychologie. Kleine Schriften, Hamburg 1993, S. 28, 129, 131.

8 Vgl. K.-H. Braun: *Genese der Subjektivität. Zur Bedeutung der Kritischen Psychologie für die materialistische Pädagogik*, Köln 1982, S. 247.

insofern zu wirklicher Selbstbestimmung unfähig ist. Familie, Bildung, Charakter, geistige Fähigkeiten, mikro- und makrosoziale Umstände präformieren das individuelle Verhalten und konturieren eine Selbstbeziehung des Objektiven allgemeiner und individueller Art. ›Autonomie‹ des Individuums scheint eine Leerformel zu sein, Verdienst und Schuld im Grunde nicht stattzuhaben. Das alte Thema der Willensfreiheit wird hier virulent – der Wille ist unfrei, wenn und insofern die Bestimmung zum Handeln aus dem Handeln vorausliegender subjektiver und/oder objektiver Umstände resultiert. Zweifelsfrei erfolgt die Selbstgenerierung des Individuums durch und mit seinen Lebenserfahrungen. Deren Verarbeitung hängt von persönlichen Faktoren ab, die sich durch ebendiese Erfahrungen verändern – soweit das Individuum sie bewußt reflektiert.

Individuelle Autonomie ist relativ, da sie in Bedingungen eingebettet ist, über die der einzelne nicht frei verfügt – seien sie objektiver oder subjektiver Art. Gegen übermächtigen Druck äußerer Umstände vermag das Individuum als einzelnes wenig auszurichten und seine Selbstbestimmung schrumpft auf ein geringes Maß. In mehr oder minder offenen, plastischen sozialen Verhältnissen erweitern sich die Chancen des Selbst-Handelns, wobei Charaktermerkmale, die Fähigkeit zu Selbstkontrolle und Selbstkorrektur Bedeutung erlangen. Auch in diesem Fall aber sind mikrosoziale Bedingungen wirksam und von einer völligen Autarkie des Denkens und Handelns des Individuums kann keinesfalls die Rede sein.

J. Piaget betont: »In Wirklichkeit ist das Individuum weder ausschließlich von den äußeren Gegenständen (Feldgestalt) noch einzig und allein von seinen Anlagen abhängig, sondern es entwickelt ein Tun, das mit seiner eigenen Geschichte in engem Zusammenhang steht.«⁹ Das Verhältnis zwischen beiden Faktoren ist variabel und wird sowohl von gesellschaftlichen Umständen als auch von individuellen Handlungsstrategien beeinflusst. Es findet ›reziproker Determinismus‹ statt:¹⁰ Die Umwelt wirkt auf das Verhalten ein, das Verhalten verändert die Umwelt und die Person kontrolliert – im Idealfall – sowohl das Verhalten als auch die Umwelt, von denen beiden sie wiederum beeinflusst wird. Jedes Verhalten wird von den Anlagen und von der Umwelt ko-determiniert; damit ist allerdings noch nicht die Frage nach der Selbstmacht des Individuums beantwortet, nach jener Sphäre, in der sich die Autonomie der Person vollzieht. Sie wird unzweifelhaft auch von Persönlichkeitseigenschaften geformt, mittels deren das Individuum sich seine persönlichen Erfahrungen aneignet und sie für seinen Lebensentwurf, seine Verhaltensstrategien verarbeitet. Ein autarker Bereich bleibt, wenn er sich auch nicht selbst generiert, sondern von Bedingungen abhängig ist, die dem Individuum vorgegeben sind. Die Klammer der inneren und äußeren Bedingungen ist die Tätigkeit des Individuums, in der sich seine Entwicklung mittels Verarbeitung der Widersprüche seines Daseins vollzieht. Die Bedingungen werden Faktoren individueller Selbstgestaltung durch Auseinandersetzung des Individuums mit seinen objektiven und subjektiven Verhältnissen. »So gesehen ist die Umwelt eines Menschen zwar einerseits ›objektiv‹, aber andererseits in unverwechselbarer Weise seine persönliche Welt, genauso einmalig wie die Person selbst.«¹¹

9 J. Piaget: a.a.O., S. 112.
Siehe auch S. 121, 136.

10 P. G. Zimbardo:
Psychologie, Berlin,
Heidelberg 1983, S. 230.

11 K. Holzkamp: »Hochbe-
gabung«: Wissenschaftlich
verantwortbares Konzept
oder Alltagsvorstellung?, in:
Hintergrund III/1992, S. 23.

Zu den Bedingungen, die die Gestaltungskraft des einzelnen beeinflussen, gehört sein Dasein in den verschiedenen Sozialgruppen. Sie üben Verhaltensdruck auf die Mitglieder aus und tendieren dazu, den einzelnen zu Konformität gegenüber der Gruppe zu nötigen, die er teils gezwungen, teils aus eigenem Antrieb leistet. Es findet eine ideologisch-moralische, geistig-praktische Prägung und Formierung von Denken und Handeln der Gruppenangehörigen statt; das Individuum paßt sich, um Akzeptanz in der Gruppe zu erlangen, den Gruppennormen an, die Echos, Übersetzungen der durch die Gesellschaft favorisierten Verhaltenskodizes sind, in denen sich die Klassenverhältnisse der Gesellschaft spiegeln. Durch den von der Gruppe ausgehenden Konformitätszwang wird die Eigenmacht und Selbstgestaltung des Individuums beschnitten. Das determinierende ›Umfeld‹ des einzelnen ist unmittelbar die Gruppe, in die, in wechselnden Formen, der Mensch eingebunden ist. Zur Beantwortung der Frage nach der Beziehung von Mensch und Geschichte muß daher die Gruppe mitthematisiert werden, da sie ein wesentliches Scharnier zwischen dem einzelnen und der Gesellschaft ist. Eine Seite dieser Beziehung ist das Streben nach sozialer Anerkennung, das ein Existential sowohl der Gruppe als auch des einzelnen ist.¹² Das schließt nicht aus, daß bestimmte Personen sich gegen Gruppendruck auflehnen und ihre eigenen Verhaltensnormen verfechten. Hierin liegt eine Quelle geschichtlicher Veränderung – oder auch Stabilisierung. Während Anpassung an Gruppennormen Momente von Angstvermeidung enthält, kann Auflehnung gegen sie von Stärke des Charakters zeugen – eine Voraussetzung für Fortschritte auf den verschiedensten Gebieten des gesellschaftlichen Lebens.

12 P. G. Zimbardo: a.a.O., S. 600f., 618f.

Auf die inneren Beziehungen der Gruppe färben die Konstellationen der Gesellschaft ab; deren allgemein-soziologische Verfaßtheit schlägt sich in einem Gruppenmilieu nieder, das die psychischen, moralischen, politischen Einstellungen der Individuen beeinflußt. Im Gruppendasein von Familie, Arbeitskollektiv, Freizeit- und Bildungsinstitutionen erfährt der einzelne – durch gruppeninterne Verhältnisse gebrochen – die Wesensbeschaffenheit der Gesellschaft, der er angehört, und macht Lebenserfahrungen, die sein Denken, Empfinden und Handeln durchdringen. Der Druck dieser Formierung erschwert es dem Individuum, zu einem intellektuell-moralischen Eigenleben zu gelangen und die Steuerung, die von der Gruppe ausgeht, kritisch zu hinterfragen und ihr eigene Verhaltenskonzepte entgegenzusetzen. Das bei vielen mit Existenzangst besetzte Dasein in der modernen kapitalistischen Gesellschaft lähmt eine selbstbewußte Persönlichkeitsentwicklung und verschüttet Potenzen der Auflehnung gegen die herrschenden Verhältnisse. Der Rückzug in die Privatsphäre, die Furcht, öffentlich eine eigene Meinung zu vertreten, sind dessen verbreiteter Ausdruck.

Damit in Einklang steht das Streben nach Kultivierung des Selbst, nach Selbstverwirklichung in individuell gesetztem Rahmen. Dieses Streben ist zumeist nicht gesellschaftskritisch ausgerichtet, sondern zielt auf Pflege des privaten Genusses, des individuellen Wohlergehens, auch auf Kosten anderer, sei es der Gruppe

oder der Gesellschaft. Eine solche Haltung ist nicht geeignet, Potenzen gesellschaftlicher Erneuerung und Veränderung freizusetzen und in gemeinschaftlicher Aktion zum Tragen zu bringen. Der in jüngster Zeit in Mode gekommene Kommunitarismus kaschiert dies kaum, da er einen romantisierenden Anti-Individualismus zur Geltung bringt und den einzelnen verklärt. Isolationsangst und Furcht vor Verlust persönlicher Vorteile sind gleichermaßen Kennzeichen nicht weniger Individuen in der »modernen«, der kapitalistischen Gesellschaft. Allerdings können sich im alltäglichen Lebensprozeß Elemente der Gemeinschaftlichkeit mit solchen des Widerstands gegen herrschende Strukturen und Verhaltensweisen verbinden.

Das ist ein Ansatzpunkt individueller Subjektivität, der bewußten und engagierten Wahrnehmung des eigenen Selbst mit intendierter Einflußnahme auf das soziale Umfeld, verkörpert durch die Gruppe (Klasse) und die Gesellschaft. Subjektivität ist nicht das bloße Streben nach Verwirklichung des Selbst in engem Rahmen, sondern Einsatz der Person für allgemeinere, das Wohl einer größeren Gemeinschaft berührende Zwecke. Die Subjektivität mag anlage- oder milieubeeinflußt sein; sie ist ein Faktor positiver Gesellschaftsentwicklung, ein wesentlicher Konzentrationspunkt des Verhältnisses Mensch – Geschichte. Ihre Basis ist die bewußte Verarbeitung von Daseinswidersprüchen als Chance progressiver Gestaltung gesellschaftlicher Lebensverhältnisse.¹³ Selbstkontrolle, Selbstgestaltung, bewußte Sinnggebung eigenen Handelns sind ihre Konstituenten. Das Individuum, obwohl seinem Charakter nach durch die Umwelt, die Biographie und eigene psychisch/geistige Dispositionen geprägt, geht nicht in der Beziehung auf dem Handeln Vorausliegendes auf, sondern inkorporiert eine Sphäre selbst-reflexiver Determination, von der Impulse zur Gestaltung der objektiven Wirklichkeit ausgehen können, was von praktischen Erfahrungen mit dieser und der selbstbewußten Verarbeitung ihrer Probleme und Widersprüche abhängt. »Selbstregulation des Verhaltens bedeutet, persönliche Kontrolle über die drei Grundelemente des Verhaltens auszuüben: Selbstbeobachtung, Gestaltung der Umwelt und Entwicklung von Verhaltensprogrammen...«.¹⁴ Diese Leistungen der Persönlichkeit sind an individuelle Voraussetzungen wie Intelligenz, Willensstärke, Bereitschaft zur Selbstkritik gebunden und nicht allen Individuen in gleicher Weise zu eigen.

Der Selbstfindung, Selbstkontrolle, Selbstgestaltung stehen negative Momente der Individualisierung, der Vereinzelung des Menschen in der modernen Massengesellschaft entgegen, die die bewußte gesellschaftliche Fundierung des Individualverhaltens beeinträchtigen. Durch moderne Technologien in der Produktion, Massenmedien, Bildungseinrichtungen, die Existenz in relativen Isolatoren verliert der Mensch positive Beziehungen zu den Mitmenschen, wird er auf sich selbst zurückgeworfen, womit die gesellschaftsfördernde Kraft der Gemeinschaft und der in ihr wirkenden Persönlichkeit reduziert wird. Dadurch verliert die Geschichtsmächtigkeit des Individuums, und herrschende ökonomische und politische Kräfte können ungestörter ihre Ziele verfolgen. Mag der Zerfall interaktionsstiftender Bindungskräfte auch dem einzelnen

13 Vgl. H. Krauss: Subjektive Widerspruchsverarbeitung..., in: Hintergrund 1/1995, S. 16f.

14 P. G. Zimbardo: a.a.O., S. 231.

15 A.Honneth: Desintegration. Bruchstücke einer soziologischen Zeitdiagnose, Frankfurt a.M. 1995, S. 24.

Freiräume selbstgewählter Lebensgestaltung eröffnen, geht doch damit zugleich ein Verlust an Impulsen sinnerfüllter Selbstverwirklichung einher: Der Mensch gerät in die Rolle des Objekts von Politik, Ökonomie, Massenmedien usw., sein Selbstverhältnis nimmt deviante Züge an. Im modernen Individuum gehen, quer durch die Klassen und anderen sozialen Gruppen, »Individualisierung, Privatisierung und Autonomisierung«¹⁵ ineinander über, in ihm streiten Tendenzen und Kräfte miteinander, die seine gesellschaftliche Rolle verstärken wie auch beschädigen können. Autonomisierung und Disziplinierung sind die Pole dieses Spannungsverhältnisses.

Die Massen: Aktivität und Passivität

Die Individuen existieren in sozialen Verhältnissen, die durch größere soziale Gruppen formiert werden. Auf Grund dessen, daß der Mensch nur in Gemeinschaft mit anderen sein Leben fristen, das zu seiner Existenz Nötige gewinnen kann, ist er stets Glied eines übergreifenden gesellschaftlichen Ganzen. Dieses tritt als eigentliches Geschichtssubjekt auf, wenngleich die Quelle seiner Existenz und Bewegung im Dasein und in den Aktionen der Individuen liegt. Wenn größere Ganze, wie Klassen, soziale und politische Gruppen, Ethnien, Völkerschaften, Staaten, als geschichtsbildende Kräfte auftreten, ist es stets die Gesamtheit der Einzelindividuen, die als aktive Potenz der Aktionen wirkt. Dabei kommt das dialektisch-widersprüchliche Verhältnis von Element und System zur Wirkung. Elemente des gesellschaftlichen Systems sind die Individuen mit den zwischen ihnen bestehenden Verhältnissen. Das konkret-besondere Ganze der Vielzahl, der Menge von Individuen, die es bilden, ist die maßgebliche geschichtlich bewegende und verändernde Kraft, da alles gesellschaftliche Sein Produkt einer hinreichend großen Zahl von Einzelmenschen ist.

Das Scharnier zwischen Individuen und System bilden »exzeptionelle« Individuen, die die Impulse des größeren Ganzen aufnehmen und den Massen der »gewöhnlichen« Individuen nahebringen – sei es positiv-zustimmend, sei es kritisch-ablehnend. Diese Impulse sind umgeformte Bedürfnisse der Individuen, die hierbei in gesellschaftlich komplexer, systemhafter Gestalt auftreten. Massen sind keine autarken Geschichtssubjekte, da sie einerseits Produkte der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung, der sozialen, ökonomischen, politischen, kulturellen Beziehungen zwischen den Individuen sind, andererseits der Regulierung ihres Verhaltens auf den konkreten Ebenen ihres massenhaften Daseins durch dazu disponierte und sich disponierende Personen bedürfen. Massen sind sowohl träge, Objekte der Geschichte, als auch aktiv tätig, Subjekte. Ihr Handeln, die Vielfalt des Wirkens der einzelnen begründet die Existenz der Gesellschaft, ermöglicht und kontiniert deren Entwicklung. Das Ganze ist nicht kausalgenetisch die Summe der individuellen Tätigkeiten; weder sind die Individuen linear-kausal Produkte des Ganzen, noch ist dieses das einfache Resultat des Handelns der Individuen als Angehörige sozialer Gruppen. Das hängt auch damit zusammen, daß die Individuen Systemganze auf elementarer Ebene sind, ihre eigene Bewegung und Entwicklung

nach intrinsischen Bedürfnissen, Zielen, Sinngebungen im Rahmen sozialer Bedingungen vollziehen.

Da dies für die einzelnen in ihrer jeweils besonderen Existenz gilt, besteht zwischen Individuum und Gesellschaftsganzen, der konkret bestimmten Masse der Individuen ein in sich vernetztes Verhältnis, fern einer linear-kausalen Beziehung. Massen haben ihre eigene Daseins- und Aktionsbasis, die zwar im Verhalten der Individuen wurzelt, zugleich jedoch eine eigene Sinngebung des Handelns bedingt, die auf die Individuen zurückwirkt und von ihnen je spezifisch verarbeitet wird. Die Vermittlung geschieht durch Teilsysteme – soziale Gruppen und Bereiche –, die ihrer eigenen System-Element-Dialektik unterliegen, so daß sich ein Geflecht vielfältiger Interdependenzen ergibt und nur Wahrscheinlichkeitsaussagen, Trendanalysen möglich sind.

Nach dem Bekunden von F. Engels gilt es, die Beweggründe zu erforschen, die Massen und Klassen zu geschichtlich verändernder Aktion in Bewegung setzen. Es reicht nicht, nur das Handeln einzelner, wie auch immer historisch bedeutender Personen zu untersuchen. Stets gilt, daß die gegebenen geschichtlichen Umstände sich in den einzelnen Köpfen, dem Bewußtsein der Individuen verschieden spiegeln, ehe sie zum Handeln führen. Diese Spiegelung ist von den besonderen geistigen Verarbeitungsformen innerhalb der sozialen Bedingungen abhängig, womit die Beziehung zwischen Massen und einzelnen Individuen bedeutsam wird. Für A. Mitscherlich ist das Individuum in der modernen Massengesellschaft durch erhöhte Willigkeit zu gehorchen, bei Lockerung dauerhaft bindender Beziehungen zu Dingen und Mitmenschen und reduzierter Anerkennung von Werten, charakterisiert.¹⁶ Dies ist sozialpsychologisch noch nicht hinreichend erforscht. Es ist zu berücksichtigen, daß es nicht ›das‹ Individuum in der Massengesellschaft gibt, sondern die Individuen bei allgemeinen Charaktermerkmalen Besonderheiten ihrer sozialen, ihrer Klassenexistenz aufweisen. Gemeinsinn ist auf den verschiedenen sozialen Ebenen unterschiedlich – wenn überhaupt – ausgeprägt; die Bindungskräfte zwischen Kapitaleignern einerseits, abhängig Beschäftigten andererseits sind vor allem auf Grund sozialökonomischer Bedingungen von unterschiedlicher Intensität und Qualität. Die soziale Existenz wirkt auf das Individualverhalten ein und bedingt Differenzierungen, die für das Verhältnis Mensch – Geschichte wichtig sind. Die herrschenden Gruppen suchen mittels Massenmedien und Konsumgüterangeboten Ich-Stärke und soziale Bindungskräfte zwischen den Individuen der abhängigen Massen zu untergraben, wozu sie jahrhundertlang Erfahrungen sammeln konnten.¹⁷

Die werktätigen Massen sind der existentielle subjektive Boden der Geschichte, und dies primär durch die Arbeit zur Erhaltung der Gesellschaft. Sie sind in sich differenziert nicht nur hinsichtlich der verschiedenen Produktionsarten und -zweige, sondern auch bezüglich der Unterschiede von leitender und ausführender, intellektuell anspruchsvoller und körperlich-repetiver Arbeit. Als treibender Faktor geschichtlicher Entwicklung kommen die Massen zur Wirkung in sozialen Bewegungen, die aus den Widersprüchen zwischen ihren Bedürfnissen und defizitären Formen ihrer Befrie-

16 A. Mitscherlich: Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft, München, Zürich 1989, S. 233.

17 Vgl. ebd. S. 242.

digung erwachsen. In einer solchen Situation kann politische Passivität in Aktivität umschlagen und können grundlegende Veränderungen der gesellschaftlichen Zustände erfolgen. Führende Gruppen und Persönlichkeiten sind Integrale erfolgreicher Aktionen, doch können sie im Verlauf geschichtlicher Prozesse auch zu Fermenten neuer Erstarrung und der Blockierung der Befriedigung von Bedürfnissen der Massen werden. Marx registrierte »die Dummheit der Massen..., solange sie konservativ bleiben, und die Einsicht der Massen, sobald sie revolutionär werden.«¹⁸ Die gesellschaftliche Praxis prägt die mentale und psychische Verfassung der Massen, die ihrerseits der Praxis vorangeht und sich mit ihr wandelt.

18 K. Marx: Der achtzehnte Brumaire..., Berlin 1946, S. 106.

Anregende Ideen zum Verhältnis Masse – Individuum finden sich bei S. Freud, der eine psychologisch untersetzte Theorie der Herrschaft entwickelte. Das Wesen der »Massenseele« sind nach Freud Gefühlsbindungen, die durch Regression zustandekommen. Das Ich der erwachsenen Individuen werde durch die Institutionen der Herrschaft – Kirche, Militär – aufgezehrt, indem der Unterworfene den Befehlsgeber in sich hineinnehme, sich mit ihm identifiziere. Das Ich sieht die Welt so, wie der Herrschende sie sieht; das impliziert Anpassung an bestehende Verhältnisse bis zur Selbstaufgabe. Diese Einstellung sinkt ins Unbewußte hinab, das Einzelindividuum reflektiert nicht seinen psychologisch fixierten politisch-sozialen Status. LeBon stellt fest: »Die in der Masse vereinigten einzelnen verlieren allen Willen und wenden sich instinktiv dem zu, der ihn besitzt.«¹⁹ Andererseits ist das Dasein in der Masse Voraussetzung dafür, die Furcht vor den Herrschenden zu überwinden und in der Gemeinschaft mit anderen, in gleicher sozialer Lage und mit gleichen Interessen Lebenden, Ich-Stärke und Selbstbehauptung zu erlangen. Das ist an die Existenz von Organisationen gebunden, die den Massenindividuen das Bewußtsein ihrer Kraft, wenn sie als gemeinsam handelnde Persönlichkeiten auftreten, vermitteln. Überhaupt können unangepaßte Minderheiten zu Triebkräften gesellschaftlicher Entwicklung werden, weshalb die Herrschenden in der Regel alles tun, um sie von politischen Entscheidungen fernzuhalten. Dummheit, Anpassung, Konservatismus der Massen sind nur eine Seite ihres Daseins; dem stehen Verhaltensweisen und Aktivitäten gegenüber, die sich mit den bestehenden Verhältnissen nicht abfinden, wenn sie prinzipieller Kritik von fortgeschrittenem Standpunkt aus bedürfen. Dadurch stößt sich die Masse gleichsam von sich selbst ab und gebiert Kräfte, die über die Enge ihres Denkens und Handelns hinausführen.

19 G. Le Bon: Lust an der Erkenntnis. Politisches Denken im 20. Jh., München 1990, S. 381.

Wirkungspotenz von Einzelpersönlichkeiten

Die Geschichte der Menschheit ist das Werk der Menschheit, vieler Individuen, die in Gemeinschaften spezifischer sozialer Qualität leben und durch ihr Handeln Existenz und Reproduktion der Gesellschaft sicherstellen. Jede gemeinschaftliche Tätigkeit bedarf einer Direktion, einer Leitung und Planung, da sonst das Wirken der Einzelindividuen sich in diffuse Einzelaktionen auflösen würde. Das gilt für gemeinschaftliches Handeln allgemein, im besonderen für den iterativen Prozeß der Existenzsicherung des Gemeinwesens. Als geschichtlicher Prozeß zielt gemeinschaftli-

ches Handeln auf Reproduktion und Entwicklung des Gesellschaftsganzen – sofern ihm nicht Zerstörung gemeinsamer Lebensgrundlagen inhäriert. Die Organisierung der Praxen kooperativer Reproduktion wird von öffentlicher Verwaltung, die politisch in staatlicher Hand liegt, vorgenommen. An der Spitze des Gemeinwesens stehen, wie auch immer in herrschende Gruppen eingebunden, Einzelindividuen mit mehr oder minder großer Machtfülle. Von ihnen können fördernde oder auch deviente Wirkungen ausgehen, was auf Grundlage bestehender gesellschaftlicher Bedingungen Resultat von Persönlichkeitseigenschaften sein kann. Das gilt für etablierte soziale und politische Machtverhältnisse ebenso wie für Bewegungen, die um die Veränderung dieser Verhältnisse ringen. Die führenden Personen vollziehen zufolge ihrer herausgehobenen Position prägende Wirkungen auf die Geschichte und damit auf Existenz, Lebensbedingungen und Schicksale zahlreicher Einzelindividuen, ganzer Klassen und Völker. Zu fragen ist nach dem Stellenwert dieser Wirkungen im Geflecht des elementaren Handelns der vielen ›gewöhnlichen‹ Individuen und, damit verbunden, nach der selbstreproduktiven Potenz der führenden Personen. Einerseits abhängig von den bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen, sind sie andererseits deren formende Kraft, was auch mit Persönlichkeitseigenschaften zusammenhängen kann. Damit gelangen psychologische, charakterologische, biographische Aspekte in den Horizont der Analyse, ein Spezialfall des allgemeineren Zusammenhangs von Erbe und Umwelt im Individuum.

M. Weber thematisierte dies mit dem Topos des ›charismatischen Führers‹. Bedeutung besitzen für ihn der ›politische Machtinstinkt‹ und das Vorhandensein politischer Führerqualitäten; mit ›Führereigenschaften‹ ausgestattete Personen gelangen an die Spitze der Bewegung, an die sie sich dank ihres Machtwillens zumeist aus eigenem Antrieb drängen. Nach Ansicht LeBons sind die Führer im allgemeinen keine Denker, sondern Männer der Tat. Sie haben oft geringen Scharfblick (mit Ausnahmen, z.B. in der griechischen Antike) und sind nicht von Zweifeln und Skrupeln geplagt. Eine geschichtliche Situation und eine soziale Bewegung bereiten den Boden für das Wirken einzelner herausgehobener Personen, die insoweit abhängig von objektiven Bedingungskomplexen sind. Doch sind sie – entgegen der Meinung F. Engels²⁰ – nicht bloße Appendizes geschichtlicher Umstände; diese bilden vielmehr das Material, den Rohstoff, an dem sich das Wirken der ›charismatischen Führer‹ nach eigener Logik vollzieht. Es findet ›negative Selektion‹ statt: Die an der Spitze Stehenden sind durch ihre intellektuellen und charakterlichen Eigenschaften für positives Wirken im Dienste der Gemeinschaft oft weniger prädisponiert, sofern sie eigene Interessen in den Vordergrund rücken. In autoritären Gesellschaften wie dem Staatssozialismus sind sie nicht aus eigenem Antrieb zu Machtverzicht bereit. Erwartungen von Marx, die führenden Funktionäre würden dereinst eine rechtlich festgelegte Begrenzung ihrer Macht und deren Dauer – bei bescheidener Bezahlung – hinnehmen, klammerte Psyche und Moral der Führer, die diesen Normen meist widerstreiten, aus. Im verflochtenen Sozialis-

20 Brief an W. Borgius v. 25.1.1894, in: MEW Bd. 39, S. 206.

mus nahmen die führenden Funktionäre ohne Skrupel die mit der Macht verbundenen Privilegien in Anspruch, keiner drang auf demokratische Verfahren der Auswechslung der Führer. Die wesentlich von ihnen inaugurierten politischen Bedingungen ermöglichten dies – ein Ausdruck der widersprüchlichen Beziehungen zwischen objektiven Verhältnissen und subjektivem Handeln. Wenn jene auch den Boden für unkontrolliertes Wirken maßgeblicher Einzelpersonen bilden, unterliegen sie doch zugleich den interessengeleiteten Aktionen der an der Spitze Stehenden. Nur ein stabiles System rechtsstaatlich verbrieft demokratischer Regeln und Verfahrensweisen kann – bei noch genauer zu explizierenden ökonomischen Grundlagen – Machtmißbrauch verhindern.

*

Nach Ansicht von Marx sind Beschleunigung und Verzögerung geschichtlicher Bewegung auch von dem ›Zufall‹ des Charakters der Leute, die zuerst an der Spitze der Bewegung stehen, abhängig (Brief an Kugelmann v. 17. April 1871). Mit dieser zweifellos zutreffenden Bemerkung bleibt indes die prägende Wirkung der objektiven Verhältnisse und Strukturen, innerhalb deren sich diese Leute bewegen, unerörtert. Marx und Engels erklärten andererseits geschichtliche Prozesse aus den allgemeinen gesellschaftlichen Zuständen und den Lebensbedingungen einer Nation. Hier traten in der theoretischen Betrachtung die zufälligen Bestrebungen und Eigenschaften historischer Persönlichkeiten zurück. Diese Position verabsolutierte jedoch die objektiven Bedingungen und vernachlässigte die Potenz der Führer. Geschichtliche Bewegungen sind nicht das Werk von Einzelpersonen, sondern von Klassen und Massen; doch können jene einen solchen Einfluß auf die Geschichte erlangen, daß diese einem subjektiv gesetzten Weg folgt. Voraussetzung ist, daß die Massen sich nicht zu bewußten Akteuren der Geschichte emporgearbeitet haben – wobei die Frage ist, ob und in welchem Maße sie das überhaupt können.

Hier ist das Problem von Interesse, ob die besondere Wirkungspotenz einzelner ›historischer Persönlichkeiten‹ auch Resultat der diesen eigenen individuellen Eigenschaften sein kann, die aus anlage- und umweltbedingten Konstellationen hervorgehen. So sehr diese Vermutung dem originären marxistischen Denkansatz widerspricht, sollte sie nicht a priori verworfen werden. Allerdings könnte sich dann die Geschichte in ihren konkreten Besonderheiten auch als das Werk führender Personen darstellen, deren Handeln nicht (nur) objektiv-gesellschaftlich, sondern (auch) individualpsychologisch zu erklären wäre. Bei dieser Annahme erlangt das einzelne Individuum in der Geschichtsbetrachtung eine herausgehobene Bedeutung, und es tritt eine gewisse Nähe zu dem Geschichtsverständnis Diltheys ein.

Im marxistischen Fundamentalansatz stehen sich, stark vereinfacht, die Linie Engels, der die historischen Persönlichkeiten zu abgeleiteten Größen der geschichtlichen Umstände erklärte, und die Linie Marx gegenüber, der den Persönlichkeiten einen fördernden oder hemmenden, beschleunigenden oder verzögernden Einfluß

beimaß. W. Gutsche stellte, am Beispiel Wilhelms II., die einseitigen Positionen einer personalistischen und einer objektivistischen Sicht auf geschichtliche Entwicklungszusammenhänge gegenüber.²¹ Im marxistisch-leninistischen Verständnis wurde eher die letztere favorisiert. Gutsche vertritt eine dialektische Auffassung, wenn er erklärt: »So wie der Kaiser mitzudenken ist, wenn es um die Analyse des frühen deutschen Imperialismus geht, so läßt sich die Rolle dieses Monarchen nicht hinlänglich bestimmen, ohne die Wechselwirkungen zwischen ihm und der gesamtgesellschaftlichen Ordnung des Deutschen Reiches zu ergründen.«²² Man muß jedoch davon ausgehen, daß die Geschichte stets ein Konstrukt wirklicher, realer Geschehnisse und der damit verknüpften Schicksale konkreter Menschen ist, auf die das Handeln maßgeblicher Personen beträchtlichen Einfluß ausübt. Eben weil in der Geschichte das Dasein, das Handeln und Leiden realer Menschen stattfindet, ist die Beziehung zwischen Allgemeinem und Einzelem von besonderem Charakter und das Einzelne nicht bloße Manifestation des Allgemeinen.

Wie alle Menschen besitzen auch die maßgeblichen Personen individuelle Eigenschaften, die ihr persönliches Wesen kennzeichnen. Im Unterschied zu den gewöhnlichen Individuen können diese Eigenschaften nachhaltigen Einfluß auf die Geschichte und damit auf die Lebensläufe der abhängigen Individuen erlangen. Naiv wäre die Vorstellung, nur die »Tüchtigsten«, »Klügsten«, »Besten« kämen an die Macht; in nicht wenigen Fällen sind es gerade die für das Wohl des Gemeinwesens am wenigsten Geeigneten, wofür u.a. ihre Machtgier spricht. H. Modrow charakterisierte G. Mittag, den Wirtschaftskommandeur der DDR, folgendermaßen: »Demütigungen, Drohungen und Arroganz charakterisierten ihn...Wendigkeit und Prinzipienlosigkeit um des Macherhalts willen bestimmten Mittags politisches Taktieren.«²³ Die gesellschaftlichen Bedingungen der DDR waren derart, daß ein solcher Typ beherrschenden Einfluß erlangen konnte, was wiederum mit den Persönlichkeitseigenschaften des noch Mächtigeren, Honckers, zusammenhing. Abwegig wäre die Meinung, die Persönlichkeitseigenschaften »an sich« würden negative oder positive Wirkungen auf die Gesellschaft hervorrufen. Maßgeblich sind die gesellschaftlichen Bedingungen, die einen Komplex nationaler und internationaler materieller und geistiger Konstellationen verkörpern und das Wirken einzelner führender Personen ermöglichen. Bei gegebenen Bedingungen können solche Personen verschiedenen charakterlichen und intellektuellen Zuschnitts Einfluß erlangen (wobei die Bedingungen bestimmte Individualitätstypen favorisieren).

Die historischen Persönlichkeiten sind weitgehend Produkte sozialer Bedingungen, diese aber werden von jenen entscheidend mitformiert. Dabei spielt das Verhalten der massenhaften Individuen eine wesentliche Rolle, die ebenfalls Produkte der objektiven Bedingungen sind, die sie ihrerseits subjektiv verkörpern. Die vielschichtige Komplexität objektiver und subjektiver Bedingungen macht das Verständnis des Zusammenhangs von Mensch und Geschichte überaus schwierig. Die marxistische Philosophie stellt Heuristiken bereit,

21 W.Gutsche: Zur Beurteilung der Rolle Wilhelms II. in der deutschen Geschichte, in: ZfG 4/1990, S. 291ff.

22 Ebd. S. 295.

23 Das große Haus (Hg. H. Modrow), Berlin 1994, S. 142.

die der konkreten Umsetzung in einzelwissenschaftliche Analysen bedürfen, welche ihrerseits Grundlage hermeneutischer Bemühungen, des philosophischen Verstehens von Geschichte sind.

Die Verknüpfung von Anlage (Erbe) und Umwelt im Denken, Fühlen und Verhalten der Individuen hat für die Historie zur theoretischen Konsequenz, daß die durch äußere Verhältnisse (Herkunftsfamilie usw.) und intrinsische Faktoren geprägten Persönlichkeitseigenschaften via das Handeln herausgehobener Personen Geschichtsmächtigkeit erlangen. Diese Erwägung kann in die Nähe spekulativer Konstruktion geraten, doch gibt es, wenn die primäre Bedeutung objektiver Bedingungen beachtet wird, keinen triftigen Grund, sie von vornherein auszuschließen. Falsch wäre es, geschichtliche Prozesse in ihren vielfältigen Modifikationen allein auf Rechnung einer Person und deren Eigenschaften zu setzen. Zu den zahlreichen Beispielen für die maßgebliche Rolle der Charaktereigenschaften führender Personen gehört das verbrecherische Wirken Hitlers. Der Judenhaß Hitlers wurde von seinem geistigen Umfeld in seinen frühen Wiener Jahren – ein gesellschaftlicher Tatbestand – beeinflusst.²⁴ Der drakonisch strafende Vater hat möglicherweise den Keim für Hitlers späteres terroristisches Wüten gelegt²⁵ – auch dies ein Komplex gesellschaftlich bedingter Faktoren. Hitler war das Produkt geschichtlicher Umstände, realer Klassenverhältnisse. Doch die historische Entwicklung Deutschlands und Europas im einzelnen, die Verknüpfung des Historisch-Allgemeinen mit dem Besonderen realer menschlicher Schicksale, ihres Kämpfens, Leidens und Sterbens, gehen auch auf das Konto des Wütens Hitlers als eines zutiefst verbrecherischen Charakters. »Ich fand«, sagte Generalstabschef Halder von Hitler, »nie das Geniale, sondern nur das Teuflische in ihm.«²⁶ Hitlers Blutdurst, seine Lust an der Vernichtung veranlaßte ihn u.a. zur Zerstörung Warschaus, nach Halders Worten militärisch völlig überflüssig. Der Wille des Diktators, das deutsche Volk mit ihm in den Untergang zu reißen, war der gleiche Ausdruck eines abnormen triebbestimmten Charakters, für dessen Wirken die gesellschaftlichen Umstände das Terrain, den objektiven Möglichkeitsraum abgaben. »Er war ein Täter von der ungeheuren Art, und ohne ihn wäre vieles anders abgelaufen.«²⁷

Hier liegt der Irrtum idealistischer Geschichtsbetrachtung nahe, die die gesellschaftlichen Verhältnisse weitgehend ausklammert und Geschichte linear auf das Wirken einzelner historischer Persönlichkeiten zurückführt. In Wahrheit liegt eine komplizierte Dialektik objektiver Verhältnisse und subjektiven Handelns vor. Die objektiven Umstände, die die historische Persönlichkeit mit formiert, sind ein Konstrukt massenhaften Verhaltens und Handelns, bei dem eine Differenzierung zwischen jenen Individuen, die willige Handlanger der Mächtigen sind, und der Masse der mitlaufenden Individuen, die in größerem oder geringerem Grade zu Mit-Tätern werden, stattfindet. Diese Konstellation kann das Wirken des ›charismatischen Führers‹ verstärken oder auch einschränken, wobei die massenhaften Individuen wie jener der widerspruchsvollen Beziehung von Anlage und Umwelt unterliegen. Anlagen, die unter anderen Umständen verblässen würden, können in großem

24 Th. Röder, V. Kubillus: Die Männer hinter Hitler, 1994, S. 22, 24, 40.

25 Siehe A. Plack: Hitlers langer Schatten, München 1993, S. 38.

26 Zit. bei H. R. Trevor-Roper: Hitlers letzte Tage, Frankfurt a.M., Berlin 1995, S. 71.

27 M. Stürmer: Die Grenzen der Macht, München 1994, S. 123.

Maßstab zur Entfaltung kommen und dadurch die Handlungen des ›Führers‹ untermauern und verstärken, wie das in der Nazi-Zeit in Deutschland geschah. Es besteht eine widersprüchliche Beziehung nicht nur zwischen objektiven Verhältnissen und subjektivem Handeln, sondern auch auf den beiden Polen des Widerspruchs.

Diese Beziehung gilt in mehr oder minder hohem Grade allgemein für das Verhältnis führender Persönlichkeiten und der Masse der Individuen; allerdings wirken deutliche Unterschiede der sozialen Grundlagen und der politischen Verhältnisse des jeweiligen Staats- und Gemeinwesens mit. Unter demokratischen Verhältnissen kann die Persönlichkeit des (der) an der Spitze Stehenden nicht in dem Maße wie in autoritären, diktatorischen Gesellschaften Einfluß erlangen, da die rechtsstaatlichen Normen dem Machtstreben der führenden Personen Zügel anlegen. Verhängnisvoll sind die Bedingungen in einer autoritären Gesellschaft wie derjenigen sowjetischen Typs. Doch ist zu berücksichtigen, daß die nationalen und internationalen Bedingungen einen günstigen Boden für das terroristische Wirken Stalins und anderer Parteiführer abgaben. Infolge der objektiven Umstände, von den an der Spitze Stehenden maßgeblich mit geschaffen, degenerierte das Massenbewußtsein und -verhalten zu nichtsozialistischen, antisozialistischen Formen.

Hier wird die Frage belangvoll, ob bei führenden Personen anderen intellektuellen, moralischen und charakterlichen Zuschnitts eine andere, positivere Entwicklung in den osteuropäischen Ländern möglich gewesen wäre. Diese Frage berührt das allgemeine Problem des Verhältnisses objektiver Bedingungen und subjektiven Denkens und Handelns und tritt bei allen Analysen alternativer geschichtlicher Prozesse auf. Nicht wenige Autoren postulieren eine direkte Beziehung zwischen Objektivem und Subjektivem: Die objektiven Umstände erzeugen angeblich linear eine ihnen adäquate Subjektivität, und andere als die stattgehabte geschichtliche Entwicklung werden ausgeschlossen. Damit verkennt man, daß sowohl das Objektive als auch das Subjektive ein Bündel von Möglichkeiten darstellen – mit allerdings einer vorherrschenden Tendenz – und unterschiedliche subjektive Formungen der objektiven Verhältnisse denkbar und real möglich sind. Die Schwierigkeit, dies zu verstehen, liegt in der Unikalität der Geschichte; es fand und findet stets eine reale geschichtliche Ereignisfolge statt; die Geschichte ist kein Prüffeld unterschiedlicher Konzepte nach der Methode *trial and error*. Diese Tatsache begünstigt die Annahme, die stattgefundene geschichtliche Entwicklung müsse so abgelaufen sein, wie sie dank objektiver und subjektiver Umstände erfolgte. Angesichts dessen kann das Durchspielen von Alternativen nur im Raum des reinen Denkens geschehen, scheint nur spekulativ möglich zu sein. Hierin liegt ein wesentlicher Unterschied zwischen Geschichts- und Naturwissenschaften. Geschichte existiert als Tendenzzusammenhang und muß mit der Kategorie der Wahrscheinlichkeit, nicht der eindimensionalen Notwendigkeit analysiert werden.

Im Lichte dieser Erwägungen ist die Annahme nicht unbegründet, die Entwicklung des Staatssozialismus sei nicht zwangsläufig geschehen, wenn die objektiven ökonomischen und politischen

28 Die Geheimrede
Chruschtschows, Berlin
1990, S. 41.

29 W. Ruge: Ein Buch
über Stalin und die Stalin-
zeit, in: ZfG 4/1990, S.305.

30 W. Naumow u.a.: Die
Geschichte der KPdSU...,
in: Gesellschaftswissen-
schaften 4/1989, Moskau,
S. 41.

31 N. Chruschtschow:
Erinnerungen, in: Initial
5/1990, S.489.

Umstände auch in die Richtung der Untergrabung sozialistischer Ansätze drängten. Man kann nicht ausschließen, daß bei dem Wirken führender Personen eines anderen Typs und den damit gegebenen Chancen anderer objektiver Umstände und anderen Verhaltens der Massen – erforderliche internationale Bedingungen vorausgesetzt – eine positive Entwicklung zum Sozialismus hin möglich gewesen wäre. Natürlich hätte dies die grundlegende sukzessive Veränderung der objektiven Strukturen vorausgesetzt. »Stalin war ein sehr mißtrauischer Mensch mit krankhaftem Argwohn...«²⁸ Eine Person dieses Typs ist nicht für ein vertrauensvolles Verhältnis zu den Mitarbeitern und zu den Volksmassen prädisponiert, er gehört nicht an die Spitze des Staates; das viele Unheil, das er hervorrief, geht auch auf das Konto seines machtgierigen und selbstherrlichen Charakters. Dafür lagen freilich objektive Voraussetzungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen und der undemokratischen Struktur der Partei, die ein Machtmonopol des Parteiapparats und einer einzelnen Person entstehen ließen.²⁹ Intoleranz, Illoyalität, Grobheit, Mißtrauen, Ränkesucht waren Wesenszüge Stalins³⁰ – es ist ein vernichtendes Urteil über den Charakter der politischen Verhältnisse Sowjetrußlands, die die Herrschaft eines solchen Mannes ermöglichten. Schon in der Frühperiode der Sowjetmacht waren Bedingungen entstanden, die – allerdings nicht zwangsläufig – zu der Ein-Mann-Diktatur führten. Später wurden Stalins »Charaktermerkmale, die Lenin in seinem Testament genannt hatte..., zur Ursache einer großen Tragödie für die Partei und für unser ganzes Volk.«³¹ (Die Ursache waren sie wohl nicht).

In einer demokratischen Gesellschaft können die Charaktereigenschaften führender Personen nicht derart bestimmend werden, da im Idealfall demokratische Auswahl- und Kontrollverfahren gewisse Garantien gegen die Herrschaft negativer Persönlichkeitstypen geben können. (In bürgerlichen Gesellschaften, mit der kaum kaschierten Parteienherrschaft und der Macht der großen Konzerne, ist das Wirken von Persönlichkeiten negativen charakterlichen Zuschnitts allerdings nicht ausgeschlossen). Noch im Auflösungsprozeß des Staatssozialismus wurden intellektuelle und charakterliche Wesenszüge führender Personen, für die die tradierten gesellschaftlichen Strukturen eine objektive Grundlage bildeten, geschichtsbestimmend. Gorbatschow, der die diktatorischen Verhältnisse der SU zu beseitigen trachtete, stand mit den problematischen Seiten seiner Persönlichkeit für vermeidbare Fehlentwicklungen. Sein Wirken war, wie es seinem Charakter entsprach, durch Unentschlossenheit, Konzeptionslosigkeit, Selbstherrlichkeit und mangelnde geistige Tiefenschärfe gekennzeichnet. Das wirkte sich verhängnisvoll auf das Schicksal des sowjetischen und des osteuropäischen Sozialismus aus. Geistig-moralische Faktoren spielten, wie stets, so auch im Niedergang und Zusammenbruch des Sozialismus eine Rolle, ihre Grundlage bestand in der weit fortgeschrittenen Zerrüttung der Elemente einer um den Sozialismus ringenden Gesellschaft.

Die gesellschaftlich-geschichtlichen Umstände bilden das Wirkungsfeld und das Determinationsgefüge geschichtlich handelnder Personen wie auch des Denkens, Fühlens und Verhaltens der Mas-

sen. Sie verkörpern ein Möglichkeitsfeld, doch sind die Möglichkeiten nicht gleichgewichtig, sondern je nach den ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Machtverhältnissen besitzen bestimmte Tendenzen und Trends den Vorrang. Sie begründen die Selektion führender Personen eines bestimmten Typs und Charakters, wobei die objektiven Verhältnisse in der subjektiv-bewußten Gestalt größerer oder kleinerer Gruppen auftreten. Von diesen und den an der Spitze des Staates und sozialer Bewegungen Stehenden kann ein Effekt der Verstärkung alternativer Entwicklungslinien ausgehen und damit die Chancen eines anderen Verhaltens geschichtlicher Subjekte beeinflussen. Eine lineare, eindimensionale Beziehung zwischen objektiven Bedingungen und subjektivem Handeln besteht nicht, stets gibt es Möglichkeiten, den Prozessen eine andere Wendung zu geben. Das ist Resultat der Auseinandersetzungen auf der subjektiven Seite des Geschichtsverlaufs. Objektive Entwicklungen, die auf der Höhe des historisch Notwendigen stehen, finden im allgemeinen subjektive Ausdrucks- und Gestaltungsformen in historischen Personen, die die positiven Trends verstärken und das Massenverhalten im Sinne des Fortschritts beeinflussen.

GEROLD SCHMIDT, WINFRIED WOLF

Über den Isthmus von Tehuantepec. Eine Reise mit Quersichten

Gerold Schmidt lebt in Tepetzlan, Mexico, ist Autor von »Der Indio-Aufstand in Chiapas« (München 1996; Knauer-Verlag); und berichtet regelmäßig aus Mexiko in der »jungen Welt« .

Winfried Wolf – Jg. 1949, Dr. phil.; lebt in Köln und Stuttgart, Autor u.a. von »Eisenbahn und Autowahn« (Hamburg 1987 u. 1992) und »CasinoCapital. Der Crash beginnt auf dem Golfplatz« (Köln 1997; ISP-Verlag); verkehrspolitischer Sprecher der PDS im Bundestag.

1 Alexander von Humboldt: Mexico-Werk, hrsg. und kommentiert von Hanno Beck, Darmstadt 1991, Bd. 4, S. 474.

2 Ebenda, S. 471.

3 Ebenda, S. 471.

Die Topographie des Isthmus von Tehuantepec ist in Europa völlig unbekannt, und nach den von mir angegebenen Nachrichten ist kein Zweifel, daß dieser Teil der Erde der Aufmerksamkeit der Regierung nicht minder würdig ist als der Río Chamaluzón, der See von Nicaragua, der Isthmus von Panama, die Bai von Cupica und die Schlucht von Raspadura im Chocó.
Alexander von Humboldt¹

Humboldt & Fitzcarraldo

»1771«, so berichtet Alexander von Humboldt, »fand man unter der Artillerie des Schlosses San Juan de Ulúa in Veracruz einige in Manila gegossene Kanonen.«² Und damit verband sich Unerklärliches. Denn wie hatten die Spanier sie noch ziemlich zu Anfang ihrer Eroberung des lateinamerikanischen Kontinents von den Philippinen aus in die mexikanische Hafenstadt bringen können?

Die bekannte Landroute von Acapulco an der Pazifikküste bis nach Veracruz an der mexikanischen Atlantikküste schied wegen der Schwierigkeiten des Weges aus.

Nach längeren Nachforschungen ergab sich, daß die Kanonen weiter südlich über die leichter zu bewältigende Landenge von Tehuantepec von Küste zu Küste transportiert wurden. Teils über Flüsse wie den Río Chimalapa und den Río Coatzacoalcos, teils über kleine Hügelketten und durch Wälder.

Diese Art, Kanonen nach Veracruz zu verbringen, war eines Fitzcarraldo – wie von Werner Herzog verfilmt und von Klaus Kinski dargestellt – durchaus würdig.

Der Forschungsreisende von Humboldt vermerkt es in seinen Reiseaufzeichnungen als »glücklichen Zufall«, daß zwei Vizekönige »gegen Ende des verflossenen Jahrhunderts die Aufmerksamkeit der Regierung aufs neue dem Isthmus von Tehuantepec und dem Río de Coatzacoalcos zugewendet haben«.³

Tatsächlich riß dieses Interesse der mexikanischen Regierung für die Nutzung des Isthmus als Transportweg zwischen den Ozeanen bis heute nicht ab. Auch die USA nahmen ihn bald unter strategischen Gesichtspunkten ins Visier. Mehrfach wurden Pläne für den Bau eines Kanals, einer Überlandstraße und schließlich einer Eisenbahnstrecke geschmiedet. Eine solche – mit 308 km Länge die Häfen Salina Cruz am Pazifik und Coatzacoalcos am Atlantik verbindend – wurde dann nach fünfzehn Jahren Bauzeit im Jahr 1894 tatsächlich fertiggestellt. Die weitgehend parallel verlaufende

zweispurige Straße blieb jedoch noch bis Mitte der fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts zu großen Teilen eine Schotterstrecke.

Jetzt jedoch scheinen die staatlichen Autoritäten vom Pioniergeist eines Fitzcarraldo ergriffen. Die Regierungen der Bundesstaaten von Oaxaca und Veracruz ließen ein »Integriertes Programm zur wirtschaftlichen Entwicklung für den Isthmus von Tehuantepec« entwerfen. Bescheiden »Megaprojekt« genannt, soll ein industrieller Korridor Mexiko den Weg ins dritte Jahrtausend öffnen. Ausbau der Häfen, eine mehrgleisige Bahnstrecke, statt oder neben der Landstraße eine Autobahn und links und rechts der Strecke jede Menge industrielle und landwirtschaftliche Großprojekte, in der Nähe der Häfen, die inzwischen überwiegend dem Umschlag von Rohöl dienen, vor allen Dingen Petrochemie.

Konfrontiert mit einem solchen Megaprojekt verblaßt der Panama-Kanal zur armseligen Fahrrinne. Vision oder Wahn? Welchen Interessen dient das Megaprojekt, und welche Folgen sind zu erwarten?

Ölgetränkte Träume in Salina Cruz

Aller Anfang ist schwer, selbst für ein Megaprojekt. Salina Cruz sieht aus wie ein heruntergekommener Ölhafen, nicht wie eine aufstrebende Stadt. Jetzt, im Winter, ist der Ort besonders staubig und dreckig.

Es fällt kaum Regen, und ein Nordwind jagt den anderen. Erreicht der Wind eine Geschwindigkeit von über 30 Knoten, wird der Hafen aus Sicherheitsgründen geschlossen. Das ist gerade wieder einmal der Fall. Und so hat Hafenskapitän Ildefonso Carrillo Mora auch viel Zeit für ein Gespräch. Maximal neun Schiffe können pro Tag im Hafen abgefertigt werden, berichtet er, derzeit sind es durchschnittlich 45 im Monat. Die meisten Schiffe kaufen hier Öl von der staatlichen Gesellschaft PEMEX, besonders Supertanker aus Japan, die bis zu 300.000 Tonnen Öl fassen. Andere Waren wie Zucker, Zement, Kaffee oder Holz werden zwar ebenfalls umgeschlagen, fallen gegenüber dem Öl aber kaum ins Gewicht.

1998 will PEMEX seine Installationen erweitern, ein attraktiver Hafen soll Investoren anziehen. Ob die Hafenverwaltung, die zur Privatisierung ansteht, mit ihrem zweiseitig bedruckten, mickrigen Werbeblatt dazu beiträgt, bleibt dahingestellt. Trotz der bestehenden Überkapazitäten sieht Hafenskapitän Carrillo Mora dem Megaprojekt hoffnungsfroh entgegen.

Der »größte Aufschwung Mexikos« werde das werden, »ganz wichtig« für den Bundesstaat Oaxaca. Genaue Informationen hat er von den staatlichen Stellen nicht bekommen, wie er glaubhaft versichert. Doch wenn, wie gesagt werde, die Straße nach Coatzacoalcos mindestens vierspurig und die Bahn zweigleisig würden, dann müßte natürlich der Hafen ausgebaut werden. Umweltprobleme? Für den Hafen streitet er sie ab, auf dem Land werde es sicher die Vegetation treffen. Aber »irgendwelche Auswirkungen gibt es immer«. Und: »Wir müssen an die Zukunft denken«.

Auf dem Rückweg ins Stadtzentrum führt uns ein kleiner Abstecher am Industriepark von Salina Cruz vorbei. Ein riesiges Areal, das bereits vor acht Jahren angelegt wurde. Strom, Straßen, Wasser, alles ist da. Was fehlt – von zwei, drei Ausnahmen abgesehen

– sind die Unternehmen. Wie in Deutschlands Wildem Osten. Dem dortigen Versprechen auf »blühende Landschaften« entspricht hier die Hoffnung auf das »Megaprojekt«.

Megawahn & EU-Plan

Die »Megaprojekte« des späten Kapitalismus ähneln zumindest in einer Hinsicht dem Gewaltakt, der im Film »Fitzcarraldo« geschieht wird: Es werden männliche Wahnvorstellungen von der Beherrschbarkeit jeglicher Natur in Szene gesetzt.

Das Megaprojekt am Isthmus von Tehuantepec findet in anderen Regionen mit vergleichbaren Großprojekten seine Entsprechung – z.B. in der Europäischen Union (EU), der mit der Nafta konkurrierenden Triaden-Macht. Hier fand sich bereits in den achtziger Jahren ein »European Roundtable of Industrialists« zusammen, eine Art heimliches Politbüro der EU, in dem 45 Chefs der größten EU-Konzerne zusammenkommen und das – so »Le Monde Diplomatique« – »die gesamte europäische Politik beherrscht«.⁴

Hauptanliegen dieses Gremiums ist die Durchsetzung gigantischer Infrastrukturprojekte, mit denen bevorzugt Natur durchschnitten, untertunnelt oder überbrückt und damit freie Bahn für den Verkehr von Waren und Menschen geschaffen werden soll: durch den »Eurotunnel« zwischen Frankreich und Großbritannien, durch das Megaprojekt »Scan-Link«, bei dem gewaltige Brücken und Tunnels Dänemark und Schweden verbinden, durch endlose Tunnels, die in der Schweiz, in Österreich und Italien die Alpen durchbohren sollen.

Diese Megaprojekte ähneln übrigens den Endzeit-Projekten des verbliebenen Moskauer Politbüros, das u.a. die Umkehrung des Wolga-Laufs geplant hatte. Tatsächlich soll bei einem der EU-Infrastrukturprojekte das Bett eines Flusses – des Acheloos in Griechenland – in ein anderes Tal verlegt werden.

Bei den Megaprojekten im untergegangenen Ostblock wurde oft auf das groteske Mißverhältnis zwischen Aufwand und Ertrag verwiesen. Inzwischen sind es die Megaprojekte des aktuellen Kapitalismus, über deren Rentabilität vernichtende Urteile gefällt werden. So hat die Gesellschaft, die den Eurotunnel betreibt, inzwischen derart hohe Schulden aufgetürmt, daß sie von der französischen und britischen Regierung eine Betreiber-Konzession von 999 Jahren fordert, um irgendwann schwarze Zahlen zu schreiben.

Ähnlich vernichtend wie im Fall des »Eurotunnels« wird die Bilanz für jedes der Großprojekte aussehen, mit denen in Mittelamerika eine neue Verbindung zwischen Atlantik und Pazifik hergestellt werden soll. Auch das Megaprojekt am Isthmus von Tehuantepec wird sich niemals rechnen.

Dies gilt insbesondere dann, wenn die Kosten einer solchen neuen Querung mit den – relativ geringen – Ausgaben verglichen werden, die für eine Optimierung der bestehenden Verbindung, des Panama-Kanals, erforderlich wären.

Großer Bahnhof, kleiner Bahnhof

Der Bahnhof von Salina Cruz lenkt die Gedanken noch weniger auf ein Großprojekt als der Hafen. Ein Gleis in Betrieb, auf den ande-

4 Susan George, in: Le Monde Diplomatique, Dezember 1997 (deutsche Ausgabe).

ren halb verrostete und verrottete Güterwaggons, die einmal bessere Zeiten gesehen haben. Eine Lager- und Montagehalle neben dem Bahngleis wird gerade notdürftig wieder instandgesetzt. Auf der Außenmauer ein Graffiti, staatstragend wie im real – nicht – Existierenden: »Gemeinsam erarbeiten wir bessere Zeiten für den Isthmus.«

Der »Augura Dater«, mit dem die Fahrscheine abgestempelt werden, stammt aus dem Jahr 1911, der Anfangszeit der mexikanischen Revolution. Auch das zum größten Teil aus Holz errichtete kleine Bahnhofsgebäude, in dem der Bahnhofsvorsteher Büro und Wohnung zugleich hat, ist kaum jünger. Auf den gesamten 308 Kilometern bis nach Coatzacoalcos wird sich dieses Bild wiederholen.

Die Landschaft – u.a. größere Regenwaldgebiete – und die Bahnhöfe verleihen der Fahrt ihren Charme. Die Strecke erfüllt weiterhin eine wichtige soziale Funktion. Vom Auslastungsgrad des Zuges kann die Deutsche Bahn nur träumen. Schon in Salina Cruz sind die zwei Personenwaggons des einzigen durchgehenden Zuges pro Tag in Richtung Golfküste fast voll. An den über 50 Stationen, die bis zum anderen Ende des Isthmus folgen, steigen zahlreiche Menschen zu und aus, für die es aus zwei Gründen oft keine Transportalternative gibt. Zum einen liegen viele Dörfer zwar nahe der Bahnstrecke, haben aber keine ausgebauten Zufahrtswege zur Hauptstraße zwischen den beiden Meeren. Zum anderen kostet die Zugfahrt weniger als die Hälfte einer Busfahrt. Die meisten Fahrgäste sind bitterarm. Für sie sind die lächerlich erscheinenden 42 Pesos (umgerechnet etwa 10 DM) für die Gesamtstrecke schon eine enorme Summe, der Bus ist kaum erschwinglich.

Der Zeitfaktor ist für die meisten Bahnreisenden Nebensache. Planmäßig braucht der Zug 9 Stunden und 30 Minuten bis nach Coatzacoalcos. Verlässlich ist jedoch nur die Abfahrtszeit: Jeden Morgen um 7 Uhr 10. Nicht umsonst fehlt auf allen Bahnhöfen die Uhr. Das Be- und Entladen der angehängten Güterwaggons nimmt fast immer mehr Zeit in Anspruch als vorgesehen. Oft sind die altersschwachen Dieselloks an den Steigungen überfordert. Das bedeutet dann stundenlanges Warten auf Ersatzmaschinen oder Zusatzloks. Auch an diesem Tag ist es nicht anders. Um 21 Uhr 44 wird der Zug – inzwischen mit vier Loks, weil drei schlapp machten – im völlig verlassenem Bahnhof von Coatzacoalcos einfahren. Dort gibt es keinen »großen Bahnhof« für die Armen.

Patriotische Wünsche & US-Küstenlinien

»Der edle und patriotische Wunsch, der Republik eine neue Quelle von Reichtum und Wohlstand zu erschließen, indem der Welthandel mit der Sympathie und im Bündnis aller Nationen ins Landesinnere gebracht wird, bewegte die vorherige Regierung, einen Vertrag mit der Regierung der Vereinigten Staaten zur Öffnung eines Transportweges zwischen dem Atlantik und dem Pazifik und durch den Isthmus von Tehuantepec abzuschließen.«⁵

Der das sagte, war nicht Zedillo, der heutige Präsident Mexikos, sondern ein anderer: General Arista, im Jahr 1851. Tatsächlich wird mit dem Megaprojekt Isthmus von Tehuantepec am Ende dieses

5 »El noble y patriótico deseo de abrir a la República una nueva fuente de riqueza y prosperidad, atrayendo a su seno el comercio del orbe, y con la simpatía y la alianza de todas las naciones, determinó a la administración anterior a celebrar un Tratado con el Gobierno de los Estados Unidos para proteger la apertura de una vía de comunicación entre los océanos Atlántico y Pacífico, por el Istmo de Tehuantepec.« Zitiert nach: Alejandro Toledo, Geopolítica y Desarrollo en el Istmo de Tehuantepec, México D.F. 1995, S. 59.

Jahrhunderts in der mexikanischen Wirtschaftsgeschichte, die seit Mitte des letzten Jahrhunderts von den USA dominiert wird, ein Kreislauf geschlossen.

Nach dem verlorenen Krieg gegen die USA mußte Mexiko im »Friedens-, Freundschafts- und Grenzvertrag« von Guadalupe Hidalgo vom 2. Februar 1848 nicht nur etwa die Hälfte seines Territoriums an den übermächtigen nördlichen Nachbarn abtreten. Darüber hinaus wurde Mexiko darin gezwungen, den USA die freie Passage von Waren und Truppen am Isthmus von Tehuantepec zuzusichern.

Statt des ursprünglich vorgesehenen Kanals bauten US-Gesellschaften schließlich die Bahnlinie. Mit überwiegend britischem Kapital des Unternehmers Pearson entstanden an den beiden Endpunkten, in Salina Cruz und Coatzacoalcos, zwei Häfen. 1908 war das Megaprojekt Isthmus I realisiert.

Der Bau der Bahn war von Spekulationsfieber, ihr Betrieb in der ersten Dekade von einem Boom begleitet. Doch mit der Fertigstellung des konkurrierenden Panamakanals 1914 begann der Niedergang der Isthmus-Bahn. Inzwischen war die Bahnstrecke nationalisiert und Teil der staatlichen Ferrocarriles Nacionales de México (FNM) geworden.

80 Jahre später, im Zeitalter des Neoliberalismus, wurde die Reprivatisierung der mexikanischen Staatsbahn und damit auch der Isthmus-Bahn beschlossen. Für letztere soll nach Beschlüssen von Anfang 1998 ein »parastaatliches Unternehmen« verantwortlich sein – wegen der »strategischen Bedeutung der Bahn für das Land«. ⁶ Der entscheidende Grund für das »Parastaatliche« aber ist wohl eher, daß die Pläne für das »Megaprojekt Isthmus II« völlig unausgereift und darum für Private kaum interessant sind.

Damit sind wir Ende des 20. Jahrhunderts erneut bei den strategischen Zielen angelangt, die die USA vor 150 Jahren mit dem Megaprojekt Isthmus I formulierten: schnelle und freie Durchfahrt vom Atlantik zum Pazifik an der schmalsten Stelle Mexikos, sei es mit einer neuen Eisenbahn, sei es auf der projektierten Autobahn. Die neue Handelsstraße durch Mexiko würde in Washington als US-Territorium verstanden. Bereits 1852 äußerte der US-Politiker Williams: »Jeder Isthmus ist umso wichtiger, je näher er an den USA ist. Ein Kanal in Tehuantepec wäre nichts als eine Verlängerung des Mississippi und würde aus dem Golf einen großen amerikanischen See machen.« ⁷ Und US-Präsident Hayes sah 1879 in einem »interozeanischen Kanal, ob in Nicaragua, Panama oder am Isthmus von Tehuantepec ... praktisch einen Teil der Küstenlinie der USA.« ⁸

6 Vgl. La Jornada, 13.2.1998, S. 23.

7 Nach: Alex Schubert: Panama – Geschichte eines Landes und eines Kanals, Berlin 1978, S. 57.

8 Nach: Jean Revel-Mauroz: Aprovechamiento y colonización del trópico húmedo mexicano. La vertiente del Golfo y del Caribe, México D.F. 1980, S. 114.

Ängste & Träume

»Sie haben uns verlassen«, sagt einer der Bahnhofsvorsteher, mit denen wir auf einem der ausgedehnten Stopps ins Gespräch kommen. »Sie«, das sind die Behörden, die Funktionäre des Kommunikations- und Transportministeriums, die Vorgesetzten und die eigene Gewerkschaftsführung. »Sie« sind in den Augen des langjährigen und überzeugten Eisenbahners auch nicht vertrauenswürdig; er möchte seinen Namen nicht veröffentlicht sehen. Wie

viele seiner Kolleginnen und Kollegen hat er Angst vor der Zukunft. Niemand erklärt den Eisenbahnern am Isthmus von Tehuantepec, welche konkreten Auswirkungen das Megaprojekt für sie haben wird. Informationen kursieren nur als Gerüchte. Im Bahnhofsvorsteher keimt ein Verdacht: »Wenn die Straße vierspurig ausgebaut wird, dann ist es mit der Bahn vorbei.« Dabei ist er überzeugt, daß selbst die bisherige eingleisige Strecke mit wenigen Maßnahmen und relativ geringem Aufwand viel mehr leisten könnte. Doch die großen Bauunternehmen, die gerade als private Autobahnbetreiber kläglich gescheitert sind, warten auf neue Großaufträge. Solange der Staat wie im Falle der Autobahnen Schulden und unrentable Strecken wieder übernimmt, brauchen sie sich nicht zu sorgen, wenn sie Bauruinen hinterlassen.

Auch die junge Lehrerin, die in Ixtepec zusteigt, ist mit der Bahnproblematik bestens vertraut. Ihre Eltern sind beide in Medias Aguas bei der Isthmusbahn beschäftigt. Eine Privatisierung – und sei es nur die des Streckenbetriebs – würden sie beruflich wohl nicht überleben, befürchtet die Lehrerin. Auch sie hält es für denkbar, daß »die dort in Mexico D.F.« die Bahn bewußt verkommen lassen. Der Dichter Homero Aridjis, Mitbegründer der Umweltorganisation »Grupo de los Cien«, konstatierte: »Es ist das typische Verhalten der Regierung bei potentiell konfliktreichen Projekten. Die Betroffenen werden nicht gefragt.«

Die Zugreisenden träumen unterdessen von einer besseren Welt oder zumindest von einer guten Mahlzeit. Eine Alte hält ihr gackerndes Huhn auf dem Schoß. Zwei Teenies geben sich Schminkunterricht mit billigen Farben und einer Avon-Broschüre. Ein Jugendlicher zeigt Bizeps unter dem T-Shirt mit der Aufschrift »Steelers«. Und der Schaffner im schwarzen Blouson scheint über Funk den Kontakt zwischen Regenwald und großer weiter Welt herzustellen.

150 Jahre der Fehlinvestitionen

Gegenwärtig werden im mittleren Amerika mehrere neue Projekte der interozeanischen Querung vorangetrieben – in Nicaragua, in Mexico, in Kolumbien... und sogar in Chile. Die Verwunderung darüber hält sich für den in Grenzen, der die Geschichte zu Rate zieht.

Denn seit eineinhalb Jahrhunderten gibt es konkurrierende und seit knapp 100 Jahren parallel betriebene Projekte der interozeanischen Querung auf der Landbrücke zwischen den Amerikas – damals wie heute mit einer gewaltigen Verschwendung von Ressourcen verbunden.

Als erste moderne Querung wurde 1855 die Panama-Eisenbahn eröffnet. Knapp 40 Jahre später nahm die Bahn zwischen Coatzacoalcos und Salina Cruz ihren Betrieb auf. Erheblich näher an der US-Ostküste verlaufend entzog sie der Panama-Bahn Transporte.

Parallel zu diesen Bahnlinien konkurrierten seit Mitte des 19. Jahrhunderts drei Kanal-Projekte: eines am Isthmus von Tehuantepec, eines in Nicaragua, das überwiegend von US-Unternehmen gefördert wurde, und schließlich dasjenige in Panama, das sich zunächst auf französisches Kapital stützte. In Washington war immer klar: »Jeder Kanal, gleich an welcher Stelle des Isthmus, wird

9 Nach Schubert, a.a.O.,
S. 52.

entweder ein Kanal unter amerikanischer Kontrolle oder gar kein Kanal sein.« So US-Präsident Hayes im Jahr 1880.⁹

Das Projekt Panama-Kanal machte das Rennen – nachdem die französische Gesellschaft unter Ferdinand de Lesseps kapituliert hatte und damit der Kanal tatsächlich wie eine »Verlängerung des Mississippi« realisiert werden konnte: mit einer Kanalzone als US-Kolonie; mit einem Staat Panama als Halbkolonie der USA.

Die gegenwärtige Neuaufgabe konkurrierender Projekte interozeanischer Verbindungen in dieser Region hat in erster Linie mit neuen Transporttechniken und mit geostrategischen Veränderungen im »global village« zu tun. Der Panama-Kanal in seiner jetzigen Form genügt nicht mehr den Anforderungen des Welthandels. Seine jährliche Kapazität liegt bei 15.000 Schiffen – aber der Bedarf bei 30.000. Die USA haben sich jedoch bereits 1977 mit dem Carter-Torrijos-Vertrag verpflichtet, aus Panama bis Ende dieses Jahrhunderts abzuziehen. 1997 wurde die direkte militärische Präsenz der USA drastisch reduziert, Anfang 1998 gab die US-Regierung die Militärbasis »Quarry Heights« an Panama zurück. (Von hier aus hatten die USA den Sturz Allendes organisiert und die logistische Hilfe für die chilenische und argentinische Militärdiktaturen gesteuert.)

Denn das Interesse der US-Ökonomie konzentriert sich inzwischen auf den direkten Nachbarn im Süden. Mexiko hatte sich ab Eintritt in das 20. Jahrhundert – mit der Revolution und mit den Nationalisierungen von Eisenbahnen und Ölquellen bzw. mit der Verstaatlichung der ölverarbeitenden Industrie – lange Zeit einer direkten Kontrolle des Landes durch das US-Kapital entzogen. Seit Ende der achtziger Jahre – und noch beschleunigt seit Beginn der neunziger – wird das Land indes umfassend von den Konzernen und Banken der USA kontrolliert. Dieser Prozeß erhielt durch die mexikanischen Finanzkrisen von 1982 und 1994/95 und durch die Bildung der Freihandelszone NAFTA 1994 erhebliche Schübe.

Unter diesen Bedingungen konzentriert sich das USA-Interesse auf eine moderne Transportquerung innerhalb der NAFTA – und somit am Isthmus von Tehuantepec. Dies wird auch durch die Entwicklung der Transport-Technik begünstigt: Container auf Schiffen und einer Schnellbahn lassen einen solchen Transportweg ähnlich effizient sein wie eine Querung auf einem Kanal mit Schleusen, so daß eine Eisenbahnverbindung, ergänzt um eine Autobahn, am Isthmus von Tehuantepec gegenüber dem Panama-Kanal konkurrenzfähig sein könnte.

Das gilt natürlich nur, wenn die riesigen Investitionskosten ausgeklammert werden, wenn also der »Normalfall« solcher Megaprojekte unterstellt wird. Und der heißt: Die Kosten werden nicht von denen bezahlt, die am Ende den Transportweg betreiben und davon profitieren. Nachdem eine solche Vergesellschaftung der Kosten und dann Privatisierung der Gewinne im Fall des Panama-Kanals bereits geklappt hat – warum sollte das gleiche Spiel nicht 100 Jahre später am Isthmus von Tehuantepec ein weiteres Mal funktionieren?

Ein Schelm, wer Arges dabei denkt

Die Entdeckung der Langsamkeit – und damit ausreichend Zeit für Betrachtungen von Land und Leuten – ist mit der Isthmus-Bahn

gewährleistet. Während sich links und rechts der Strecke Bergketten abzeichnen, die bis an die 3000 Meter heranreichen, führt die Bahnlinie weitgehend durch die Ebene. Von den wenigen größeren Orten abgesehen, die die Strecke durchschneidet, verschwinden die übrigen Ansiedlungen in der Vegetation. Wo diese abgeholzt ist, sehen wir ausgedehnte Viehweiden. Nach genau 88 Kilometern ist in Lagunas, kurz vor der Stadt Matias Romero, mit 250 Metern der höchste Punkt der Strecke erreicht. Die detaillierten Streckenpläne, die uns ein Bahnhofsvorsteher überließ, bieten uns einen optimalen Einblick in Streckenführung, Steigungsgrade, Kilometerdistanzen und Kurvenradien.

Es ist die Region der Chimalapas, eines der letzten zusammenhängenden Regenwaldgebiete Mexikos. Hier wöge ein weiterer Eingriff in die Natur am schwersten – ganz gleich, ob dieser durch Straßen- oder Eisenbahnbau erfolgt. Stark verbesserte Transportmöglichkeiten würden den Bestand der Edelhölzer im Regenwald wahrscheinlich rapide reduzieren. Noch wird die Waldfläche der Chimalapas mit gut 400.000 Hektar angegeben. Die im Megaprojekt vorgesehene Ansiedlung von Großbetrieben, unter anderem der Maquila-Industrie, bliebe zudem nicht ohne Einfluß auf die Bevölkerung vor Ort, mehrheitlich Indígenas. Die sind von den Aussichten, als billige Lohnarbeiter ihren Anteil zum Mexiko des 21. Jahrhunderts leisten zu dürfen, wenig begeistert. Organisationen wie das Nationalkomitee zur Verteidigung der Chimalapas oder die Vereinigung der Indígena-Gemeinden der Nordregion des Isthmus haben bereits ihren Widerstand gegen das Megaprojekt zum Ausdruck gebracht.

Eines der wenigen konkreten Vorhaben für die Region, über das schon Informationen durchgesickert sind, ist die Anpflanzung von Eukalyptus-Bäumen auf mehreren hunderttausend Hektar Boden durch International Papers. Der Papierkonzern gehört zu den weltweit größten seiner Branche. Der schnellwachsende Eukalyptus würde dem Unternehmen einen Großteil seines Bedarfs sichern. Nebenbei könnte versucht werden, die Pflanzungen als Wiederaufforstungsbeitrag zu verkaufen. In Wirklichkeit haben diese Bäume einen enorm hohen Wasserverbrauch und entziehen anderer Vegetation die Nährstoffe. Der Ökonom Andréas Barreda aus Mexikostadt, der einen Blick auf verschiedene Vorhaben für Industriekorridore geworfen hat, warnt im Gespräch allerdings davor, sich mit der »manchmal allzu platten Argumentation« gegen die Zerstörungswut der multinationalen Konzerne den Blick für andere Aspekte zu verstellen. Er weist darauf hin, daß auch die Großunternehmen die Chimalapas als Region mit der größten Biovielfalt des nördlichen und mittleren Amerika sowie einem der weltweit ergiebigsten Wasserreservoirs erkannt haben. Gerade Konzerne, die im Pharmabereich und in der Gentechnologie engagiert sind, seien daran interessiert, möglichst viel Terrain mit erhaltenem Regenwald, mit optimaler Biodiversität und mit einer einheimischen Bevölkerung, die über ein in Jahrhunderten angesammeltes Wissen und Können verfügt, in Besitz zu nehmen. Barreda sieht in einer solchen Kontrolle der Region durch die »tödlichen Zukunftsindustrien« die größte Gefahr.

Der Zug rollt weiter Richtung Atlantikküste. An mehreren Stellen wird der Bahndamm notdürftig ausgebessert. Die links und rechts der Strecke liegenden Bahngelände, Ausweich- und Abstellgleise im Randbereich der Bahnhöfe und andere Einrichtungen, die mit wenig Aufwand instand gehalten werden könnten, verfallen. Unwillkürlich kommt ein Gedanke auf: Sollte die Bahnstrecke offiziellen Äußerungen zum Trotz doch stillgelegt werden, so würde die fast 15 Meter breite Bahntrasse einschließlich des Bahngeländes, dessen Begrenzungen mit alten Telegraphenmasten markiert sind, die entscheidende Schneise für eine Autobahn liefern. Wie in anderen Landesteilen vorexerziert, gäbe es dann eine mautpflichtige Schnellstrecke und die alte Landstraße nebeneinander. Die Bahn würde als lästige Konkurrenz, die sich möglicherweise als umweltverträglicher und kostengünstiger erweisen könnte, nicht mehr stören.

Doch ein Schelm, wer Arges dabei denkt. Angesichts des Hermetismus im Kommunikations- und Transportministerium muß das Gedankenspiel Spekulation bleiben.

Subcommandante Marcos & das Megaprojekt

Im Sommer 1997 charakterisierte Subcommandante Marcos, einer der führenden Vertreter der aufständischen zapatistischen Bewegung, das Projekt am Isthmus von Tehuantepec als Teil der zerstörerischen Globalisierung und Atomisierung der Welt.

»Paradoxerweise bringt die Globalisierung eine fragmentierte Welt hervor, die sich aus lauter isolierten oder sich ausschließenden Einzelteilchen zusammensetzt (...); eine Welt aus zerbrochenen Spiegeln, in denen sich die nichtsnutzige globale Einheit des neoliberalen Puzzles widerspiegelt ... So plant man in Mexiko im Rahmen des »Integrierten Entwicklungsprogramms für den Isthmus von Tehuantepec« eine große Industriezone mit »maquiladora«-Betrieben. Hier sollen ein Drittel des mexikanischen Rohöls raffiniert und 88 Prozent der petrochemischen Produkte hergestellt werden. Dazu braucht man Transportwege zwischen der karibischen und der pazifischen Küste. Straßen, einen Kanal, eine Eisenbahnlinie. Zwei Millionen Einheimische sollen zu Arbeitern in diesen Fabriken werden ... Diese Projekte würden auch die Spaltung Mexikos bewirken, weil der Südosten vom Rest der Republik abgetrennt würde; aber sie dienen auch der Aufstandsbekämpfung.«¹⁰

»El Sub« zitiert bei diesen Aspekten des Megaprojekts Geschichte.

Zum Stichwort Spaltung: In Artikel 1 des Hay-Bunau-Varilla-Vertrags, mit dem 1903 zwischen den USA und dem gerade abgepaltenen Staat Panama der Kanalbau unter US-Hegemonie geregelt wurde, heißt es vielversprechend: »Die Vereinigten Staaten garantieren die Unabhängigkeit der Republik Panama und werden sie aufrechterhalten.« Tatsächlich aber war mit dem Panama-Kanal eine doppelte Spaltung verbunden: die von Kolumbien, dessen Bestandteil der spätere Staat Panama war, und die Spaltung der neuen Republik Panama selbst durch die US-Kolonie »Kanalzone«, von der im übrigen im Jahr 1989 die Invasion der US-Truppen in Panama mit dem Sturz Noriegas gestartet wurde.

10 Subcommandante Marcos: Der vierte Weltkrieg hat schon begonnen, deutsch nach: *Le Monde Diplomatique*, deutsche Ausgabe 14. August 1997.

Zum Stichwort Maquiladora: Integraler Bestandteil der Panama-Kanalzone ist die »Freihandelszone Colón«, die zweitgrößte der Welt. In ihr haben sich seit 1953 mehr als 1300 ausländische Betriebe eingerichtet – begünstigt durch Steuerfreiheit und extreme Ausbeutungsbedingungen. Diese Panama-Freihandelszone – verbunden mit einem internationalen Finanzzentrum und Steuerparadies, das tausende »Briefkastenfirmen« beheimatet – kann als eines der ersten Vorbilder für die »Maquiladoras« gelten, die sich auf dem Weltmarkt wie ein Krebsgeschwür ausbreiten und die mit dem »Multilateral Agreement on Investment« – M.A.I. – zum Weltstandard erhoben werden sollen. Lautet nicht eine entscheidende Kritik am M.A.I., daß in diesem die »Investitionen«, die weltweit zu schützen seien, derart weit definiert sind, daß auch Gene, Embryonen, »geistiges Eigentum« und angesammeltes Wissen von Völkern mit unter diesen Begriff gefaßt werden können?

Stichwort Aufstandsbekämpfung: Als sich die Oligarchie in Panama Anfang des Jahrhunderts mit der US-Regierung auf die Abspaltung von Kolumbien verständigte, sah sich diese mit einem Aufstand unter dem Indianerabkömmling Victoriano Lorenzo konfrontiert. Sein Guerillakrieg richtete sich ebenso gegen die »nationale« Oligarchie wie gegen die USA. Die Losung dieser Bewegung, die tief in der Geschichte Panamas verwurzelt war, lautete: »Erde, Salz und Vaterland!« Als Voraussetzung für ein Arrangement mit der Oligarchie und für die Option auf den Kanalbau forderte die US-Regierung den Tod Lorenzos. Die Liberale Partei Kolumbiens, der Lorenzo angehört hatte, verriet den legendären Guerillaführer und ließ ihn hinrichten.

Einfahrt in Coatzacoalcos

Die Ankunft in Coatzacoalcos hat etwas Surreales an sich. Die letzten drei Stunden fährt der Zug völlig im Dunkeln. Das Licht in den Personenwaggonen funktioniert nicht mehr. Dafür begleitet den Zug auf den letzten Kilometern durchdringender Gestank, der von den Raffinerien und petrochemischen Komplexen in Cosoleacaque, Minatitlan und Coatzacoalcos stammt. Deren Lichter leuchten von weitem gespenstisch in der Nacht. Am Ende rollt der Zug in den verlassenem Bahnhof ohne Wagenschaffner ein – der Mann ist vorher abgesprungen. Die Lehrerin aus Ixtepec hatte uns noch geraten, so schnell wie möglich ein Taxi zu suchen, um ins Stadtzentrum zu gelangen.

Coatzacoalcos ähnelt Salina Cruz, ist nur ein paar Nummern größer. Pemex hat hier einen riesigen Ölhafen. Von »blühenden Landschaften« kann auch hier nicht die Rede sein. Zwar herrscht im Bundesstaat Veracruz nirgends eine so hohe Produktivität wie in dieser Region. Dafür ist jedoch die Arbeitslosigkeit in Coatzacoalcos die höchste. Der neue Bürgermeister von der linken Oppositionspartei PRD hält tags darauf seine Antrittsrede. Auch hier das Versprechen auf eine bessere Zukunft. »Brücken schlagen« will er. Und das ist wörtlich gemeint: Das Zukunftsprojekt hier soll eine riesige Brücke für Autos und Lkw vom kleinen Stadthafen über die Mündung des Flusses Coatzacoalcos zu dem Ort Allende, der bisher per Fähre oder über einen Umweg erreicht werden kann, sein. In

Allende hat der Bürgermeister ein »brachliegendes Gelände« entdeckt, auf dem er Industrie ansiedeln will. Vielleicht gäbe ihm das Schicksal des Industrieparks im Schwesterhafen Salina Cruz zu denken.

Doch »Zukunft« darf nur in großen Dimensionen gedacht werden – der Dimension eines Megaprojekts. Oder eines großen Nichts.

Es ging schon einmal anders

Wer an eine Alternative zu dem Megaprojekt am Isthmus von Tehuantepec denkt, sollte einen Blick auf eines der größten vergleichbaren Infrastrukturprojekte, das in der konkurrierenden Triadennacht EU realisiert werden soll, riskieren.

Der bis zu 55 Kilometer lange Brenner-Basis-Tunnel soll halb Österreich und die österreichischen und italienischen Alpen unterqueren. Begründet wird er mit dem ständig steigenden Transportaufkommen und damit, daß der Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagert werden müsse.

Die Bürgerinitiativen in Österreich und Italien, die gegen das gigantische Projekt mobil machen, deckten als erstes auf: Die bestehende Bahnstrecke ist bestenfalls zu 60 Prozent der Kapazitäten ausgelastet. Sodann warfen sie einen Blick auf die Fahrpläne früherer Zeiten (z.B. die Transportkapazitäten derselben Bahn während des Zweiten Weltkriegs) und stellten fest: Damals verkehrten fast doppelt so viele Züge. Mit einem relativ geringen Aufwand zur Optimierung der bestehenden Schienenstränge ließe sich das jetzige Transportvolumen auf Schienen von knapp 100 auf über 200 Züge je Tag mehr als verdoppeln.¹¹

Noch krasser verhält es sich bei der Eisenbahn am Isthmus von Tehuantepec. Derzeit verkehren zwischen Salina Cruz und Coatzacoalclos gerade mal vier bis sechs Züge am Tag. Ein Blick in alte Fahrpläne zeigt: In der Hochzeit dieser Bahn waren es gut zehnmal mehr – sechzig Züge pro Tag. Ein nur bescheidener Ausbau der Ausweichgleise und eine optimierte Durchführung solcher Transporte könnte bewirken, daß täglich rund 100 Züge die Fahrt zwischen dem atlantischen und dem pazifischen Ozean zurücklegen würden.

Spaltung & »Atomisierung«

Das Megaprojekt Isthmus von Tehuantepec sei, so Subcommandante Marcos, Teil einer »Politik der Spaltung«. Wenn wir dies als »Atomisierung« übersetzen, so war dies zumindest bis in die siebziger Jahren hinein auch wörtlich zu nehmen.

Die USA hielten schon damals Ausschau nach Alternativen zum Panama-Kanal. Der Tendenz des Kapitals entsprechend, die Natur der Technik – und nicht umgekehrt – anzupassen, sollte eine möglichst breite Wasserstraße gebaut werden. Dies, so die vom US-Senat eingesetzte »Atlantic Pacific Interoceanic Commission«, sei nur durch Nuklearsprengungen möglich. Für die Route am Isthmus von Tehuantepec wurde bereits ausgerechnet, daß diese mit 875 Atomsprengungen realisiert werden könnte.¹²

11 Zu den Transportkapazitäten der Brenner-Bahn siehe: Süddeutsche Zeitung vom 13.10.1995.

12 Nach Schubert, a.a.O. S. 118. Nach diesen Berechnungen waren für die Route Sacardi-Morti im Osten Panamas 325 Atomsprengungen erforderlich.



MAGUÉYE KASSÉ

Interkulturelle Kommunikation im Globalisierungsprozeß – Afrika und Europa

Maguéye Kassé – ist Professor für Soziologie an der Universität Cheikh Anta Diop de Dakar, Senegal.

Die kulturellen Beziehungen zwischen Afrika (gemeint ist hier Afrika südlich der Sahara) und Europa (d. h. vor allem jener Teil Europas, der seit Jahrhunderten Einfluß auf die heutigen afrikanische Staatsgebilde genommen hat) sind noch immer bevorzugter Gegenstand interdisziplinärer Analysen, in denen Politisches und Wirtschaftliches zur Erklärung des Kulturellen herangezogen wird. Dabei ist es einerlei, wie die Welt »im Kopf« in eine Erste, Zweite, Dritte bzw. Vierte geteilt wird. Eins bleibt konstant. In Afrika weisen die Tendenzen zur Reproduktion von ökonomisch-sozialer Unterentwicklung, mit all ihren Folgen (etwa Hunger, Krankheit, Armut, Krieg) besondere Hartnäckigkeit auf. In diesen Kategorien und Denkmustern werden die Afrikaner nicht nur von außen wahrgenommen, so stellen sie sich auch selbst vor. Und dieses Nachdenken mündet nicht selten in die Frage nach der Möglichkeit von Anpassung überhaupt, die infolge der »verewigten« Rückständigkeit des Kontinents überaus fraglich geworden ist. Selbst ein unverzichtbares Maß an notwendiger Entwicklung scheint nahezu unmöglich.

Die infolge der verschiedenen Berührungen mit Europa starke psychische und praktische Präsenz und zum Teil Belastung des Fremden in allen afrikanischen Ländern bildete schon seit jeher für einen wesentlichen Teil der afrikanischen Elite eine Provokation¹, der sie mit einer reichen Palette medialer Wahrnehmungsformen, sei es in der Kunst (populäre oder moderne), sei es im Film oder auch in Schriften, in welcher Sprache oder welcher Provenienz auch immer, zu entsprechen sucht. Über die Medien, mit deren Hilfe diese Auseinandersetzung vermittelt wird, und über die Schwierigkeiten dieser Vermittlung angesichts der Erwartungen auf seiten der Adressaten ist inzwischen genügend geforscht worden. Auf diesen Aspekt wird daher nicht im Einzelnen eingegangen.

Interkulturelle Kommunikation setzt vieles voraus, u. a., daß einige Aspekte einer bestimmten Interkulturalität hinterfragt bzw. ans Licht gebracht werden müssen. Damit ist eine Art Gegenüberstellung bestimmter kultureller Situationen gemeint. Alle Afrikaner, seien es die wenigen, die im kontinuierlichen kulturellen Kontakt mit Europa stehen, oder die breite Masse, der ein kultureller Kontakt durch die Geschichte der Beziehungen Europas zu Afrika aufgezwungen wurde, sind in diesen Interkulturalitätsprozeß, bewußt oder unbewußt, eingebunden. Die Reaktion der ersteren, wie beispielsweise von Wole Soyinka, zeugt allerdings von einer Sicht-

1 Vgl. Sonja Lehrer: Schwarz-weiße Verständigung, in: IKO Studien zu den Frankophonen Literaturen außerhalb Europas, Bd.10, Frankfurt/M. 1994.

weise, die eine Zeitlang Anlaß zum Nachdenken war, die aber inzwischen an Relevanz verloren hat. »Die schwarze Rasse kennt sich selbst und ist damit zufrieden. Es ist Europa, dem nichts wichtiger ist, als sich in diesen Begegnungen immer wieder selbst zu definieren«². Das sich ausbreitende Desinteresse Europas, für das Afrika in einer neuen Weltordnung keine allzu große Rolle mehr spielt, ist ein Beweis dafür, daß der Akzent interkultureller Kommunikation heute woanders liegt. Die Afrikaner leben nach wie vor eine kulturelle Realität, an der sich seit der Kolonisation fast nichts geändert hat. Das ist die erste Annäherung an das Problem.

Es geht um die Tatsache, daß sie in einer immer tiefgreifender entfremdeten Kultur leben bzw. in einer fremden Kultur, die allmählich ihre eigene Kultur überdeckt hat. Dahinter verbirgt sich ein Prozeß, dessen sie viele kaum bewußt sind. Gerade hier liegt eine der Ursachen für die Wirkung kultureller Wandlungsprozesse, auf deren Einzelheiten wir noch zu sprechen kommen werden. Trotz mancherlei Schwierigkeiten beim Umgang mit einer fremden Kultur gelingt nämlich in der Regel die Aneignung fremder Kulturen recht leicht. Die Wurzeln dieses Phänomens sind leicht zurückzufolgen. Das Eintauchen ins an sich Fremde volzieht sich nicht immer bewußt. Manchmal scheint es, als gäbe es in Afrika eine Art natürliche Veranlagung zur Interkulturalität, was Widersprüche nicht ausschließt. Derartiges läßt sich bei den Europäern kaum feststellen. Die Begegnung von Kulturen vollzieht sich in Europa in einer besonderen Form, in der die aktiven Elemente der eigenen Kultur auf die andere, als fremd empfundene und passive Kultur gerichtet werden. Dies wird vor allem an der Anthropologie als Wissenschaft deutlich, in der das Forschungsobjekt zugleich in ein Forschungsobjekt verwandelt wird. Ernst Bloch hat dies treffend beschrieben: »Das Fernrohr nach Afrika wurde von den Weißen aufgestellt, aber es zeigt auch durch Afrika wieder auf die kannibalisch heißen Wünsche der Weißen«³. Wie bei Soyinka sind diese »kannibalisch heißen Wünsche«, oder die Interessen an Afrika, heutzutage einem Wandlungsprozeß unterworfen, wobei die »neue Weltordnung« vor allem mit einer Tendenz zu verstärkter Ausgrenzung und Abschottung einhergeht. Soll interkulturelle Kommunikation praktisch werden, türmen sich sofort erhebliche Schwierigkeiten auf, die sich aus der Akzentuierung von Differenzen, von spezifischen kulturellen Merkmalen (das Eigene, das Fremde) speisen. An Stelle einer Begegnung findet – trotz anders lautender Lippenbekenntnisse – ein Zusammenprallen von Kulturen statt. Was für interkulturelle Prozesse in allgemeinen gilt, findet seine Entsprechung auch im einzelnen. Die Unterschiede von Kulturen und auch von Gemeinschaften werden häufig überbetont und Ängste vor dem Fremden geschürt.

Damit erscheint auch »interkulturelles Lernen« in einem völlig anderen Licht. Dieses setzt einerseits Fähigkeit und Bereitschaft voraus, sich der Welt in ihrer Vielfalt immer wieder neu zu stellen. Anknüpfungspunkt bleibt dabei stets die eigene Welterfahrung, in der alltägliches Erleben wie auch Erziehung und Bildung eine wichtige Rolle spielen. Erkenntniswille und Flexibilität in der Interpretation finden dort ihre Grenze, wo die wesentlichen Elementen

2 Wole Soyinka: Rede bei der Entgegennahme des Nobelpreises für Literatur in Stockholm 1986.

3 Ernst Bloch: *Trader Horn in Afrika: Verfremdung*, Frankfurt/M. 1964, S. 177.

te der eigenen Perspektive gefährdet bzw. erschüttert werden. Genau an diesem Punkt, an dem verschiedene Kulturen nicht mehr unverbunden nebeneinander stehen, sondern miteinander zu interagieren beginnen, beginnt auch »interkulturelles Lernen«. Interkulturelle Kommunikation greift in das Eigene wie das Fremde ein und bereichert tendenziell beide.

Die interkulturelle Kommunikation setzt andererseits weiteres Bemühen der Akteure voraus. Es geht um die Möglichkeiten, die Welt zu erkennen und in ihrer unendlichen Vielfalt zu deuten. Die unzähligen Varianten dieser Deutungen sorgen weltweit für Verständigungsprobleme. Diese können zunächst nur durch Zurückhaltung und Toleranz beherrschbar bleiben. Interkulturelle Kommunikation als länder- und kulturübergreifendes Phänomen setzt unterschiedliche Konzepte der Realität miteinander in Beziehung und birgt daher vielfältige Möglichkeiten gegenseitiger Anregung und Bereicherung. Dies läßt sich zum Beispiel am unterschiedlichen Verständnis von »Zeit« in afrikanischen und europäischen Kulturen illustrieren. Für Afrikaner ist »Zeit« bis heute keine ökonomische Kategorie. Sie wird als Kontinuum von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gedeutet. Im Gegensatz dazu ist die europäische »Zeit-Auffassung« auf den »Moment« fixiert – Vergangenheit und Zukunft gehen den kapitalistischen »homo oeconomicus« nichts an. Ähnliche Unterschiede bestehen auch in bezug auf die Rolle des Individuums. Im »aufgeklärten« Europa gilt die Gemeinschaft als Summe von einzelnen, wobei jeder als »Wesen für sich« gilt, das stets bereit ist, für die Durchsetzung seines Willens, seiner Ansprüche und Rechte einzutreten. Das Zusammengehörigkeitsgefühl ist (sekundäres) Produkt eines organisierten Willens. In Afrika steht das Individuum vom Beginn seiner Existenz an in abhängiger Beziehung zur Gemeinschaft. Gesellschaftsdienliches Verhalten ist primär gegenüber individuellen Interessen und Ansprüchen. Das Zusammentreffen derart entgegengesetzter Auffassungen kann ein Spannungsfeld erzeugen, in dem Unkenntnis, Ignoranz, Überheblichkeit und Ablehnung gegenüber dem Fremden die Oberhand gewinnen.

Der geschichtliche Prozeß des Aufeinandertreffens von afrikanischen und europäischen Völkern wurde von beiden Seiten reflektiert. Dabei waren die Afrikaner vor allem der neuen Kultur gegenüber nicht distanziert genug. Während die Europäer sich weigerten, dem Fremden in seiner eigenen Kultur zu begegnen. So erklärt sich, warum die afrikanische Gesellschaft naiv die fremden Wertmaßstäbe übernahm, und warum die europäische Gesellschaft in ihren übernommenen und vermeintlich überlegenen Normen verharrte. Heute geht es also noch immer darum, ein interkulturelles Defizit zwischen Europa und Afrika auszugleichen.

Da ist zum Beispiel das Fortleben von bestimmten »exotisch-faszinativen« Denkmustern in Europa⁴ über den Fremden, den Anderen, den ehemals Kolonisierten⁵. Manches davon wurde auch in der afrikanischen Literatur bezeugt und führte im Zusammenwirken mit anderen Medien zur Intensivierung des kulturellen Kontakts zwischen Afrika und Europa. All das trifft sich manchmal mit europäischen Reflexionen, ohne daß jedoch grundlegend veränderte

4 Vgl. Hans Jürgen Heinrichs: *Inmitten der Fremde. Von In und Ausländern*, Reinbek b. Hamburg 1992.

5 Vgl. Cheikh Hamidou Kane: *Der Zwiespalt des Samba Diallo*, Frankfurt/M. 1980.

Wahrnehmungsmuster entständen. Die Folge sind verstärkte Ab- und Ausgrenzungsmechanismen in Europa, wie zum Beispiel die Ausschreitungen gegen Ausländer (ein Phänomen, das in Afrika faktisch unbekannt ist) – überhaupt eine latente Ausländerfeindlichkeit⁶.

Insgesamt bildet sich eine Art Abstufung der Ausgrenzung mit Tendenz zur Eskalation heraus. Der Wille zur Kommunikation fehlt oft, weil die Sicherheit im »Vertrauten« nicht groß genug ist, um das »Fremde«, das Nichtvertraute, annehmen und damit umgehen zu lernen. Dieser Wille, der durch einen Erziehungsprozeß gefördert und angeregt werden kann, ist unverzichtbar für die Verständigung über kulturelle Verschiedenheit hinweg. Interkulturelle Kommunikation gelingt dann, wenn sie von der Überzeugung getragen wird, daß alle gewinnen können. Sie muß sich gegen pathologische Erscheinungen, wo und wann immer diese auftreten, behaupten können. Es geht um die Bereitschaft, den Problemen, mit denen Ausländer konfrontiert sind, aktiv zu begegnen. Ausländer sein, bedeutet immer stigmatisiert zu sein und das erzeugt Unsicherheit. Kann diese Situation nicht aufgebrochen werden, wird der Ausländer marginalisiert, ohne reale Chance, aus dieser Rolle zu entkommen.⁷ Die Spannweite der Konsequenzen reicht von offener Ablehnung bis hin zum Extremfall, dem Mordversuch.

Die Trennung von individueller Identitätswahrnehmung und (verweigerter) allgemeiner Anerkennung dieser Identität führt oft zu Verunsicherungen und dem Gefühl, ausgrenzt zu sein. Zurückzuführen ist dieses Phänomen in der Regel auf die spezifische Gestaltung der Intergrationsbedingungen, sowohl für Afrikaner, die im europäischen bzw. im deutschen Kulturkreis leben als auch für die sogenannten Afro-Deutschen afrikanischer bzw. afro-amerikanischer Abstammung. Beide Gruppen befinden sich in einer Gesellschaft mit einem gefestigten Selbstverständnis, wobei Medien, die Spiele, Kinder- und Schulbücher noch immer rassistischen Einstellungen offen Vorschub leisten.⁸

Es darf natürlich nicht ignoriert werden, daß vieles unternommen worden ist und unternommen wird, dieser Tendenz entgegen zu wirken. Vieles bleibt aber auf halbem Wege stecken, was nachdrücklich auf die Komplexität der vielfältigen Hindernisse auf dem Weg zu einer richtigen Wahrnehmung der Multikulturalität verweist. Allmählich verbreitet sich die Einsicht, daß diese Schwierigkeiten zwar abgefedert, aber auch bei bestem Willen nicht vermieden bzw. beseitigt werden können. Interkulturelle Kommunikation wird von vielfältigen Faktoren beeinflusst – politischen, wirtschaftlichen und nicht zuletzt soziokulturellen. Gerade in der gegenwärtigen Epoche, die insbesondere als Epoche der »Globalisierung« verstanden wird, gewinnt dies an Bedeutung.

Für die Länder Afrikas stehen zweifellos die wirtschaftlichen Konsequenzen dieses Phänomens im Vordergrund. Die Auswirkungen der Globalisierung sind noch weitgehend unklar, weshalb sich Theoretikern aller couleur hier ein ausgedehntes Feld für Spekulationen eröffnet. Eines scheint jedoch sicher: »Allerdings ist der Prozeß der Globalisierung nicht gleichzusetzen mit einer Homogenisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der politischen

6 Vgl. Christel Primer: Deutsche sind weiß, Neger können keine Deutschen sein. Eine Fernsehdokumentation des Saarländischen Rundfunks 1986.

7 Vgl. Toleranz gegenüber Intoleranz, in: Die Tageszeitung, vom 17./18. Mai 1997.; Der Fluch der guten Tat, in: Frankfurter Rundschau, vom 17. Januar 1998.

8 Vgl. einige Beispiele: Gibt es noch bei uns Rassenvorurteile?, in: Telegraf, vom 17. Juni 1962; Negerlein und Wilde herrschen in Afrika-Kinderbücher vor, in: Frankfurter Rundschau, vom 5. April 1974; Weiss-Heiten über den dunklen Erdteil, in: Vorwärts, vom 31. März 1977; Hauptproblem Hautfarbe. Rassismus überall, in: Sonntagsblatt, vom 31. März 1985; Wörter sind nicht schuld, in: Die Zeit, vom 8. November 1985.

9 Franz Nuscheler: Lern und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Bonn 1996.

10 Vgl. ebenda, Kapitel 2 bis 4, S. 43-111.

11 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 25. April 1996; Frankfurter Rundschau, vom 26. April 1996.

12 Vgl. Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte, München 1992.

13 Johann Wolfgang Goethe: Maximen und Reflexionen, Kunst und Literatur, in: Goethes Werke in zwölf Bänden, Bd 7, S. 563.

Integration des internationalen Systems. Oft im Gegenteil, die Globalisierung vollzieht sich teilweise höchst asymmetrisch und widersprüchlich. In manchen Bereichen führt sie sogar zur Stärkung einzelstaatlicher Strukturen, in anderen zur Verschärfung von Ungleichheiten zwischen jenen, die von diesen Prozessen profitieren und jenen, die dabei verlieren«⁹.

Daraus resultiert eine neue Situation für die afrikanischen Länder.¹⁰ Die neue Chance besteht darin, daß – verbunden mit einer neuen Ethik in den internationalen Beziehungen – der interkulturellen Kommunikation wachsende Bedeutung zukommen könnte. Mit der Globalisierung werden die Grenzen des Wissen der Kulturen voneinander tendenziell überwunden. Der hegelsche »Geist ist heute befähigt, die ganze Welt zu beleuchten. Gerade deshalb sind mit der Globalisierung neue Herausforderungen verbunden. Wolf Lepenies, Rektor des Wissenschaftskollegs zu Berlin hat die Komplexität der Globalisierung in dieser Hinsicht eindrucksvoll auf den Punkt gebracht. Seiner Ansicht nach geht es darum, sich um eine Globalisierung zu bemühen, die auf einen Dialog der Kulturen abzielt, die ein Umdenken von einer »Belehrungsgesellschaft hin zu einer Lerngesellschaft«¹¹ fördert. Die Wechselwirkung der positiven Elemente in der Berührung der Kulturen wird dazu beitragen, daß das eigene kulturelle wie ökonomische Überleben nicht gefährdet, sondern gesichert wird. Für manche afrikanische Länder in einer sehr schwierigen Lage – Länder, die den Zwängen der Unterentwicklung, gekoppelt mit Dekulturation ausgesetzt sind – ist dies die eigentliche Hoffnung. Interkulturelle Kommunikation ist in Anbetracht der gigantischen globalen Probleme, wie Armut, Bevölkerungsexplosion, Umweltzerstörung, Migration usw., mehr den je notwendig. Das schließt eine Abkehr vom »Ende der Geschichte«¹² ein.

Eine im Sinne interkultureller Kommunikation verstandene Globalisierung wird erstens durch die vereinfachten und vielfältigen Formen der grenzüberschreitenden Verständigung gewinnen. Ein immer schnelleres, dichteres und sicheres Netz der Kommunikation muß aber zweitens dabei helfen, eine bessere Zukunft zu sichern. Die Allgegenwart von Kommunikationsmitteln wird einen zunehmend gemeinsamen soziokulturellen Horizont schaffen, der eine Erneuerung des Dialogs erlaubt. Es geht nicht um irgendeine Form des Dialogs, die oft in Konfrontation mündet, nicht um irgendeine Form des Rechtbehaltens oder gar des sich Durchsetzens. Das Bewußtsein der Unterschiedlichkeit der Kulturen und Traditionen ist die beste Sicherung gegen nationalistische Bestrebungen. Die Globalisierung kann dieses Bewußtsein durch interkulturelle Kommunikation fördern und lenken.

Damit ist implizit die Identitätsfrage angesprochen. Um das Fremde anzunehmen, bedarf es der Gewißheit des Eigenen. Das betrifft zum Beispiel das Erlernen fremder Sprachen. Nach Goethe geht es hier vor allem um eine positive Einstellung: »Wer fremde Sprachen nicht kennt, weiß nichts von seiner eigenen«¹³. Diese Dialektik des Eigenen und des Fremden wird heute bereichert durch die Erkenntnis, daß es sich hier keineswegs bloß um den guten Willen zur Multikulturalität handelt, sondern um eine Übung im

Problemmangement. Anerkannt und respektiert werden, austauschen können und dürfen, gehört zu den Menschenrechten. Kulturelle Unterschiedlichkeit kann allerdings auch in Gegensatz zu den allgemein anerkannten Rechten geraten. Kann das mit dem Recht auf kulturelle Differenz legitimiert werden und wenn ja, bis zu welchem Maß? Die Auseinandersetzung mit kulturellen Differenzen erfordert zwingend den Dialog. Im Dialog geht es nicht immer und unbedingt um Konsens oder Kompromisse, sonder auch darum, fremde Meinung achten zu lernen. Dialog bedeutet, also Fremdes in fremden Anschauungen zu respektieren.

Eine Lebensphilosophie im sokratischen Sinne (Weisheit als Lebenswissen), die eine Orientierung in der Welt und in der Kultur erlaubt, macht Menschen sensibel, d.h. befähigt sie, mitzuempfinden, sich betroffen zu fühlen. Eben weil wir – mit den Worten des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie – »in einer Welt zunehmender gesellschaftlicher Dissoziation nach Werten und Mitteln (suchen), die Gemeinsinn stiften«¹⁴, geht es darum, neue menschliche Normen der interkulturelle Kommunikation zu finden. Diese Normen sind als Werte gleichzeitig vermittlungsbefähig. Ihre Universalität, ihr Anspruch auf Globalisierung, beruht auf der Tatsache, daß sie gegen eine Kultur aus Machtwillen und intellektueller Überheblichkeit stehen.

Die Erfahrungen, persönlichen Interessen, Erwartungen, Bedürfnisse und Werteinstellungen bestimmen weitgehend das Verhalten von Menschen. Kommunizieren lernen heißt deshalb, in globalisierte Lernprozesse einzutreten. Lepenies erhoffte sich durch die weltweite Stärkung lokaler Wissenskulturen und durch multinationale Forschungsprojekte synergetische Erkenntnisse, welche die »fatale neoliberalistische Wirtschaftsideoologie zu transzendieren und zu korrigieren«¹⁵ in der Lage sind.

Damit rückt auch der berühmte »Clash of Civilizations«¹⁶ ins Reich der Fabelwesen. Gemeinsinn von dem die Rede war, bedeutet auch und gerade Verständnis für die Gesellschaften, die mit dem offenbar stetig wachsenden Tempo der Veränderung nicht Schritt zu halten vermögen. Tendenzen der »Stagnation« in afrikanischen Ländern sind sowohl Anzeichen einer »Krise der Entwicklung und der Entwicklungsmodelle«, als auch zugleich Merkmale der Krise von Kultur und Modernität. In den vermeintlichen Wohlstandsgesellschaften – wie zum Beispiel in Deutschland – läßt sich demgegenüber eine Krise der Kommunikation im Innern feststellen. Die Erfahrung mit dem »Asylantenproblem« zeigt, daß Deutschland de facto ein Einwanderungsland geworden ist, das sich auf multikulturelles Miteinander einstellen muß, es für erstrebenswert und in jeglicher Hinsicht für förderungswürdig hält. Es geht um prinzipiell neue Einsichten in der »Fluchtburg des Wohlstandes« selbst, um neue Visionen, die helfen, neue Einsichten gelten zu lassen. Eine dieser Einsichten, die sich einen Weg bahnen müssen, ist die Forderung nach einem pluralistischen kulturellen Kosmopolitismus.

14 Die Zeit, vom 14. März 1997.

15 Frankfurter Rundschau, vom 22. November 1996.

16 Samuel Huntington: The clash of civilizations and the Remaking of world order, o.O. 1996.

ROLF BADSTÜBNER

Zur Entstehung von BRD und DDR

Als ich vor einiger Zeit mit einer umfassenderen gesellschaftspolitischen Darstellung zur deutschen Nachkriegsgeschichte, die zu den 50. Jahrestagen der beiden Staatsgründungen erscheinen soll, begann, war ich selbst aufs Äußerste gespannt, was dabei, fast ein Jahrzehnt nach dem mit dem Ende der DDR verbundenen Perspektivwechsel, bei Auswertung der inzwischen auf breiter Front erzielten neuen Forschungsergebnisse und befreit von »parteilichen« Zwängen und tagespolitischen Rücksichtnahmen, herauskommen würde.

Natürlich ging es dabei zunächst und vor allem – im Bruch zu früheren Darstellungen – um neue Sichtweisen auf die in übergreifende Epochen- und Jahrhunderttrends eingebettete und als Gesellschaftsgeschichte begriffene deutsche Nachkriegsgeschichte. Dies schloß neue Sichten auf die Problematik von Eigenem und Fremdem im Kontext der Besatzungsherrschaft, von Sowjetisierung einerseits und Amerikanisierung/Verwestlichung andererseits, auf die Möglichkeiten und Grenzen autochthoner deutscher Entwicklungen und deutscher Politik ein. Hinsichtlich SU/SMAD und KPD/SED führte das kritische Abwägen zwischen Leistung und Fehlleistung zu einem vertieften Verständnis dessen, was früher mit antifaschistisch-demokratischer Umwälzung begrifflich gefaßt worden war. Diese gesellschaftspolitischen Umgestaltungen verloren ihren unkritisch-überhöhten Glanz, wurden beim Schreiben in ihren Widersprüchen, Halbheiten und Verfehlungen, aber auch in den erbrachten Leistungen und tatsächlichen historischen Ergebnissen deutlich.

Da ich das in diesem Rahmen nicht in toto abhandeln kann, möchte ich versuchen, es beispielhaft an der Bodenreform¹ zu verdeutlichen.

Es kann als eindeutig bewiesen und belegt gelten – und ich konnte den bekannten Fakten weitere hinzufügen –, daß es eine Art alliierten Grundkonsens über die Notwendigkeit der Enteignung des Großgrundbesitzes und die Durchführung einer Bodenreform gab und daß hierfür auch deutscherseits eine Mehrheitsbasis vorhanden war oder unschwer hätte zustande gebracht werden können. Insofern war die Durchführung einer Bodenreform in der Ostzone völlig legitim. Doch Gleiches kann schwerlich für die Modalitäten dieser Reform gelten.

Da war das überstürzte sowjetische Vorgehen, ohne zumindest den Versuch zu unternehmen, sich mit den westlichen Alliierten

Rolf Badstübner – Jg. 1928.
Prof. Dr. habil., Historiker,
Berlin.

Der Berliner Verein zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur »Helle Panke« führte am 13. und 14. März 1999 eine Tagung durch, die sich mit der Geschichte der deutschen Zweistaatlichkeit zwischen 1949 und 1990 beschäftigte.

¹ Aus der Fülle der zu diesem Thema vorliegenden neuen Forschungsliteratur möchte ich hier nur hinweisen auf: Arnd Bauernkämper (Hg.): »Junkerland in Bauernhand«? (HMRG, Beiheft 20), Stuttgart 1996.

abzustimmen und im Kontrollrat zu einer einvernehmlichen Regelung zu gelangen. Wäre diese nicht zustandegekommen, hätte die SMAD ja immer noch eigenständig handeln können. Das überstürzte Vorgehen schloß außerdem einen wirtschaftlich ungünstigen Zeitpunkt ein, wovon alle Fachleute, auch die der KPD, gewarnt hatten. Der frühe Zeitpunkt wurde auch keineswegs durch die Lage der Flüchtlinge, Vertriebenen und Umgesiedelten »erzwungen«, ganz im Gegenteil; denn sie kamen ja in ihrer Masse erst 1946, was dazu führte, daß sie durch die überstürzte Durchführung der Reform eher benachteiligt wurden.

Die Bodenreform wurde nach einer offensichtlich kurzfristig ausgearbeiteten sowjetischen Direktive durchgeführt; die in Moskau erfolgten langfristigen KPD-Planungen für eine solche Reform, die sehr viel »reifer« und keineswegs überholt waren, wurden ebenso mißachtet wie Reformausarbeitungen von SPD und CDU. Die KPD wurde vielmehr seitens der SMAD veranlaßt, das unreife sowjetische Konzept zu akzeptieren und im Block quasi durchzupeitschen. Das untergrub die Möglichkeiten einer vertrauensvollen Blockzusammenarbeit, die in dieser Frage durchaus möglich gewesen wäre.

Die unter Bruch einer Zusage nunmehr auch erfolgende Enteignung von Hitlergegnern unter den Großgrundbesitzern und ohne ihnen ein Restgut zu belassen, beschädigte den Antifaschismus und mußte als Unrecht und unbillige Härte empfunden werden. Hinzu kam, daß die SMAD anordnete, die brutale sowjetische Aussiedlungspraxis, wie sie gegenüber den Kulaken praktiziert worden war, auch auf die enteigneten Großgrundbesitzer anzuwenden und darauf drängte, daß entsprechende Maßnahmen deutscherseits ergriffen würden.

Die rigorose Anwendung der 100 Hektargrenze war problematisch und führte dazu, daß in bestimmten Regionen auch Großbauern von der Enteignungsaktion betroffen wurden. Andererseits war die geringe Größe der Neubauernwirtschaften mit Härten gegenüber den Neubauern verbunden, da die meisten Höfe nicht existenzfähig waren, sie sich selbst unmäßig ausbeuten mußten, um überhaupt zu überleben, gleichzeitig aber der von vielen gewünschte genossenschaftliche Zusammenschluß, der ihr Los zumindest etwas gemildert hätte, aus politisch-ideologischen Gründen unterbunden wurde. Ein relative hoher Prozentsatz von Neubauernwirtschaften überlebte nicht.

Die für die Neubauern erbrachten Unterstützungsmaßnahmen fehlten an anderer Stelle, so daß insgesamt die Bodenreform die Landwirtschaft der SBZ nicht voranbrachte, sondern eher zusätzlich belastete.

Die Chance, die zweifellos vorhanden war, in der Ostzone in einem breitem Konsens eine gründlich vorbereitete und auf diese Weise für ganz Deutschland beispielgebende Bodenreform durchzuführen, wurde leider vertan.

Dennoch bleibt festzuhalten und hervorzuheben, daß die historisch-politisch anstehende und damals allenthalben benannte Aufgabe, als Beitrag zur Faschismus- und Militarismusbewältigung und zur Demokratisierung eine Bodenreform durchzuführen, in der

2 Wolfgang Zank: »Junkerland in Bauernhand«, in: Die Zeit, Nr.42 - 12.10.1990, S. 50

3 Jüngst noch mal aufgegriffen von Axel Schildt: Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und ›Zeitgeist‹ in der Bundesrepublik der 50er Jahre, Hamburg 1995, S. 19f.; Rolf Steininger: Deutsche Geschichte 1996, Bd.2, S. 53ff.; Gerhard A. Ritter: Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, München 1998, S. 14f.

4 Der Verf. bezieht das auf den – in Anknüpfung an die schon 1950 von Walter Dirks in den Frankfurter Heften vorgenommene Epochencharakterisierung – von ihm Mitte der sechziger Jahre in die zeitgeschichtliche Forschung eingeführten Restaurationsbegriff, siehe Rolf Badstübner: Restauration in Westdeutschland 1945-1949, Berlin 1965. Folgend vor allem: Eberhard Schmid: Die verhinderte Neuordnung, 1945-1952, 4. Aufl., Frankfurt am Main 1973; Ute Schmidt/ Tilmann Fichter: Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen, Berlin 1971; Ernst-Ulrich Huster et al.: Determinanten der westdeutschen Restauration 1945 bis 1949, Frankfurt am Main 1972.

5 Siehe die dahingehende Kritik von Lutz Niethammer: Zum Wandel der Kontinuitätsdiskussion, in: Ludolf Herbst (Hrsg.): Westdeutschland 1945-1955, München 1986, S. 66.

6 Christoph Kleßmann/ Peter Friedmann: Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946-1948, Frankf.a.M./ New York 1977, S. 78.

Ostzone bewältigt und damit eine Leistung von historischer Tragweite erbracht wurde, während in den Westzonen eine Bodenreform scheiterte.

Daraus folgt, was Wolfgang Zank so formulierte: »Während... in der Sowjetzone eine Bodenreform verwirklicht worden ist, bei der viele Ungerechtigkeiten begangen wurden, beging man im Westen die eine ganz große Ungerechtigkeit: den Verzicht auf die Bodenreform.«²

Ein ähnliches Bild ergibt sich auch mit Blick auf die »Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher« und auf »Säuberung«, Entnazifizierung und antifaschistische »Umerziehung«. Auch hier Einseitigkeiten, Überziehungen, Ungerechtigkeiten und vertane Chancen, aber auch aus heutiger Sicht und nicht zuletzt verglichen mit der gegenläufigen Entwicklung in den Westzonen keineswegs in toto Fehlleistung und Fehlentwicklung – ganz im Gegenteil!

Mit diesem Ergebnis stellten sich über die erwähnten tiefen Brüche in der Darstellung zugleich deutlich übergreifende Kontinuitäten zu früheren Sichtweisen und Bewertungen her. Das zeigte sich auch auf der »anderen Seite«.

Denn mit Blick auf die Westzonen bleibt die Frage nach wie vor aktuell: »Restauration«, »verhinderte Neuordnung« und »erzwungener Kapitalismus« oder was sonst?³

Sicher waren die Standpunkte derer, die diese Positionen in der Vergangenheit vertraten,⁴ etwas einseitig und terminologisch angreifbar.⁵ Es handelte sich nicht schlechthin um Restauration, sondern um eine Verbindung von Restabilisierung und Regenerierung des Kapitalismus, Restauration (im öffentlichen Dienst u.a. Bereichen) und zugleich auch Neuordnung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Letzteres, die mit Liberalisierung, »Verwestlichung« und »Westverschiebung«, aber auch integrativer »Sozialpartnerschaft« verbundenen Wandlungen der »Sonderwegs«gesellschaft wurden zweifellos unterschätzt und zu weitgehend ausgeblendet; und außerdem blieb die Alternative hierzu diffus, wurden Dimension und Reichweite dessen, was mit den konkreten Sozialisierungsprojekten zu erreichen war, sicher überschätzt.

Doch über allen Streit hinweg, bleibt nicht wegzudiskutieren – und das ist das Entscheidende –, daß der auch in den Westzonen mögliche und erstrebte Weg gesellschaftlich-struktureller Umgestaltung, verbunden mit Eingriffen in die Eigentumsverhältnisse und einen Austausch von Eliten, der alternativ zu dem gewesen wäre, der sich dann durchgesetzt hat, primär und entscheidend durch westalliierte Intervention unterbunden wurde. Nur mit diesem Rückhalt konnten die traditionellen (west)deutschen Eliten ihren Besitzstand wahren und ihre gesellschaftlichen Machtpositionen erhalten bzw. wiederherstellen.

»Allgemein gesprochen war die Restauration und damit das Scheitern einer umfassenden Neuordnungskonzeption sicherlich unvermeidlich, weil sich die Restauration wesentlich als eine innenpolitische Funktion der außen- und weltpolitischen Konstellation des Kalten Krieges und der politischen und ökonomischen Dominanz der USA in Westeuropa erwies.«⁶

Dennoch ist nicht sicher, daß deutscherseits die Sozialisierung nicht hätte durchgesetzt werden können. »Eine Sozialisierung wäre auch nach dem alliierten Veto prinzipiell möglich gewesen, hätten Parteien und Regierung (in Nordrhein-Westfalen - R. B.) dies gewollt,« urteilte auch Christoph Kleßmann.⁷

Wie auch immer, so macht auch aus heutiger Sicht eine vergleichende Betrachtung deutlich, daß es nach 1945 keine Schwarz/Weiß-Entwicklung zwischen Ostzone und Westzonen gab. Beide deutsche Nachkriegsgesellschaften und Staaten entstanden aus Umbrüchen und Veränderungen, die allerdings zu konträren ordnungs- und gesellschaftspolitischen Ergebnissen mit unterschiedlichen Qualitäten, Versäumnisse und Defizite eingeschlossen, führten, die beide sozusagen ihre historische »Berechtigung« haben. Und es ist sicher eine Standpunktfrage, ob man für die prosozialistische Neuformierung oder für die reformkapitalistische Restabilisierung Partei ergreift bzw. die stalinistischen Deformierungen der DDR oder die vergangenheitspolitischen Belastungen der BRD gravierender bewertet.

Es bleibt auch ein historischer Fakt, daß die Ostzone westdeutscherseits »abgeschrieben« und abgekoppelt wurde (und – bei allen auch festzustellenden Verselbständigungstendenzen in der SBZ – nicht umgekehrt!) – und zwar lange bevor die Zwänge von Kaltem Krieg und Teilung der Welt sich durchsetzten. Man kann dafür aus westdeutscher Sicht viele »gute Gründe« anführen und es ist auch keineswegs sicher, ob die Herstellung der Einheit Deutschlands damals möglich war – aber es wurde von westdeutscher Seite, weder 1946/47 noch später und vor allem 1952, nichts unternommen, das zu testen. Man zog die vielversprechendere Westzonenlösung vor und scheute gesamtdeutsche Risiken. Das bleibt auf jeden Fall festzuhalten und kann aus der deutschen Nachkriegsgeschichte, mit welchen Argumenten immer, nicht ausgeblendet werden.

Nur wenige Jahre nach der »Niederlage« und der Befreiung des deutschen Volkes von der nationalsozialistischen Herrschaft hatten sich zwei ordnungs- und gesellschaftspolitisch unterschiedliche deutsche Nachkriegsgesellschaften und Staaten konstituiert, die sich im Kontext von Systemauseinandersetzung und kaltem Krieg konfrontativ gegenüberstanden. Sie waren Produkte zonal unterschiedlicher Nachkriegsentwicklungen und des Kalten Krieges, aber ihre industriegesellschaftlichen Grundlagen, ihre Wurzeln und historischen Entstehungsgründe reichten sehr viel weiter zurück. Sie standen in Beziehung zu säkularen Trends und deren Verschränkung mit Epochenkonstellationen und geschichtlichen Verläufen, wie sie sich durch und im Gefolge der Jahrhundertkatastrophe des Ersten Weltkrieges herauskristallisierten und Deutschland und die deutsche Frage entscheidend beeinflussten.

Darauf kann hier nur hingewiesen werden.

Wie nahm sich nun ein Vergleich der beiden Nachkriegsgesellschaften und Staaten in deren Gründungsumfeld aus?

Die Bundesrepublik war zwar im Stile eines Verwaltungsaktes entstanden, ohne plebiszitäres Engagement, aber sie wurde von der übergroßen Mehrheit ihrer Bevölkerung teils bejaht, teils doch

7 Christoph Kleßmann:
Die doppelte Staatsgründung, Bonn/Göttingen 1982,
S. 113.

hingegenommen. Viele wünschten sich eine bessere Bundesrepublik, wie auch immer, aber sie stellten mehrheitlich diesen Staat und seine Verfassung nicht in Frage, schon gar nicht, nachdem zunächst das »Wirtschaftswunder« und dann auch die westeuropäischen Integrationstendenzen zu greifen begannen. Die Bundesrepublik ruhte sozusagen in sich selbst und war existentiell nicht gefährdet – schon gar nicht durch eine »nationale Einheitsbewegung«. Die überwiegende Mehrzahl der Bundesbürger orientierte sich nach Westen und vermißte den Osten Deutschlands kaum.

Die Bundesrepublik erhob den Anspruch, in der Nachfolge des Deutschen Reiches Deutschland zu repräsentieren und betrachtete die SBZ/DDR sowie die ehemaligen deutschen Ostgebiete als Irredenta.

Zwar schien die Zukunft der Bundesrepublik in vielem offen und ungewiß, wie z. B. mit Blick auf die Forderungen von SPD und DGB nach Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und auch auf eine mögliche Wiedervereinigung, aber in Wirklichkeit waren doch wohl schon ziemlich »unverrückbar« die Weichen in eine andere Richtung gestellt.

Im Kontext von Kaltem Krieg und Marshallplan und in Wechselwirkung mit der besatzungsbehördlichen Unterbindung von Sozialisierungsabsichten und solchen Anpassungsstrategien, wie Entflechtung und Mitbestimmung, hatte sich der »rheinische Kapitalismus« erst ökonomisch erholt und war nun dabei, sich als soziale Marktwirtschaft auch »politisch-moralisch« zu restabilisieren. Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft regenerierte sich im Zusammenhang mit der wiederkehrenden Alltags»normalität« in ihrer »verwestlichten« Neuprägung. Die Integration der Arbeiter in die Gesellschaft befand sich über Mitbestimmung und »Sozialpartnerschaft«, aber noch mehr über Modernisierung und Konsumgesellschaft auf dem Weg. Es war eine Gesellschaft, in der sich liberale Demokratie, allerdings in Gestalt einer stark autoritären »Kanzlerdemokratie«, sozialstaatliche und zivilgesellschaftliche Komponenten mit der wiederrichteten Diktatur des Kapitals verschränkten. Letzteres beinhaltete aber auch eine ungebrochene Kontinuität von Banken und Konzernen, Eigentümern und Managern, die insgesamt, wenngleich mit individuellen Ausnahmen, in einer symbiotischen Verbindung zum Nationalsozialismus, seiner Rüstungs-, Ausrottungs-, Kriegs- und Eroberungspolitik gestanden, die davon und speziell auch von Arisierung und Zwangsarbeit profitiert hatten.

In einem Bruch mit der Vergangenheit war die Bundesrepublik dabei, die Feindseligkeiten mit ihren westlichen (aber keineswegs mit ihren »östlichen«!) Nachbarn zu beenden, sich – im gemeinsamen Integrationsboot sitzend – mit ihnen auszusöhnen, und sie befand sich auf dem Weg in ein westliches Militärbündnis, das sie wirksam schützen sollte, aber gleichzeitig den Sicherheitsinteressen der anderen Mächte gegenüber Deutschland diente.

Verglich man »Bonn« mit dem hypotheckenbelasteten »Weimar«, dann war »Bonn« relativ stabil, befreit aus der fatalen Mittellage und vom ostelbischen Junkertum, abgeschirmt gegen sozialistische Grundsatzalternativen und von zu direktem Einfluß des Volkes. Bonns Zukunft lag »abseits des deutschen Sonderweges.«⁸

8 Lutz Niethammer: Zum Wandel der Kontinuitätsdiskussion, S. 65.

Die Bundesrepublik im Umfeld von Gründung und frühen fünfziger Jahren war allerdings noch stark von ihrer »Sonderwegs«-vergangenheit⁹ belastet und hatte sich auch noch keineswegs von ihrer »Sonderwegs«herkunft völlig abgenabelt.

Gerade das aber trug wahrscheinlich – in Wechselbeziehung mit dem »Wirtschaftswunder« – wesentlich dazu bei, daß die Bundesrepublik mehrheitlich »angenommen« wurde. Die aus der Sicht der DDR und auch des Auslands stark belastenden Relikte von »Sonderwegs«gesellschaft und NS in Gesellschaft und Staat erschienen in den Augen der meisten Bundesbürger in den fünfziger Jahren als bejahte Kontinuität und gelungene Integration der »Ehemaligen«.¹⁰

Man empfand die bloße Verdrängung von NS, die ungenügenden Anstrengungen zur Ahndung von NS-Verbrechen und die fehlende Trauerarbeit nicht als Manko. Der 8. Mai 1945 galt im breiten Konsens nicht als Tag der Befreiung von der NS-Diktatur, sondern als Niederlage eines Deutschlands, auf das man »in den Grenzen von 1937« einen Anspruch erhob, den staatlich unterstützte Vertriebenenverbände lauthals verkündeten. Die Wiederbewaffnung unter Leitung von stark belasteten Generalen, wie Heusinger und Speidel, und in enger Anknüpfung an Wehrmachtstraditionen¹¹ konnte diesem Anspruch einen bedrohlichen Nachdruck verleihen.

Man hatte in den Westzonen und der Bunderepublik den Faschismus nicht wirklich »bewältigt« und bezog keine dezidiert antifaschistischen Positionen, aber »Freiheit und Demokratie«, wie auch immer, standen konträr zur nazistischen Diktatur und grenzten sich deutlich von ihr ab.

Auch die »Verwestlichung« und die Akzeptanz von liberaler Demokratie beinhalteten, wie sich herausstellte, einen gangbaren und auf längere Zeit letztlich erfolgreichen Weg zur Überwindung der deutschen »Sonderwegs«gesellschaft, obwohl deren gesellschaftliche Grundlagen modifiziert erhalten und deren Eliten nicht entscheidend ausgetauscht worden waren.

Doch das war das Ergebnis zukünftiger Entwicklungen, insbesondere auch im Zusammenhang mit 68er Bewegung und sozialliberaler Koalition, und nicht vorher bereits eindeutig zu prognostizieren.

Die faktisch durch »Abkoppelung«, im Protest gegen die Irredenta-Zumutung und mit einer gesamtdeutschen Option gewollt/ungewollt in die Welt gesetzte DDR war gegenüber der Bundesrepublik ein gefährdeter und in der eigenen Bevölkerung viel umstrittener Staat. Das hing nicht nur damit zusammen, daß sie kleiner war und ganz offensichtlich schlechtere Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen hatte, sondern vor allem auch mit dem seit 1945 eingeschlagenen Weg. Hinzu kam, daß sich die Gesellschaft der SBZ/DDR immer im Zustand einer für sie ungünstigen »externen Verflechtungsstruktur« mit der Bundesrepublik befand.

Die unter Oberhoheit der SMAD und bei intensiver »Anleitung« von KPD/SED unter Mitwirkung auch der anderen Parteien vollzogenen gesellschaftspolitischen Umgestaltungen erreichten im großen und ganzen ihr Ziel, schossen aber auch darüber hinaus. Die Art und Weise ihrer Durchführung war kritikwürdig, belastete sie mit Ungerechtigkeiten und beeinträchtigte die Ergebnisse.

9 Siehe dazu jüngst zur Sonderwegsproblematik: Jürgen Kocka: Nach dem Ende des Sonderwegs. Zur Tragfähigkeit eines Konzepts, in: Arnd Bauernkämper, Martin Sabrow, Bernd Stöver (Hg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990, Bonn 1998, S. 364-375.

10 Siehe dazu insbesondere Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1972.

11 Siehe Wolfram Wette: Neue Form, alter Geist. Die Gründungsgeschichte der Bundeswehr erklärt, warum es unserer Armee so schwer fällt, sich aus den Wehrmachtstraditionen zu lösen, in: Die Zeit, 18. 3. 1999, S. 98.

Ähnlich differenziert war das Bild bei der Beurteilung von Um-
erziehung und Elitenwechsel. Aber, wenn der Antifaschismus, der
implantiert, aber auch angenommen wurde, zweifellos mit Mythen
und Einseitigkeiten verknüpft war, prägte er dennoch unübersehbar
das gesellschaftliche Leben und begründete antifaschistische Hal-
tungen und Einstellungen.

So entstand in der SBZ im Ergebnis der gesellschaftspolitischen
Umgestaltungen bis 1948 eine gegenüber den Westzonen alterna-
tive, antifaschistische, prosozialistische deutsche Nachkriegs-
gesellschaft, die (zunächst) nach vorne offen war.

Gemäß ihren Grundlagen und der 1948 ausgearbeiteten Verfas-
sung hätte sie zu einem Bestandteil eines antifaschistisch-demo-
kratischen deutschen Nachkriegsstaates werden können, wenn ein
solcher im Zusammenhang mit einer Friedensregelung entstanden
wäre.

Im anderen Fall, bei Nichtzustandekommen einer gesamtdeut-
schen Regelung, gab es gemäß den Voten von SED, CDU und LDPD
für die dann notwendige weitere Verselbständigung und den weite-
ren Ausbau dieser SBZ-Gesellschaft unterschiedliche Möglichkei-
ten. Sowjetische Präsenz und Stalinisierung engten allerdings die-
se Möglichkeiten auf eine Variante ein. Die historische Chance,
diese Gesellschaft demokratisch auszubauen und sie in Richtung
auf einen demokratischen Sozialismus weiterzuentwickeln, wurde
blockiert.

Die unter Besatzungsbedingungen unvermeidlichen Defizite an
Demokratie reduzierten sich beim Übergang zur DDR nicht, son-
dern nahmen durch die Errichtung einer spezifischen SED-Diktatur
und die Stalinisierungsprozesse eher noch zu.

Diese Entwicklung wurde sicher dadurch begünstigt, daß die ge-
sellschaftlichen Umgestaltungen in der SBZ nicht das Ergebnis au-
tochthoner sozialer Bewegungen waren. Sie hatten sich vielmehr
auf dem Wege administrativer Reformen »von oben«, wengleich
auch mit Unterstützung »von unten«, vollzogen. Das bedeutete
faktisch, daß an obrigkeitsstaatliche »Sonderwegs«traditionen
angeknüpft und diese gestärkt wurden. Dies wiederum und die Tat-
sache, daß die übergroße Mehrheit der DDR-Bürger über keine
Erfahrungen mit einer funktionierenden Demokratie verfügte,
bereitete den Boden für den Übergang von der Besatzungs- zur
SED-Diktatur. Doch das mußte noch nicht das letzte Wort sein,
da es noch Mehrfachperspektiven und Reformmöglichkeiten gab
oder zu geben schien.

Auch für die DDR traf, wengleich auf andere Art und Weise, zu,
daß kein vollständiger Bruch mit der »Sonderwegs«gesellschaft
vollzogen wurde.

Die SBZ/DDR-Gesellschaft konstituierte sich auf der Grundlage
einer Mehrsektorenwirtschaft als stark nivellierte Arbeitsgesell-
schaft, die auf die (volkseigenen) Betriebe und Institutionen als
Lebenszentren konzentriert und darauf ausgerichtet war, bei Auf-
hebung sozialer Ungerechtigkeiten und Abbau sozialer Ungleich-
heiten einen (bescheidenen) Wohlstand für alle zu schaffen.

Die Arbeitsgesellschaft der DDR war zwar einerseits eine
tendenziell entdifferenzierte und von oben hierarchisch durch-

herrschte Gesellschaft, sie entwickelte aber zugleich spezifische Organisationsformen und die Gemeinschaftsbildung befördernde Sozialisationsformen, in denen sich auch basisdemokratische Aktivitäten entfalten konnten. Die Arbeiter in den Betrieben zeigten Eigensinn und selbstbewußte Haltung und konnten in einer gleichberechtigten Art und Weise gegenüber ihren »Leitern« auftreten, von der die Arbeiter der Bundesrepublik nur träumen konnten.

Den Modernisierungsprozessen gesellschaftlicher Entgrenzung und lebensstilbildender Individualisierung wirkten solche mit gemeinschaftsbildender und gesellschaftsintegrativer Wirkung entgegen. Betrieb und Gesellschaft waren für den DDR-Bürger viel intensiver und auf ganz andere Art und Weise als etwa für den Bundesbürger zentrale lebenswirkliche Bezugsgrößen.

Während das politische System dieser Gesellschaft zu ihren besonderen Problemzonen gehörte und mit dem Kurs auf das sowjetische Modell eine verhängnisvolle Weichenstellung erfolgte, wurde sie wegen ihrer sozialen Qualitäten von vielen bejaht, hingenommen oder toleriert.

Die SED versuchte durch verstärkte Machtabsicherung der politischen Instabilität entgegenzuwirken und mittels einer Erziehungs- und Entwicklungsdiktatur ihre weitgesteckten, aber zugleich dogmatisch-irrealen sozialistischen Zielvisionen schrittweise zu realisieren.

Die SED-Diktatur präsentierte sich teils offen, teils verdeckt und mit einem »realdemokratischen« Anspruch, mit dem sie der Bonner »Formaldemokratie« übergeordnet wurde. Sie wurde mittels des »demokratischen Zentralismus« in einem »realdemokratischen« Rahmen und in einer Gesellschaft ausgeübt, die – gegenläufig zur tendenziellen »Entdifferenzierung« – durch Parteien, Organisationen und »Gesellschaften« vielfach vernetzt und gegliedert war. Der Versuch, durch die Gesellschaft zu herrschen,¹² stieß an deutliche Grenzen. Das Auseinanderdriften von System- und Lebenswelt war evident.

Die SED-Diktatur hob den Alternativcharakter der DDR-Gesellschaft und die damit verbundenen Qualitäten nicht auf, schränkte sie aber ein und beschädigte sie.¹³ Das Gleiche galt vom Verhältnis zwischen Stalinismus und Antifaschismus.

Die frühe DDR war in einem besonders ausgeprägtem Sinne janusköpfig.¹⁴ Es gab die Deformierungen des Stalinismus, aber zugleich auch Aufbruchstimmung und Engagement für humanistische und sozialistische Ideale und Ziele, die ebenfalls gesellschaftswirksam waren.

Rückblickend, mit dem Erfahrungshorizont der neunziger Jahre, erscheint die Lage der DDR gegenüber der Bundesrepublik aussichts- und hoffnungslos. Das nahm sich allerdings in den fünfziger Jahren mit dem Erfahrungs- und Erwartungshorizont vor allem derjenigen, die auf den Sozialismus setzten, anders aus.

Sie sahen die Bundesrepublik mit ihren großen vergangenheitspolitischen Belastungen. Das stärkte das Selbstbewußtsein und die Überzeugung, im richtigen Lager zu stehen, und legitimierte zugleich die DDR.

12 Mary Fulbrook: Methodologische Überlegungen zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Bessel/Jessen (Hrsg.): Die Grenzen der Diktatur(1996), S. 292.

13 In diesem Sinne siehe Hans Mayer: Der Turm von Babel. Erinnerungen an eine Deutsche Demokratische Republik, Frankfurt am Main 1991, S.15/6.

14 Ein unbestechlicher Zeuge hierfür siehe Viktor Klemperer: So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945-1959, 2 Bde., hrsg. v. Walter Nowojski, Berlin 1999.

Sie sahen den Kapitalismus auf einem absteigenden Ast und – analog zur Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg – auf seine Nachkriegskrise zusteuern. Daß der Kapitalismus im Gefolge des Zweiten Weltkrieges sein »Goldenes Zeitalter« erleben würde, war – nicht nur für sie – unvorstellbar.

Die sozialistische Utopie beflügelte demgegenüber Hoffnungen auf eine stürmische wirtschaftliche Entwicklung des Weltsozialismus. Und diese schienen damals so unreal nicht, wie sie sich im Nachhinein ausnehmen. Unter den Bedingungen des fordistischen Produktionstyps erbrachten die Planwirtschaften bekanntlich bis in die sechziger Jahre beachtliche Wirtschaftsleistungen und -ergebnisse.¹⁵

Auch wenn, in rückblickender Gewißheit, die DDR, mehr noch der Weltsozialismus, wahrscheinlich keine Chance hatten, so bedeutet das jedoch keineswegs, daß sie einfach »umsonst« und »überflüssig« waren, wie man heute hören kann. Sie bildeten einen nicht einfach »wegzudenkenden«, sondern vielmehr »unverzichtbaren« und keineswegs nur einen negativen Bestandteil dieses 20. Jahrhunderts – wenn man sich die weltgeschichtliche Entwicklungsdialektik vor Augen hält, wie sie Eric Hobsbawm folgendermaßen beschrieb:

»Nur die temporäre und bizarre Allianz von liberalem Kapitalismus und Kommunismus, zur Selbstverteidigung gegen den faschistischen Herausforderer, rettete die Demokratie; denn Hitlers Deutschland wurde und konnte im wesentlichen nur durch die Rote Armee besiegt werden. In vielerlei Hinsicht war diese Periode der kapitalistisch-kommunistischen Allianz gegen den Faschismus – vor allem in den dreißiger und vierziger Jahren – der Dreh- und Angelpunkt und das entscheidende Moment in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Aber in vielerlei Hinsicht war dieses Moment auch ein historisches Paradox...Eine der Ironien dieses denkwürdigen Jahrhunderts ist, daß das dauerhafteste Resultat der Oktoberrevolution – deren Ziel es ja war, den Kapitalismus weltweit umzustürzen – ausgerechnet die Rettung ihres Antagonisten im Krieg wie im Frieden war: Sie spornte ihn an (indem sie angst machte), sich nach dem Zweiten Weltkrieg selbst zu reformieren; und sie machte wirtschaftliche Planung in einer Weise gemeinverständlich, daß schließlich sogar einige ihrer Aspekte zum Prozedere dieser Reform gehören sollten.

Doch sogar nachdem der liberale Kapitalismus gerade noch die dreifache Herausforderung von Zusammenbruch, Faschismus und Krieg überstanden hatte, schien er noch immer einem weltweiten Vormarsch der Revolution ausgesetzt, die sich nun um die aus dem Zweiten Weltkrieg als Supermacht hervorgegangene Sowjetunion sammeln konnte.

Im Rückblick können wir nun erkennen, daß die globale sozialistische Herausforderung des Kapitalismus auf der Schwäche ihres Gegners beruhte. Ohne den Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts im Zeitalter der Katastrophe hätte es keine Oktoberrevolution und keine Sowjetunion gegeben. Das Wirtschaftssystem, das auf der ruinierten eurasischen Landmasse des einstigen Zarenreichs unter dem Namen Sozialismus improvi-

15 Siehe Charles S. Maier: Gibt es einen Sieger der Geschichte? Geschichtswissenschaft und DDR-Vergangenheit, in: Konrad H. Jarausch(Hg.): Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR, Berlin 1991, S.199 u. 201; siehe auch Jörg Roesler: 40 Jahre Planwirtschaft in der DDR: Aufarbeitung aus retrospektiver Sicht? In: BzG (Berlin), 33 (1991), S. 310ff.

siert wurde, hätte anderenfalls weder im eigenen Land noch andernorts als realistische globale Alternative zur kapitalistischen Wirtschaft gelten können, und seine eigentlichen Errungenschaften ließen sich erst erkennen, als im Kapitalismus schon das Goldene Zeitalter herrschte. Wie effektiv diese rivalisierenden Strategien waren, oder wie bewußt sie eingesetzt wurden, um die Welt unserer Vorväter zu begraben, braucht hier nicht erwogen zu werden. Doch wir werden sehen, daß es bis in die frühen sechziger Jahre durchaus den Anschein hatte, als seien sie sich zumindest ebenbürtig gewesen. Heute jedoch, im Lichte des Zusammenbruchs des sowjetischen Sozialismus, wirkt diese Annahme lächerlich – auch wenn ein britischer Premierminister im Gespräch mit einem amerikanischen Präsidenten die Sowjetunion damals (1960) noch immer als einen Staat beschrieb, dessen »aufwärtsstrebende Wirtschaft ... die kapitalistische Gesellschaft bald schon im Wettlauf nach materiellem Wohlstand überholt haben wird«... Auch wenn der Zusammenbruch des sowjetischen Sozialismus und seine enormen und noch immer nicht vollständig abschätzbaren – aber im wesentlichen negativen – Konsequenzen das dramatischste Ereignis während der Krisenjahrzehnte nach dem Goldenen Zeitalter waren, so waren sie doch nur Teil einer universalen oder globalen Krise.«¹⁶

16 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1995, S. 22f.

JÖRG ROESLER

Wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidungen in beiden deutschen Staaten von 1946-1970

Man war sich ganz sicher: Man hatte das passende Wirtschaftssystem gefunden. Im Osten schwor man seit 1948 auf die Planwirtschaft, im Westen auf die soziale Marktwirtschaft. Jeder glaubte aus den Fehlern der Vergangenheit die einzig richtige Schlußfolgerung gezogen zu haben. Was hatten die letzten vierzig Jahre Marktwirtschaft schon gebracht? fragte Fritz Selbmann 1947: Inflation, Weltwirtschaftskrise, Aufrüstung, Weltkrieg. Es habe sich herausgestellt, daß die freie Wirtschaft nicht imstande ist, eine gleichmäßige Versorgung sicherzustellen. Um Arbeit und Brot für alle zu sichern, mußte ein alternatives Wirtschaftssystem her. Planwirtschaft sei das Gegenteil der kapitalistischen Marktwirtschaft, konstatierte Fritz Selbmann. Schon deshalb muß sie erfolgreich sein.¹

Sie ist es auch, sekundierte der CDU-Wirtschaftsexperte, Blockfreund Ganter-Gilmans 1948 nach einer Reise durch die Sowjetunion: »Wer nur mit einem klaren Objektivismus die Dinge in der Sowjetunion beurteilt, muß erkennen, daß dort ungeheure Erfolge zum Wohle des Volkes erzielt worden sind. Wenn man diese Erfolge sieht, kann man nicht ohne Bewunderung an dieser neuen Wirtschaftsform vorbeigehen.«²

Drüben, an Rhein und Ruhr, hatte man nach dem Kriege auch das Erfolgsrezept gefunden: Nicht der blanke Kapitalismus der Weimarer Republik konnte der Anknüpfungspunkt sein, nicht die zentrale Wirtschaftslenkung des »Dritten Reiches«. Denn: »Die historische Linie führt vom Kapitalismus zum sozialen Elend und von dort zum Kollektivismus, oder, anders ausgedrückt: Ein rücksichtsloser Laissez-fair-Liberalismus zerstört die Gesellschaft, und eine zerstörte Gesellschaft sucht das Heil in totalitären Systemen«, so faßte der Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Röpcke 1946 zusammen, was im Westen bald herrschende Meinung werden sollte.³ Erfolg konnte man nur haben, wenn man beide Extreme vermied. Das Erfolgsrezept hieß: Soziale Marktwirtschaft. Der Begriff stammte von einem anderen Theoretiker des neuen Weges, Alfred Müller-Armack. Sein 1946 geschriebenes Buch »Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft« wurde zum Standardwerk.

Der Mann, der Röpckes und Müller-Armacks Reformvorstellungen »mit Einsicht und Fortune«, wie sein Biograph schreibt, in die Tat umsetzte, hieß: Ludwig Erhard. Er nutzte die Währungsreform vom Juni 1948, um daraus eine Wirtschaftsreform zu machen.⁴

In (Ost) Berlin begann man fast zur gleichen Zeit, die Planwirtschaft umzusetzen: Halbjahrplan, Zweijahrplan. Der nannte sich

Jörg Roesler – Jg. 1940,
Prof. Dr., Berlin.
Studium der Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin;
Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte der DDR und der osteuropäischen Länder.

Der Berliner Verein zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur »Helle Panke« führte am 13. und 14. März 1999 eine Tagung durch, die sich mit der Geschichte der deutschen Zweistaatlichkeit zwischen 1949 und 1990 beschäftigte.

»Deutscher Zweijahrplan« im Unterschied zum »Marshallplan«: »Gegenüber den Kolonialmethoden des Marshall-Planes hat der Deutsche Volksrat den Kampf um den deutschen Plan proklamiert«, verkündete Walter Ulbricht im Frühjahr 1948.⁵

Das Attribut zum Zweijahrplan verrät es: Man schaute im Osten auf die Konkurrenz im Westen. Fritz Selbmann warf ihr den Fehdehandschuh hin. »Wir werden bis zur letzten Maschine, bis zur letzten Produktionseinheit der volkseigenen Industrie durchplanen, und dann werden wir sehen, wer ist stärker: die geplante volkseigene Industrie oder die nichtgeplante freie Marktwirtschaft. Denn der Kampf zwischen freier Marktwirtschaft und geplanter volkseigener Industrie wird sich in der Praxis vollziehen.« Wie der Kampf ausgehen würde, daran gab es für Selbmann keinen Zweifel: »Natürlich ist die geplante Wirtschaft stärker, natürlich werden die Dinge dort, wo sie der Mensch mit seiner Vernunft anpackt, besser vorwärtskommen.«⁶

Schaute man im Westen auf das Wirtschaftsexperiment des anderen? Für Erhard war jede Art »Kollektivismus« ein Greuel, aber kein Gegenüber, mit dem man sich auseinandersetzen mußte, keine Konkurrenz.

Der Start verlief gut – in beiden Ländern. Obwohl das nicht hätte sein dürfen, denn eigentlich konnte nur eine die richtige Wirtschaftsart sein: die Planwirtschaft oder ihr Gegenteil, die Marktwirtschaft. Der Start verlief allerdings nicht so gut, wie man es sich erträumt hatte. Hüben wie drüben. So wurde auf dem Papier ein wenig nachgebessert. Auf beiden Seiten. Im Westen unterschlug man, daß die Wirtschaft von Trizonien sich bereits vor Erhards ordnungspolitischem Glockenschlag vom Juni 1948 in Bewegung gesetzt hatte. Mitte der siebziger Jahre deckte dies ein Wirtschaftshistoriker aus Bochum auf. »Nicht 1948, das Jahr der Währungsreform, der Liberalisierung des inneren Marktes und des Marshallplans, sondern das Jahr 1947,... das Jahr, in dem sich die Lücken der geschwächten Infrastruktur wieder schlossen und die Hörungslager füllten, ist das wirtschaftliche Gründungsjahr der Bundesrepublik Deutschland«, stellte Werner Abelshausen fest.⁷ Es setzte Wirtschaftshistorikerschelte. In der »Zunft« hatte der Mann einen schweren Stand. Er hatte eine heilige Kuh geschlachtet. Denn, wenn der Aufschwung im Westen schon 1947 begann, bevor die soziale Marktwirtschaft geboren wurde, dann konnten weder sie noch der Marshallplan hauptverantwortlich für das Wirtschaftswunder sein. Die öffentliche Meinung umzukrempeln gelang Abelshausen damals nicht. Noch 1990 glaubten die meisten Politiker und manche Wissenschaftler in der Bundesrepublik, daß man im Osten nur die soziale Marktwirtschaft einzuführen brauche, damit sich das Wirtschaftswunder wiederhole.

Die Ergebnisse des Zweijahrplanes im Osten waren umso beachtlicher, als in einem ganz anderen Ausmaße als im Westen Reparationen geleistet wurden. Die wirtschaftlichen Folgen der Spaltung waren hier stärker zu spüren. Auch erfolgte keine Teilfinanzierung des Starts von außen. Kein Wunder also, wenn die Zuwachsraten der Industrieproduktion in der SBZ/DDR Ende der vierziger Jahre hinter der der Bundesrepublik zurückblieben. 1950 erreichte die Industrie 75 Prozent des Niveaus von 1936. In der Bundesrepublik

Wir betrachten die Forderung nach Planung der Wirtschaftsvorgänge als nichts anders als die Forderung, vernünftig zu wirtschaften. Jede Wirtschaft, die nicht geplant wird, unter den heutigen Umständen, ist ein Zurückfallen in das Spiel der privaten Interessen, von Egoismus der einzelnen und einzelner Gruppen, bedeutet Fehlleitung großer wirtschaftlicher Werte und bedeutet Verlust wirtschaftlichen Kapitals. Vortrag, gehalten während der Leipziger Frühjahrsmesse 1947, in: Fritz Selbmann, Reden und Tagebuchblätter 1933-1947, Dresden 1947, S. 110 f.

An Stelle einer Wirtschaftsplanning soll für Westdeutschland der Marshall-Plan treten, dessen Ziel es nicht ist, die demokratische Wirtschaft zu fördern, sondern an ihre Stelle die »freie Unternehmerinitiative« zu setzen, d.h. den alten, chaotischen Zustand wiederherzustellen. Einer Meisterung der Wirtschaftsgesetze, die wir erstreben, wird von deutscher und ausländischer Seite das alte antagonistische Spiel der Kräfte entgegengesetzt.

Bruno Leuschner: Wirtschaft und Planung, Neues Deutschland v. 2. 3. 1948.

Planwirtschaft ist das Gegenteil der kapitalistischen Marktwirtschaft... Planwirtschaft ist nur denkbar als sozialistische Bedarfswirtschaft..., wo die Produktion von oben bis unten, von vorn bis hinten durch Pläne geregelt wird, wo jeder Wirtschaftsvorgang, Rohstoffbeschaffung, Transport, Verarbeitung im Betrieb, Absatzregelung durch Pläne vorher bestimmt wird.

Vortrag aus dem Jahre 1948, gehalten an der Technischen Hochschule Dresden, in: Fritz Selbmann: Demokratische Wirtschaft, Dresden 1948, S. 96.

»Erhard beabsichtigte eine Wirtschaftsordnung zu etablieren, die »die Leistung messen und vergleichen konnte, die Leistungssteigerung an die Spitze stellte und die nicht mehr dem direkten Druck des staatlichen Interventionismus ausgesetzt war. Die Währungsreform bildete für ihn einen dynamischen Prozeß, an dessen Ende eine freie, marktwirtschaftliche Ordnung stand.«

Gerold Ambrosius: Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945-1949, Stuttgart 1979, S. 160.

waren es aber im gleichen Jahr 110 Prozent. Verkündet wurden am Ende des Zweijährplanes für die DDR-Industrie 111 Prozent. Man hatte nur »ein wenig« geschummelt und an Stelle des realen den nominalen Produktionsanstieg gemeldet, also die Preissteigerungen auch für Produktionssteigerungen ausgegeben. Diese Katze aus dem Sack ließ eine Statistikerin im Jahre 1953, das auch das Jahr des neuen Kurses, also einer gewissen Liberalisierung war.⁸ Trotzdem, es war eine Unmöglichkeit, den »frommen Betrug« von 1950 zuzugeben. Dann hätte die Marktwirtschaft mehr gekonnt als die Planwirtschaft. Die unsichtbare Hand besser als der Mensch mit seiner Vernunft? Das konnte nicht sein. Um die Aussage der Margarete Schmidt legte sich ein Wall des Schweigens. Der schien um so gerechtfertigter, als die Industrie der DDR tatsächlich in den fünfziger Jahren hohe reale Zuwachsraten erreichte – wenn auch nicht so hohe wie die der Bundesrepublik.

Dort war Ludwig Erhard Chef des damals noch mächtigen Wirtschaftsministeriums. Er wurde einer der beliebtesten Politiker der Bundesrepublik. Eine »Wahlkampflokomotive« für die in wechselnden Koalitionen regierende CDU. Im Herbst 1952 machte er Müller-Armack zum Leiter der wirtschaftspolitischen Grundsatzabteilung im Wirtschaftsministerium. Müller-Armack verband mit Erhard eine weitgehende Gemeinsamkeit der wirtschaftspolitischen Grundsätze. In nicht unwichtigen Details gab es jedoch Differenzen. Erhard war mehr liberaler als sozialer Marktwirtschaftler, kein Mann der CDU-Sozialausschüsse, sondern mehr des Wirtschaftsflügels. Müller-Armack dachte hingegen auch in den Kategorien der katholischen Soziallehre. Die Differenzen führten nach sechs Jahren, 1958, zum Ausscheiden Müller-Armacks aus dem Amt.⁹

Der Mann, der meinte, die richtige Erklärung für den überraschend guten Start Deutschlands in die Nachkriegswirtschaft gefunden zu haben, der behauptete, eine Antwort auf die lange Phase hoher Wachstumsraten während der fünfziger Jahre sowohl in der DDR wie in der Bundesrepublik zu haben, war ein Ungar. Nach Ferenc Janossy, dessen Hauptwerk »Am Ende der Wirtschaftswunder« 1966 in Budapest erschien, waren die guten Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung in allen kriegszerstörten Ländern darauf zurückzuführen, daß genügend ausgebildete Arbeitskräfte vorhanden waren, um selbst bei mäßigen Investitionen einen hohen Produktionszuwachs zu erzielen. Aus dieser Konstellation, hätten u.a. auch die beiden deutschen Staaten viel von ihrer Wirtschaftskraft geschöpft. Janossys These – jenseits von Plan und Markt angesiedelt – fand damals in Europa weite Verbreitung. Sie hatte auf jeden Fall einen Vorteil: Sie konnte erklären, warum die Volkswirtschaften beider deutscher Staaten, verglichen mit der deutschen Volkswirtschaft der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, in den fünfziger Jahren boomten.

Folgt man der Konzeption Janossys, dann waren es bis 1961 mehr als andere Faktoren »republikflüchtige« Facharbeiter und Intelligenzler, die bewirkten, daß die DDR-Wirtschaft in der Pro-Kopf-Leistung hinter der der Bundesrepublik zurückblieb. Ob nun dieser Grund oder die Reparationsfolgen, ob die Planwirtschaft oder der durch Wirtschaftskrieg bzw. unzureichendes wirtschaftliches Niveau der RGW-Länder beeinträchtigte Außenhandel der

DDR die Hauptursachen für das wirtschaftliche Zurückbleiben der DDR gegenüber der Bundesrepublik bildeten: Seit Mitte der fünfziger Jahre waren sich Ulbricht und sein Wirtschaftsberater Berger einig, daß die Planwirtschaft sowjetischen Stils nicht das Zugpferd war, das die DDR-Wirtschaft gegenüber der Bundesrepublik auf Überholkurs bringen würde. Wirtschaftliche Reformen wurden in dieser Zeit andiskutiert und auch ein wenig probiert. Behrens und Benary standen für eine Reformierung des bisherigen Wirtschaftssystems mit zuviel Staat und damit Bürokratie. Wichtiger werden sollten die Kritiker der zweiten Reihe wie zum Beispiel Herbert Wolf.

Die Reformdiskussion wurde auf Geheiß Ulbrichts, der sie aus politischen Gründen fürchtete, abgebrochen. Die Teilreformen stampte man ein, weil man sie für den – ebenfalls politisch motivierten – großen Sprung nach vorn zum Produktions- und Verbrauchsniveau der Bundesrepublik nicht gebrauchen konnte. Schon allein durch die überzogenen Zielstellungen mußte die DDR-Wirtschaft mit dem alten Lenkungssystem in eine Existenzkrise schlittern, die dann durch den Mauerbau im August 1961 zwar nicht wirtschaftlich lösbar wurde, aber politisch eingedämmt werden konnte.¹⁰ Wirtschaftlich mußte ein Weg aus der Krise noch gefunden werden. Aber wie? Die Mehrheit im Politbüro machte es sich einfach: Jetzt könne von außen nicht mehr gestört oder abgeworben werden, jetzt könne man darauf dringen, daß mehr gearbeitet und weniger verbraucht würde: durch Disziplin und Maßhalten den Plan erfüllen! Was eine Expertengruppe, die von Willi Stoph 1962 eingesetzt war, an »Vervollkommnung des Wirtschaftsmechanismus« ausarbeitete, war zwar etwas mehr, aber bestenfalls die »kleine Lösung« für das Wirtschaftsproblem der DDR.

Ulbricht und Berger waren für die große Lösung. Sie wußten um die Erschöpfung der extensiven Wachstumsreserven, die allein schon eine Rückkehr zu den hohen Zuwachsraten der fünfziger Jahre unmöglich machten, um die Notwendigkeit strukturellen Wandels und wissenschaftlich-technischen Aufstiegs. Bewußt knüpften sie an ihre Reformvorstellungen von 1954-57 wieder an, suchten sich Nachwuchsteile zusammen, scheuten sich nicht, »Revisionisten« einzubeziehen, wie Herbert Wolf, der vom VEB Bodenbearbeitungsgeräte Leipzig nach Berlin zurückgeholt wurde. Er berichtete später: »Im Jahre 1962 arbeitete eine »Reformgruppe« unter Stoph und wurden schon sogenannte »Experimente« in einigen ...VVB eingeleitet. Aber parallel zu diesen mehr auf Kosmetik zielenden Aktivitäten wurde zur Vorbereitung des VI. Parteitages der SED (Januar 1963) sowie zum Ausbau dieser Experimente durch eine kleine Gruppe, organisiert vom persönlichen Stab Ulbrichts und einigen engen Mitarbeitern von Apel und Mittag, das Konzept der Reform erarbeitet.«¹¹ Die Reformkonzeption entstand und die Reformgruppe arbeitete also am Rande der offiziellen Parteistrukturen. Aber zustimmen mußte das Politbüro. Die damals noch nicht so alten sowjetreuen Genossen hatte Ulbricht vor Augen, als er im Herbst 1962 die Liberman-Diskussion aus der Sowjetunion in der DDR breit publizieren ließ, damit klar wurde: Was demnächst an Wirtschaftsreform kommen sollte, kam vom

»Wir haben, wenn ich es glatt herausagen darf, gar keine Wirtschaftspolitik der CDU, sondern die Wirtschaftspolitik von Pro. Erhard gemacht und von der CDU her haben wir sie sanktioniert.«

Der CDU-Politiker Franz Etzel im Februar 1949, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands, Bonn 1975, S. 861.

»Ein Widerspruch zwischen der staatlichen Leitung der Wirtschaft und den ökonomischen Notwendigkeiten muß letztlich immer darin zum Ausdruck kommen, daß der Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit nicht die geplante und mögliche Höhe erreicht... Auch in der Wirtschaft unserer Republik gibt es Anzeichen für einen solchen Widerspruch...« Fritz Behrens: Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft, 1957, S. 118.

»Nachdem eine solche Staatsgrenze gegenüber der BRD geschaffen worden war, begann in der DDR eine intensive geistige Tätigkeit, an der aber nicht alle führenden Kräfte teilnahmen...

Übrigens gab es vor dieser wichtigen Entscheidung keine Rückfrage oder Rückversicherung in Moskau.

Ulbrichts Wirtschaftsberater über die Vorbereitung der Wirtschaftsreform.«

Wolfgang Berger: Zu den Hauptursachen des Untergangs der DDR, Weißenseer Blätter 4/1992, S. 31.

»In den ersten Beratungen der Arbeitsgruppe gab es eine gewisse Unsicherheit darüber, in welchem Stil sie an die Lösung der Aufgaben herangehen sollte. Es gab etliche Überlegungen, die für eine »kleine« Lösung sprachen, das heißt für eine Reihe einzelner, isolierter Maßnahmen, die dieses oder jenes in der Wirtschaftspraxis ändern oder bessern sollten. Nachdem aber in einer Aussprache mit Vertretern des Zentralkomitees gewissermaßen grünes Licht für eine radikale umfassende und komplexe Lösung der Probleme gegeben wurde, machte sich die Gruppe mit Feuereifer ans Werk.«

Über die Arbeit der in der Gewerkschaftshochschule in Bernau arbeitende Reformgruppe im ersten Halbjahr 1963. Wolfgang Berger/Otto Reinhold: Zu den wissenschaftlichen Grundlagen des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung, Berlin 1966, S. 25.

großen Bruder. Gleichzeitig schoß er gegen diejenigen, die es bei Disziplin und Maßhalten bewenden lassen wollten und die Anhänger der »kleinen Lösung« – »Hier und da wird ja behauptet«, so Ulbricht auf der 17. Tagung des ZK der SED im November 1962, die parallel zum Novemberplenium des ZK der KPdSU stattfand, auf der auch Libermans Vorschläge zur Debatte standen, »seit dem 13. August 1961 ist alles in Ordnung. Die Pläne wurden gut erfüllt. Es gibt Anlaß zur Zufriedenheit. ... Es herrscht mehr Ordnung in der Wirtschaft...Aber insgesamt gesehen sind das aber erste Anfänge.« In der Sowjetunion fordere man mehr: Etwas doppeldeutig fuhr Ulbricht dann fort: »Unsere Wirtschaftswissenschaftler und Planer sollten diese Diskussion sorgfältig verfolgen und auswerten....«¹²

Was Liberman schrieb, darüber dachte die Reformgruppe schon monatelang nach. Verborgen geblieben war das den Konservativen im Politbüro natürlich nicht. Alfred Neumann, damals Chef des Volkswirtschaftsrat genannten Superwirtschaftsministeriums, der in Neuerungen in der Wirtschaftslenkung vor allem eine Gefahr für die jährliche Planerfüllung sah, sagte später zu seiner Sicht auf 1962: »Ich wußte, daß es Gruppen gibt, daß auch Walter Ulbricht seine Gruppe hatte, auch wen er für Ratschläge heranzog. Dazu gehörten Mittag, Apel, Wolf und Berger. Was die da für Quatsch sich ausgedacht haben, erfuhr ich ziemlich schnell.«¹³ Nahm es aber, wie viele seiner Politbürokollegen nicht ernst; auch als das Reformkonzept auf dem VI. Parteitag im Januar – noch nicht durch konkrete Reformziele untersetzt – verkündet wurde. Diese, »Richtlinie für das neue ökonomische System der Leitung und Planung der Volkswirtschaft« genannt, lagen im Juni 1963 vor und waren durch den Parteitag gewissermaßen im voraus abgesehnet. Nun wurde die »große Lösung« ernst. »Alle müssen begreifen«, hieß es darin, »daß man die Wirtschaft nicht im Verwaltungsstil, sondern in ökonomischer Art und Weise führen muß.«¹⁴ (Richtlinie:11) Weg von dem Übermaß an Staatsintervention, hieß das. Mehr Eigenverantwortung für die Betriebe. Weniger Staat? Mehr Markt? Ulbricht formulierte das Verhältnis Plan-Markt auf dem VII. Parteitag so: »Die (im Plan zum Ausdruck kommenden) gesellschaftlichen Erfordernisse sind grundlegender und umfassender als die Markterfordernisse. Aber wer den Markterfordernissen nicht genügt, kann auch den gesellschaftlichen Erfordernissen nicht entsprechen.«¹⁵

Ein Zurück hinter die Erkenntnisse der »Richtlinie« vom Sommer 1963 sollte es nach dem Willen der Reformen nicht mehr geben. Erich Apel, inzwischen Chef der Staatlichen Plankommission und der Star der Wirtschaftskonferenz stellte abschließend eindeutig klar: »In Vorbereitung der Konferenz und während der Konferenz war genügend Gelegenheit gegeben, darzulegen, warum der eine oder andere »kleine« oder »große« Wirtschaftsfunktionär mit dieser oder jener neuen Festlegung nicht einverstanden ist. Jetzt, nach der Konferenz, kann es kein »Wenn« und »Aber« zu den ausdiskutierten Grundfragen mehr geben.«¹⁶

Das NÖS oder NÖSPL, wie die Reform von den einen liebevoll, von den anderen verächtlich genannt wurde, gab in der Folgezeit, was man von ihm erwartet hatte: wirtschaftliche Stabilität, ein relativ hohes Niveau der Zuwachsraten von Arbeitsproduktivität

und Produktion. Eines ermöglichte es jedoch auch nicht: das Einholen oder Überholen der Wirtschaft der Bundesrepublik.¹⁷ Dort dauerte die Nachkriegskonjunktur länger als in der DDR. Die Industrieproduktion wuchs zwischen 1950 und 1960 um außerordentliche 150 Prozent. Seit den späten fünfziger Jahren herrschte Vollbeschäftigung, 1960 Arbeitskräftemangel. Doch allmählich erschöpften sich die vorrangig extensiven Aufschwungkräfte. Mitte der sechziger Jahre kündigten sich wirtschaftliche Probleme an. Um mit Abelshäuser zu sprechen: Das Ende der langen fünfziger Jahre war gekommen. Ab 1965 hatten sich alle guten Geister, die andert-halb Jahrzehnte lang das Wirtschaftswunder ermöglicht hatten, bereits gegen das Wirtschaftswachstum verbündet. Doch das Wahlvolk dankte der CDU noch einmal für den errungenen Wohlstand und erlaubte ihr ein fünftes Mal hintereinander die Regierung zu bilden. Im Oktober 1965 wurde das zweite Kabinett Erhard vereidigt.

Als nach »überhitzter Konjunktur« die Bundesbank stabilitätspolitische Maßnahmen gegen die Inflation ergriff, drückte dies erstmals ernsthaft die Konjunktur, führte zur Arbeitslosigkeit, insbesondere im neuerdings strukturschwachen Steinkohlebergbau. Eine höhere Inflations- und eine niedrigere Wachstumsrate hatte es in der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Doch der Kanzler neigte bis weit ins Jahr 1966 hinein dazu, mit Maßhalteappellen gegen zu hohe Tarifabschlüsse vorzugehen und gleichzeitig zu beteuern, daß die Konjunktur weiterhin gut sei und keinen Anlaß zur Besorgnis gebe. Und als er dieser Feststellung selbst nicht mehr recht vertrauen konnte, entschied er sich fast bedenkenlos für Stabilität auf Kosten von Beschäftigung und Wachstum. Das klang dann so: »Wenn das deutsche Volk nicht hören kann, muß es eben fühlen!«¹⁸

Erhards lange Sorg- und spätere Konzeptlosigkeit riefen bei einigen Politikern der CDU/CSU Besorgnis hervor. Zunächst versuchte man es mit Erhard auf gütlichem Wege. Strauß und Barzel schickten an ihn »streng vertraulich« mehrere mahnende Briefe. Die Bundesrepublik habe es derzeit mit einem Stabilitäts- und mit einem Wachstumsproblem zu tun. Die Zeit des technisch-industriellen »catching up« und Überflusses an Arbeitskräften – des extensiven Wirtschaftswachstums also – sei vorbei und komme auch nicht wieder. Die deutsche Wirtschaft könne künftig nur noch »aus sich heraus« wachsen. Dazu müsse sie kräftig investieren, das tue aber niemand gern bei restriktiver Geldpolitik und nachlassendem Wachstum.

Erhard hielt die Lagebeurteilung für falsch und die wirtschaftspolitischen Folgerungen deshalb für verfehlt. Außerdem glaubte er in beiden Briefen die Handschrift seines früheren Staatssekretärs Müller-Armack zu erkennen. Den bat die CDU-Fraktionsführung im Sommer 1966, als das Wirtschaftswachstum sich weiter abschwächte, seine Überlegungen zum Problem einmal aufzuschreiben. Dabei entstand ein zwanzigseitiges Exposé über »die konjunkturelle Lage, das Stabilisierungsgesetz und die nächsten wirtschaftspolitischen Aufgaben.« Darin wurde gefordert, nicht einfach weiterzumachen mit einer »Wirtschaftspolitik der Beteuerungen«. Die Regierung müsse endlich handeln. Es bedürfe der »intelligenten Intervention« des Staates. Erhard hatte Ende September Müller-Armacks Aufforderung an die Marktwirtschaft erhalten, rea-

»Nicht wenige Genossen standen im Bannkreis alter, administrativer Wirtschaftsmethoden und des Ressortgeistes. Deswegen haben sie sich abgequält und kamen vielfach zu der Auffassung, daß auf dem Parteitag zwar eine neue Formulierung – nämlich neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft – angenommen wurde, aber eigentlich alles beim alten blieb.«

Walter Ulbricht: Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Praxis, Berlin 1963, S. 18.

»Wo immer er hinkam, empfangen ihn Spruchbänder und Plakate mit abweisenden Parolen: »Maßhalten, dann Maulhalten, dann Durchhalten.« Erhard auf Wahlkampftour in Nordrhein-Westfalen im Frühsommer 1966, in: Volker Hentschel: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996.

»Die Politik des guten Zurendens und der homöopathischen Mittel aus der Bonner Apotheke haben sich als unzureichend erwiesen. Wenn es so nicht weitergehen soll, muß die Bundesregierung mit einem Instrumentarium ausgerüstet werden, das ihr in Zukunft eine wirksame Konjunkturpolitik erlaubt.«
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.6.1966.

gierte jedoch nicht. Die Wirtschaft komme von selbst in Ordnung, ließ er Anfang Oktober verlauten, »Über das gröbste sind wir schon hinweg.«¹⁹ Das nahm die SPD zum Anlaß, Erhards Rücktritt zu fordern. In der FDP begann man über die Möglichkeit einer Koalition mit der SPD zu sprechen. Im Parteivorstand der CDU schrillten daraufhin die Alarmglocken. Ein Intrigenspiel begann, um Erhard zum Rücktritt zu veranlassen. Ende Oktober traten die FDP-Minister zurück. Am 9. November forderte der Bundestag den Kanzler mit knapper Mehrheit auf, die Vertrauensfrage zu stellen. Erhard weigerte sich zunächst. Formal war er im Recht. Am 10. November trat er dann doch entnervt zurück.²⁰

Die CDU-Führung begann mit der SPD auf der Grundlage eines Sachprogramms zu verhandeln, in dem gefordert wurde »Das Wirtschaftsprogramm der zukünftigen Bundesregierung müsse dem Rückgang der Investitionen und des Wachstums entgegenwirken«. Am 26. November führten die Verhandlungen mit der SPD zur Einigung auf eine große Koalition. Auf der Grundlage des Sachprogramms für Koalitionsgespräche entstand das Konzept der Globalsteuerung. Konjunkturelle Bewegung solle durch eine antizyklische Politik des Staates auf ein ausgewogenes Maß reduziert, Arbeitslosigkeit in Grenzen gehalten werden. Die sozialen Auswirkungen industriestruktureller Wandlungen waren vom Staat abzufedern. Strauß und Schiller waren es, die in der Folgezeit, mit großem Erfolg bis 1970, die aus dem Konzept der Globalsteuerung abgeleitete »aufgeklärte Marktwirtschaft« betrieben²¹.

Vergleichen wir den Weg der beiden deutschen Staaten vom selbstsicheren Start mit einem neuen Wirtschaftskonzept bis hin zur Einleitung von Maßnahmen zu dessen Reformierung, fragen wir nach der Reformfähigkeit beider deutscher Staaten in den ersten zwei Jahrzehnten ihrer Existenz, dann läßt sich feststellen:

Erstens: In beiden Staaten hat man sich bemüht, Lehren aus dem wirtschaftlichen Desaster Deutschlands in der Zeit zwischen 1914 und 1945 zu ziehen. Die Schlußfolgerung hieß Planwirtschaft auf der einen und soziale Marktwirtschaft auf der anderen Seite. Man folgte nicht nur eigenen Erkenntnissen, sondern ließ sich – klugerweise möchte man sagen – auch vom Wirtschaftssystem der jeweiligen Besatzungsmacht inspirieren.

Zweitens: In beiden Fällen entsprach die wirtschaftliche Wirklichkeit doch nicht ganz den Erwartungen. Man half auf dem Papier ein wenig nach, damit die Planwirtschaft (im Osten) bzw. die Marktwirtschaft (im Westen) zum Mythos des Erfolgs werden konnte.

Drittens: Was auch immer, vor allem: in welcher Gewichtung, die Ursachen für den doppelten – im Osten allerdings bescheideneren – Wirtschaftsaufschwung waren: Am Ende der fünfziger Jahre (DDR) bzw. der langen fünfziger Jahre (BRD) schieden sich die Geister an der Spitze der beiden Staaten in Konservative und Reforme. Die Reforme erkannten, daß die günstigen Zeiten für extensives wirtschaftliches Wachstum ein- für allemal vorbei waren und man ein neues, vom bisherigen deutlich abweichendes Wirtschaftskonzept benötigte, um Stabilität und Wachstum auch in einer zunehmend vom wissenschaftlich-technischen Strukturwandel determinierten Zukunft zu sichern.

»Wir müssen der Illusion entsagen, daß die Marktwirtschaft ohne eine entsprechend marktwirtschaftlich orientierte, aktive Wirtschaftspolitik alles von selbst zurechtrückt. Soziale Marktwirtschaft, wenn sie richtig verstanden wird, sieht in der Wettbewerbswirtschaft nicht einen Vollautomatismus, der keiner Bedienung bedarf, sondern... einen Halbautomaten, der wirtschaftspolitische Steuerung voraussetzt.«
Alfred Müller-Armack im Gutachten für die CDU Fraktionsführung vom September 1966. Zitiert in: V. Hentschel, S. 625.

Viertens: Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Reformer im Osten zielten – vereinfacht gesagt – auf weniger staatliche Einmischung (im mikroökonomischen Bereich), im Westen auf mehr staatliche Einmischung (im makroökonomischen Bereich). Die Gründungsmythen blieben jedoch nach außen hin unangetastet. Es wurde weiterhin von sozialistischer Planwirtschaft und sozialer Marktwirtschaft gesprochen (eine gewisse Selbstregulierung im Rahmen des Planes, aufgeklärte Marktwirtschaft).

Fünftens: Die Reformbestrebungen konnten sich relativ rasch – in ein- bis anderthalb Jahren – durchsetzen, falls man für die DDR die Unmöglichkeit einer Reform bei offener Grenze akzeptiert.

Sechstens: Die Reformkräfte umgingen bei der Einführung der Reform die für die Einleitung eines grundlegenden (Wirtschafts-) Politikwechsels vorgeschriebenen Instanzen des jeweiligen politischen Systems. Weder wurde Erhard als Repräsentant der liberalen Variante der sozialen Marktwirtschaft abgewählt noch wurde das NÖS-Konzept auf der Grundlage von diesbezüglichen Politbürobeschlüssen vorbereitet. Dafür gab es jeweils gute Gründe: die geforderte schnelle Abhilfe (BRD) bzw. die antireformistische Mehrheit (DDR). Statt dessen spielten Intrigen und Übertölpelung eine wesentliche Rolle bei der Erreichung einer regierungsfähigen Mehrheit für das Reformprogramm.

Siebtens: Die Reformziele konnten kurz- bzw. mittelfristig weitgehend realisiert werden. Langfristig wirksam waren sie aus unterschiedlichen Gründen jedoch weder in der DDR noch in der BRD, woraus auch der Verriß des NÖS bzw. der Globalsteuerung durch die wirtschaftspolitisch anders ausgerichteten Nachfolgeregierungen – unter Honecker bzw. Kohl resultierte.

»Im Spätsommer 1966 kam es zu einer nächtlichen Zusammenkunft im Bundeskanzleramt... Ich zog mir schwerste Vorwürfe zu, weil ich – zunächst nachdrücklich für Erhard, dann immer weniger und zum Schluß gegen ihn – mit dem Bundeskanzler in eine harte Kontroverse geraten war wegen seines Regierungsstils, den ich für völlig unzulänglich hielt.«
Franz-Josef Strauß:
Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 430.

In wirtschaftspolitischen Dilemmata sind Wirtschaftswundermänner gefordert. Aber es gibt keine Wirtschaftswundermänner. Es gibt nur Männer, die unter bestimmten Umständen aus Einsicht und mit Fortune das Richtige tun. So ein Mann war Ludwig Erhard 1948 gewesen. Er versagte 1966 nicht. Er führte nur vor, daß er ein Wirtschaftspolitiker normalen Zuschnitts war, dem unter anderen Umständen die Einsicht versagt war und das Glück fehlte. Volker Hentschel: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996, S. 615 f.

Soziale Marktwirtschaft ging in Westdeutschland erst in den sechziger Jahren jene Verbindung von neoliberaler Wirtschafts- und staatlicher Sozialpolitik ein, für die sie seitdem beispielhaft steht. Werner Abelshäuser: Strukturprobleme der sozialen Marktwirtschaft, in: Ludwig Erhard und seine Politik, Berlin 1997, S. 80.

- 1 Fritz Selbmann: Planwirtschaft oder Wirtschaftsplanung, in: ders.: Demokratische Wirtschaft, Dresden 1948, S. 78 ff.
- 2 Protokoll über die Sitzung des Erweiterten Parteivorstandes der CDU am 3. Dezember 1948, zitiert in: Erwin Krubke, Wirtschaftspolitik zwischen Gestern und Morgen, Berlin 1977, S. 71.
- 3 Wilhelm Röpcke: Die Lehre von der Wirtschaft, Erlenbach-Zürich 1946, S. 288.
- 4 Volker Hentschel: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996, S. 60 ff.
- 5 Walter Ulbricht: Planmäßige Wirtschaft sichert die Zukunft des deutschen Volkes, in: Der Deutsche Zweijahresplan für 1949-50, S. 11.
- 6 Fritz Selbmann 1948, S. 109.
- 7 Werner Abelshäuser: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik (1945-1980), Frankfurt/Main 1983, S. 10.
- 8 Margarete Schmidt: Probleme bei der Ermittlung der industriellen Bruttoproduktion, Berlin 1953, S. 87.
- 9 Karl-Georg Zinn: Soziale Marktwirtschaft, Mannheim 1992, S. 48.
- 10 Vgl. Jörg Roesler: Wende in der Wirtschaftsstrategie, Krisensituation und Krisenmanagement 1960-62, in: Jochen Czerny (Hrsg.): Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig 1990, S. 171 ff.
- 11 Herbert Wolf: Hatte die DDR je eine Chance? Hamburg 1991, S. 25 f.
- 12 Walter Ulbricht: Zum ökonomischen System des Sozialismus in der DDR, Bd. 1, Berlin 1969, S. 26 f., 43.
- 13 Siegfried Prokop im Gespräch mit Alfred Neumann: Poltergeist im Politbüro, Frankfurt/Oder 1996, S. 182.
- 14 Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin 1965, S. 11.
- 15 Walter Ulbricht: Zum ökonomischen System des Sozialismus, Bd. 2, Berlin 1969, S. 263.
- 16 Walter Ulbricht: Das neue ökonomische System der Planung und Leitung in der Praxis, Berlin 1963, S. 263.
- 17 Vgl. Jörg Roesler: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963 – 1970 in der DDR, Freiburg/Br. 1990, S. 156 ff.
- 18 Zitiert in: V. Hentschel 1996, S. 616.
- 19 Zitiert in: Ebenda, S. 628.
- 20 V. Hentschel 1996, S. 643 ff.
- 21 Vgl. K.-G. Zinn 1992, S. 83 ff.

STEFAN BOLLINGER

DDR 1989/1990 – vom Aufbruch zum Anschluß

Das umstrittene Ende, das ein Anfang sein sollte

Das kürzeste, das 41. Jahr der DDR war nicht nur das Jahr des Untergangs eines Staates, sondern barg zunächst die begründete Hoffnung auf eine andere DDR: Auf einen Staat, dem nicht mehr die Menschen wegliefen, der endlich mit den sozialistischen Idealen Ernst machte, um derentwillen er 40 Jahre zuvor auch – sicher nicht zuvörderst – gegründet wurde.

Die Fakten liegen weitgehend offen auf dem Tisch der Geschichte:¹ Der wenig ruhmvolle Untergang eines Staates, der ursprünglich als Alternative zu seinen Vorgängern und seinem westlichen alter ego angetreten war. Wohl zu keinem anderen Abschnitt der Geschichte sind soviel Akten des betroffenen Landes zugänglich,² auch wichtige, obzwar nicht alle Dossiers anderer beteiligter Staaten,³ haben soviel Zeitzeugen ihre eigene Sichtweise zu Papier gebracht.⁴ Das schließt natürlich nicht aus, daß die Geheimgeschichte dieses Umbruchs, die Aktivität der diversen Nachrichtendienste ebensowenig entschlüsselt ist wie das Wirken und die Steuerung der letztlich entscheidenden Massenmedien.

Viele machen es sich einfach mit diesem letzten, 41. Jahr der DDR: Für den herrschenden Zeitgeist ist es Episode eines unumgänglichen Weges in die deutsche Einheit und des Abschieds von allem Sozialismus.⁵ Dagegen rühmen nur wenige diese Zeit als Chance, in der die DDR hätte zu ihren Wurzeln und Idealen zurückkehren – genauer sie erstmals auffinden können – zu einer Gesellschaft, in der die Macht durch das Volk und für das Volk ausgeübt werden sollte, in der Demokratie und materielle Wohlfahrt auf dem Stand der zivilisatorischen Entwicklung sich befinden mochte.⁶ Nichtsdestotrotz gibt es eine Fülle Literatur sowohl zu demokratischer Revolution,⁷ Bürgerbewegungen,⁸ aber auch schnelllem »nationalem Ausweg«.⁹

Wer dieses Thema behandelt, setzt sich schnell zwischen mehreren Stühle. Wenn er nicht den Zeitgeist konservativen Zuschnitts mit antikommunistischen und antisozialistischen Vorzeichen bedienen will und kann, dann muß er auf den systemimmanenten Ansatz des Aufbruchs 1989 verweisen: Auf die zunächst auf die Erneuerung des Sozialismus ausgerichtete Volksbewegung, der ein bescheidener intellektueller Vorlauf voranging. Nicht die deutsche Einheit und erst recht nicht die unter konservativ-neoliberalen Vorzeichen bewegte die damals handelnden Akteure in den Diskussionszirkeln und auf den Straßen der DDR. Es ging um eine Revolution, die

Stefan Bollinger – Jg.1954, Dr. sc.phil., Politikwissenschaftler, Berlin.

Der Berliner Verein zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur »Helle Panke« führte am 13. und 14. März 1999 eine Tagung durch, die sich mit der Geschichte der deutschen Zweistaatlichkeit zwischen 1949 und 1990 beschäftigte.

1 Siehe zum Thema meine umfassende Monographie: Stefan Bollinger: 1989 – eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR? Schriftenreihe des Gesellschaftswissenschaftlichen Forums e.V.: Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart, Bd. 17, Berlin 1999 (im weiteren: Abgebrochene Revolution).

2 Hier sind einige besonders ergiebige Dokumentensammlungen zu nennen:

den Sozialismus in der DDR erst verwirklichen, in der nicht mehr eine allmächtige Partei den Sinn des Sozialismus diktieren, in der die Menschen selbst zu Gestaltern der Gesellschaft werden sollten und vor allem wollten.¹⁰

Die verpaßte Herausforderung

Im Herbst 1989 war in der DDR – wie auch anderswo in Osteuropa – nach längerem Vorlauf ein explosives Gemisch von Unzufriedenheit, Resignation, Handlungswillen, Kritik und Aufkündigung von Loyalitäten entstanden. Spektakulärster Ausdruck des Aufbrechens einer offenen politischen Krise in und um die DDR war die Abkehr vorzugsweise junger Leute, die zunächst mit einer anschwellenden Flut von Ausreisanträgen und dann via der bundesdeutschen Botschaften in Budapest, Prag, Warschau sowie der Ständigen Vertretung in Berlin mit ihrem Staat und ihrer Gesellschaft brachen.

Die Gründe für diesen Bruch waren der SED-Führung bekannt:

- » – unzureichende Reisemöglichkeiten,
- mangelnde Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs und hochwertigen Konsumgütern sowie Obst und Gemüse, Ersatzteilen,
- nicht zufriedenstellende Dienstleistungen,
- unzulängliche gesundheitliche Betreuung,
- Ansteigen der Lebenshaltungskosten (Lohn-Preis-Gefüge),
- Fragen des Umweltschutzes,
- soziale Probleme (Wohnraum, Beruf, persönliche Konflikte).«¹¹

Dazu gehörten gleichermaßen:

- » – unbefriedigende Arbeitsbedingungen und Diskontinuität im Produktionsablauf;
- Unzulänglichkeiten/Inkonsequenz bei der Anwendung/Durchsetzung des Leistungsprinzips sowie Unzufriedenheit über die Entwicklung der Löhne und Gehälter;
- Verärgerung über bürokratisches Verhalten von Leitern und Mitarbeitern staatlicher Organe, Betriebe und Einrichtungen sowie über Herzlosigkeit im Umgang mit den Bürgern;
- Unverständnis über die Medienpolitik der DDR.«¹²

Nun waren solche Probleme in der DDR-Geschichte (wie der des ganzen Ostblocks) nicht neu: Das Demokratieverständnis war immer geprägt vom Mißtrauen vor den noch unreifen Massen, die Volkswirtschaften funktionierten selten reibungslos, Versorgungsmängel gab es ständig, Reisemöglichkeiten waren schon immer materiell und politisch begrenzt. Warum also auf einmal dieses Aufbegehren?

Hier kann nur auf zwei Dimensionen einer neuen Konstellation verwiesen werden, die sich Ausgang der achtziger Jahre zur akuten Krise des Realsozialismus weltweit verdichtete und in Osteuropa zum radikalen Systemwechsel führte. Beide Dimensionen erweisen sich dabei als zwei miteinander verbundene Seiten einer grundlegenden Qualitätsveränderung, der sich die östlichen Gesellschaften stellen mußten – und an der sie versagten. Die neuen Produktivkräfte zwangen alle Gesellschaften zum Wandel. Für den Realsozialismus erwies sich dies aber als besonders problematisch. Einerseits war der Staatssozialismus, genauer der sowjetische

Daniel Küchenmeister (Hrsg.): Honecker-Gorbatschow Vieraugengespräche, hrsg. und eingeleitet von Daniel Küchenmeister unter Mitarbeit von Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1993; Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): »Vorwärts immer, rückwärts nimmer!«. Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Hrsg. und eingeleitet von Gerd-Rüdiger Stephan unter Mitarbeit von Daniel Küchenmeister, Berlin 1994; Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980-1987, Berlin 1995; dies.: Countdown zur deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen, Berlin 1996; Heinrich Poitthoff: Die »Koalition der Vernunft«. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995; Hans-Hermann Hertle: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen 1996; Volker Gransow/Konrad H. Jarausch (Hrsg.): Die deutsche Vereinigung. Dokumente zur Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt, Köln 1991; Charles Schüddelkopf (Hrsg.): »Wir sind das Volk!« Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Mit einem Nachwort von Lutz Niethammer, Reinbek bei Hamburg 1990; Wir sind das Volk. Aufbruch '89, mdv transparent, Teil 1: Die Bewegung, September/Okttober 1989, Halle 1990; Wir sind das Volk. Hoffnung '89, mdv transparent, Teil 2: Die Bewegung, Oktober/November 1989, Halle 1990 (im weiteren: Hoffnung '89); Armin Mitter/Stefan Woll

(Hrsg.): Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar - November 1989, Berlin 1990 (im weiteren: Befehle/Lageberichte MfS).

3 Siehe z.B. Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs (Hrsg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998 (im weiteren: Dokumente) mit Abstrichen auch Michail S. Gorbatschow: Gipfelgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit, Berlin 1993.

4 Siehe zumindest für die DDR: Reinhold Andert/Wolfgang Herzberg: Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör, Berlin und Weimar 1991, 3. Aufl.; Erich Honecker: Moabiter Notizen. Letztes schriftliches Zeugnis und Gesprächsprotokolle vom BRD-Besuch 1987 aus dem persönlichen Besitz Erich Honeckers, Berlin 1994, 2. Aufl.; Egon Krenz: Wenn Mauern fallen. Die Friedliche Revolution: Vorgeschichte – Ablauf – Auswirkungen. Unter Mitarbeit von Hartmut König und Gunter Rettner, Wien 1990; Hans Modrow: Aufbruch und Ende, Hamburg 1991, 2. Aufl.; ders.: Ich wollte ein neues Deutschland. Mit Hans-Dieter Schütt, Berlin 1998; Gregor Gysi/Thomas Falkner: Sturm aufs Große Haus. Der Untergang der SED, Berlin 1990; Gregor Gysi: Das war's. Noch lange nicht! Autobiographische Notizen, Düsseldorf 1995; für die BRD: Helmut Kohl: »Ich wollte Deutschlands Einheit«. Dargestellt von Kai

Block in der Systemauseinandersetzung augenscheinlich gescheitert. Die bisherige militärstrategische Parität löste sich auf. Den USA war es trotz vehementer sowjetischer Gegenstrategien gelungen, die östliche Seite »totzurüsten«. Eine neue Runde des Aufstellens immer perfekterer Nuklearraketen, die Einführung schwer zu bekämpfender cruise missiles und des Raketenabwehrsystems SDI waren nicht mehr adäquat militärtechnisch, vor allem aber nicht mit der notwendigen Massenproduktion zu beantworten. Zudem hatten die laufenden militärischen Konflikte im Nahen Osten und noch mehr der sinnlose Krieg in Afghanistan die konventionellen und operativen Grenzen der sowjetischen Militärs gezeigt. In dieser Situation sah die Sowjetunion keinen Ausweg mehr und signalisierte ihren Ausstieg, d.h. das Eingeständnis ihrer Niederlage in der Systemauseinandersetzung.

Dazu kam andererseits das Scheitern beim Beherrschen der wissenschaftlich-technischen Revolution, der neuen Produktivkräfte in ihrer Komplexität. Seit den sechziger Jahren mit ihrem NÖS wie mit dem »Prager Frühling« waren entsprechende Reformen unter unterschiedlichen Vorzeichen versucht worden und immer wieder mißlungen.¹³ Punktuell gab es Spitzenleistungen, aber in der Breite stagnierte die Entwicklung, zeigten sich Tendenzen der Rückentwicklung. Die Erwartungen an die blockinterne Wirtschaftskooperation erwiesen sich als irrig, die Hoffnungen konzentrierten sich in fast allen Ostblockstaaten auf Hilfe aus dem Westen. Vor allem erwiesen sich Allmacht des Politbüros und Demokratiedefizit als Hindernisse für Reformen, verhinderten das Bewußtwerden der neuen Situation, die Diskussion von Alternativen und deren gesellschaftliche Umsetzung.

Die bittere Einsicht

Es ist für die Linke bitter, sich einzugestehen, daß der Sturz des Staatssozialismus sowjetischer Prägung notwendig war, weil die vermeintlich sozialistische Gesellschaft zu einer undemokratischen, gegen das Volk gerichteten Einrichtung eines vormund-schaftlichen, autoritären, patriarchalen Sozialismus verkam, der mit bestimmten totalitären Strukturen, mit Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen genau jenem Anspruch zuwiderlief, der nicht erst seit Marx entscheidender Bezugspunkt war: Eine Gesellschaft zu errichten, die »alle Verhältnisse (umwirft), in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.«¹⁴ Der in Osteuropa, auch in der DDR praktizierte Sozialismus war – trotz nicht zu unterschätzender Leistungen und berechtigte Ansprüche (gerade hinsichtlich einer sozial gerechteren, sozial gesicherten Gesellschaft¹⁵) 1989 nicht mehr zu verteidigen und nicht mehr verteidigungswert, wie das Michael Brie schon vor einigen Jahren feststellen mußte.¹⁶

Brie hatte damit nur jenen Sachverhalt beschrieben, der instinktiv fast allen Akteuren und Betroffenen im Herbst '89 augenfällig war. Trotz der Konfrontationen im Zusammenhang mit der wahnwitzigen Umleitung der Ausreisezüge von Prag über Dresden und trotz der Übergriffe der Sicherheitskräfte im Umfeld der Feiern zum 40. DDR-Jahrestag insbesondere in Berlin waren sich die

Verantwortlichen beginnend in der obersten Führung darüber im klaren, daß ein Einsatz gegen das eigene Volk weder außen- noch innenpolitisch zu rechtfertigen wäre. So sahen das auch viele Angehörige der Sicherheitskräfte und der Kampfgruppen. Etwas zu verteidigen, was sichtbar marode war, was Veränderung bedurfte und ausgerechnet gegen diejenigen vorzugehen, die endlich diese Veränderungen einforderten, war ihnen nicht möglich. Volk und Führung konnten und wollten nicht mehr weitermachen wie bisher!

Hier liegt der tiefere Grund für den friedlichen Verlauf des revolutionären Wandlungsprozesses hin zu einem demokratischen Sozialismus, auch wenn dieser wegen der Maueröffnung und der generellen Verspätung um mindestens zwei Jahrzehnte letztlich nicht zum Modellwechsel, sondern zum Systemwechsel führte.

Um es zuzuspitzen: Der Realsozialismus sowjetischer Prägung war gescheitert! Das Produktivkraft-Produktionsverhältnis-Dilemma war keineswegs erledigt und es wirkte genau bei jenen weiter, die meinten, den radikalen Umbruch ein für allemal vollzogen zu haben. Vor allem erwies sich, daß dem Staatssozialismus sowjetischer Prägung die politische Legitimität verloren ging.

Die Diktatur versagte. Parteiallmacht, Machtmißbrauch, Machtblindheit, Konfliktscheu, Scheitern der Wirtschaftspolitik waren dafür Stichworte, die von vielen der Beteiligten erst in der Krisensituation als solche erkannt wurden, obwohl es nicht nur und nicht in erster Linie westliche Kritiker waren, die schon lange die Schwachstellen des östlichen Gesellschaftsmodells benannten. Seit Luxemburg, Kautsky, Trotzki, Bucharin, Gramsci oder den Reformökonomien der fünfziger/sechziger Jahre war dies immer wieder auch in der innersozialistischen Kritik geäußert – letztlich aber totgeschwiegen und unterdrückt. Gerade deshalb fehlten 1989 Konzepte wie Persönlichkeiten mit Geist und Charisma.

Je diktatorischer und sklerotischer dieses System war, desto zwingender war eine Revolution – zu seiner Aufhebung in einem demokratischen Sozialismus! Der »Abschuß des ›Sputniks‹« 1988 signalisierte: Für die DDR war das Ausklinken und die Ablehnung der Diskussionen und Veränderungen des Realsozialismus im Perestrojka-Projekt der springende Punkt, der seit Mitte der achtziger Jahre einen wachsenden Teil der Bevölkerung und schließlich auch der Parteimitglieder von der Führung entfremdete, Widerspruch und Opposition begründete – aber ebenso gerade Jugendlichen den Eindruck von der Zukunftslosigkeit dieses Systems vermittelte.

Die Fälschung der Kommunalwahlen im Mai 1989 und die Sprachlosigkeit seit dem Beginn der Botschaftsbesetzungen zeigten, daß die SED-Führung weder willens noch in der Lage war, auf die veränderten Bedingungen im Lande in ihrer Umwelt angemessen zu reagieren. Das System erwies sich als viel zu schwerfällig, als konflikt- und zu guter Letzt reformunfähig.¹⁷ Es war weder konzeptionell noch personell in der Lage, Alternativen zu finden und aufzuzeigen.

Vom Scheitern

Warum nun endete diese Revolution so seltsam im Wechsel von der Vormundschaft einer allmächtigen Partei zu der einer anderen

Diekmann und Ralf Georg Reuth, Berlin 1996; Wolfgang Schäuble: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, Stuttgart 1991; Theo Waigel/Manfred Schell: Tage, die Deutschland und die Welt veränderten. Vom Mauerfall zum Kaukasus. Die deutsche Währungsunion, München 1994; Horst Teltschik: 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991; für die Sowjetunion: Michail Gorbatschow: Erinnerungen, Berlin 1995; Eduard Schewardnadse: Die Zukunft gehört der Freiheit, Reinbek bei Hamburg 1991; Valentin Falin: Politische Erinnerungen, München 1993; Julij A. Kwisinskij: Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993; Wjatscheslaw Kotschemassow: Meine letzte Mission. Fakten – Erinnerungen – Überlegungen, Berlin 1994; für die Westalliierten: Margaret Thatcher: Downing Street No. 10. Die Erinnerungen, Düsseldorf-Wien-Zürich-Moskau 1993, 2. Aufl.; Francois Mitterand: Über Deutschland, Frankfurt/M. – Leipzig 1996; James A. Baker: Drei Jahre, die die Welt veränderten. Erinnerungen, Berlin 1996; Vernon A. Walters: Die Vereinigung war voraussehbar. Hinter den Kulissen eines entscheidenden Jahres. Die Aufzeichnungen des amerikanischen Botschafters, Berlin 1994.

5 Siehe polemisch dazu z.B. Stefan Bollinger: Geschichtsaufarbeitung – Machtinstrument oder Erkenntnishilfe? Einige Anmerkungen, in: Jochen Cerny/Dietmar Keller/Manfred Neuhaus (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 5, Bonn-Berlin 1994, S. 19-28.

6 Siehe diese These nachdrücklich bei Siegfried Prokop (Hrsg.): Die kurze Zeit der Utopie. Die »zweite« DDR im vergessenen Jahr 1989/90, Berlin 1994; ders.: »Einig Vaterland«? Von der DDR zur »distinct society«, in: Horsta Krum/ders.: Das letzte Jahr der DDR. Implosion – Einigungsvertrag – »distinct society«, hefte zur ddr-geschichte, H. 20, Berlin 1994, S. 5-32; ders.: Glanz und Elend des Jahres 1989/90, in: Ludwig Elm/Dietmar Keller/Reinhard Mocek (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Eggersdorf 1998, Bd. IX/X, S. 84-161.

7 Siehe Hans Joas/Martin Kohli (Hrsg.): Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen, Frankfurt/M. 1993; Karl-Dieter Opp/Peter Voß: Die volkseigene Revolution, Unter Mitarbeit von Christine Gern, Stuttgart 1993; Rolf Reißig/Gert-Joachim Glaebner (Hrsg.): Das Ende eines Experiments. Umbruch in der DDR und deutsche Einheit, Berlin 1991; Gert-Joachim Glaebner: Der schwierige Weg zur Demokratie. Vom Ende der DDR zur deutschen Einheit, Opladen 1992, 2., durchgesehene Aufl.; ders. (Hrsg.): Der lange Weg zur Einheit. Studien zum Transformationsprozeß in Ostdeutschland, Berlin 1993; Hartmut Zwahr: Ende einer Selbstzerstörung, Leipzig und die Revolution in der DDR, Göttingen 1993.

8 Siehe Helmut Müller-Enbergs/Marianne Schulz/Jan Wielgohs (Hg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdgang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen, Berlin 1991; Helmut Herles/Ewald Rose (Hrsg.): Vom Runden Tisch zum

politischen und wirtschaftlich herrschenden Klasse und ihres (bundesdeutschen) Staates? Noch am 4. November 1989 begeisterte sich Christa Wolf auf dem Berliner Alexanderplatz an der »revolutionären Erneuerung«: »Revolutionen gehen von unten aus, unten und oben wechseln ihre Plätze in dem Wertesystem. Und dieser Wechsel stellt die sozialistische Gesellschaft vom Kopf auf die Füße. Große, soziale Bewegungen kommen in Gang. Soviel wie in diesen Wochen ist in unserem Lande noch nie geredet worden, miteinander geredet worden, nie mit dieser Leidenschaft, mit soviel Zorn und Trauer, aber auch mit soviel Hoffnung.«¹⁸

Die Ziele der Akteure waren eigentlich doch alle so identisch, eben DDR-geprägt und von demokratischen und sozialistischen Idealen durchzogen – Bürgerbewegungen, SED-Reformer, selbst Krenz und die Modrow-Regierung sowieso. Aber vielleicht waren sie doch alle eher dem Reden, der Macht des Wortes und nicht praktikablen Konzepten verfallen?¹⁹

(a) Ihre politischen Programme – mit unterschiedlicher Stellung zur bisherigen SED – waren ähnlich. Bürgerbewegungen wie SED-Reformer wollten mehr Demokratie, zivilgesellschaftliche Strukturen, verwirklichte Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit. Sie wollten eine souveräne, friedensorientierte DDR, die sich offene Grenzen leisten können müsse.

(b) Obwohl die DDR nicht bankrott war, mußte die entscheidende Frage die nach dem wirtschaftlichen Reformprozeß sein. Genau hier fielen die Antworten vage aus. Die Bürgerbewegungen entwickelten erst im Laufe der Wochen und Monate Positionen.²⁰ Die SED-Reformer²¹ und die Modrow-Regierung²² griffen auf jene osteuropäischen Reformgedanken zurück, die den Übergang zu einer am Markt orientierten Wirtschaft ermöglichen sollten. Aber all diese Pläne und Gedanken waren mit dem 9. November Makulatur, da sich nun vollkommen neue Rahmenbedingungen eröffneten und für die Reformen sowohl eine wirtschaftliche Basissicherung durch die Sowjetunion als auch gezielte bundesdeutsche Hilfen unreal waren. Zudem wanderten weiter jeden Tag Tausende in den Westen ab, allein bis Ende 1989 384.854 und im 1. Halbjahr 1990 nochmals 238.384.²³

(c) Selbst die ebenso »hochverräterischen« wie unausgegorenen Gedanken einiger Mitglieder der alten SED-Führung über Konföderationen wurden vom Leben überholt. Aber genau die nun drängende Frage deutsch-deutscher Befindlichkeit hatten weder die meisten Bürgerbewegten noch die SED-Reformer im Blick – die Notwendigkeit, ein Konzept für die Lösung der deutschen Frage in relativ kurzen Zeiträumen zu erarbeiten.

Moskau definiert seine Interessen neu

Neben den ausschlaggebenden inneren Gründen für die Revolution in der DDR und ihr schließliches Scheitern aus Mangel an Konzepten und Antworten war die sich verändernde weltpolitische Lage entscheidend. Das betraf zuerst die Konsequenzen der Perestrojka. Gorbatschow suchte für die überfälligen inneren Reformen günstigere internationale Bedingungen. Denn er begriff, daß die Neuauflage des Kalten Kriegs der beginnenden achtziger Jahre

und die neuen Drehungen der Rüstungsspirale zuallererst sein Land in Bedrängnis und wirtschaftlichen Ruin trieben. In einer interdependenten Welt wäre ein militärisch ausgetragener Systemkonflikt tödlich.

Mit seinem Konzept von der »Freiheit der Wahl« offerierte er ein Angebot für künftige Entwicklungen aller Staaten. Das wurde als bald mit dem nicht erwarteten politischen Kurswechsel in Ungarn und Polen einer Belastungsprobe unterzogen, weil nun auch das Ausscheren aus der sozialistischen Ordnung akzeptabel und nicht mehr im Sinne der Breshnew-Doktrin korrigierbar war. Im Herbst 1989 sorgte die komplexe Krise in Osteuropa dafür, daß die Sowjetunion sich entweder für die gewaltsame Beibehaltung des Blocks oder seine Auflösung entscheiden mußte. Gerade der Machtwechsel in Ungarn – als Wandlungs- und Auflösungsprozeß der dortigen Führungspartei, der USAP, sich vollziehend, und in Polen mit seinem Aushandlungsprozeß der Machtteilung und schließlichen Übergabe an die Opposition,²⁴ ist sowohl in der geostrategischen wie psychologischen Wirkung auf die Sowjetunion wie auf die DDR, aber genauso für den Westen nicht zu unterschätzen. Die faktische Grenzöffnung Ungarns im Mai 1989 und die schließliche wohlwollende Regelung der Botschaftsfluchten sind nur die spektakulärsten Facetten dieses Ausbruchs aus dem sowjetischen Gesellschafts- und Machtssystem, das den Beteiligten in Moskau, Budapest, Warschau, aber auch in Bonn und Washington vollkommen klar war. Nicht zufällig war im ganzen Sommer 1989 die Hauptsorge der Bundesregierung, daß sich dieser Prozeß ungestört und eruptionsfrei vollziehen sollte.²⁵

Das faktische Ausscheren der Sowjetunion aus der Systemkonfrontation mußte die Hausordnung im »Europäischen Haus« und das Verhältnis seiner einzelnen Zimmer wie das Problem ihrer Zugänglichkeit neu aufwerfen. Daß dies in der deutschen Frage besonders komplex auftrat, war nur folgerichtig. Gleichzeitig suchte die Sowjetunion nach Partnern für den wirtschaftlichen Reformprozeß. Wer konnte sie am effektivsten und kapitalträchtigsten unterstützen?

Bonn erwies sich als aufgeschlossen und gebefreudig. Hier trat ein Wunschpartner Moskaus auf den Plan, der seit Rapallo immer wieder sowjetische Führer zu strategischen Winkelzügen und Illusionen verleitet: Deutschland – diesmal sein größerer, kapitalistischer Teil. Es kam zu einer Partnerschaft zwischen Moskau und Bonn, spätestens mit Gorbatschows Besuch am Rhein im Juni 1989. Kohl bemerkte, daß Gorbatschows »Distanz zur DDR ... deutlich (sei)«, wie er rasch Washington informierte.²⁶ Nicht nur in Bonn wurde spätestens jetzt begriffen: »Der Westen habe zum ersten Male seit 40 Jahren die Karten in der Hand«. Wenn er jetzt klug, nicht rechthaberisch und ohne Illusionen vorgehe, bestehe eine gute Chance, zu besseren Beziehungen zu kommen.²⁷

Die Bundesrepublik wurde als wichtigster westlicher Wirtschaftspartner zum Hoffnungsträger für eine umfassende wirtschaftliche Unterstützung bei den angestrebten marktwirtschaftlichen Reformen. Parallel dazu entfremdeten sich Sowjetunion und DDR angesichts der Weigerung der SED-Führung, die Perestrojka zu unterstützen. Honecker setzte auf einen reformfeindlichen

Parlament, Bonn 1990; Thaysen, Uwe: Der Runde Tisch: Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie, Opladen 1990; Rainer Land/ Ralf Possekkel: Namenlose Stimmen waren uns voraus. Politische Diskurse von Intellektuellen in der DDR, Bochum 1994; André Hahn: Der Runde Tisch. Das Volk und die Macht – Politische Kultur im letzten Jahr der DDR, Mit einem Vorwort von Gregor Gysi, Berlin 1998.

9 Siehe Konrad H. Jarausch: Die unverhoffte Einheit 1989-1990, Frankfurt/M. 1995.

10 Siehe ausführlicher: Stefan Bollinger: Die Revolution für den Sozialismus kam zu spät. 1989 zwischen letzter Chance und Thermidor, in: UTOPIE kreativ, Berlin (in Vorbereitung).

11 [Ministerium des Innern: Information über die Entwicklung und Zurückdrängung der Antragstellung auf ständige Ausreise nach der BRD und nach Westberlin – Berichtszeitraum 1.1.1989 bis 30.9.1989, hier S. 7 – pag. 30] Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv/vormals Zentrales Parteiarchiv der SED (im weiteren: BArch-SAPMO) DY 30 IV 2/2.039/333.

12 ZAIG: Hinweise auf wesentliche motivbildende Faktoren im Zusammenhang mit Anträgen auf ständige Ausreise nach dem nichtsozialistischen Ausland und dem ungesetzlichen Verlassen der DDR, 9.9.1989, in: Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.): Befehle und Lageberichte MfS, S. 142.

13 Zu diesem Problem-

kreis siehe ausführlich meine Monographien: Stefan Bollinger: Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg – SED zwischen NÖS und Prager Frühling, hefte zur ddr-geschichte, H. 5, Berlin 1993; ders.: »Dritter Weg zwischen den Blöcken? Prager Frühling 1968: Hoffnung ohne Chance, Berlin 1995.

14 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke, Bd. 1, Berlin 1958, S. 385.

15 Siehe zur differenzierten Würdigung: Stefan Bollinger: Soziale Sicherheit und Sozialpolitik in der DDR – Anspruch, Wirklichkeit, Wertungen«, in: Ludwig Elm/Dietmar Keller/Reinhard Mocek (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 11, S. 403-426; ders.: Stichwort: »Errungenschaften des Sozialismus«, in: Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 3, Hamburg 1997, S. 795-808.

16 Siehe Michael Brie: War der Sozialismus '89 noch verteidigungswert? Neudenken – gegen die unbelehrte Wissenschaft mancher Zeitgenossen, in: Neues Deutschland, Berlin (im weiteren: ND) vom 11./12.12.1993, S. 10.

17 Zur Unfähigkeit der DDR und des gesamten sowjetischen Modells, mit Konflikten umzugehen siehe Stefan Bollinger: Konflikte, Krisen und politische Stabilität in der DDR – Gedanken zur historischen Unfähigkeit eines realsozialistischen Krisenmanagements, hefte zur

»Sozialismus in den Farben der DDR«, kritisierte die Perestrojka und schlug sich auf die Seite der Konservativen in Moskau. Zudem erwies sich die DDR immer weniger in der Lage, die teilweise überspannten sowjetischen Wirtschaftsforderungen zu erfüllen und war dazu auch immer weniger bereit, weil sie selbst ihre hochwertigen Güter auf dem Westmarkt zu versilbern suchte.

In den entscheidenden Monaten 1989/90 war die Sowjetführung obendrein mit einer inzwischen tiefen eigenen Krise im Lande konfrontiert. Sie zwang Gorbatschow, weit schneller als dies die westlichen Verhandlungspartner erwarteten, zu Entscheidungen. Galoppierende Wirtschaftskrise, Sezessionsbestrebungen im Baltikum, nationale Konflikte im Kaukasus und der Verzicht der KPdSU auf ihr Machtmonopol waren im Frühjahr 1990 ausschlaggebend. Darauf konzentrierten sich die Anstrengungen Gorbatschows und seiner Mannschaft, für den »Rest« blieb wenig Zeit. Das widerspiegelt sich auch in den Gesprächen mit führenden DDR-Politikern. In den Protokollen ist nachlesbar, daß die Moskauer Partner von ihren eigenen Schwierigkeiten überwältigt waren und damit im Vergleich die der DDR fast klein erschienen.

Zudem war die Sachkenntnis zu den DDR-Problemen oft gering, sichtbar geschah dort alles »fern von Moskau«. Deshalb wurde permanent seit den Massenfluchten über Ungarn Dimension und Tempo der osteuropäischen und DDR-Krise unter-, die Möglichkeiten der DDR-Akteure wie Krenz oder Modrow überschätzt.²⁸ All das verlockte Gorbatschows mit seinem deutschlandpolitischen Einlenken einen »Befreiungsschlag« zur Stärkung seiner innenpolitischen Position und gegenüber dem Westen vorzunehmen. Ja, es waren letztlich handfeste – wenn auch strategisch aberwitzige – Erwartungen, die Gorbatschow an ein Bündnis mit der Bundesrepublik und damit Gesamtdeutschlands knüpfte. Als 1987 mit der Perestrojka ernst gemacht werden sollte, war eine stehende These Gorbatschows: »Wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen.«²⁹ Drei Jahre später waren die Blütenträume ziemlich zerplatzt. Nun ging es nur noch ums nackte wirtschaftliche und damit politische Überleben. Emissär Horst Teltchik mußte sich dringende Bitten und Erwartungen zu sowjetischen Geld- und Warenbedürfnissen anhören. Lebensmittel wurden gebraucht, die Wirtschaft mußte modernisiert werden. Gorbatschow brachte es wieder auf den Punkt: »Die Sowjetunion braucht jetzt Sauerstoff.«³⁰

Das wurde erleichtert durch die sowjetische Erwartung, daß es in Ostberlin wie Bonn letztlich zu SPD-geführten Regierungen kommen und so Partner mit einem realistischen Programm auf dem Tapet stehen würden, die die sowjetische Interessenlage akzeptierten. Insofern war die frühzeitige Festlegung Gorbatschows gegenüber Kohl Anfang Februar 1990 zur deutschen Einheit zwar folgerichtig, aber wie auch andere Entscheidungen nicht von einem überzeugenden Kalkül geprägt.

Die Sowjetunion handelte 1990 als Supermacht, die im Interesse von Sicherheit und wirtschaftlichem Wiederaufbau auf ihr geostrategisches Vorfeld meinte leicht verzichten zu können. Sie war zu diesem Zeitpunkt so wirtschaftlich marode, so sozial wie national erschüttert und vor allem militärisch so angeschlagen (abgesehen

von der nuklearen »ultima ratio«), daß eine gewaltsame Sicherung der Einflußsphäre ausgeschlossen war. Daß die Rechnung nicht aufging, steht auf einem anderen Blatt. Mit der Preisgabe Osteuropas und vor allem der DDR verlor sie tatsächlich ihren Supermachtcharakter und zahlte ihren Preis für die Niederlage im Kalten Krieg. Kohls Zugeständnisse erwiesen sich zudem alle als fruchtlos. Die Wirtschaftshilfe blieb für den unersättlichen russischen Moloch und mangels Konzepten zu gering, der Sicherheitsgewinn war nur relativ, da die Sowjetunion selbst zerfiel und die NATO schiebt sich weit nach Osten. Die Preisgabe der DDR hat Gorbatschows Macht nicht erhalten, sondern sein Land zerstört.

Bonns Chance

Eine andere Ebene ist die Wechselwirkung mit dem westlichen Gesellschaftssystem und die aktive Rolle der Bundesrepublik, ihrer unmittelbar einwirkenden und bald gestaltenden Politik gegenüber der DDR.

Oft wird das Verschwinden der DDR als Ergebnis geheimer Absprachen zwischen Moskau und Washington gesehen, Kohl erscheint als armer Tropf, der nur die Scherben bzw. Brosamen der Supermacht-Politiker einkehren mußte.³¹ Aber: Kohl machte sehr wohl aktive Politik, nachdem die Krise der DDR offen ausbrach. Die Botenschaftbesetzungen waren augenfällige Krisenzeichen. Die Bürgerbewegungen machten langsam, aber beständig mobil. Bonn wollte unter keinen Umständen eine Explosion wie 1953, aber unternahm alles, um DDR-Bürger in ihre Obhut zu bringen und die Gelegenheit für weiterreichende Ziele zu nutzen. Die Medien taten ein übriges.

Als Krenz neuer Partei- und Staatschef wurde, suchte Kohl Kontakt, um gleichzeitig verstehen zu geben, daß der neue erste Mann in Berlin nichts zu erwarten hatte. In Geheimkontakten Schäuble/Seiters – Schalck-Golodkowski sorgte die Bundesrepublik unmittelbar vor dem 10. Plenum am 8. November 1989 dafür, daß der neu-alten SED-Führung der Preis klar wurde, der für Wirtschaftshilfe zu zahlen war. Das machte der Kanzler am selbigen Tag auch öffentlich: Ohne »eine grundlegende Reform der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR« gebe es keine Hilfe. Verzicht der SED auf ihr Machtmonopol, Zulassung »unabhängiger Parteien« und freie Wahlen waren Bedingungen, das Ziel: »Abbau bürokratischer Planwirtschaft und ... Aufbau einer marktwirtschaftlichen Ordnung«.³² Mit der Maueröffnung einen Tag später hatte die DDR-Führung jedoch unfreiwillig ihren letzten Verhandlungs-Joker aus der Hand gegeben.

Nach dem Mauerfall schlug zudem die Stimmung bei den Daheimgebliebenen um. Während nun täglich Tausende das Land verließen, schwanden die Forderungen nach prosozialistischen Reformen aus den Demonstrationen. Einheitsparolen bestimmten nicht nur Leipziger Montags-Demos.

Mit seinen 10 Punkten vom 28. November ging Kohl innen- wie außenpolitisch in die Offensive und zielte auf föderative, d.h. also Einheitsstrukturen. Dabei überfuhr er bewußt das eigene politische Lager wie die westeuropäischen Verbündeten und die Sowjetunion, konnte aber auf US-Rückendeckung bauen.

ddr-geschichte, H. 30, Berlin 1996.

18 In: Wir sind das Volk. Hoffnung '89, mdv transparent, Teil 2: Die Bewegung, Oktober/November 1989, Halle 1990, S. 64.

19 Siehe ausführlich Abgebrochene Revolution, 2. und 5. Kap.

20 Siehe z.B. Isolde Stark: Wirtschaftspolitische Vorstellungen der DDR-Opposition 1989, in: Deutschland-Archiv, Opladen (im weiteren: DA), H. 11/1995, S.1183-93.

21 Siehe z.B. Michael Brie/Rainer Land/ Hannelore Petsch/ Dieter Segert/Rosemarie Will: Studie zur Gesellschaftsstrategie. Sozialismus in der Diskussion 1, hrsg. von Rainer Land und Lutz Kirchner: Forschungsprojekt Sozialismustheorie Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1989; Harald Bluhm u.a.: Texte zu Politik, Staat, Recht. Herausgegeben von Rainer Land und Lutz Kirchner: Forschungsprojekt Sozialismustheorie Humboldt-Universität zu Berlin - Sozialismus in der Diskussion 2, Berlin 1990.

22 Siehe Stabilisierung der Volkswirtschaft und nächste Schritte der Wirtschaftsreform. Beiträge zur Wirtschaftsreform. Arbeitsberatung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit den Generaldirektoren der zentralgeleiteten Kombinate und Außenhandelsbetriebe sowie den Vorsitzenden der Bezirkswirtschaftsräte und den Bezirksbaudirektoren am 9.12.1989, Berlin 1989; Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform beim Ministerrat der DDR: Regierungskonzept zur Wirtschaftsreform in der

DDR. Zielstellung, Grundrichtungen, Etappen und unmittelbare Maßnahmen der Wirtschaftsreform in weiterer Verwirklichung der Regierungserklärung vom 17.11.1989, Berlin.

23 Siehe Hartmut Wendt: Die deutsch-deutschen Wanderungen – Bilanz einer 40jährigen Geschichte von Flucht und Ausreise, in: DA, H. 4/1991, S. 390.

24 Siehe im Überblick Rainer Deppe/Helmut Dubiel/Ulrich Rödel (Hrsg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt/ M. 1991.

25 Siehe zur Rolle der Bundesrepublik im Herbst 1989 ausführlicher: Bollinger, Stefan: Ein direkter Weg zum Anschluß? Deutsch-deutsche Beziehungen im letzten Jahr der DDR (1989/90), in: Jürgen Hofmann/Detlef Nakath (Hrsg.): Konflikt – Konfrontation – Kooperation. Deutsch-deutsche Beziehungen in vierzig Jahren Zweistaatlichkeit, Potsdam 1998, S. 167-191.

26 Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush, 15. Juni 1989, in: Dokumente, S. 300.

27 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterand, Paris, 22. Juni 1989, in: ebd., S. 310.

28 Siehe ausführlich: Abgebrochene Revolution, 4. Kap.

29 Michail Gorbatschow: Schlußwort auf dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU, 28. Januar 1987, in ders.: Ausgewählte Reden und Aufsätze, Bd. 4, Berlin 1988, S. 397.

Die Ursachen für den Untergang der DDR sind vielfältig. Sie liegen entscheidend in den inneren Entwicklungsblockaden des gesamten Staatssozialismus begründet. Die sind aber weniger »Verrätern« als den Verteidigern der »wahren Lehre« anzulasten. Honecker und seine Politbürokollegen waren da die »Besten«. Reformkräfte waren zu schwach und handelten unentschlossen. Daß das andere System diese Schwäche ausnutzte und Kohl seine geschichtliche Leistung vollbringen konnte, die Früchte dieses inneren Zusammenbruchs einzukassieren, war seine Mission. Man sollte sein Aufatmen am 19. Dezember in Dresden ernst nehmen, als er Seiters zuraunte: »Die Sache ist gelaufen!«³³ Alles andere hing »nur« noch vom Bonner Verhandlungsgeschick, von der massiven Einmischung in die DDR-Wahlen und dem Bereitstellen von Geld und guten Worten ab. Eine Mehrheit der DDR-Bevölkerung ließ sich ihre Herbstrevolution ebenso abkaufen wie die Sowjetunion ihre Verbündeten. Daß nicht wenige sich heute als Betroffene sehen, ändert nichts an damaligen Interessenlagen und Entscheidungen – der einfachen DDR-Bürger wie des in dieser Frage einfältigen sowjetischen Präsidenten.

Wenn nichts mehr trennt

1989/90 vollendete sich in besonderer Weise das Schicksal der ungleichen siamesischen Zwillinge DDR und BRD. So, wie sie in einer wechselseitigen Beziehungskiste existierten, sich bekämpften und gegenseitig zu gesellschaftlichem Wandel wie gesellschaftlicher Beharrung brauchten, so löste sich diese Bindung in dem Moment, da sowohl die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie das weltpolitische und strategische Umfeld zerstoßen.

US-Vizeaußenminister Eagleburger hatte wohl recht, als er gegenüber Bonner Gesprächspartnern vermerkte, daß »die Existenz der Bundesrepublik Deutschland als solche bereits destabilisierend für die DDR« wirke.³⁴ Ein Blick auf das Ende der Zwillingenlebens weist auf die Probleme und Versäumnisse hin, die im Herbst '89 die Hoffnungen von dem »aufrechten Gang« der nun erlernt und praktiziert würde, alsbald platzen ließen und den Übergang von einem vormundschaftlich-undemokratischen System mit sozialer Sicherheit hin zu einer Bevormundung durch Demokraten in einem durch soziale Kälte und Profitudiktatur geprägten System begünstigten:

1. Mit dem Aufbruch zu einer modernen Gesellschaft mit demokratischen Strukturen und Rechtsstaat, mit einer Zivilgesellschaft und ihren Organisations- wie Interaktionsformen, mit dem Setzen auf den Markt wurden Grenzen des Staatssozialismus überschritten. Die westlichen Metropolen sahen attraktiv aus, hatten diese Modernität bereits erreicht, was Bürgerbewegte und SED-Reformer für sich als Beispiel sahen.³⁵ Nicht zuletzt die alte Bundesrepublik als funktionierende bürgerliche Gesellschaft verkörperte dieses Ziel und schien zu beweisen, daß materieller Wohlstand und ein offenkundig funktionierendes soziales Netz nicht mit sozialökonomischen Unterschieden zu erklären waren.

2. Die alte BRD war für viele äußere Beobachter und Westreisende, zumeist die Rentner, ein Schlaraffenland umfassend wirklicher materieller und geistiger Bedürfnisse. Reisen in alle

Welt, modernste Konsumgüter, ein ausgebautes Dienstleistungssystem, kulturelle Vielfalt kontrastierten mit einer DDR-Wirtschaft, die seit Jahren in der Krise steckte. Das bedeutete zwar nicht Hunger und Elend (obwohl Teile der DDR-Bevölkerung, insbesondere die Rentner, nur unzureichend von den Leistungen profitierten), aber Versorgungsengpässe und das Fehlen begehrter neuer Konsumgüter frustrierten. Trotz vieler Nischen und Freiräume blieb die DDR zudem eine bevormundete Gesellschaft.

3. Die Bundesrepublik bot ein funktionierendes politisches System mit demokratischen Mechanismen und Rechtsstaatlichkeit, während in der DDR Bevormundung und Machtmonopol einer zudem unbeweglich und konservativ gewordenen Staatspartei bestimmend blieben. Die Wirkung der Westmedien, die Berichte der Reisenden, schließlich die Repression sorgten dafür, daß diese Erfahrungen gerade in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre drängender wurden. Im gleichen Maße, wie die DDR in den Augen ihrer Bürger ihre Legitimation verlor – durch schwindende wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit, durch offensichtlich werdenden Machtmißbrauch, aber auch durch die Ineffizienz selbst des Repressionsapparates – gewann die BRD an Anziehungskraft. Nicht nur das hell erleuchtete Schaufenster wirkte, die Bundesrepublik erwies sich zunächst via Medien, dann aber auch durch die Aktivitäten (offen wie verdeckt) ihrer Staatsorgane in der Lage, dem Ausreise- und Fluchtwillen der DDR-Unzufriedenen nachzuhelfen, der DDR und ihren Verbündeten Zugeständnisse abzurufen und schließlich auch – bei allen Problemen – den Übersiedlerstrom relativ unproblematisch zu integrieren.

4. Wirtschaftsreformen und eine spürbare Verbesserung der Versorgungslage war nach übereinstimmender Auffassung der meisten politischen Kräfte nur noch mit westlicher Hilfe möglich. So wurde das nicht nur in der DDR, sondern in allen osteuropäischen Staaten gesehen. Aus eigener Kraft oder mit Rückhalt bei der Sowjetunion war ein solcher Weg nicht mehr gangbar.

5. Mit dem wahnwitzigen Akt der Selbstentleibung am 9. November durch die neu-alte Führung um Krenz und Schabowski wurde dem revolutionären Aufbruch in der DDR der Todesstoß versetzt. Die Revolution fand ihren Thermidor. In diesem Moment sahen Millionen DDR-Bürger in einer euphorischen Atmosphäre nicht allein den Westen als eine Gesellschaft, in der all das verwirklicht schien, was bislang nur vage von Bürgerbewegten und SED-Reformern angedacht wurde und nur viel Arbeit wie Schweiß kosten würde. Gleichzeitig konnte die BRD mit ihren Parteien, Printmedien und alsbald auch mit Wirtschaftsvertretern unmittelbar in die DDR einwirken und vor Ort arbeiten. Die BRD verkörperte den stabilen, leistungsfähigen, aktiven Part, der in Zeiten der Verwirrung und Desorientierung Halt und Sicherheit bieten konnte – mit einem funktionierenden System, mit logistischer und inhaltlicher Unterstützung. Genau das schlug sich im Stimmungswandel im Laufe des November nieder. Jenes Umschlagen der Losungen vom »Wir sind das Volk!« zum »Wir sind ein Volk!« war die Konsequenz, weniger durch westliche Fahnen- und Flugblattimporte als vielmehr durch die galoppierende Zersetzung der DDR und

30 Gespräch des Ministerialdirektors Teltshik mit Präsident Gorbatschow, Moskau, 14. Mai 1990, in: Dokumente, S. 1115.

31 Typisch bei Eberhard Czichon/Heinz Marohn: Kohl als Spielball zwischen Moskau und Washington. Die PR-Legende vom »Kanzler der Einheit«, in: ND vom 5./6. September 1998, S. 15.

32 Helmut Kohl: Aufbruch zu Freiheit und Selbstbestimmung. Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, 8. November 1989, in: ders.: Bilanzen und Perspektiven. Regierungspolitik 1989-1991, Bd. 1. Bonn 1992, S. 247.

33 Helmut Kohl: »Ich wollte Deutschlands Einheit«. a.a.O., S. 213/214.

34 Gespräch des Bundesministers Seiters mit den stellvertretenden Außenminister Eagleburger, Bonn, 7. September 1989, in: Dokumente, S. 397.

35 Typisch Hans-Peter Krüger: Zur Differenz zwischen kapitalistischer und moderner Gesellschaft, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Berlin, H. 3/1990, S. 202-217.

ihrer Autoritäten bedingt. Die Bürgerbewegten boten angesichts der Maueröffnung keine Konzepte. Die alte SED und der Staatsapparat wurden tagtäglich durch neue Enthüllungen über Privilegien und Verbrechen weiter delegitimiert. Die SED-Reformer waren mit diesem System viel zu sehr verstrickt und konnten sich nur mühsam daraus lösen.

6. Spätestens mit Kohls 10 Punkten vom 28. November und der Reise nach Dresden am 19. Dezember war der Stimmungsumschwung vollzogen. In der DDR hatten sich westdeutsche Parteien und Institutionen als aktive und eigentlich entscheidende Akteure etabliert. Damit hatten sich die handelnden Kräfte in der DDR zwischen Oktober und Dezember/Januar grundlegend gewandelt. Standen im Oktober Bürgerbewegungen, SED-Reformer, politisierte Bürger und Teile der SED-Führung noch gegen die alte SED-Führung um Honecker und Mittag, so sah die Lage drei Monate später anders aus. Die Politisierung der Bürger ließ nach, ihre Ziele waren verschwommener. Idealvorstellungen eines Verschmelzens der Vorzüge von Sozialismus (soziale Sicherheit) und Kapitalismus (Warenangebot, hohe Löhne, konvertierbare Währung) bestimmten ihr Denken. Die Bürgerbewegungen fixierten sich auf den letzten Rest der alten Repressionsmacht, das MfS/AfNS. Die SED war für alle anderen politischen Parteien zum Hauptschuldigen für alle Misere geworden. Die SED-Reformer kämpften noch um den Wandel der Partei und gegen deren Auflösung. Die Modrow-Regierung konnte immerhin noch die Ruhe im Lande zu wahren suchen und versuchen, Reformen auf den Weg zu bringen. Letztlich aber bestimmten bundesdeutsche Akteure das Geschehen. In der Ost-CDU und den anderen Bewegungen, die sich später in der »Allianz für Deutschland« wiederfanden, hatten sie ihre Partner, so wie die SPD den ihren in der SDP.

Die DDR begann als eigenständiges politisches Subjekt aufzuhören, auch wenn natürlich die Hülle weiter existierte und agierte. Aber die Entscheidungen fielen wahrnehmbar in Bonn und die weitere Einflußnahme – vor allem mit der Proklamierung der Absicht einer Währungs- und Wirtschaftsunion und der offiziellen Bildung eines Kabinettsausschusses Deutsche Einheit am 6. Februar 1990 sorgten dafür, daß in dem gleichen Maße, wie die DDR-Bürger sich mit diesem neuen Vormund abfanden, auch ihre Revolution »enteignet« wurde.

7. Die offene deutsche Frage war immer weniger offen. Bonn mußte zwar gemeinsam mit den USA sich mühen, Geschwindigkeit und konkrete Formen der Einheit im eigenen Bündnis und vor allem mit Moskau auszuhandeln. Bonn mußte vor allem die Bündniszugehörigkeit entsprechend ihren Ambitionen durchsetzen – aber letztlich gab es an dieser Entscheidung keinen Zweifel – und die Wahlen zwischen dem 18. März und dem 2. Dezember 1990 bestätigten dies, auch wenn das Volk direkt nie nach der Einheit befragt wurde.

Der Herbst '89 brachte wichtige Ergebnisse – den Bruch mit dem Staatssozialismus und seinen Institutionen und Irrlehren, die Rückkehr des Volkes zur politischen Aktion. Die Formierung neuer politischer Kräfte und Aktivisten, die Schaffung von direktdemo-

kratischen Strukturen mit Runden Tischen, neuer Verfassung, Produktionsdemokratie. Auch wenn wichtige demokratische Strukturen und Initiativen erst zu einem Zeitpunkt entstanden, wo sie breite Massen nicht mehr interessierten und westdeutsche Experten ihre Blaupause verbindlich offerierten. Daß die DDR-Ideen weitaus »demokratischer«, d.h. vornehmlich basis- und direktdemokratischer als die bundesdeutschen Repräsentativstrukturen mit der besonderen Rolle von Parteien und großen Interessengruppen waren, behagte bundesdeutschen Ratgebern nicht, die beispielsweise an den Universitäten die Ordinarienmajorität erhalten wissen wollten. Ihr typischer Ratschlag: »Man solle bei der Gestaltung neuer Universitätsstrukturen ›nicht in Überdemokratisierung verfallen‹.«³⁶ Entscheidend aber blieb: Ein Konzept für ein funktionierendes Wirtschaften in einer sich verändernden Welt konnten die neuen Kräfte nicht anbieten. Die PDS entstand, sie blieb aber schwach, die Modrow-Regierung tat ihr möglichstes, wurde aber zum Abwickler, die frei gewählten Nachfolger konnten nur noch so handeln, wie sie den Wählerwillen interpretierten und sie ihre westdeutschen Auftraggeber handeln ließen.

Das letzte Jahre der DDR war das einer Revolution mit ihrer Chance und ihrem Abbruch, der zum Systemwechsel führte. Er brachte den Zugang zu einer modernen Gesellschaft mit demokratisch-parlamentarischen Strukturen, Rechtsstaatlichkeit, Markt- aber keineswegs sozialer Sicherheit, soziale Gerechtigkeit, demokratische Gestaltungsmöglichkeiten in der Wirtschaft. Nutzen wird diese Niederlage dann, wenn die Ursachen der Revolution und ihrer Niederlage akzeptiert, die Chancen der Alternativen erfaßt und jener Aufbruch erneuert wird, der im Herbst 1989 Menschen zum Handeln für eine demokratische, ökologische, sozial gerechte Gesellschaft motivierte.

36 Zitiert bei Peer Paster-nack: Studentisches Be-wegte sein in der DDR/in Ostdeutschland 1989/90, in ders. (Hrsg.): IV. Hoch-schulreform. Wissenschaft und Hochschulen in Ost-deutschland 1989/90, Eine Retrospektive, Leipzig 1993, S. 63.

WERNER SCHELER, WERNER HARTKOPF

Gespräch über die Wiedereröffnung der Berliner Akademie nach dem Zweiten Weltkrieg und über den Neubeginn ihrer Tätigkeit

Werner Scheler – Jg. 1923.
Prof. Dr. Dr. h.c.,
Pharmakologe, Berlin.
1979-1990 Präsident der
Akademie der Wissenschaften
der DDR, Mitglied der
Deutschen Akademie der
Naturforscher Leopoldina.

Werner Hartkopf – Jg. 1925.
Historiker, 1961-1985
wissenschaftlicher Mitarbeiter
und Protokollführer des Prä-
sidiums der AdW.

Im Jahre 2000 begeht die Berliner Akademie den 300. Jahrestag ihrer Gründung als Kurfürstlich Brandenburgische Societät der Wissenschaften. In den drei Jahrhunderten ihres Bestehens durchschritt die Akademie wechselvolle Zeitläufte, erlebte Blütezeiten wie auch ernste Bedrängnisse. Eine solche existentielle Gefahr für ihren Bestand erhob sich für sie, inzwischen als Preußische Akademie der Wissenschaften, nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Ende des Deutschen Reiches und der Auflösung des Staates Preußen. Die Siegermächte übernahmen die Regierungsgewalt in den von ihnen besetzten Teilen Deutschlands und den jeweiligen Sektoren Berlins. Der Sitz der Preußischen Akademie der Wissenschaften befand sich im sowjetischen Sektor Berlins. Demzufolge wurde die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) für die Akademie und ihr weiteres Schicksal zuständig. Mit der Einsetzung deutscher Verwaltungen durch die Sowjetische Militärkommandantur erhielten diese bestimmte nachgeordnete Befugnisse. Von Belang für die Akademie waren unter diesen Behörden zunächst der Magistrat von Groß-Berlin und dann die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DVV) in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Noch als Preußische Akademie wurde sie 1945 nach Kriegsende dem Magistrat unterstellt. Leiter der Abt. Volksbildung des Magistrats war Otto Winzer und Leiter des Ausschusses für Wissenschaftsleitung Josef Naas. Mit ihnen waren seitens der Akademie die Verhandlungen über ihre Zukunft zu führen. Am 13. September 1945 wurde die DVV gegründet und Paul Wandel mit ihrer Leitung betraut. In ihre Zuständigkeit fielen ab Oktober/November 1945 u.a. die Universitäten und Hochschulen der SBZ sowie auch die Preußische Akademie der Wissenschaften. Damit wurde Wandel der neue Verhandlungspartner der Akademie. Innerhalb der DVV war Robert Rompe Hauptabteilungsleiter für Hochschulen und Wissenschaft. Naas wechselte in den Parteiapparat der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) als Leiter der Kulturabteilung des Zentralkomitees und war in dieser Funktion weiter in die Angelegenheiten der Akademie einbezogen. Nach Bildung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im April 1946 war er zeitweise paritätischer bzw. stellvertretender Leiter der Abt. Kultur und Erziehung im Zentralsekretariat des SED-Parteivorstandes. Mit Wirkung vom 28. November 1946 wurde Naas Direktor bei der inzwischen als Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin wiedereröffneten Akademie.

Alle grundsätzlichen Angelegenheiten der Volksbildung, der Wissenschaft und damit auch der Akademie waren mit den zuständigen Offizieren der SMAD abzustimmen und wurden von diesen bzw. dem Obersten Chef der SMAD entschieden. Innerhalb der SMAD bestand eine Abt. Volksbildung unter Leitung von Generalleutnant P. W. Solotuchin. Außer zu ihm bestanden zu weiteren Offizieren der SMAD enge Verbindungen der deutschen Behörden. Des weiteren war die Sowjetische Stadtkommandantur unter Generaloberst N. E. Bersarin für die Aufrechterhaltung der materiellen Arbeitsmöglichkeiten der Akademie und weitere Fragen zuständig.

Die Preußische Akademie befand sich am Kriegsende 1945 in einer prekären Lage. Sie hatte die Jahre zwischen 1933 und 1945 weder unbelastet noch unbeschadet überstanden, hatte zwischen intellektueller Verweigerung, innerem Widerstand und williger Botmäßigkeit gegenüber den braunen Machthabern laboriert, hatte sich dem Nazisystem gefügt, sich kompromittieren lassen und angesehenste Mitglieder aus ›rassischen‹ und politischen Gründen verloren. So war ihr Schicksal in den Nachkriegstagen durchaus ungewiß, zumal sie auch international wegen ihrer Willfährigkeit gegenüber dem Hitler-Regime isoliert dastand. In dieser schwierigen Situation bedurfte es der Zuversicht und der Beharrlichkeit einiger politisch unbelasteter, persönlich integrierender Akademiemitglieder, um nach Wegen zur Fortführung der Akademie zu suchen und dafür Verbündete zu gewinnen. Zugleich bedurfte es jedoch auch der entschiedenen Trennung von Mitgliedern, die sich der politischen Herrschaft angedient und versucht hatten, die Preußische Akademie auf die fragwürdigen Fährten einer ›deutschen‹ Physik oder einer noch ›deutscheren‹ Biologie mit ihrer pseudowissenschaftlichen Rassenideologie zu führen. Namen der Akademiemitglieder Lenard oder von Verschuer stehen hier programmatisch für die politisch motivierte Indoktrination der Wissenschaft.

Die Vertreter der Preußischen Akademie, an ihrer Spitze der am 21. Juni 1945 als Präsident gewählte Johannes Stroux, führten die Verhandlungen zum weiteren Schicksal der Akademie überwiegend mit dem Berliner Magistrat und der DVV, teilweise auch unmittelbar mit Offizieren der SMAD. Es gab bei einzelnen Funktionären der deutschen Verwaltungsbehörden anfangs sogar Überlegungen, die Akademie wegen ihrer Willfährigkeit gegenüber dem Hitlerregime zu schließen. Dem traten sowohl verantwortliche Persönlichkeiten der KPD und vor allem die sowjetischen Militärbehörden entschieden entgegen. Bald konzentrierten sich die Besprechungen auf Fragen der künftigen Funktion und Struktur der wiederzueröffnenden Akademie, wobei die Erfahrungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR nicht unberücksichtigt blieben, zumal unter den sowjetischen Gesprächspartnern einzelne Offiziere selbst Mitglieder dieser Akademie waren. Aus dieser Zeit existieren eine Reihe von Archivalien, und verschiedentlich wurde über diese Phase zwischen Kriegsende und Wiedereröffnung der Akademie am 1. Juli 1946 publiziert.

Eine lebendige Ergänzung des Schriftgutes liefern die persönlichen Erinnerungen von Persönlichkeiten, die 1945/46 und noch da-

nach wesentlichen Einfluß auf die Wiedereröffnung und die Gestaltung der Akademie nahmen. Als Präsident der Akademie der Wissenschaften der DDR hatte Werner Scheler am 8. März 1981 einige Zeitzeugen zu einem Gespräch über den Neubeginn der Akademie eingeladen, um aus berufenem Munde erlebte und gestaltete Geschichte der Akademie festzuhalten. Werner Hartkopf, Historiker und Protokollführer im Präsidium, übernahm es, die Ausführungen aufzuzeichnen. Nachfolgend wird das authentische Protokoll im Wortlaut und ohne stilistische Korrekturen der wörtlichen Rede wiedergegeben.

An dem Gespräch nahmen teil (Kurzbiographien siehe Bemerkungen): Prof. Dr. Werner Hartke, Prof. Dr. Joseph Naas, Prof. Dr. Günther Rienäcker, Prof. Dr. Robert Rompe, Dr. h.c. Paul Wandel, Prof. Dr. Hans Wittbrodt.

Die in den nachfolgenden Aufzeichnungen vorgetragenen Äußerungen der Teilnehmer, insbesondere die von Paul Wandel und Joseph Naas, widerspiegeln die Schwierigkeiten der Wiederaufnahme der wissenschaftlichen Arbeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie legen Zeugnis darüber ab, wie von seiten der sowjetischen Militäradministration und der von ihr eingesetzten deutschen Verwaltungsbehörden versucht wurde, aus dem Erbe der Preußischen Akademie der Wissenschaften eine ›neue‹ Akademie entstehen zu lassen, die zum gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufbau des Landes beizutragen vermochte. Sie belegen die konzeptionellen Widerstände, die einer Umwandlung der traditionellen Gelehrten-gesellschaft in eine ›Forschungsakademie‹ entgegengesetzt wurden, zeigen die Einflußnahme von Parteiführung und Regierungsbehörden auf die inhaltliche und personelle Gestaltung der Akademie, vermitteln politische Anschauungen und Motive der verantwortlichen Partei- und Verwaltungsfunktionäre, machen die politischen Antagonismen zwischen Ost und West um die Zukunft Deutschlands sichtbar und lassen erkennen, daß die gesamtdeutschen Optionen der wiedereröffneten Akademie schon bald mit der politischen Realität im geteilten Deutschland kollidierten.

Protokoll:

Präsident Scheler begrüßt die Teilnehmer der Gesprächsrunde. Es sei ihm eine angenehme Aufgabe, einer Anregung Dr. Wandels folgend, in diesem Kreise einige Probleme zu diskutieren, wie sie zur Zeit der Wiedereröffnung und in den ersten Jahren nach 1946 in bezug auf die AdW gestanden haben. Dr. Hartkopf werde das Gespräch aufzeichnen, damit der Inhalt dieses Gespräches für die Geschichte der AdW sichergestellt und ausgewertet werden kann.

Präsident Scheler erklärte weiter, er freue sich sehr, mit den Teilnehmern zusammen zu kommen, die seinerzeit an der Wiedereröffnung der AdW beteiligt gewesen sind und zu diesem Zeitpunkt und auch in den folgenden Jahren wesentliche Verantwortung getragen haben. Wenn man zurückblickt – er selbst sei 1951 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in Berlin-Buch zur AdW gekommen, dann längere Zeit im Hochschulwesen tätig gewesen und danach wiederum zur AdW gekommen –, so habe unsere Akademie gerade im letzten Jahrzehnt eine erhebliche Entwicklung im

Hinblick auf ihre gesellschaftliche Position genommen. Um so interessanter sei es, den Entwicklungsweg bis zu diesem Zeitpunkt zu verfolgen, und er danke den Teilnehmern noch einmal für die Annahme der Einladung.

Er erinnert an den Befehl der SMAD von 1946, der der Wiedereröffnung der Akademie zugrunde gelegen habe und liest diesen Befehl vor.

Wandel: Dankt zunächst herzlich für die Einladung und sagt: »Wir sehen uns seit 30 Jahren zum ersten Mal in dieser Runde, wobei einige der heutigen Gesprächspartner erst etwas später hinzugekommen sind«. Die heutige Aussprache beruhe nicht auf seiner Anregung. Er habe vielmehr mit dem Generalsekretär der AdW [Claus Grote, d.A.] einmal gesprochen, ihm dabei einiges aus der Geschichte erzählt, und dieser seinerseits habe die Frage gestellt, ob er einmal in einem größeren Kreise vor jüngeren leitenden Mitarbeitern der AdW sprechen würde. Er begrüße aber, daß doch ein Gespräch in einem kleinen Kreise stattfindet, weil hier eine bessere Verständigung möglich sei und persönliche Erinnerungen gegebenenfalls durch andere Teilnehmer konkretisiert bzw. korrigiert werden können.

Wandel schlägt vor, daß zunächst Prof. Naas etwas sagt, da die AdW in der Anfangszeit dem Magistrat unterstellt gewesen sei. Er erinnert unter Hinweis auf das Buch von Dr. Hartkopf¹ daran, daß bereits im Juni 1945 Sitzungen von Akademiemitgliedern stattgefunden haben, in denen Prof. Stroux² als Präsident gewählt wurde, daß aber erst im Juli 1945 die ersten Besprechungen mit dem Magistrat stattgefunden haben. »Der ehemalige Nazidirektor Scheel³ wurde damals beauftragt, die Geschäfte zu führen und die Materialien zu sichern«.

Interessant sei auch die Frage des neuen Namens der AdW (Preußische Akademie, Berliner Akademie, Deutsche Akademie). Wahrscheinlich habe man damals noch nicht gewußt, wie sich die Akademie nennen solle. Jedenfalls habe diese Gruppe, die von Stroux geleitet wurde, den Auftrag erhalten, eine gewisse Weiterführung vorzunehmen, bis der Magistrat entschieden habe.

Rienäcker: »Das haben wir in Rostock intern mit der Universität auch gemacht, ohne sie offiziell zu eröffnen«.

Wandel: »Wobei das alles zwischen Oktober und Dezember 1945 durch die Zentralverwaltung übernommen wurde«.

Naas erklärt, er möchte sich zunächst den Gedanken von Dr. Wandel anschließen. Er freue sich, im Kreise der alten und der nicht so alten Genossen zusammensitzen zu können, und er freue sich besonders auch darüber, wieder einmal in diesem Raum sitzen zu können. »Es ist der alte Raum des Präsidenten der Akademie, an den ich eine lebhaftere Erinnerung habe, und ich finde ihn nahezu unverändert«. (Wandel: »Das Bild von Karl Marx war noch nicht da«.) »Richtig, aber es gibt eine Reihe Dinge, die bereits damals vorhanden waren, so der Leuchter, die Zimmerdecke mit den 4 indirekten Leuchtkörpern, die auch in den Klassenräumen vorhanden waren. Diese Beleuchtung sei ein Einfall gewesen von Prof. Scharoun⁵, der einige Absonderlichkeiten in der Architektur hatte. Er hatte lange Zeit unser Institut für Bauwesen geleitet, die spätere

1 Werner Hartkopf: Die Akademie der Wissenschaften der DDR. Ein Beitrag zu ihrer Geschichte, Akademie-Verlag Berlin 1975.

2 Johannes Stroux wurde am 21.6.1945 von den erreichbaren Mitgliedern mit der Wahrnehmung der Funktion des Präsidenten d. Preuß. AdW beauftragt.

3 Helmuth Scheel: Von 1938-45 Direktor d. Preuß. AdW, 1946 als Mitgl. d. NSDAP entlassen, zeitweilig wieder weiterbeschäftigt, zum 30.11.1946 entgütlich entlassen, 1947 Prof. an d. Univ. Mainz.

4 Bezieht sich auf die Vorbereitung d. Wiedereröffnung d. Univ. Rostock.

5 Hans Scharoun: Architekt, 1945-46 Leiter d. Abt. f. Bau- u. Wohnungswesen d. Stadt Berlin, vom 1.11.1947-50 Dir. d. Inst. f. Bauwesen d. DAW u. Leiter d. Abt. Gestaltung, dann Übergang d. Inst. in d. Dt. Bauakademie,

1949/50 Leiter d. Inst. f. Städtebau in Berlin-Siemensstadt u. Prof. an d. TU in Westberlin.

6 Naas bezieht sich auf die Befreiung aus dem Konzentrationslager.

7 Walter Ulbricht kehrte im April 1945 aus d. UdSSR nach Deutschland zurück u. wurde Leiter d. Initiativgruppe d. ZK d. KPD für Berlin.

8 Otto Winzer: Im April Rückkehr aus der UdSSR nach Deutschland mit d. Gruppe Ulbricht, Mitgl. d. ZK d. KPD, 1945-46 Leiter d. Abt. Volksbildung d. Magistrats v. Groß-Berlin.

9 Adolf Spamer: 1936 Prof. f. dt. Philologie u. dt. Volkskunde Univ. Berlin, 1947 Prof. f. german. Philologie TH Dresden. Am 3.2.1938 als Mitgl. d. Preuß. AdW gewählt, die Wahl wurde von d. Regierung nicht bestätigt. Am 14.2.1946 beschloß das Plenum d. AdW die rückwirkende Mitgliedschaft ab 17.2.1938.

10 Nicolai Hartmann: 1945 Prof. f. Philosophie Univ. Göttingen, AkM ab 1934.

Bauakademie. Heute hat dort die Vertretung der BRD ihren Sitz. Das hat er sehr schön gemacht, und überhaupt, wenn man in die Akademie kommt, ist man immer wieder mit speziellen Erinnerungen verbunden, wo ich finde, daß sich im Grunde so wenig geändert hat.

Was nun die aufgeworfenen Fragen betrifft, so werde ich von einem speziellen Interesse geleitet. Wenn historische Probleme aufgeworfen werden, so sehe ich in aller Historie nichts anderes als ein Instrument für die Auseinandersetzung, ein Kampfinstrument auch in der Geschichte. Und wenn ich an die Geschichte der Akademie denke, dann fallen mir wesentliche Gesichtspunkte ein, die die Geschichte der Akademie zu Tage fördert, und aus denen man sehr viel entnehmen kann. Darüber will ich mich jetzt nicht äußern, sonst nehme ich zuviel eigene Worte in Anspruch. Ich will mich nur soweit äußern: Die ganzen Entwicklungen sind ja, soweit es die Wissenschaft angeht, aber auch die Kultur, sehr speziell nach 1945 relativ schnell in Gang gekommen, haben eine schnelle Entwicklung genommen. Das hatte ganz bestimmte Ursachen. Daß dann später ein Befehl entstanden ist, war alles gut vorbereitet. Im Grunde aber hatte das spezielle Ursachen. Sie lagen zu einem großen Teil und zur Hauptsache in zwei Phänomenen: Einmal im Sieg der Roten Armee über die Nazis und zum zweiten in der Tatsache, daß aus den sozialistischen Kräften, die die Hitlerzeit überdauert und überlebt hatten, wirklich viele eigene Kräfte zur Verfügung standen und darunter auch äußerst gut präparierte Kräfte waren, die für solche Aufgaben geeignet waren. Das kann ich mit Einzelheiten begründen. Diese Kräfte kamen aus den Kreisen, denen ich seit eh und je nahegestanden habe und mit denen ich eng verbunden war – die Kommunisten, die hier wieder in Erscheinung traten und sehr aktiv wußten, was als Erstes getan werden mußte.

Unter ihnen war auch ich. Ich kam aus Mauthausen⁶ nach Berlin, und es ist so gewesen, daß ich wußte, was ich wollte. Ich hatte zunächst Kontakt mit unserem Zentralkomitee, mit Walter Ulbricht⁷, und habe am gleichen Tage auch mit Otto Winzer⁸ gesprochen. Und ich erhielt den Auftrag, im Magistrat von Berlin eine Wissenschaftsabteilung zu eröffnen. Das haben wir in dem Hause gemacht, das heute der Sitz des Ministerpräsidenten ist. Dort gab es zwei Räume, die ganz gut in Ordnung waren. In dieser Wissenschaftsabteilung haben wir alles gesichtet, was zunächst an wissenschaftlichen Möglichkeiten zur Verfügung stand. Und bei dieser Sichtung bedienten wir uns auch einer Gruppe von Mitgliedern der Preußischen Akademie der Wissenschaften, die sich zusammenfanden, und die einen Sprecher – einen Präsidenten – gewählt hatten, Herrn Stroux. Aus ihren Hauptgedanken, die sie im Kopf hatten, und aus den Diskussionen, die ich intensiv begonnen hatte, kam bald heraus, daß sie nicht wußten, was sie wollten, sondern abwarteten, was an sie herankäme. Ich habe die Erinnerung an eine Diskussion mit Spamer⁹, einen Philosophen und Freund von Thomas Mann, der im Grunde die Situation überhaupt nicht mehr begriff. Weiter war dort Nicolai Hartmann¹⁰, ein Philosoph, ein bürgerlicher Denker von Format. Mit ihm konnte man diskutieren, und es kam soweit, daß er sagte, eigentlich könnten wir doch auf diese Vor-

schläge eingehen und den Neuaufbau mit vorbereiten. Aber im Grunde war die Preußische Akademie ein Rumpfbild, in dem die eigentlichen aktiven Kräfte aus den Naturwissenschaften alle nicht hier waren. Sie waren zunächst einmal im Westen und wurden von den Engländern verhaftet und nach England gebracht. Stille¹¹ kam erst später«. (Wittbrodt wirft ein: »Mit Stille bin ich zur Beerdigung von Planck¹² gefahren«).

Naas fährt fort: »Wir waren auch zusammen in Göttingen auf der Physikertagung. Aber wir hatten in der Akademie keine Naturwissenschaftler. Im Grunde war es ein Gremium, das für die Gedanken nicht aufgeschlossen war, die wir eigentlich im Kopf haben mußten – die Wissenschaft in Gang zu setzen, aber mit den Zielsetzungen, die für uns fundamental waren, primär die Naturwissenschaften. Und dann kam im Juli/August 1945 die Potsdamer Konferenz. Dort wurde beschlossen, es werden Zentralverwaltungen gebildet. Und dann hatte Paul Wandel die Deutsche Volkszeitung gebildet und kam dann mit dem Auftrag, die Zentralverwaltung für Volksbildung zu leiten. Und dann waren wir in der Lage, für diesen Aufbau viele Kräfte zur Verfügung zu stellen, z.B. auch Robert Rompe, aber auch andere, Brugsch¹³ und viele andere. Und von dort aus haben wir sehr bald den Weg in die ganze DDR und zu den Universitäten geebnet und geleitet. Bei dieser Gelegenheit habe ich auch Prof. Rienäcker erstmals kennengelernt«.

Scheler: »Das war die Situation 1945 beim Magistrat. Wie stand es mit der Vorbereitung einer Konstituierung der Akademie?«

Naas: »Hierzu ein Stichwort: Beim Magistrat war ein leitender Ausschuß für Wissenschaft. Ihm gehörten an z.B. Brugsch und Franck¹⁴. Dort berieten wir alles, auch die Ingangsetzung von Forschungseinrichtungen. Ich hatte von Walter Ulbricht Walter Freund¹⁵ als Sekretär bekommen, und ich hatte im Juli 1945 einen Brief an den damaligen Stadtkommandanten Bersarin¹⁶ geschrieben und den Antrag zur Wiedereröffnung der Akademie der Wissenschaften in Berlin formuliert. Wir wollten das Wort »Preußische« vermeiden. Und auf diese Weise entstanden die ersten Vorbereitungen, die schließlich im Befehl über die Wiedereröffnung gemündet sind«.

Wandel: »Das war eine ausgezeichnete Einleitung von Jupp Naas. Es stand die Frage, erst in seiner Person und dann mit Winzer zusammen, was nun gemacht werden soll. Jetzt kam eine neue Phase. Naas kam mit akademischer Bildung¹⁷ und mit den Vorstellungen des Magistrats. Ich kam aus der Sowjetunion¹⁸ und hatte ein erstes Gespräch mit Wilhelm Pieck¹⁹. Für mich stand eine neue Situation, das waren zwei Dinge. Die Militärverwaltung der UdSSR und Wilhelm Pieck hatten gesagt: Wir müssen die bürgerliche Intelligenz gewinnen, zunächst allgemeinpolitisch, und mir war klar, das geht nur über die Wissenschaft, über den Wunsch, wieder wissenschaftlich tätig zu sein. Wir hatten hierbei viele Befürchtungen. Zunächst stand primär die Einrichtung der Universitäten, und danach die der Akademie. Es gab viele Gespräche mit Robert Rompe, weil sich erwies, und weil sich anbot die Erfahrung der Akademie der UdSSR. Wir hatten in jeder Frage die Allgemeingültigkeit dieser Entwicklung im Auge, waren uns aber klar, daß das nicht

11 Hans Stille: 1932 Prof. f. Geologie u. Dir. d. Geolog.-Paläontolog. Inst. u. Museums Univ. Berlin, 1937-38 Sekretar d. Physikal.-math. Klasse d. Preuß. AdW, 1946 Dir. des Geotekton. Inst. d. DAW, 1946-51 Ständ. Vizepräs. d. DAW, AkM ab 1933.

12 Max Planck starb am 4.10.1947.

13 Theodor Brugsch: 1945 Prof. f. Innere Med. Univ. Berlin u. Dir. d. I. Mediz. Klinik u. Poliklinik d. Charité, 1945 Mitgl. im Ausschuß f. Wissenschaftsleitung beim Magistrat von Groß-Berlin, 1945-46 Leiter d. Hauptamtes / d. Abt. f. Wiss. u. Forsch. d. DVV, 1946-49 zugleich Vizepräs. d. DVV, AkM ab 1949.

14 Hans Heinrich Franck: 1945 Prof. f. chem. Technologie an d. TH in Berlin, 1945-48 zugleich Leiter d. Stickstoffwerkes in Piesteritz, 1949 Prof. f. chem. Technologie Humboldt-Univ. Berlin, 1950 zugleich Dir. d. Inst. f. angew. Silikatforschung d. DAW, Präs. d. Kammer d. Technik d. DDR, AkM ab 1949.

15 Walter Freund: Vor 1945 Buchhalter und Expeditant in d. Industrie, 1945-46 Stellv. Abt.leiter Abt. f. Volksbildung Magistrat v. Groß-Berlin, 1946-49 Persönl. Referent d. Präs. u. Leiter d. Präsidialkanzlei bei d. DVV, 1949-50 Leiter d. Hauptabt. Konsularische Angelegenheiten Ministerium f. Auswärt. Angelegenheiten, 1950-53 Leiter d. Büros d. Förderungsausschusses d. Intelligenz, 1953-58 Verwaltungsdirektor d. DAW.

16 Nikolai E. Bersarin: Generaloberst, ab

24.4.1945 Kommandant u. Garnisonschef d. sowj. Truppen in Berlin.

17 Naas hatte 1928-1933 in Köln, Berlin und Hamburg Mathematik studiert, von 1933-35 als wiss. Assistent gearbeitet, 1935 promoviert und war von 1936-42 als Mathematiker in d. Industrie tätig gewesen.

18 Wandel, der als Funktionär d. KPD in Baden gewirkt hatte, zuletzt als Vorsitz. d. KPD-Fraktion in Mannheim, mußte von 1933-45 in die UdSSR emigrieren, wo er z.T. in enger Verbindung zu Wilhelm Pieck stand.

19 Wilhelm Piecks Rückkehr aus d. Emigration in die UdSSR erfolgte am 1.7.1945.

20 Wallstraße: Sitz d. Parteivorstandes / ZK d. KPD.

21 Bezieht sich auf den Wahlspruch der Akademie: Theoria cum praxi.

22 Adolf von Harnack regte in seiner Denkschrift die Schaffung von Instituten bei der Preußischen Akademie der Wissenschaften an.

23 Schreiben vom 20.3.1884 von Werner von Siemens an die Reichsregierung mit Verweis auf die naturwiss. Forschung der russischen Akademie u. den Vorschlag zur Errichtung eines Laboratoriums bei der Königl. AdW.

24 Am 27.6.1947 wurde das biologisch-medizinische Inst. (ehem. Inst. f. Hirnforschung d. KWG in Berlin-Buch) von d. SMAD an die DAW übertragen.

25 Die Laboratorien des

schematisch übertragen werden könnte. Wir hatten die Schulen anders gemacht als die SU, aber im Sinne ihrer Erfahrungen. Robert Rompe war in dieser Zeit bei mir und hatte die Verantwortung für die Universitäten. Naas ging dann in die Partei als Leiter der Abteilung Kultur«.

Naas: »Die Abteilung beim Berliner Magistrat nach der Bildung der Zentralverwaltung wurde sehr eingeschränkt und arbeitete im wesentlichen in Schulfragen und auf anderen Gebieten. Das hatte zur Folge, daß ich soweit frei wurde, daß ich in den Parteiapparat berufen wurde und dort die Abteilung Volksbildung aufgebaut habe und bis August 1946, fast ein Jahr, geleitet habe. Das war für mich ein sehr lehrreiches Jahr, weil ich in all diese Einzelheiten Einblick erhielt, die das Parteilieben der Zentrale der KPD, später der SED, bot, eine Erfahrung, die ich mir hier erworben hatte. Ich war ja schon vor 1933 Mitglied der Partei, aber ich habe, obwohl ich mit dem Parteilieben verbunden war, niemals vorher einen solchen Einblick gewonnen. Äußeres Zeichen dieser inhaltsreichen Zeit war die Tatsache, daß ich in diesem Jahr fast jeden Tag zusammen mit Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht zu Mittag gegessen habe in einem kleinen Raum in der Wallstraße²⁰ und dort Gelegenheit bestand, wichtige Fragen während des Essens zu klären. Das war eine Erfahrung, die ich später vermißt habe«.

Wandel: »Dann war folgendes: Erstens, in der Partei gab es Gespräche mit Wilhelm Pieck, aber die Hauptgespräche gab es mit sowjetischen Genossen. Dabei bestand von vornherein die Überlegung, eine zentrale wissenschaftliche Institution mit starkem Einfluß auf die Gestaltung des wissenschaftlichen Lebens zu bilden. Für die unmittelbaren Aufgaben gab es auch Hinweise der Praxis der SU, wie schrittweise und vorsichtig dabei vorgegangen werden mußte. Was Naas gesagt hat, veränderte sich wenig. Es kamen dann einige Naturwissenschaftler hinzu, aber im großen und ganzen war diese Seite – die Plätze waren da, aber die meisten von ihnen waren in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, und wir hatten mit ihnen keine Verständigung. Mit den Genossen der SU gab es dann mehrere Gespräche. Dort kam ein interessanter Aspekt ins Gespräch: 1. Leibniz als Begründer der Akademie und sein Motto über die Rolle der Akademie²¹. Das war »ein gefundenes Fressen«. 2. Ein Brief von Harnack²², der mir zugänglich wurde, und in dem dieser sich für die Vereinigung der Preußischen Akademie und der KWG ausgesprochen hatte. Hinzu kam, daß wir operativ veranlaßt waren, diejenigen Institute der KWG zu übernehmen, die in Berlin waren und die auf diese Weise der Akademie zugeordnet waren«.

Rompe: »Außer Harnacks Brief gibt es auch die Denkschrift von Siemens²³ an den Kaiser – es fehlt eine entsprechende Einrichtung wie die Akademie«.

Wandel: »Zunächst gab es nur wenige Institute der KWG – das Institut für Hirnforschung²⁴, Prof. Warburg²⁵. Hier stand die Frage, warum sollen wir es nicht übernehmen. Damit zusammen hing die Frage von Vogt²⁶. Wir hatten Überlegungen dahin zu machen, was uns näher stand. Und das war die Krebsforschung. Zur Frage des Anschlusses von Instituten hatten wir von Anfang an den Widerstand von Stroux, der meinte, daß diese Institute nicht der Akade-

mie gehören [Vermutlich gesagt: ›nicht an die Akademie gehören‹, d.A.]. Hierzu kann Genosse Rompe etwas ergänzen. Es gab dann die erste Sitzung im alten Universitätsgebäude. Unten war ein kalter Raum, die Fenster waren mit Pappe vernagelt. Hier gab es die Diskussion über die Vorbereitung der Wiederaufnahme der Tätigkeit und die Diskussion über den Namen ›Preußische Akademie‹. Ich habe dann anknüpfend an Gespräche hierüber den Befehl bekommen, aufzuarbeiten, welche Nazigesetze bestehen. Es gab aber nur ein einziges Reichsgesetz. Ein Jurist erhielt den Auftrag, sehr schnell eine Verordnung fertigzumachen, aber dann kam für uns das Entsetzen: Wenn wir diese Gesetze ändern, und sie müssen geändert werden, treten Ländergesetze in Kraft. Das aber waren preußische Gesetze. So konnte ich den Mitgliedern der Akademie in der Besprechung nur sagen, daß es kein Preußen mehr gibt. Warten wir die Potsdamer Konferenz ab. Auf dieser Sitzung gab es dann den Vorschlag, die Akademie ›Berliner Akademie‹ zu nennen. Aber wir konnten nicht von Preußen auf Berlin zurückgehen. Dann gab es schließlich den Kompromiß, das Wort ›Deutsche‹ klein zu schreiben. Und schließlich kam der SMAD-Befehl²⁷. Der Originaltext war russisch, aber es gab auch einen gültigen deutschen Text. Und dort hieß es ›ehemalige Preußische Akademie‹ und daß die Wiedereröffnung auf dieser Grundlage als Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin erfolgen sollte, wobei das Wort ›Deutsche‹ groß geschrieben wurde. Das hatte zunächst unter einigen Mitgliedern einen Schock ausgelöst. Diese Lösung entsprach aber unserer Vorstellung, daß die Akademie eine zentrale Stelle werden sollte. Die Mitglieder aber sprachen, es gäbe auch die ›Schwesterakademien‹ in Wien, in Bayern usw., und die Berliner Akademie sei hier nur primus inter pares. Es stand also die Frage eines Kompromisses, und hier hat uns Prof. Frings²⁸ sehr geholfen, nachdem wir zugestanden hatten, auch die Sächsische Akademie wieder zu eröffnen und an der Berliner Akademie ein großes Institut für Deutsche Sprache zu bilden. Frings hat sich als Präsident der Sächsischen Akademie damit befreundet und uns bei der Überwindung des ersten Schocks geholfen. Hinzu kommt, daß in der Deutschen Akademie, die ja eine gesamtdeutsche Akademie sein sollte, alle Mitglieder verblieben«.

Hartke: »Das war das Charakteristische der Berliner Akademie – für ihre Ordentlichen Mitglieder war der Berliner Wohnsitz vorgeschrieben«.

Wandel: »In diesem Sinne haben wir weiter diskutiert – die Gesamtpolitik der Partei und ihre Orientierung auf die Deutsche Akademie der Wissenschaften. Sie wurde jedoch praktisch von Anfang an nie auf dem Gesamtgebiet wirksam. Es war eine Akademie, die in ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet der sowjetischen Zone arbeitete, d.h. ihre Tätigkeit veränderte sich im Grunde auf dem Gebiet der kommenden DDR«.

Hartke: »Hierzu will ich anmerken: Damals hieß es wohl Deutsche Akademie, und die Freunde aus der SU wollten eine gesamtdeutsche Akademie an der Spitze sehen, und ihre Tätigkeit ist auch auf sämtliche Besatzungszonen ausgedehnt gewesen. Ich erinnere nur an einige Arbeitsstellen, die auch in Westdeutschland waren«.

Kaiser-Wilhelm-Inst. f. Zellphysiologie Otto Warburgs wurden während des Krieges (1943-45) infolge zunehmender Luftangriffe nach Bad Liebenberg in der Mark verlagert. Nach Kriegsende kehrte Warburg nach Berlin zurück und setzte im Privathaus seine experiment. Arbeiten fort. Die wiedereröffnete Akademie wählte ihn am 18.7.1946 zum Ordentl. Mitgl.

26 Oskar Vogt: Gründer des Inst. f. Hirnforschung der KWG, wurde in d. Hitlerzeit gezwungen, sein Direktorat niederzulegen; ab 1937 privates Inst. f. Hirnforschung u. allg. Biologie in Neustadt/Schwarzwald; 1950 Ehrenmitgl. d. DAW.

27 Der Befehl zur Wiedereröffnung der Akademie.

28 Theodor Frings: 1927 Prof. f. Germanistik Univ. Leipzig, 1946-68 Präs. d. Sächs. AdW, 1952 zugleich Dir. d. Inst. f. deutsche Sprache u. Literatur d. DAW, 1951-61 Sekretar d. Klasse f. Sprachen, Literatur u. Kunst d. DAW, AkM ab 1946.

29 Max von Laue: 1919 Prof. f. theor. Physik Univ. Berlin, zugleich Mitdirektor Inst. f. Physik d. KWG, 1946 Honorarprof. Univ. Göttingen u. Stellv. Dir. Inst. f. Physik d. MPG, 1951 Dir. Inst. f. Physik. Chemie u. Elektrochemie d. MPG, AkM ab 1920.

30 Pjotr I. Nikitin: Major, Physiker und Astronom, ab 1947 Leiter d. Sektors Hochschulen in d. SMAD.

31 Erhard Schmidt: 1917-50 Prof. f. Mathematik Univ. Berlin, AkM ab 1918.

32 Georg Otterbein: 1936-45 Wiss. Mitarb. bzw. Abt.leiter an d. Forschungsanstalt d. Dt. Reichspost, 1946-47 Abt.leiter Dt. Post, 1947-49 Geschäftsführer, 1949 Abt.leiter u. wiss. Referent an d. DAW.

33 Walter Friedrich: 1922 Prof. f. mediz. Physik Univ. Berlin u. Dir. d. Inst. f. Strahlenforschung, 1949-52 Rektor d. Univ., 1948 Dir. bzw. Präs. bzw. 1. Dir. d. Inst. f. Medizin u. Biologie d. DAW Berlin-Buch, 1951-56 Präs. d. DAW, AkM ab 1949.

Naas: »Ich kann keinen Beitrag zur Beweiskraft liefern. Ich glaube schon, es war der Gedanke, daß wir eine einheitliche Forschungsorganisation in der Akademie schaffen, die über die damalige sowjetische Zone hinausragt. Das hatte auch Auswirkungen: Wenn man sich das erste Jahrbuch der Akademie, 1949 erschienen, ansieht, sieht man z.B. einen sehr interessanten Beitrag von Laue²⁹, seinen Nachruf auf Planck. Das war also in den ersten Jahren ein Laue-Beitrag, der in Göttingen war. Er erschien in unserem Jahrbuch und bedeutete schon eine Wirkung über die sowjetische Zone hinaus und war ein Zeichen, daß er sich zur AdW zugehörig fühlte. Ich weiß das gut, denn ich habe in den ganzen Jahren mit Laue Kontakt gehabt«.

Wandel fragt, ob an den Sitzungen die Akademiemitglieder aus den anderen Besetzungszonen teilgenommen haben.

Rienäcker: »Nicht nur teilgenommen, sondern mitgemischt. Das waren Ordentliche Mitglieder mit allen Rechten. In der Mathematik haben sie z.T. die Zuwahlen vermasselt«.

Wandel fragt, ob es im Juli 1946 von Mitgliedern der Westzonen Erklärungen gegeben habe, daß sie nicht mehr Mitglieder sein wollten. – Diese Frage wird verneint –.

Rompe: »Als ich bei Genossen Wandel anfang, hatte ich viel mit Karlshorst [Sitz der SMAD, d.A.] zu tun. Ich muß doch sagen, einer der besten Leute war Nikitin³⁰, ein Astronom, Major und gleichzeitig ein Vertreter im Kontrollrat für Wissenschaftsfragen. Das war sehr günstig. Er hörte buchstäblich das Gras wachsen. Für mich war es eine Überraschung zu sehen, welchen Respekt die sowjetischen Genossen vor der KPD hatten. Es war so, sie kamen her und sagten: Ihr seid deutsche Kommunisten und müßt wissen, wir helfen, aber ihr selbst müßt wissen, es geschieht, was ihr für richtig haltet.

Das zweite ist, daß sie uns darauf aufmerksam gemacht haben, nicht ihren Weg zu kopieren. Als einige Leute aus der Pädagogik die Hochschulen schlachten wollten, ist er aufgestanden und hat gefragt: Was wollt ihr, ihr habt keine anderen Universitäten als die, die da sind. Sie müßt ihr einrichten und orientieren.

Was die Akademie anbelangt, so bestand Einigkeit darüber, daß sie als besondere Aufgabe eine hohe Funktion in der Forschung haben sollte. Diese Forschung war aber in der ersten Zeit des Kontrollrates nicht opportun. Wir haben durch Beziehungen etwas gemacht, und so den Eindruck erweckt, daß es bei uns liberaler als im Westen voranging. Der Erfolg war, daß einige Leute wieder zu uns kamen, Erhard Schmidt³¹, Dr. Otterbein³² u.a. Friedrich³³ kam und sagte, ihm sei der Unterschied über die Auffassungen zur Wissenschaft bei der Abmeldung im Westen klar geworden. Dort habe er drei Stunden warten müssen und ein Feldweibel habe ihm die Papiere gegeben. Zum Empfang hier sei ein General gekommen. Deshalb bleibe er hier. Die aktive Forschungstätigkeit wurde nach und nach unter dem Motto der Erhaltung der Substanz aufgezogen. Prof. Naas hat alle Dinge an Land gezogen, die möglich waren, das Heinrich-Hertz-Institut, Adlershof und andere. Manchmal war das nur unter Duldung anderer Stellen möglich. Wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter.

Dann kam der große Segen: Eines Tages rief mich Georg Handke³⁴ von Handel und Versorgung an und sagte: Ich habe eine Million Mark übrig, die wir der Forschung zuführen könnten. Frage ist, ob ihr einen jungen Mann habt, der das Geld verwalten kann. Bei Bruno Leuschner³⁵ saß Hans Wittbrodt. Ich sagte, holt Wittbrodt, er ist bestens geeignet, und dann haben wir die eine Million Mark auf den Kopf gehauen«.

Wittbrodt: »Wir haben dazu Kommissionen gebildet. Sie haben Vorschläge erarbeitet, teilweise gemeinsam mit der Industrie und Hochschulen. Es waren zwei Millionen Mark, die zur Verfügung standen«.

Rompe: »Dann kam der furchtbare Kummer«.

Wittbrodt: »Fritz Lange³⁶, damals in der Kontrollkommission, hatte sich reingehängt, etwas in den falschen Hals bekommen und nun kontrolliert, was geschehen sei«.

Rompe: »Der Mann, der uns ›entlarvt‹ hatte, hieß Geißler³⁷, er hatte uns angezeigt (Wittbrodt wirft ein: Professor Geißler!). Dieser beschimpfte Wittbrodt und mich, daß wir das Geld vergeudet hätten. In einem Gespräch mit ihm fiel mir nichts besseres ein, als ihm eine Geschichte zu erzählen. Ich sagte ihm: In einem Zug steht ein Mann und beschimpft dort Leute. Ich habe einen von ihnen auf der nächsten Station gefragt, warum sich die Leute das gefallen lassen. Darauf sagte dieser, während der Mann geschimpft hat, habe ich ihm ein Loch in seinen Mantel gebrannt. Geißler wurde blaß, ging raus, und zwei Stunden später war er nach dem Westen abgehauen«.

Wittbrodt: »Er war nicht Professor, nicht Direktor, dafür aber Agent«.

Scheler fragt, wie die Zeit zwischen 1946 und 1948 verlaufen sei.

Wandel: »Als die Akademie nach der Potsdamer Konferenz im Sinne des Leibnizschen Gedankens gegründet wurde, nahm eine Reihe deutscher Wissenschaftler an der Wiedereröffnung teil. Das war schon Propaganda im Leibnizschen Sinne«.

Hartke: »Man muß berücksichtigen, daß die Akademie in Petrograd eigentlich die echte Leibnizsche Gründung war, denn Leibniz hatte vorgehabt, Institute an die Akademie zu binden. Das ist in Petersburg geschehen, in Preußen aber gescheitert«.

Wittbrodt: »Nicht ganz, es ist nur nicht so durchgeführt worden. Es gab 1809 einige Einrichtungen an der Akademie«.

Rompe erinnert, daß im 19. Jahrhundert die Beziehungen zur Akademie in Petersburg sehr eng waren. Jacobi³⁸ und andere sind in Petersburg groß geworden.

Hartke: »Die Tatsache, daß in der sowjetischen Zone die Institute der KWG mit der Akademie verbunden waren, hat ungeheuer nach dem Westen gewirkt. Kienle³⁹ hat drüben über die gute Lösung für Berlin agitiert«.

Rompe: »Wir dürfen nicht vergessen, das Kontrollratsgesetz⁴⁰ war sehr rigoros: Alle Direktoren der KWG-Institute sind zu verhaften. Die einzigen waren die Freunde, wo das anders gehandhabt wurde. In der amerikanischen Zone passierte es, daß ein Wissenschaftler [Name nicht verstanden, d.A.] in der gleichen Zelle saß,

34 Georg Handke: Funktionär d. KPD, 1934 verhaftet u. zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1945 Bürgermeister von Zwickau, 1945-48 Vizepräs. d. Dt. Zentralverwaltung f. Handel u. Versorgung, 1948-49 Stellv. Vors. d. DWK in d. SBZ.

35 Bruno Leuschner: Funktionär d. KPD, 1936 Verhaftung, 1937 Verurteilung zu 6 J. Zuchthaus, 1942-45 KZ Sachsenhausen u. Mauthausen, 1945 Abt.leiter Wirtschaftspolitik im ZK d. KPD, 1946/47 Abt.leiter f. Wirtschaft im Parteivorstand d. SED, 1947 Aufbau d. DWK in d. SBZ, 1948/49 Stellv. Vorsitz. d. DWK, 1949/50 Staatssekretär im Ministerium f. Planung, 1950-52 1. Stellv. d. Vorsitzenden d. SPK u. 1952-61 Vorsitz. d. SPK.

36 Fritz Lange: Funktionär d. KPD, 1943 Verhaftung u. Verurteilung zu 5 J. Zuchthaus, 1945-48 Oberbürgermeister von Brandenburg, 1948-54 Leiter d. Zentralen Kontrollkommission d. DWK bzw. d. Kommission f. Staatl. Kontrolle.

37 Ernst Geißler: Prof. Dr.phil., 1945 Abt.leiter d. Gruppe Forschung u. Technik d. DWK.

38 Moritz Hermann von Jacobi war auch Mitgl. d. AdW in Petersburg.

39 Hans Kienle: 1939 Prof. f. Astrophysik u. Astronomie Univ. Berlin u. Dir. d. Astrophysikal. Observatoriums in Potsdam, Festredner zur Wiedereröffnung d. Akademie 1946, 1950 Prof. f. Astrophysik u. Astronomie Univ. Heidelberg, AkM ab 1946.

40 Gesetz Nr. 25 d. Allier-

ten Kontrollrats in Deutschland. Sammelband 2, SWA-Verlag Berlin 1946, S. 80-85.

41 Eilhard Alfred Mitscherlich: 1906 Prof. f. Pflanzenbaulehre u. Bodenkunde Univ. Königsberg, 1946 Prof. f. Kulturtechnik Univ. Berlin u. Dir. d. Inst. f. Kulturtechnik, 1947 Dir. d. Inst. zur Steigerung d. Pflanzenerträge d. DAW in Paulinenaue, 1949-51 Sekretar d. Klasse f. landwirtschaftl. Wissenschaften d. DAW, AkM ab 1947.

42 Hans Stubbe: 1943 Dir. d. Inst. f. Kulturpflanzenforschung d. KWG in Wien, 1944 in Stecklenberg, 1945 in Gatersleben. 1946 Prof. f. landwirtschaftl. Genetik Univ. Halle, 1951 Dir. d. Inst. f. Kulturpflanzenforschung d. DAW in Gatersleben, 1951 Präs. d. Akademie d. Landwirtschaftswissenschaften d. DDR, AkM ab 1949.

43 Arthur Baumgarten: 1934-45 Prof. f. Rechtsphilosophie u. allgem. Rechtslehre Univ. Basel, 1946 Gastprof. Univ. Leipzig, 1947 Prof. f. Rechtsphilosophie u. Völkerrecht Univ. Berlin, zugleich Prof. an d. Landeshochschule f. Pädagogik in Potsdam, 1949 Rektor d. Landeshochschule, Präs. d. Deutschen Akademie f. Staats- u. Rechtswissenschaften in Forst Zinna, 1953-54 Sekretar d. Klasse f. Gesellschaftswissenschaften d. DAW, AkM ab 1949.

44 Stroux' Antrittsrede als Rektor d. Berliner Universität am 20.1.1946 handelte im umfassenden Sinn vom Wesen der Kultur.

45 Jägerstr. 22/23 (zwischenzeitlich Otto-Nuschke-Str. 22/23).

in der ein Nazi war, der den Wissenschaftler früher beschimpft hatte. Wäre der Bestand der Mitglieder der KWG hier gewesen, wäre vielleicht manches anders gekommen, aber wir haben mit dem, was wir hatten, gewuchert«.

Wandel: »Bei der Frage neuer Mitglieder ging es darum, daß wir alle namhaften Wissenschaftler als Mitglieder gewinnen wollten. Da war aber auch die Aufgabe, neue Klassen und eine neue Art der Leitung zu schaffen. Die Akademie mußte von vornherein eine andere Struktur der Leitungsprinzipien haben. Hier stand die Frage: Neue Mitglieder standen in Berlin nicht zur Verfügung, und so war zu klären, wer waren aus den anderen Gebieten die richtigen Menschen, die namhaft genug waren, um Mitglieder zu werden. Es gab z.B. einen großen Kampf, bis Brusch Mitglied der Akademie wurde. Mitscherlich⁴¹ dagegen war ein klarer Fall. Stubbe⁴² war nach früheren Begriffen wahrscheinlich noch nicht akademiereif. So stand die Frage, aus dem Bestand der bürgerlichen Wissenschaftler solche zu finden, die der neuen Aufgabe entsprachen. Denn wir hatten nichts anderes anzubieten. Lediglich Baumgarten⁴³ und Franck waren Genossen, die ohne großen Widerspruch angenommen wurden«.

Scheler: »Interessant wäre das Problem der Wahlen«.

Naas: »Im Grunde war alles, was in der Akademie durchzuführen war, durch Momente des Klassenkampfes gekennzeichnet. Es gab nichts, weder die neue Zielstellung der Akademie, noch sonst etwas, was kein Klassenkampf war. Im ersten Jahrbuch der Akademie hieß es, daß diese Akademie ihre Aufgabe darin sehen soll, in der Zukunft an der unmittelbaren Hebung des Volkswohlstandes teilzunehmen. Stroux formulierte das so um, indem er an der Universität eine Rede⁴⁴ hielt und von der Volksuniversität sprach. Entsprechend wurde auch hier die neue Zielstellung formuliert: Unmittelbare Anteilnahme an der Hebung des Volkswohlstandes.

Was sich hinsichtlich der neuen Struktur der Akademie entwickelte, so ist es in der ersten Zeit auffallend, daß das sehr schnell ging, und, was Rompe sagte, daß viele Wissenschaftler aus dem Westen nach Berlin kamen, sei es zu einem Vortrag oder nur zum Besuch, so hatte das Auswirkungen auf eine schnellere Entwicklung bei uns. Mir ist deutlich in Erinnerung, daß die Mathematiker durch ihre Berliner Tradition etwas verwöhnt waren. Um 1946/47 sagte Erhard Schmidt: »Berlin ist wieder im Kommen«. Die Entwicklung ging wirklich sehr schnell. Ich habe eine Zeichnung über die Struktur der Akademie von 1947 mitgebracht. Wenn man sich das ansieht, so ist das die heutige Struktur. Die Namen sind zwar verändert, aber im Grunde ist es die heutige Struktur. Wenn auch später mehr Institute kamen, so existierte das Gebilde der Akademie, so wie es heute da ist, schon damals. Was hinzugekommen ist, ist natürlich eine große Entwicklung, aber was die Struktur betrifft, so kann man aus dem ersten Jahrbuch entnehmen, daß sie schon vorhanden war. Man sieht, daß damals die Zukunft im Blickpunkt stand und man nicht mit Scheuklappen gearbeitet hat. Wenn ich auf das Gebäude hingewiesen habe, so sei ein Rückblick gestattet: Wie oft ist das ZK der Partei in neue Räume umgezogen, die Akademie dagegen ist in ihrem Gebäude⁴⁵ heute noch untergebracht und kann ihre Arbeit hier noch durchführen«.

Wandel: »Was die Genossen aus der SU betrifft: Dieses Gebäude war ursprünglich für die Redaktion der Zeitung ›Neues Deutschland‹ vorgesehen, und es gab einen Beschluß des Sekretariats darüber. Es ist nicht durchgeführt worden. Ich hätte diesen Beschluß nicht ändern können, aber die sowjetischen Genossen haben veranlaßt, daß die Akademie dieses Gebäude erhielt.

Ein Zweites: Zur Umbenennung des heutigen Platzes der Akademie⁴⁶. Die Initiative ging immer von uns aus. Ich habe das Stroux gesagt, der hat sich sehr gefreut, und er und andere sind dann mit solchen Vorschlägen aufgetreten. Das waren eigentlich unsere Vorschläge. Aber das war keine Taktik, sondern die innere Einstellung der Partei und der sowjetischen Genossen. Die Kommunisten haben immer die Initiative gehabt, und dann ging es über den offiziellen Apparat«.

Naas: »Noch etwas zur Zuwahl. Jede Zuwahl war ein Klassenkämpferisches Problem. Zum Beispiel hat Stille einmal vorgeschlagen, Friedensburg⁴⁷ auf die Liste zu setzen. Aber es gab auch andere. Zum Beispiel war der Vorschlag, Heinrich Franck zu wählen, ein ganz besonderes Problem. Man mußte kämpfen. Franck war ein alter Sozialdemokrat, und man wollte ihn aus politischen Gründen nicht haben. Ich kenne die Diskussion der Zuwahl von jedem einzelnen und könnte das wiederholen. Aber man soll das von der politischen Seite her beurteilen«.

Wandel: »Zur Wahl von Walter Friedrich [Betrifft Präsidentenwahl, d.A.]: Die Wahl war eine geheime Wahl. Stroux war sehr krank, und es stand die Frage eines neuen Präsidenten. Wir haben uns darüber unterhalten und uns auf Friedrich als geeigneten Kandidaten geeinigt. Jetzt stand die Frage der Realisierung. Fünf Wochen vorher kamen Thilo⁴⁸ und Ertel⁴⁹ zu mir, und Herr Thilo sagte: ›Herr Wandel, die Wahl steht bevor. Wir müssen das vereinbaren und vorbereiten. Welche grundsätzlichen Forderungen gibt es von Ihnen? Wir selbst sind der Meinung, daß die Akademie loyal arbeiten muß, daß gute Beziehungen zur SU und zur dortigen Akademie hergestellt werden müssen, daß der Präsident wissenschaftliche Bedeutung haben muß, in der Friedensbewegung aktiv tätig ist und einiges mehr‹. Und da war mir klar, daß sie selbst auch eine Persönlichkeit für diese Funktion im Auge hatten. Wir haben mit Genossen Naas alle Vorbereitungen gemacht, und er rief mich drei Tage vor der Wahl an und sagte: ›Sie wählen nicht Friedrich‹. Ich habe dann die Akademie angerufen und gesagt: Meine Herren, ich bitte um Verschiebung der Wahl, denn man kann nicht wählen, ohne mit mir zu sprechen. Darauf kamen Thilo und Ertel zu mir und sagten: ›Herr Wandel, wir haben doch mit Ihnen gesprochen‹. Ich sagte: Allgemein, ja, aber wir haben nicht über Namen gesprochen. Und in diesem Gespräch kam die Frage auf, daß Ertel gewählt werden sollte. Ertel sagte: ›Wenn man mich wählt, trete ich anschließend zurück‹. Ich fragte: Warum Rücktritt? Ich hätte keinen Grund, Sie nicht zu bestätigen. Unsere Bitte aber wäre, daß aus jeder Klasse zwei Vertreter zusammenkommen, ich selbst ebenfalls hinzukomme und wir diskutieren.

Und dann haben wir vorher unsere Fraktionssitzung gemacht. Wir waren zwei Genossen, Baumgarten und Franck. Und wir sind

46 Der Gendarmenmarkt wurde anlässlich des 250-jährigen Jubiläums der Akademie im Jahre 1950 in Platz der Akademie umbenannt.

47 Ferdinand Friedensburg: 1945 Mitbegründer d. CDU in Berlin u. d. SBZ, 1945-1946 Präs. d. Dt. Inst. f. Wirtschaftsforschung u. d. dt. Zentralverwaltung f. Brennstoffindustrie, Dez. 1946-51 1. Stellv. d. Oberbürgermeisters v. Groß-Berlin bzw. ab 1948 Bürgermeister v. Westberlin, 1945-48 Mitgl. d. Präsidialrates d. Kulturbundes, 1947-49 Stellv. Vors. d. DSF in Berlin.

48 Erich Thilo: 1943 Prof. f. anorgan. Chemie Univ. Graz, 1946 Prof. f. anorgan. Chemie Univ. Berlin u. komm. Dir., ab 1949 Dir. des 1. Chem. Inst Univ. Berlin, 1950 zugleich Dir. d. Inst. f. anorgan. Chemie d. DAW, AkM ab 1949.

49 Hans Ertel: 1943 Prof. f. Geophysik Univ. Innsbruck, 1946 Prof. f. Geophysik Univ. Berlin u. Dir. d. Inst. f. Meteorologie u. Geophysik d. Univ., 1949 zugleich Dir. d. Inst. f. physikal. Hydrographie d. DAW, 1951-61 Vizepräs. d. DAW, AkM ab 1949.

50 Robert Rössle: 1929 Prof. f. Pathologie Univ. Berlin, 1946-47 Sekretar d. Math.-naturwiss. Klasse d. DAW, 1949 Sekretar d. Klasse f. med. Wissenschaften d. DAW, AkM ab 1934.

51 Fred Oelßner: Funktionär d. KPD, 1935 Lektor an d. Internat. Leninschule in Moskau, 1945 Leiter d. Abt. Agitation u. Propaganda d. ZK d. KPD, 1946 Leiter d. Abt. Parteischulung im SED-Parteivorstand, 1947-58 Mitgl. des SED-Parteivorstandes bzw. Mitgl. d. ZK, 1949-58 Mitgl. d. Sekretariats d. ZK bzw. d. Politbüros d. SED, 1956 Prof. f. polit. Ökonomie, 1958 Dir. d. Inst. f. Wirtschaftswissenschaften d. DAW, AkM ab 1953.

52 Wolfgang Heubner: 1932-49 Prof. f. Pharmakologie Univ. Berlin, 1950-52 Prof. f. Pharmakologie Freie Univ. Berlin, AkM von 1946-50.

53 Hans Nachtsheim: Vor 1945 Leiter d. Abt. exp. Erbpathologie am Inst. f. Anthropologie, menschl. Erblehre u. Eugenik d. KWG, 1945 komm. Leiter d. Inst., am 21.11.1946 Wahl z. Dir. d. Inst. f. vergleich. Erbbiologie u. Erbpathologie d. DAW; die Bildung dieses Inst. in Berlin-Buch kam durch die Teilung Berlins nicht zustande. 1947 Dir. d. Inst. f. Genetik d. FU Berlin. Nachtsheim war kein Mitgl. d. DAW.

54 Übersicht über die Stiftungen siehe Werner Hartkopf u. Gert Wangermann: Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1990, Spektrum Akademischer Verlag Berlin, Heidelberg, New York 1991, S. 323 ff.

so verblieben, daß ich die Beratung einleite, um Überlegungen bitte, damit sich die Klassen vorher verständigen, und die Wahl in geheimer Abstimmung erfolgt. Baumgarten schlug dann Friedrich vor, ebenso tat das auch Franck. Das ergab später im Ablauf eine schwierige Lage für die Gegenseite. Nach diesem Vorschlag kam dann vorsichtig der Vorschlag, Ertel zu wählen. Begründet wurde das damit, daß man einem älteren Wissenschaftler – gemeint war Friedrich – nicht zumuten könne, eine solche Last zu tragen. Das war das stärkste Argument, welches sie vortragen konnten. Ich konnte nur antworten, daß wir uns heute – wenige Jahre nach dem Kriege – nur auf einige Wissenschaftler stützen können und von ihnen fordern müssen, eine solche Last tatsächlich zu tragen. Ein jüngerer Wissenschaftler habe zunächst wissenschaftliche Leistungen zu erbringen. Das ist unser Anspruch an sie. Dann kam die Frage, wer noch in der Akademie für eine solche Funktion vorhanden wäre, wobei es ein Wissenschaftler sein mußte, der bekannt sei. Also schön, es kam noch einmal der Name Ertel. Aber Friedrich war schon früher Professor in Berlin gewesen. Er war beteiligt am Nobelpreis von Laue und ein international bekannter Wissenschaftler. Zudem war Friedrich Präsident des Friedensrates, Ertel war Vizepräsident. Friedrich stand in jeder Hinsicht positiv zur UdSSR. Nun kam aber eine ungeheure Sache durch Rössle⁵⁰. Er kam zu mir und sagte: »Herr Wandel, ich kann mich mit Ihrem Vorschlag nicht befreunden«. Ich fragte nach dem Grund. Er sagte: »Sie haben mich einmal beauftragt, zu überlegen, wer Buch [das ehemalige KW-Inst. f. Hirnforschung, d.A.] übernehmen sollte. Für mich war Friedrich der richtige Mann, und wenn er jetzt Präsident wird, befürchte ich, daß er das Institut in Buch nicht leiten kann«. Rössle sagte weiter: »Über den anderen Herrn [Ertel, d.A.] weiß ich nicht viel«.

Nachdem so etwas von Rössle kam, wurde Friedrich mit 72 Prozent Stimmen gewählt. Als Prof. Naas das pflichtgemäß Genossen Oelßner⁵¹ mitgeteilt hatte, sagte dieser: »Wir sind ganz andere Prozente gewöhnt«. Also: Etwas Organisation war dabei, aber wir haben in einer Woche die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Friedrich gewählt wurde«.

Rompe: »Ich will auf eine Bemerkung des Genossen Naas zurückkommen. Wir waren alle davon überzeugt, daß wir im Recht sind, und die rasante Entwicklung bei uns wirkte sich attraktiv auf ganz Deutschland aus. Unsere Akademie hatte damals eine Position in allen deutschen Ländern, die sich gehalten hatte bis in die siebziger Jahre. Kienle durfte uns noch besuchen, solange er wollte«.

Naas: »1948 spaltete sich in Deutschland alles, das Geld, Berlin, die Gewerkschaften usw. Es gab ernste amerikanische Versuche, auch die Akademie zu spalten. Der Erfolg war, nur zwei Mitglieder haben diese Tendenz unterstützt, Heubner⁵² und Nachtsheim⁵³. Der Versuch, die Akademie zu spalten, ist nicht gelungen«.

Wittbrodt: »Sie haben auch versucht, sich die in Westberlin beheimateten Stiftungen⁵⁴ anzueignen. Auch das ist nicht gelungen. Es gab zwar Schwierigkeiten allgemeiner Natur mit den Stiftungen, aber grundsätzlich gelang es nicht, an das Geld der Stiftungen heranzukommen, das auf Konten in Westberlin lag«.

Rompe: »Bei der Wissenschaftspolitik, die wir betrieben haben,

haben uns Anton Ackermann⁵⁵ und Franz Dahlem⁵⁶ außerordentlich wirkungsvoll geholfen. Das war auch bei den Hochschulen so. Wenn ich nachträglich sehe, wie unsere Universitäten nach der Eröffnung besetzt waren, so kann man sagen: Hervorragend. Ich habe mit zwei Männern gesprochen, die damals studiert haben, mit Herbert Weiz⁵⁷ und Otto Reinhold⁵⁸. Sie sagten mir, wir waren klassenbewußte Leute, aber wir haben von den großen bürgerlichen Ökonomen viel bekommen. Es ist eben so, daß diese hervorragende Entwicklung einerseits jungen Leuten, die etwas lernen wollten, weil sie klassenbewußt waren, und andererseits großen Wissenschaftlern, die sich in den Dienst bzw. für die Aufgaben zur Verfügung stellten, etwas ergeben hat. Diese Zeit war außerordentlich nützlich und erstreckte sich nicht nur auf die Akademie. Die Akademie war sehr entscheidend, weil sie nach außen eine Art wissenschaftliche Autorität hatte. Es waren großartige Leute. Von den alten Mitgliedern weiß ich durch persönliche Gespräche mit Otto Hahn⁵⁹, daß er von der Akademie ganz eingenommen war. Laue war das bis zuletzt. Es war im Grunde so, daß die Leute auf unserer Seite gestanden sind, daß man ihre Zivilcourage bewundern muß«.

Naas: »Die Schlußfolgerung meinerseits ist, in der Politik geht es oft emotional zu, und Wissenschaft ist mit der Politik eng verbunden. So dringt in die Wissenschaft sehr viel Emotionales hinein. Und das besondere Phänomen der Akademie war, daß trotz dieser Verquickung eine sachliche Wissenschaft und Autorität vorhanden war, daß man durch Diskussion viel erreichen konnte, daß man gute Argumente hatte, und ich möchte die Schlußfolgerung bis auf den heutigen Tag ziehen und eigentlich als historische Lehre übernehmen, daß man für das Steuern der Wissenschaft, wenn man sich auf die Qualität der Argumente verläßt und wenn man sie zu handhaben versteht, doch eigentlich sehr viel erreichen kann, was auch an Schwierigkeiten entgegneten mag«.

Hartke: »Die Emotion spielt auch eine Rolle. Ich erinnere an Ertel seinerzeit in Westberlin⁶⁰. Wir hatten uns hinter ihn gestellt, und er hat eine Kehrtwendung vollzogen, weil er erkannte, was man drüben mit ihm vorhatte«.

Wittbrodt: »Ertel hat auch am 17.6.1953 einen Brief an Otto Grotewohl formuliert über die Loyalität der Akademie⁶¹. Dieser Brief trug die Unterschrift Friedrichs, stammte aber von Ertel. Ich erinnere andererseits daran, daß sich Prof. Knöll⁶² am 17.6.1953 an die Spitze der Demonstration in Jena gestellt hatte. Das gab damals komplizierte Diskussionen in Jena. Das möchte ich sagen, bei allen Schwierigkeiten, die mit Ertel bestanden«.

Wandel: »Es gab keinen Grund, Ertel nicht in die ganz positiven Leute von Anfang an einzureihen. Er war Sozialdemokrat und gehörte zu denen, mit denen man neue Dinge machen konnte, und er hat eine ganz große Rolle dabei gespielt, daß ein Mann wie Stroux und einige andere wie Stroux in einer Weise zu uns gefunden haben schon bei der Eröffnung der Universität. Stroux hat ohne unser Zutun zum Begriff ›Kultur‹ gesprochen und eine materialistische Darstellung gegeben. Es gab über ihn wunderbare Dinge. Als er weg mußte, er fuhr als Herzkranker in die Schweiz, nach

55 Anton Ackermann: Funktionär d. KPD, Emigration, 1945 Rückkehr nach Deutschland, Mitgl. d. Sekretariats d. ZK d. KPD, 1946-54 Mitgl. d. SED-Parteivorstandes bzw. ZK, 1948/49 d. DWK, Vorsitz. d. Ausschusses zur Förderung d. Intelligenz.

56 Franz Dahlem: Funktionär d. KPD, 1933 Emigration, Mitgl. d. Auslandskommission d. ZK d. KPD, 1939 Internierung in Frankreich, 1942 Auslieferung nach Deutschland, 1943-45 KZ Mauthausen, 1945 Mitgl. u. Sekretär d. ZK d. KPD, 1946-49 Mitgl. d. Zentralsekretariats d. SED-Parteivorstands, 1949-53 Mitgl. d. Politbüros d. SED.

57 Herbert Weiz: 1962-67 Staatssekretär f. Forschung u. Technik, 1967-90 Minister f. Wissenschaft u. Technik d. DDR.

58 Otto Reinhold: 1951 Prof. f. polit. Ökonomie Humb. Univ. Berlin, 1953 Lehrstuhlleiter Polit. Ökonomie Parteihochschule »Karl Marx«, 1956 Stellv. Abt.leiter f. Propaganda im ZK d. SED, 1961 stellv. Dir. u. ab 1962 Dir. d. Inst. f. Gesellschaftswissenschaften bzw. Rektor d. Akademie f. Gesellschaftswissenschaften, AkM ab 1969.

59 Otto Hahn: 1928-46 Dir. d. Inst. f. Chemie d. KWG, 1946 Präs. d. KWG (1948 MPG), AkM ab 1924.

60 Hans Ertel war für kurze Zeit wegen eines Devisenvergehens in Westberlin inhaftiert.

61 Brief der DAW an Grotewohl anlässlich der Ereignisse am 17.6.1953.

62 Hans Knöll: 1938 Leiter d. Bakteriolog. Labor. (ab 1944 Inst. f. Mikrobiologie u. experim. Therapie) d. Glaswerkes Schott & Gen. in Jena, 1949 Dozent, 1950 Prof. f. Bakteriologie Univ. Jena, zugleich bis 1953 Werkleiter VEB Jenapharm Jena, 1956 Dir. d. Inst. f. Mikrobiologie u. experim. Therapie d. DAW, AkM ab 1955.

63 Otto Grotewohl war 1945 Mitbegründer der SPD u. d. Blocks d. antifaschistisch-demokratischen Parteien, 1946-54 Vorsitz. d. SED u. weitere Funktionen. Stroux hatte mit Grotewohl mehrfach Kontakt, u.a. 1947 als Mitgl. d. Dt. Volkskongresses für Einheit u. gerechten Frieden, 1948 als Mitgl. d. Dt. Volksrates u. 1949 der Volkskammer d. DDR.

64 Adolf Hennecke: Bergmann, überbot 1948 seine Tagesnorm um ein Mehrfaches u. wurde so zum Initiator d. Aktivistenbewegung in d. DDR, er erhielt dafür 1949 den Nationalpreis.

65 Hans Cloos: Prof. f. Geologie in Bonn, Nationalpreis 1949.

66 Professoren-Denkschrift vom 8.7.1915, gerichtet an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und an die Mitglieder des Bundesrats mit Forderungen nach territorialer Annexion von Gebieten der Kriegsgegner und von Kriegsschädigungen.

67 Die Bemerkung bezieht sich auf das Inst. zur Steigerung d. Pflanzenerträge d. DAW in Paulinenaue.

68 Bernhard Schweitzer, seit 1932 Prof. f. Archäologie Univ. Leipzig, 1945-46 erster Rektor d. Univ.

sechs Wochen kam er zurück. Er sagte (er war mit der Ehefrau dort gewesen): ›Wir konnten es nicht mehr aushalten, weil uns die Verwandten zugesetzt hatten‹. Sie sagten ihm, es wird nicht leicht sein, für dich eine Professur zu finden. Sie waren aber erstaunt, als Stroux ihnen antwortete, er habe gar keine Absicht wegzugehen. Hier sagte er uns, daß er die spießbürgerliche Lebensart in der Schweiz nicht mehr aushalten konnte. Man muß sagen, daß Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl⁶³ auf Stroux ungeheuer überzeugend gewirkt haben.

Für meinen Teil möchte ich noch sagen, was die Nationalpreise anbetrifft: Der Akademie wurde von vornherein das Recht gegeben, die Kommission für Wissenschaft zu übernehmen. Das sollte der Präsident machen. Bei der ersten Verleihung sollte auch der Hauer Adolf Hennecke⁶⁴ den Nationalpreis erhalten. Wilhelm Pieck hat mich angerufen und gesagt: ›Überprüfe einmal, ob die Wissenschaftler bereit sind, mit Adolf Hennecke zusammen den Nationalpreis anzunehmen‹. Hennecke sollte diesen Preis erster Klasse erhalten. Ich habe gesagt, daß ich keine Schwierigkeiten sehe. Wilhelm Pieck sagte: ›Nein, nein, spreche mit Stroux‹. Ich habe das getan, und es gab keine Probleme. Das hat bei der Auszeichnung auf Wilhelm Pieck tief gewirkt. Prof. Cloos⁶⁵ aus Bonn, der ebenfalls den Nationalpreis erhielt, saß neben Hennecke. Dieser hatte einen Anzug von der Stange an. Cloos stand von seinem Tisch auf, ging zu Hennecke und fragte diesen: ›Sind Sie Adolf Hennecke? Es ist für mich eine große Ehre, mit Ihnen zusammen den Nationalpreis zu bekommen‹. Pieck hat auch darauf gedrängt, daß Mitscherlich den Preis erhält. Mitscherlich wollte nicht, hat ihn dann aber angenommen. Abends auf dem Empfang in Weimar saßen Mitscherlich und Hennecke mit ihren Frauen jeder an einem Tisch. Ich sehe eine erregte Diskussion zwischen Mitscherlich und seiner Frau und war sehr beunruhigt. Plötzlich steht er auf, geht durch den Saal zu Hennecke und lädt ihn und seine Frau ein, an seinem Tisch Platz zu nehmen. Mitscherlich hatte 1915 die berüchtigte Professoreneingabe⁶⁶ unterschrieben. Er hat uns nicht so nahe gestanden, kam dann aber über die Wissenschaft zu uns. In Königsberg hatte er ein Gut verloren, welches die Eltern seiner Mutter gekauft hatten. Bei Kriegsende geht er auf die Straße und wird angesprochen, ob er nicht hier bleiben will. Er wird in kurzer Zeit Professor an der Universität in Berlin, erhält Paulinenaue⁶⁷ und bekommt dort wissenschaftliche Arbeitsmöglichkeiten. Über diese Dinge sind uns die Menschen näher gekommen. Aber entscheidend war, wir hatten eine kleine Gruppe, Rienäcker, Baumgarten u.a., auf die wir uns stützen konnten. Stroux und andere waren die nächste Gruppe, zu denen wir Vertrauen hatten«.

Rompe erinnert an die Geschichte vom Aufstand der Leipziger Universität unter der Führung von Schweitzer⁶⁸. »Dort erschien eine Gruppe, die von den Nazis verfolgt worden waren und standen plötzlich an der Spitze einer reaktionären Gruppe und kamen zu Wandel. Dort hat uns Frings stark geholfen und sich auf unsere Seite gestellt. Wir hatten nur die Möglichkeit zu diskutieren. Gadamer⁶⁹ war sogar Rektor«.

Eine weitere Bemerkung: Man muß unterstreichen die Bedeu-

tung der Leute in Karlshorst [SMAD, d.A.] und auch in der Volksbildung [DVV, d.A.]. Ich erinnere daran, wie häufig Wandel und ich zu gesamtdeutschen Bildungskonferenzen gefahren sind mit Fraktionsvorbesprechungen der SPD«.

Naas: »Damals hatten wir es fertiggebracht, einen Entwurf für eine demokratische Schulreform zu erarbeiten. Wandel und die Akademie hatten eine Denkschrift verfaßt, die eingegangen war, und jetzt haben wir es fertiggebracht, über unsere Beziehungen, daß Clay⁷⁰ einen Befehl an seine Abteilungen erlassen hatte, sie sollten ein Schriftstück als Grundlage für seinen Vorschlag für eine Schulreform in der amerikanischen Zone erlassen. Das war unser Vorschlag«.

Rompe: »Die Zeit war zu Ende, als die politischen Fragen standen. Ich habe den Eindruck, daß die Riesenarbeit von damals nicht verloren ist. Es sind alles Dinge, die weiter schmoren«.

Rienäcker: »Zu dem schnellen Aufschwung kommt hinzu, daß sie alle glücklich waren, wieder wissenschaftlich arbeiten zu können. Man muß auch beachten, daß es eine Zeit war, wo die Meinung bestand, ein Gesamtdeutschland zu schaffen und in der auch die westdeutschen Mitglieder regelmäßig zu uns kamen und in anständiger Weise mitarbeiteten. Als die Sache kritisch wurde, fingen auch sie an, in vielerlei Beziehung zu sabotieren«. Er erinnert hierbei an den Krach um Tautenburg⁷¹, an die Bildung der Forschungsgemeinschaft 1957, als den Klassen die Institute abgenommen wurden⁷². Bis dahin überwogen in den Klassen die Personalfragen und die Etatfragen.

Scheler fragt nach der damaligen Stellung zwischen dem Präsidenten und dem Direktor.

Naas: »Es gibt wahrscheinlich, wenn sie nicht verloren gegangen sind, in der Akademie Dokumente, Aktenstücke von Dienstbesprechungen, Besprechungen der Referenten der Akademie u.a. Dort wurden alle Beschlüsse vorbereitet, die im Plenum, in den Klassen und im Präsidium behandelt wurden. Der Präsident nahm daran nicht teil. Und dort wurde alles vorbereitet, was in der Akademie an Entwicklung in Gang kam. Dieser Direktor war im Grunde der Vertreter der Partei, der also für die neue Entwicklung die Verantwortung trug, und wenn von staatlicher Seite oder von Parteisekretären Beschwerden, Vorschläge oder Ernennungen zu machen waren, so kamen diese immer zum Direktor. Und es war so, daß der Direktor eigentlich dafür die Fäden weitgehend in der Hand hielt, und das war der Grund, daß im Verhältnis zum Präsidenten sich vorübergehend einmal Spannungen zeigten. Im Grunde aber war das Verhältnis zwischen ihnen sehr gut. Aber der Präsident stand unter dem Druck von ganz bestimmten Kreisen, z.B. solcher, die sagten: Bloß nicht Friedrich als Präsident, der ist in Übereinstimmung mit Staatsorganen und Partei. Sondern neuer Vorschlag, aber immerhin noch solcher, der von staatlicher und Parteiseite akzeptiert werden kann. Sie einigten sich auf Ertel. Das waren immer solche politischen Überlegungen, und das hatte zur Folge, daß vorübergehend der Druck auf den Präsidenten so stark war. Ich hatte mir z.B. aus dem Konzentrationslager eine Tbc in Ansätzen mitgebracht und wurde für drei Monate arbeitsunfähig und mußte

nach d. Kriege, ab 1948 Univ. Tübingen. Die Bemerkung Rompes bezog sich auf das Bemühen Schweitzers um »Selbstreinigung« der Univ. von nazistisch belasteten Mitgliedern des Lehrkörpers, um das Prinzip universitärer Selbstbestimmung und die Abwendung polit. Einflüsse der sowj. Besatzungsmacht und dt. antifaschist. Kräfte auf die Univ., AkM 1944.

69 Hans-Georg Gadamer: 1938 Prof. f. Philosophie Univ. Leipzig, 8.5.1945 Dekan d. Phil. Fakultät, vom 21.1.1946-31.10.1947 Rektor Univ. Leipzig, 1947 Univ. Frankfurt/M., 1949 Univ. Heidelberg.

70 Lucius DuBignon Clay: General d. USA-Streitkräfte, 1945-47 Stellv. d. Chefs u. 1947-1949 Chef d. USA-Militärregierung in d. amerikan. Besatzungszone in Deutschland.

71 Hans Kienle beanspruchte nach Errichtung des Karl-Schwarzschild-Observatoriums in Tautenburg mit dem 2-Meter-Spiegelteleskop das Vorrecht, selbstständig über die Forschungsziele zu entscheiden. Wie er selbst sagte, sollte ihm Tautenburg als »Riesenspielzeug« zur Verfügung stehen.

72 Gegen die Bildung d. Forschungsgemeinschaft d. naturwiss., techn. u. mediz. Institute d. Akademie wurde von verschiedenen Mitgliedern Einwände erhoben, da damit die Institute inhaltlich, fondsmäßig u. personell aus der Unterstellung unter die Klassen gelöst werden sollten.

73 Wladimir S. Semjonow: 1945-46 stellv. u. 1946-48 Sowjet. Dir. d. Abt. Politik d. Alliierten Kontrollrates, 1949-53 polit. Berater d. Sowj. Kontrollkommission in Deutschland, 1953-55 Hoher Kommissar d. UdSSR in Deutschland.

74 Alfons Maikowski: Von 1.10.1948-53 Verwaltungsdirektor u. Justitiar d. DAW.

75 Kurt Liebknecht: Architekt, 1931-48 Wiss. Mitarb. in d. Architektur-Akademie d. UdSSR, 1949-50 Abt.leiter u. Wiss. Sekretär im Inst. f. Bauwesen d. DAW, Stellvertreter von Prof. Scharoun, später Dt. Bauakademie.

76 Werner Lange: 1947 Prof. f. Metallhüttenkunde Bergakademie Freiberg u. ab 1949 zugleich Dir. d. Inst. f. Metallhüttenkunde, 1949 Leiter d. Zentralamtes f. Forschung u. Technik im Ministerium f. Planung bzw. d. SPK d. DDR, ab 1955 wiss. Positionen im akadem. u. im Industriebereich, 1969-88 Vorsitz. d. Klasse Werkstoffwissenschaften d. DAW, AkM ab 1961. Die Anregung Rompes, Werner Lange zum nächsten Gespräch hinzuzuziehen, zielte darauf ab, vor allem die ersten Ansätze der zentralen staatlichen Forschungsplanung in der DDR eingehender zu erörtern.

weg. Und in dieser Zeit hatte man den Präsidenten so bearbeitet, daß er nach Karlshorst ging und sich bei Semjonow⁷³ über den Direktor und seine Machtbefugnisse beschwerte. Im Grunde war das Verhältnis gut, aber es gab auch Spannungen. Diese sind aber zu vernachlässigen gegenüber der Gesamtentwicklung und dem Gesamtverhältnis«.

Wittbrodt: »Im ersten Statut der Akademie ist formuliert: »Der Präsident vertritt die Akademie in der Öffentlichkeit. Der Direktor ist verantwortlich für die Einrichtungen der Akademie«. Das heißt, der Direktor war der staatliche Leiter der Verwaltung und der Institute. Der Präsident war eigentlich nur der Vorsitzende im Plenum, soweit wissenschaftliche Fragen im Plenum und in den Klassen behandelt wurden, und vertrat die Akademie in der Öffentlichkeit. Ich fing als Wissenschaftlicher Direktor an, d.h., es wurde dann parallel dazu noch der Verwaltungsdirektor geschaffen. Er war auch vorher schon da, Maikowski⁷⁴, aber der neue Verwaltungsdirektor bekam etwas mehr Funktionen als sein Vorgänger. Er unterstand mir, aber hatte mehr selbständige Funktionen in bezug auf Haushaltsfragen und auf einige andere«.

Scheler fragt, wer über die Gelder entschied.

Wittbrodt: »Praktisch ich«.

Wandel: »Obwohl das im Statut so stand, wurde von uns aus und von der Partei der Präsident niemals nur als Repräsentant betrachtet, sondern als ein Mann, der immer mit sichern mußte, daß er als Präsident in allen Fragen der Wissenschaft, der Entwicklung der Institute, maßgebend war. Ohne ihn wird nichts getan, und gegen ihn wird nicht konspiriert«.

Naas: »Dieses Prinzip war generell gültig für die Akademie. Z.B. bei neuen Instituten wollten wir immer sogar bestimmte Persönlichkeiten an der Spitze sehen, die nach außen hin durch die Persönlichkeit Beziehungen zu führenden Instituten entwickeln konnten. Aber ihm war immer ein anderer als Stellvertreter oder als Sekretär beigegeben, der mit großer Kraft bestimmte Dinge verantworten konnte. Die Bauakademie wurde geleitet von Scharoun, und der Stellvertreter war Liebknecht⁷⁵«.

Wittbrodt: »Aus meiner Praxis gab es kaum Schwierigkeiten. Wir haben das immer durchgesprochen. Der wesentlichste Mann, mit dem damals gerungen werden mußte, war Ertel«.

Rompe: »Um das zu verstehen, muß man bedenken: Wir hatten anfangs die Situation, daß Akademie und Hochschulen den Etat im Haushalt [der Volksbildung, d.A.] hatten, aber kein Geld für die Forschung. Mittel für die Forschung kamen aus dem Zentralamt für Forschung und Technik. Dort war Werner Lange⁷⁶. In heutiger Sprache muß man sagen, die Akademie hatte einen Haushalt, aber die Forschungsmittel kamen aus dem MWT, und Wittbrodt kam von dort, weil sich die Leute aus der Köpenicker Straße [Sitz des Zentralamtes für Forschung und Technik bzw. später des Ministeriums für Wissenschaft und Technik, d.A.] immer das Recht auf das Geld sichern wollten«.

Wittbrodt: »Ich war der erste, der vom ZK der Partei den Auftrag zur Planung der Wissenschaft bekam. Das begann am 1. Oktober 1948«.

Wandel: »Wir hatten uns plötzlich entschlossen, daß der Etat der

Akademie insofern verändert wird, daß alle Forschungsmittel in die Akademie kamen. Das widersprach zwar unserer inneren Vorstellung, die wir hatten, da wir sehen konnten, es wird alles weitergeführt, die Wörterbücher und ähnliches. Aber die großen Summen sollten eigentlich für die Grundlagenforschung verwendet werden. Und dann gab es auch große Beträge, wo man sagen mußte, wenn ein Akademieinstitut das auch noch übernimmt, kommt es zum Kapitalismus. Und hier gab es tatsächlich einige Schwierigkeiten».

Rompe: »Unsere Genossen hatten ständig das Wort Einsteins im Auge: ›Du sollst aus deinen Erkenntnissen keinen Broterwerb machen««.

Wandel: »Zur Frage der Aufnahme: Für uns stand von vornherein die Frage, wie groß soll der Umfang der in der Akademie vertretenen Wissenschaft [Gebiete und Zahl der Mitglieder, d.A.] sein. Wir hatten verschiedene interne Diskussionen darüber mit Naas, weil er glaubte, man kann das Bauwesen, die Landwirtschaft und andere Bereiche in die Akademie hereinnehmen. Aber für uns war von vornherein klar, daß solche Gebiete die Akademie unmöglich aus technischen Gründen aufnehmen konnte. Uns war klar, daß es unmöglich war, alles der Akademie zu übertragen. Dann kam die Frage der Technik hinzu. Hier war die Möglichkeit, den personellen Bestand zu verändern. Heute haben wir das MWT, die Kombinate u.a. Aber als Rompe kam, war ich zuerst erschrocken, als er sagte, im Glühlampenwerk wird die wissenschaftliche Abteilung aufgelöst durch die Übernahme als volkseigener Betrieb. Ich sagte, um Gottes Willen, dann laufen uns die Wissenschaftler weg. Uns gelang es, das zu retten. Aber jetzt steht wieder das Problem, was die Kombinate übernehmen und was die Akademie tun muß. Dieses Wechselspiel muß gründlich durchdacht werden. Auch in der Grundlagenforschung besteht die Verflechtung, aber nicht zu eng. Das ist ein Problemkreis aus der Geschichte und der Praxis. Damals war es richtig, daß wir immer, wenn es möglich war, zugegriffen haben, aber nicht, um das in jedem Fall von der Akademie aus zu leiten«.

Wittbrodt: »Zum Beispiel haben wir damals auch das heutige Zentrum für Wissenschaftlichen Gerätebau übernommen. Das Institut für Optik und Spektroskopie war damals ein sowjetisches Büro für Optik in Karow. Ich persönlich war aktiv noch im Zentralamt für Forschung und Technik, um die Dinge zu retten, indem wir es der Akademie angliederten. Das war die einzige Form, wo man solche technologische Grundlagenforschung über die Zeit hinaus sichern konnte«.

Wandel: »Der gesunde Menschenverstand hat uns sowas immer gesagt. Die Akademie müßte vielleicht auch zur Frage der Beweglichkeit bis zum Jahre 2000 ihre Position neu durchdenken. Das ist nicht nur eine Problem der Akademie, sondern der Leitung der Wissenschaft im großen Rahmen«.

Scheler: »Das ist eine sehr wichtige Frage. Es ist gut, daß sich die Wissenschaft in den Kombinen selbst entwickelt. Ich glaube, die gegenwärtige Situation ist – ich möchte fast sagen leider – so, daß wir uns sehr stark technologisch orientieren, wie es nicht sein mußte, wenn in der Industrie stärker eingestiegen würde. Ich denke an

77 Hermann Klare: Bis 1945 Wissenschaftler in d. Industrie, 1945 Betriebsleiter Kunstseidenfabrik Premnitz, 1946 Forschungs- u. Betriebsleiter in d. ‚Thüringischen Zellwolle‘ Schwarzta, 1947-49 Wiss. u. Beratungstätigkeit in d. UdSSR, danach erneute Tätigkeit in d. Industrie, 1953 Stellv. Dir. u. 1962 Dir. d. Inst. f. Faserstoff-Forschung d. DAW in Teltow-Seehof, 1955 Prof. d. DAW, 1961 Vorsitz. d. Forschungsgemeinschaft, 1968-71 Präs. d. DAW, AkM ab 1961.

78 Heinrich Rau: Funktionär d. KPD, 1933 Verhaftung, 1934 Verurteilung zu 2 J. Zuchthaus, 1935 Emigration, Teilnahme als Kommandeur d. XI. Int. Brigade in Spanien., Internierung in Frankreich, 1942 Auslieferung nach Deutschland, Konzentrationslager Mauthausen, ab 1945 verschiedene Funktionen in Partei u. staatl. Bereich, 1948-49 Vorsitz. d. DWK in d. SBZ, 1949 Minister f. Wirtschaftsplanung, 1950-52 Vorsitz. d. SPK.

79 Die Bemerkung bezieht sich auf das wiss.-techn. Niveau der Erzeugnisse d. VEB Elektrokeramische Werke Hermsdorf/Thüringen.

80 Michail A. Lawrentijew: Prof. f. Mathematik, 1946 Mitgl. u. 1957 Vizopräs. d. Akademie d. Wissenschaften d. UdSSR, 1957 zugleich Präs. d. Sibirischen Abt. d. AdW d. UdSSR, Auswärt. Mitgl. d. Akademie ab 1969.

eine Diskussion mit Herrn Klare⁷⁷. Ich hatte ihn wegen der Grundlagenforschung zum Gummi befragt, wo früher einiges geschehen ist. Das ist heute eingestellt. Jetzt kommt aber die Anfrage und Anregung, sich diesem Problem zu widmen. Das ist nicht möglich, da wir keine Voraussetzung haben. Herr Klare sagte: »Damals gab es ein Forschungsinstitut in der Gummiindustrie. Das hat sie aber systematisch abgebaut. Wenn jetzt die Frage an die Akademie kommt, muß man sagen, daß das Gebiet sehr weit von der Akademie weg ist und eigentlich in der Industrie bearbeitet werden müßte«.

Es gibt zur Zeit eine große Sorge: In der Industrie sind verschiedene Gebiete unzureichend mit wissenschaftlichem und technischem Personal entwickelt. Die Akademie kommt in den gesellschaftlichen Zwang, solche Dinge zu machen, und aus der gesellschaftlichen Verantwortung heraus können wir auch nicht sagen, daß wir uns dieser Verantwortung nicht stellen. Für die Perspektive stellt sich das anders dar: Wenn wir jetzt stärker technologische Probleme aufgreifen statt Grundfragen der Physik, dann sollten zur gegebenen Zeit bestimmte Dinge ausgegliedert und an die Großindustrie übergeben werden«.

Naas: »Als wir die Akademie ins Leben riefen, war von vornherein klar, daß sie sich im Rahmen der Forschung auf einen bestimmten Bereich einrichten muß, meinetwegen Grundlagenforschung. Und ebenso klar war, daß bei der Industrie, bei den Erfahrungen, die sie in einem Land wie Deutschland mit einer hochentwickelten Industrie, Forschungseinrichtungen geschaffen werden müssen. Damals gab es das Wort: Ein guter Leiter der Industrie ist nicht nur einer, der den Fünfjahrplan erfüllt, sondern auch schon an dem nächsten arbeitet. Als die Wirtschaftskommission kam, Heinrich Rau⁷⁸, haben wir damals überlegt, es muß in der Wirtschaftskommission eine Abteilung für Forschung entstehen, die die Aufgabe übernimmt, die wissenschaftliche Forschung in Gang zu bringen. Das war das Zentralamt für Forschung und Technik. Ich muß leider sagen, daß dieses Zentralamt die Aufgabe nicht voll erfüllt hat, und es gab eine Tendenz, in der Akademie zu stören, was sehr ungesund war. Das waren gewisse Schwierigkeiten für die Akademie, die der Präsident eben erwähnte«.

Rompe: »Es war nicht so, daß am Anfang nur die Volksbildung eine stärkere Entwicklung nahm. Wir waren auf manchen Gebieten der Forschung gut. Hermsdorf⁷⁹ war führend, dort gab es absolutes Weltniveau. Aber andererseits gab es Gebiete, wo die Bahn eingleisig lief. Wir haben versucht hier vorwärts zu kommen, aber die Spitzen von damals ließen sich nicht halten. Als der systematische Aufbau begann, floß das Geld nicht mehr so reichlich. Leuna hatte damals Mittel für 30 000 Beschäftigte, 15 000 davon haben im eigenen Rationalisierungsmittelbau alles selbst gebaut«.

Naas: »Noch ein wichtiges Moment: Wir hatten sehr viel der SU zu verdanken. Aber bei allem muß man auch auf Unterschiede achten. Wenn man an die Tätigkeit der Sibirischen Akademie denkt, die von einem Mathematiker⁸⁰, den ich gut kenne und sehr verehere, geleitet wird. Dieser Mann ist nach Nowosibirsk gefahren und hat auf dem Boden eine Akademie aufgebaut, wobei er den Auftrag des

ZK zur Erschließung Sibiriens mitnahm. Natürlich konnte er nicht an eine Zweiteilung denken. Industrie mit eigener Forschung, denn dort gab es diese Industrie nicht. Infolgedessen ergab sich aus der dortigen Entwicklung ein eigener Weg zur Erschließung des Landes. Wenn man die Geschichte dieses Mannes schreibt, schreibt man die Geschichte eines hervorragenden Menschen unserer Zeit. Es wäre eine lohnende Aufgabe, daraus zu lernen und die Besonderheiten zu meistern. Ich sage das deshalb, weil es nicht immer um einen Nachbau der Strukturen der SU geht. Man muß eigene Wege gehen. Unsere Industrie mit großer Erfahrung und eigener Forschung muß schnell realisiert werden, und die Akademie muß Geber neuer Ideen sein«.

Wandel verweist hier auf den XXVI. Parteitag der KPdSU und auf die Konzentration wissenschaftlicher Kräfte auf Schwerpunktaufgaben.

Rienäcker erinnert daran, daß es in Leuna und bei Zeiß/Jena zwei Großforschungszentren gab, aber später ist in der Industrie diese Basis schmal geworden.

Wittbrodt: »Diese Fragen haben bei der Bildung der Forschungsgemeinschaft eine große Rolle gespielt. Wir haben mit Selbmann⁸¹ diskutiert. Heraus kam die Gründung wissenschaftlicher Industriebetriebe. Dazu gab es eine Verordnung von 1959, daß solche Betriebe gegründet werden, die den Erkenntnisfluß der Akademie in Spezialproduktion umsetzen, vor allem für den Gerätebau u.a. Es gab fünf bis sechs Betriebe. Praktisch gelebt haben sie fünf bis sechs Jahre und wurden dann immer mehr von der Produktion geschluckt. Anfangs stand das Wort ›wissenschaftlich‹ noch im Namen und fiel später ganz weg. Also die Dinge haben schon gelebt, die Ideen hat es schon immer gegeben, und sogar eine Verordnung. Das müßte ernsthaft untersucht werden«.

Wandel: »Ich habe ein Steckenpferd und hierzu eine Frage: Wie weit ist die Akademie ein Qualifizierungsbetrieb für den wissenschaftlichen Nachwuchs? Wie steht es mit der Arbeitsteilung Akademie – Hochschulen? Eigentlich muß die Akademie eine Kaderschmiede sein«.

Rompe verweist auf den XXVI. Parteitag der KPdSU und auf die Forderungen an die Militärtechnik. Aus damit zusammenhängenden Fragen der Geheimhaltung ergeben sich viele Probleme für die kommerzielle Technik.

Präsident Scheler schließt die Beratung ab und erklärt, daß das heutige Zusammentreffen eine sehr schöne Verständigung gewesen sei und aus den Anfangszeiten der Akademie persönliche Erinnerungen ausgetauscht werden sollten. Aus dem Gespräch gab es eine Reihe von Anregungen, die auch von Bedeutung für seine eigene unmittelbare Tätigkeit seien.

In Fortsetzung der heutigen Runde wäre zu überlegen, zu einem gegebenen Zeitpunkt einmal zwanglos im Präsidium zu sprechen, da eine Anzahl von Präsidiumsmitgliedern und Forschungsbereichsleitern jüngerer Alters seien. Der Präsident wird über die Fortsetzung und über die Art und Weise mit Werner Hartkopf sprechen. Möglich sei auch (Anregung von Hartke), eine Gesprächsrunde über den Zeitraum 1958 bis 1968 mit anderen Problemen

81 Fritz Selbmann: Funktionär d. KPD, 1933 Verhaftung, 1935 Verurteilung zu 7 Jahren Zuchthaus, ab 1940 Konzentrationslager Sachsenhausen, Flossenbürg u. Dachau, ab 1945 verschied. Funktionen in Partei u. staatl. Bereich in Sachsen, 1948-49 Stellv. Vorsitz. d. DWK, 1949-55 Minister f. Industrie bzw. Schwerindustrie, Minister f. Berg- u. Hüttenwesen, 1953-61 Stellv. Vorsitz. d. SPK, danach weitere Funktionen. Zu Selbmanns Ressort gehörte Anfang und Mitte der fünfziger Jahre die Wahrnehmung der Verbindung der Regierung zur Akademie.

durchzuführen. (Rompe schlägt vor, künftig auch Werner Lange einzuladen). Präsident Scheler bedankt sich bei allen Teilnehmern für den anregenden Nachmittag und erklärt, solange er in diesem Raum amtiere, wäre es einer der interessantesten Nachmittage gewesen.

Kurze zeitbezogene biographische Notizen zu den Gesprächsteilnehmern

- Hartke, Werner: 1945 Dozent Univ. Göttingen, 1948 Prof. f. klass. Philologie Univ. Rostock, 1955 dto. Humboldt-Univ. Berlin u. Dir. Inst. f. Altertumskunde, 1955 zugleich I. Dir. Inst. f. Griech.-röm. Altertumskunde d. DAW, 1957-1959 Rektor Humboldt-Univ. Berlin, 1958-1968 Präs. d. DAW, AKM ab 1955.
- Naas, Josef: 1936-1942 Wiss. Mitarb. in d. Industrie, 1942 Verhaftung als Mitgl. d. Widerstandsgruppe Uhrig, Einlieferung in Konzentrationslager Mauthausen, 1945 Leiter d. Ausschusses f. Wissenschaftsleitung beim Magistrat von Groß-Berlin, anschl. Leiter d. Kulturbt. d. ZK d. KPD, 1946 zeitweilig parität. bzw. stellv. Leiter d. Abt. Kultur u. Erziehung im Zentralsekretariat d. SED-Parteivorstandes, 1946-1953 Direktor bei d. Akademie, 1953-1959 Abt.leiter u. Prof. am Forschungsinst. f. Mathematik d. DAW.
- Rienäcker, Günther: 1936 a.o. Prof. f. anorgan. Chemie u. Technologie Univ. Göttingen, 1942-1954 o. Prof. f. anorgan. Chemie u. Dir. d. Chem. Inst. Univ. Rostock, 1945 Dekan Phil. Fakultät Univ. Rostock, 1946-1948 Rektor Univ. Rostock, 1951 Dir. Inst. f. Katalyseforschung (1954 von DAW übernommen, ab 1957 Inst. f. Anorgan. Katalyseforschung d. DAW), 1954 Prof. f. anorgan. Chemie u. Dir. d. I. Chem. Inst. Humboldt-Univ. Berlin, 1957-1968 Generalsekretär d. DAW, 1958-1963 Mitgl. ZK d. SED, AKM ab 1953.
- Rompe, Robert: 1930-1945 Wiss. Mitarb. in Industrie, 1945-1949 Hauptabt.leiter f. Hochschulen u. Wissenschaft in d. Dt. Zentralverwaltung f. Volksbildung (DVV) in d. sowjetischen Besatzungszone (SBZ), bis 1950 Mitgl. d. Parteivorstandes d. SED, 1958-1989 Mitgl. ZK d. SED, 1946 o. Prof. f. Experimentalphysik Univ. Berlin, 1946-1968 Dir. d. II. Physik. Inst. d. Humboldt-Univ. Berlin, 1950-1970 Dir. d. Inst. f. Strahlungsquellen bzw. d. Physikal.-techn. Inst., ab 1969 d. Zentralinst. f. Elektronenphysik d. DAW, 1954-1963 Sekretär d. Klasse f. Mathematik, Physik u. Technik d. DAW, AKM ab 1953.
- Wandel, Paul: Funktionär d. KPD, 1933-1945 Emigration in d. UdSSR, Lehrer an Kominternschule u. zeitweiliger persönl. Sekretär v. Wilhelm Pieck, 1945 Rückkehr nach Deutschland, Mai-Juli 1945 Chefredakteur »Deutsche Volkszeitung«, Sept. 1945-1949 Präs. d. DVV, 1949-1952 Minister f. Volksbildung d. DDR, 1952-1953 Leiter d. Koordinierungsstelle f. Kultur u. Volksbildung, 1946-1958 Mitgl. d. Parteivorstandes bzw. ZK d. SED, 1953-1957 Sekretär des ZK d. SED.
- Wittbrodt, Hans: 1938-1945 Wiss. Mitarb. d. Forschungsanstalt d. Reichspost, 1945-1946 Referent Zentralverwaltung f. Post- u. Fernmeldewesen in d. SBZ, 1946-1948 Wiss. Assist. II. Physik. Inst. Univ. Berlin, 1948-1951 Abt.leiter in d. DWK, 1951-1953 Leiter d. Hauptabt. Forschung u. Entwicklung im Zentralamt f. Forschung u. Technik d. SPK, 1953-1957 Wiss. Direktor an d. DAW.

ROLAND W. SCHINDLER

Flaschenpost für das 21. Jahrhundert. Einführung in das Werk Hannah Arendts

Warum heute Hannah Arendt lesen?

Hannah Arendt gehört zu den Klassikern der politischen Philosophie des 20. Jahrhunderts. Sie selbst hat sich zwar dagegen verwahrt, als Philosophin betrachtet zu werden. Das war eine Folge ihrer Kritik an den metaphysischen Konzeptionen der traditionellen Philosophie. Arendt richtet sich gegen das Anliegen der philosophischen Tradition, die Einheit alles Seienden im Rückgang auf ein grundlegendes Prinzip zu begreifen. Die Gründe dafür werden im Hinblick auf die traditionelle Konstellation von Philosophie und Politik klar. Die Philosophie hat es zu keinem reinen Begriff des Politischen gebracht, da sie ihren Ausgang stets von dem Menschen im Singular genommen hat. Dem entspricht, daß die philosophische Wahrheit in einem einsamen Dialog des vom Alltag zurückgezogenen Menschen, der mit sich selbst redet, zutage treten sollte. Dagegen richtete sich Arendts zentraler Einwand. Stattdessen schlug sie vor, eine neue Weise des Philosophierens in den alltäglichen Erfahrungen der Menschen zu fundieren. Hierbei wird eine ihrer Grundkategorien, die der Pluralität, wirksam. Das philosophische Denken sei im Plural der Menschen fundiert, die miteinander reden und sich verständigen. Als Begründerin des intersubjektiven Entwurfs in der Philosophie ist sie mit ihrem Werk also aktuell.

Aus Arendts Verständnis der Intersubjektivität geht der Verzicht auf einen Objektivitätsstandard hervor. Daraus folgen zwei Imperative ihrer politischen Philosophie: inmitten der Welt denken und die Differenz der anderen in ein Anerkennungsverhältnis einbegreifen. Daran ist ablesbar, daß die Aktualität Arendts nicht auf ihre Philosophie im engeren Sinn beschränkt ist. Denn ihr theoretischer Ansatz ist ohne die vielfältigen Bezüge auf die von ihr angestellte Zeitdiagnose des 20. Jahrhunderts nicht denkbar. Ihre Aktualität kann darüber hinaus daran festgemacht werden, daß die Grundideen ihrer neuen Wissenschaft von der Politik inzwischen in vielen gegenwärtigen Entwürfen aus den sozialwissenschaftlichen und philosophischen Disziplinen, wenn auch oft auf unausgesprochene Weise, Entsprechungen gefunden haben. In der folgenden Einführung wird es darum gehen, an einer kurzen Werkskizze die Verbindung zwischen Arendts Erfahrungen mit der Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts und dem von ihr vorgeschlagenen Paradigmenwechsel des Denkens nachzuvollziehen.

Roland W. Schindler – Jg. 1963. Dr. phil., Münster, Philosoph, Soziologe und Historiker.
Dissertation: Geglückte Zeit – gestundete Zeit. Hannah Arendts Kritik der Moderne, Frankfurt/M. 1996 (Campus).
Letzte Veröffentlichung: Rationalität zur Stunde Null. Mit Hannah Arendt ins 21. Jahrhundert, Berlin 1998 (Trafo-Verlag).
z.Zt. Lehrbeauftragter an der Universität Bremen, Studiengang Philosophie.

Die Zeitschrift »Sozialistischen Monatshefte« war ein Forum der sogenannten »Revisionistischen Rechten« um Eduard Bernstein, die um die Jahrhundertwende die revolutionäre Strategie der SPD anzweifelte und stattdessen eine reformorientierte Politik propagierte.

»In dem Ausmaß, in dem das Heraufkommen totalitärer Regime das Hauptereignis unserer Welt ist, heißt den Totalitarismus verstehen nicht, irgendetwas entschuldigen, sondern uns mit einer Welt, in welcher diese Dinge (die Shoah; R.W.S.) überhaupt möglich sind, versöhnen.« [1994, S.110]

Anmerkungen zur Person

Am 14. Oktober 1906 wird Hannah Arendt in Linden bei Hannover geboren. Aus gesundheitlichen Gründen gibt der Vater 1908 seinen Beruf als Ingenieur auf. Die Familie zieht zu den Großeltern nach Königsberg, wo Hannah Arendt aufwächst. Als eine alteingesessene ist die Familie dort Teil der wohlhabenden und gebildeten jüdischen Kreise. Die Eltern gehörten darüber hinaus der sozialdemokratischen Gruppierung um die »Sozialistischen Monatshefte« an. Der Vater stirbt 1913. Hannah Arendt wächst fortan in einem von Frauen geprägten Haushalt auf. Von 1924-1928 studiert sie u.a. Philosophie bei zwei der bedeutendsten Philosophen dieses Jahrhunderts: Martin Heidegger und Karl Jaspers. Bei letzterem promoviert sie 1928 mit einer Arbeit über den Liebesbegriff bei Augustin.

Bereits 1926 und in der Folge verstärkt durch den offenbaren politischen Erfolg der Nationalsozialisten beginnt Arendt sich mit zionistischer Politik auseinanderzusetzen. Nach dem Reichstagsbrand emigriert sie 1933 nach Frankreich. Ihre Tätigkeit ist in den dreißiger Jahren überwiegend die einer Sozialarbeiterin. So setzt sie sich in der Jugend-Alliyah für die Auswanderung von jüdischen Jugendlichen nach Palästina ein. Das Engagement für jüdische Politik setzt sie von 1941 an in New York fort. Dorthin war sie nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs geflohen. Aus ihrem publizistischen Wirken dieser Zeit ragen Arbeiten zur jüdischen Politik in Palästina hervor. Ihre kritischen Analysen über die Durchsetzung einer durchdringend nationalistischen Politik in der Weltorganisation des Zionismus und vor allem in Palästina sind von enormer Aktualität. Darin versucht sie mit Vehemenz, eine kooperative Politik gegenüber der arabischen Bevölkerung zu begründen.

Die Nachrichten aus Europa über Auschwitz bedeuten einen tiefen Einschnitt in Arendts Tätigkeit. Daß das Unvorstellbare schließlich geglaubt werden mußte, erschüttert sie, wie sie 1964 in einem Fernsehgespräch gegenüber Günter Gaus erklärte. Ihr wissenschaftliches Werk kreist in der Folge um die Frage, wie der Totalitarismus zu verstehen ist. Was das im einzelnen heißt, verdeutlicht sie 1959 in Hamburg während ihrer Rede anlässlich der Verleihung des Lessing-Preises an sie: »Das Höchste, was man erreichen kann, ist zu wissen und auszuhalten, daß es so und nicht anders gewesen ist, und dann zu sehen und abzuwarten, was sich daraus ergibt.« [1989, S. 36]

Im Hinblick auf die Realisierung dieses Anspruchs setzt Arendts wissenschaftliche Arbeit, mit der sie in den fünfziger Jahren bekannt wird, bis heute Maßstäbe. »Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft« erscheint 1951 in den USA und wird in der Zeit des Kalten Krieges schnell mißverstanden. Denn nicht in der umstandslosen Gleichsetzung von NS-Herrschaft und Kommunismus liegt die Quintessenz ihres Werkes. Darüber aber später mehr.

In der Folgezeit ist Arendt in den U.S.A. als freie Publizistin tätig und nimmt Angebote zu Gastprofessuren an einigen der renommierten Universitäten, darunter Harvard und Princeton in Cambridge sowie Berkeley in Los Angeles, an. Aus ihren Vorlesungen und Seminaren geht das Material hervor, daß sie zu ihrer zweiten großen Arbeit, »Vita activa oder Vom tätigen Leben« verdichtet. In

dieser 1958 erschienenen Studie entwickelt sie ihre Kritik am Selbstverständnis moderner Gesellschaften, die als Arbeitsgesellschaften verfaßt sind. Die Gefahr, die sie in der Arbeitsgesellschaft angelegt sieht, ist, daß das Politische aus der Welt verschwindet, was vor allem besagt, daß mit den ausgreifenden bürokratischen Strukturen von Wirtschaft und Gesellschaft die Politik als eine Funktion der Gesellschaft aufgefaßt wird. Dagegen argumentiert sie in ihrer Handlungstheorie für einen politischen Humanismus, der stärkeres Gewicht auf die dem menschlichen Handeln inwohnende Spontaneität legt.

Als 1960 Adolf Eichmann, der während des Zweiten Weltkriegs in Europa die Deportationen der jüdischen Bevölkerung in die Vernichtungszentren im Osten organisierte, vom israelischen Geheimdienst Mossad verhaftet wird, überrascht Arendt diese Nachricht inmitten ihrer Arbeit an einem Buch »Über die Revolution«. Sie bemüht sich um eine Gelegenheit den Prozeß gegen Eichmann in Jerusalem beobachten zu können. Als Gerichtsreporterin reist sie 1961 für die Zeitschrift »The New Yorker« nach Israel. Ihre Wahrnehmung des Angeklagten faßt sie in der umstrittenen These über die »Banalität des Bösen« zusammen. Das Buch löste in den sechziger Jahren eine große Kontroverse aus, weil es so aufgefaßt wurde, als ob Arendt einer Trivialisierung der Shoah das Wort geredet hätte.

Beinahe zeitgleich mit der Eichmann-Reportage erscheint 1963 ihre zwischenzeitlich beendete Revolutionsstudie. Dieses Buch ist wie kein zweites geeignet, darzulegen, warum Arendts politische Theorie sich einer eindeutigen Zuschreibung eines politischen Lagers entzieht. Die Linke reibt sich an ihren Thesen über die soziale Frage als Verursacherin des Terrors der Französischen Revolution. Der Rechten geht dagegen Arendts entfaltete Theorie der Räte-demokratie zu weit, weil sie jeglichen Respekt vor den wohlgeordneten Institutionen der parlamentarischen Demokratie vermissen läßt. Beides zeigt die Spannbreite ihres Werkes.

Arendt hat nicht nur gewichtige Monographien zur Politiktheorie verfaßt hat, sondern zeitlebens als engagierte Essayistin zu Zeitfragen mit ihrer unnachahmlichen Haltung, zwischen allen Stühlen zu sitzen, Stellung bezogen. Herausheben möchte ich zwei Arbeiten aus dem Jahr 1970. In »Macht und Gewalt« befaßt sie sich im Geiste kritischer Solidarität mit der weltweiten Studentenbewegung. Dieser schreibt sie ins Stammbuch, daß die Beachtung des Unterschiedes, der zwischen Macht und Gewalt besteht, entscheidend sei für den weiteren Weg dieser politischen Bewegung. Gegen die Radikalisierung zur Gewalt erinnert sie an die ganz anderen Wurzeln menschlicher Macht, die allein dort vernehmbar ist, wo Menschen aus freien Stücken zwanglos miteinander handeln und an einer gemeinsamen Angelegenheit orientiert sind.

Ein zweiter Essay, »Ziviler Ungehorsam«, setzt sich mit dieser in der Widerstandsbewegung gegen den Vietnam-Krieg in den Vereinigten Staaten angewandten Aktionsform auseinander. Ihre Analyse läuft darauf hinaus, im Zivilen Ungehorsam eine gerechtfertigte Möglichkeit zu beschreiben, mit der eine durch das politische Handeln der Staatsmacht mißachtete Verfassungsnorm mit ungesetzlichen Aktionen zurückgefordert werden kann.

Mit dem unvollendet gebliebenen Spätwerk »Vom Leben des Geistes«, das erst posthum 1978 veröffentlicht wurde, scheint sie in die Sphären der Philosophie zurückzukehren, denn darin umreißt sie das Profil einer neuen Philosophie. Doch auch hier kann nicht übersehen werden, wie das Philosophische mit dem Politischen verwoben ist. Hannah Arendt hatte gerade begonnen, ihre Gedanken über »Das Urteilen« niederzuschreiben, als sie am 5. Dezember 1975 an ihrem zweiten Herzinfarkt starb.

Begründung der Totalitarismus-Theorie

Seit »Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft« gilt Arendt als die Klassikerin der Totalitarismustheorie. Zwar ist sie nicht die erste, die diesen Begriff zur Kennzeichnung einer neuen Staatsform benutzt hat, aber sie leistet mit ihrer umfassenden Analyse der NS-Herrschaft und des Stalinismus Pionierarbeit. Ihr Begriff des Totalitarismus beruht auf der Einschätzung, daß die Institutionen totaler Herrschaft einen Grad an Radikalität aufweisen, der sie selbst von der ihr am nächsten stehenden Staatsform der Diktatur prinzipiell unterscheidet. Diese Radikalität zeigt sich in der Intensität des Terrors.

»Dem Terror gelingt es, Menschen so zu organisieren, als gäbe es sie nicht im Plural, sondern nur im Singular, als gäbe es nur einen gigantischen Menschen auf der Erde, dessen Bewegungen in den Marsch eines automatisch mit absoluter Sicherheit und Berechenbarkeit einfallen. Die an sich notwendig ablaufenden Prozesse will der Terror auf eine Geschwindigkeit, gleichsam auf eine Tourenzahl bringen, die sie ohne die Mithilfe der zu einem Menschen organisierten Menschheit nie erreichen könnten.« [1986, S. 714]

Für Arendt besteht im Hinblick auf die Prozesse, die der Terror enorm beschleunigt, kein substantieller Unterschied, ob es sich nun um die nationalsozialistische Ideologie des Rassismus oder die kommunistische Ideologie des Klassenkampfes handelt. Zwar exponiert Arendt in ihrer Analyse zwischen den beiden Konkretionen totaler Herrschaft eine Reihe von Differenzen, was deren Genese, Stabilität und Radikalität angeht, jedoch stimmen sie in der oben angedeuteten Weise überein. Um es klar zu sagen: Beide totalitären Systeme beschneiden nicht nur die politische, sondern auch die private Spontaneität der Menschen, die auf ihrem Territorium leben.

Totale Herrschaft ist also dort realisiert, wo die Wirklichkeit der Freiheit verschwindet. Alle zwischen Menschen waltenden Bezüge sind dann den ideologischen Normen gleichgeschaltet. So wie in der Öffentlichkeit kein Raum mehr für individuell gewählte Handlungen bleibt, so ist auch das Private nicht mehr das Refugium für Individualität. Der öffentliche Raum wird über Ausgrenzungen strukturiert. Gebote wie »Juden betreten diesen Ort auf eigene Gefahr« ordnen ebenfalls das Private nach den Richtlinien der totalitären Ideologie. Für die Opfer des Terrors ist die persönliche Haltung unentscheidend. Es kommt nicht mehr darauf an, was eine/r wirklich getan hat. Stattdessen zählt nur noch ob er gemäß den ideologischen Kriterien zur »richtigen« Rasse oder zur »wahren« Klasse zählt. Zugehörige »absterbender Klassen« werden ebenso unterschiedslos liquidiert wie solche von »minderwertigen Rassen«. Damit vollzieht die totale Herrschaft beschleunigt das, was sie ohnehin in den nur »langsameren und unsicheren Vernichtungsprozeß von Natur oder Geschichte« [1986, S. 714] eingeschrieben sieht.

Das gelingt aber nur unter »Mithilfe« der Bürger einer totalen Herrschaft. Sie sind zwar ihrer freien Spontaneität beraubt worden, aber zugleich »werden sie in dauernder Bewegung gehalten als

Exponenten des gigantisch übermenschlichen Prozesses von Natur oder Geschichte, der durch sie hindurchrast« [ebd., S. 710]. Hierin drückt sich ein Paradox totaler Herrschaft aus. Denn einerseits ist es die Erfahrung der Verlassenheit, die im Totalitarismus politisch produktiv wird. Im »eisernen Band« (Arendt) des Terrors werden die Bürger totalitärer Regime zu Massenformationen zusammengefaßt. Wie aber können diese Menschen im Beisein vieler anderer Verlassene sein? Arendts Ansicht liegt der Herkunft des Totalitarismus eine ökonomische und soziale Krise zugrunde, in der die »gemeinsam bewohnte Welt auseinanderbricht und die miteinander verbundenen Menschen plötzlich auf sich selbst zurückwirft« [ebd., S. 729]. In dieser Krisensituation treten sie in Distanz zu den anderen. Zwar ist für Arendt das Selbst jedes einzelnen als der innere Ort gekennzeichnet, an dem das Denken überhaupt einsetzen kann. Doch hierfür ist sowohl die Kommunikation mit anderen notwendig, als auch ein Moment des Innehaltens. Letzteres bleibt aber im Funktionszusammenhang totaler Herrschaft ebenso verwehrt, wie erstere in dem für totalitäre Verhältnisse typischen Klima der Denunziation unterbleibt. Obwohl also die einzelnen in Massen formiert werden, verbinden sie sich nicht in Bezügen freier Kommunikation. Daraus folgt, »daß das spezifisch Zwingende der logischen Folgerungen nur den von allen Verlassenen mit ganzer Gewalt überfallen kann« [ebd., S. 728] Hier schließt sich das Paradoxon totaler Herrschaft.

Zum Funktionszusammenhang, in dem der Terror wirksam wird, zählen die Aufweichung rechtsstaatlicher Traditionen, die Dominanz einer Geheimpolizei und ein allseitiges Klima der Denunziation, das die Überwachung der Bürger zu einer Angelegenheit der Selbstverwaltung macht. Von der bürokratischen Gestalt, die die totale Herrschaft annimmt, sollten nicht allzu weitgehende Erwartungen an die Rationalität dieser Herrschaftsform ausgehen. Denn hinter der Fassade behördenlicher Anstalten verbirgt sich oft eine nicht leicht überschaubare und den Prinzipien rationaler Amtshierarchien widersprechende Institution, die aufgrund ihrer Verschachtelung einer Selbstradikalisierung des Vernichtungsprogramms zuarbeitet [Wildt 1998, S. 33-40]. Dies verdeutlicht Arendt in »Eichmann in Jerusalem«.

Zwei ergänzende Bemerkungen sind notwendig, um diese geraffte Skizze von Arendts Totalitarismusbegriff nicht in eine Schiefelage geraten zu lassen. Einmal stellt die totale Herrschaft für Arendt keinen Meteoriteneinschlag in den Prozeß der modernen Zivilisation dar. Vielmehr geht der Totalitarismus aus den Institutionen der modernen Gesellschaft hervor. Dazu zählt Arendt die Gewaltaffinität eines reinen Kapitalismus, der im Verlauf seiner Geschichte darauf zielt, sich der Einbettung in politische Regeln zu entziehen. Ein anderer Aspekt besteht darin, daß moderne Gesellschaften zu einem nivellierenden Konformismus tendieren und die Andersheit abweichender Kulturen nicht akzeptieren.

Des weiteren betont Arendt überhalb des Vergleiches beider Systeme totaler Herrschaft die Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen. Das hebt Arendt an der Realität der Konzentrationslager hervor. Im Gefüge der totalen Herrschaft seien die KZ

»Menschen, sofern sie mehr sind als reaktionsbegabte Erfüllungen von Funktionen, deren unterste und daher zentralste die rein tierischen Reaktionen bilden, sind für totalitäre Regime schlechtdings überflüssig.«
[Arendt 1986, S.698]

die zentrale Institution. Sie dienten als Laboratorien, in denen die totalitären Herrscher das Experiment durchführen, inwieweit die Spontaneität als menschliche Eigenschaft abgeschafft werden kann. Deshalb funktionierten sie nicht als bloße Mordmaschinen. Vielmehr seien sie so eingerichtet, daß ihre Insassen möglichst lange in dem Niemandsland zwischen Leben und Tod leiden müssen. Der perverse Triumph des Systems totaler Herrschaft bestehe in jenen Häftlingen, die nur noch reagieren können; an denen alles, was ›Person‹ oder ›Charakter‹ heißen könnte, zugrunde gegangen ist. Die KZ-Häftlinge gelten zugleich als Verhaltensmodelle für die Bürger des Totalitarismus. Diese sollen, wie oben bereits dargelegt, ebenfalls ihre Spontaneität ablegen und nur noch einem nachstreben, nämlich in die gigantischen Prozesse von Natur und Geschichte einwilligen. Im Hinblick auf dieses Experiment überrage der nationalsozialistische Terror den des Stalinismus.

Im Hinblick auf die Vernichtung der europäischen Juden tritt die Singularität der NS-Verbrechen hervor. Denn mit der Fixierung auf das Vernichtungsprojekt verabschieden sich die totalitären Machthaber vom Erfahrungsgrund der Realität im Zweiten Weltkrieg. So werden sie unempfindlich für ökonomische und militärische Anforderungen. »Die Nazis haben diese Zwecklosigkeit bis zur offenen Zweckwidrigkeit getrieben, als sie mitten im Kriege und bei offenbarem Mangel an rollendem Material Millionen von Juden transportierten und riesige kostspielige Vernichtungsfabriken anlegten.« [ebd., S. 684]

Eine Frage stellt sich mit Blick auf die 1961 entstandene Studie »Eichmann in Jerusalem«. Anders als in ihrem Totalitarismusbuch rückt sie vom Begriff des radikal Bösen ab, den sie auf die zuletzt bezeichneten Praktiken der Vernichtung angewandt hat. Indessen spricht sie von der »Banalität des Bösen«. Ist dies nun ein weniger radikales Konzept zur Bezeichnung des Bösen im Totalitarismus? Wenn wir die hinter beiden Begriffen steckenden Darlegungen vergleichen, können wir erkennen, daß sie im Kern übereinstimmen. Denn das radikal Böse tritt in einem sozialen Systems zutage, in dessen Rahmen die Menschen sich als Überflüssige verhalten [1986, S. 702]. Anders gesagt: Das Böse in der totalen Herrschaft baut auf dem Verlust der Fähigkeit zu denken auf [1986, S. 665]. Genau das betont auch Arendts These von der Banalität des Bösen. Adolf Eichmann ist demzufolge ein Prototyp des gedankenlosen Täters. Allerdings ist Arendt klar, daß die Denkfähigkeit, sich vorzustellen, was er mit seinen Taten anstellt, ihn nicht daran hindert, sich mit mörderischem Eifer zu betätigen⁴. Von einer Trivialisierung der Schuld der Naziverbrecher durch Arendts Eichmann-Reportage kann daher keine Rede sein.

Neues Lexikon der Politik

Von Arendts Auseinandersetzung mit der Geschichte der totalen Herrschaft und insbesondere dem totalitären Verbrechen der Shoah gehen verbindende Fäden zu ihrer Arbeit über die »Vita activa« aus. Kurz gesagt, in der »Vita activa« entfaltet sie die Grundideen eines authentischen Politikbegriffs, den sie gegen die Verheerungen des Totalitarismus setzt. Im Kern geht es dabei um

die anthropologischen Bedingungen, die eine Theorie des Handelns berücksichtigen muß, sofern sie auf die Begründung politischer Freiheit abzielt. Aus den komplexen Ausführungen Arendts zu dieser Fragestellung bespreche ich hier nur die drei Grundideen, um die sie das Lexikon der Politik bereichert hat.

Was heißt Pluralität?

Pluralität ist der Grundbegriff in Arendts politischer Philosophie. Insofern wir politisch handeln wollen, müssen wir respektieren, daß wir inmitten anderer Menschen leben. Dabei treffen wir auf andere, die dasselbe sind wie wir, dies zugleich aber auf eine Weise, daß kein anderer einem gleicht, der je gelebt hat oder noch leben wird. Pluralität bezeichnet also die Tatsache, daß die Menschen und nicht der Mensch die Erde bevölkern.

Damit ist aber nicht die schlichte Vielheit gemeint. Den Kern des Pluralitätsbegriffs macht der Differenzbegriff aus. An zwei Beispielen unterstreicht Arendt die Unhintergebarkeit der Differenz zwischen Menschen. Zunächst verweist sie auf die Version der biblischen Schöpfungsgeschichte, in der Gott die Menschen erschuf, den Mann und die Frau. Gemäß einer zweiten, veränderten Version der Schöpfungsgeschichte hat Gott zuerst Adam modelliert und dann aus seiner Rippe die Frau herausgebildet. Viele Ideen vom Menschen überhaupt ähneln diesem Modell, sofern sie »die menschliche Pluralität als Resultat einer unendlich variierbaren Reproduktion eines Urmodells« [1960, S. 15] begreifen. Der angemessenere Begriff der Pluralität setzt dagegen von vorneherein auf die grundlegende Differenz zwischen den Menschen. Das dafür ausschlaggebende Paradigma ist mithin die Existenz von Männern und Frauen.

Im Hinblick auf die Globalisierung tritt ein weiterer Aspekt des Pluralitätsbegriffs hervor. Weil die Erde eine Kugel ist, können die Menschen nicht voreinander ausweichen, sondern sie müssen sich nebeneinander tolerieren [1985, S. 100f.]. Anstatt sich daher einer Gleichmacherei anzupassen, komme es darauf an, die kulturellen Unterschiede zu respektieren und die Verständigung über die Differenzen hinweg zu suchen [1989, S. 108f.]. Die damit verknüpfte anthropologische Grundsituation erörtert Arendt im Kontext des zweiten von ihr darlegten Grundbegriffs, der Natalität.

Was heißt Natalität?

Natalität ist das, was in der Pluralität für Bewegtheit sorgt, und immer neue Differenzen ins Zusammenleben der Menschen hineinträgt. Arendts Handlungstheorie erhält mit diesem Begriff eine existentielle Grundlage. Es ist das Faktum, das Menschen in die Welt hineingeboren werden, an dem Arendt den Begriff der Natalität festmacht. In einem zweiten und für das Verständnis von Arendts politischer Theorie entscheidenderen Sinn ist die Natalität als Verweis auf die Gebürtlichkeit der Menschen die Metapher für deren Geburt als handelnde Wesen. Im Hinblick darauf akzentuiert Arendt in ihrer Handlungstheorie besonders den Aspekt des Anfangen-Könnens als menschlichen Wesenszug. Mit Sinn für das Spontaneistische entzieht Arendt damit das Politische funktionali-

»Weil jeder Mensch auf Grund des Geborens ein ininitium, ein Anfang und Neuankommeling in der Welt ist, können Menschen Initiative ergreifen, Anfänger werden und Neues in Bewegung setzen.« [1960, S.166]

stischen Zuschreibungen und systemischen Prozessen, auf die gegenwärtige Politik als Realpolitik bezogen ist, da prinzipiell nicht auszuschließen sei, dass jeder Mensch mit einem Neu-Anfang versuchen könne, die scheinbaren Determinismen einer Gesellschaft aufzubrechen.

Was heißt Publizität?

Im Begriff der Publizität treffen die Grundbegriffe Pluralität und Natalität zusammen. Alles politisch Relevante ereignet sich schließlich in der Öffentlichkeit. Weil die Menschen inmitten vieler anderer leben, ist ihnen ein Drang zur Selbstdarstellung eigen. Wie Arendt anmerkt, ist dies eine »Reaktion auf die eigene Erscheinungshaftigkeit« [1979, S. 31]. Weil Menschen also gewahren, daß sie von anderen umgeben sind, möchten sie von ihnen angehört und gesehen werden. Die Öffentlichkeit ist dementsprechend eine Bühne – oder, in Arendts Worten, ein Erscheinungsraum – auf der alle Menschen auftreten können müssen, um ihre eigene Sichtweise auf die gemeinsam mit anderen geteilte Welt zu bekunden.

Zwei Aspekte sind dabei einbezogen. Erstens ist der öffentliche Raum ein Forum, in dem nur diejenigen Anliegen Beachtung beanspruchen können, die für alle von gleicher Dringlichkeit sind [1986, S. 715; 1960, S. 49]. Etwas wird also öffentlich, indem es so zur Präsentation kommt, daß die anderen es mit Interesse wahrnehmen. Das Recht auf Öffentlichkeit ist in diesem Sinne ein egalitäres. Denn ein jeder Mensch kann als Person das Recht einfordern, »zu sehen und gesehen zu werden, zu sprechen und gehört zu werden« [1994, S. 269]. Zweitens ist im öffentlichen Raum der Pluralismus der Perspektiven maßgeblich. Aufgrund der Pluralität ist nämlich das menschliche Realitätsbewußtsein von den unterschiedlichen Perspektiven anderer imprägniert.

Mit diesen Worten pflichtet Arendt allerdings nicht einer Pluralismusauffassung bei, die hinter dem Nebeneinander unterschiedlicher Werte, Lebensstile und Meinungen für ein übergreifendes Vernunftkonzept plädiert. Nicht metaphysisch, sondern politisch ist die besagte Identität von Dingen zu verstehen, weil sie von der Zustimmung der anderen abhängt. Hier zieht Arendt eine Lehre aus dem Totalitarismus, insofern dieser demonstriert hat, daß durch konsequentes Lügen die Realität eine an Ideologien orientierte fiktive Form annehmen kann.

Als ein Zwischenraum der Begegnung ist Öffentlichkeit dagegen gefeiert, daß die Menschen »gleichsam über- und ineinanderfallen« [1960, S. 52] und eine amorphe Masse herauskristallisieren. Dies verhindern die Beachtung der mitgebrachten Individualität der öffentlich Versammelten und die Gewahrung des Faktums, daß eine stabile Öffentlichkeit auf der Suche nach Gemeinsamen durch die Anerkennung anderer basiert.

Die ursprüngliche Fremdheit und die Begegnung mit anderen

Das zuletzt Gesagte werde ich im folgenden im Hinblick auf Arendts Ausführungen zur anthropologischen Grundsituation der ursprünglichen Fremdheit weiter ausführen. In ihren Texten kommt

»Nur wo Dinge, ohne ihre Identität zu verlieren, von Vielen in einer Vielfalt von Perspektiven erblickt werden, so daß die Versammelten wissen, daß ein Selbes sich ihnen in äußerster Verschiedenheit darbietet, kann weltliche Wirklichkeit eigentlich und zuverlässig in Erscheinung treten.« [Arendt 1960, S.57]

Arendt wiederholt auf die mit der Natalität verknüpfte ursprüngliche Fremdheit jedes Menschen zu sprechen. Jedem, der durch Geburt als Neuankömmling in die Welt gekommen ist, haftet eine ursprüngliche Fremdheit an [1960, S. 169]. Die anderen, in deren Mitte ein Mensch hineingeboren wird, geben ihm die Spielregeln des Zusammenlebens vor, die ihm zunächst fremd sind. Aber dies betrifft auch die den Neuankömmling umgebende Mitwelt. Nicht zuletzt ist der Neuankömmling ob seiner ursprünglichen Fremdheit ein Risiko für die anderen, die nicht wissen, inwieweit er ihre Lebenspläne berühren wird.

Aus diesen Dilemmata befreit die Sprache. »Das bloße Benennen von Dingen, die Schaffung von Wörtern, ist die menschliche Art der Aneignung und gewissermaßen der Aufhebung der Entfremdung von der Welt, in die ja jeder als Neuer und Fremder hineingeboren wird.« [1979, S. 105] Die Hineinfindung ins Lexikon der Sprache, in die wir hineingeboren werden, ist mithin ein erster Schritt zur Überwindung unserer ursprünglichen Fremdheit in der Welt.

Der politisch bedeutendere Aspekt ist jedoch die Funktion der Sprache zur Aufhebung der Entfremdung von den anderen. Ein Risiko ist der Fremde für die anderen, weil die von ihm beabsichtigten Handlungen stets maßlos angelegt sein können. Arendt bemerkt dazu, dem Wesen von Handeln und Sprechen sei es eigen, »Anfänge zu setzen und Bezüge zu stiften, aber nicht zu stabilisieren und zu begrenzen« [1960, S. 183].

Von dieser Einschätzung weicht Arendt jedoch an einer anderen Stelle ab. Denn die anderen bilden als öffentliches Forum eine Interpretations- und Anerkennungsgemeinschaft aus, auf deren Bedeutungszusammenhang, der durch gemeinsame Werte und kulturelle Traditionen geformt ist, sich der Neuankömmling beziehen muß. Er hebt seine Fremdheit auf, indem er in öffentlicher Rede darlegt, »daß er es ist, der handelt, nämlich jemand, der sich auf andere Taten und Entschlüsse berufen kann und sagen, was er weiterhin zu tun beabsichtigt« [ebd., S. 168].

Hieraus geht also hervor, daß das Bezüge-stiften für das Handeln bedeutend ist. Anders als die Betonung des reinen Anfangens setzt Arendt hier den Akzent auf den Aspekt des Miteinander. Die Maßlosigkeit des Handelns wird eingedämmt, weil den Erscheinungsraum eine Vielfalt von Intentionen durchkreuzen kann. Erst unter der Voraussetzung des Miteinanders erwächst das Vertrauen, das nötig ist, um das Risiko abzumildern, das der beim Handeln stattfindenden Selbstenthüllung vor anderen anhaftet.

Wenn Arendt die mögliche Maßlosigkeit des Handelns anspricht, dann auch um die Risiken zu unterstreichen, die das Mißlingen des Verstehensappells nach sich ziehen kann. Bereits in der früh in den 30er Jahren verfaßten, aber erst 1959 veröffentlichten Rahel-Varnhagen-Biographie hat Arendt den Kern ihrer politischen Ethik formuliert, der auf der wechselseitigen Anerkennung als Gleichberechtigter fußt. Bleibt dagegen die Entfremdung von den anderen bestehen, steigt sowohl das Risiko, daß die Nichtanerkannten maßlos ins Bezugssystem der anderen hineinhandeln und es zerstören, als auch das an der Geschichte des 20. Jahrhunderts nachhaltig belegte Risiko des umgekehrten Falls.

»Mißlingt der Appell, kann der andere nicht auf Gründe hören, so bleibt von Menschen nichts übrig als die ewige Verschiedenheit und unverständliche Andersartigkeit naturhafter Substanzen. Man kann die Fremdheit lieben mit der versponnenen Zärtlichkeit, die fremde Formen aufzwingen. Man kann sich vom Fremden wegwenden mit der ganzen Gleichgültigkeit oder dem vollständigen Ekel vor der mißlungene Kreatur. Das kann aber nicht hindern, daß der mißlungene Appell auf einen selbst zurückfällt, einen selbst zur Kreatur macht und die Vernunft zu einer Differenz unter anderen erniedrigt.« [1992, S.147]

Neue Philosophie. Wahrheit und Kommunikation

Eingangs wurde darauf hingewiesen, daß Arendt eine neue Philosophie der Menschheit einfordert, die darauf fundiert ist, daß die Menschen im Plural existieren, indem sie miteinander reden und sich verständigen. Im Kern sind es zwei Neuerungen, denen gemäß Arendt die klassische Philosophie transformieren möchte. Die erste soll an dieser Stelle nur kurz angedeutet werden. Arendt will die metaphysische Konstellation von bloßer Erscheinung und wahren Sein umkehren. Das bedeutet, mit der Suche nach einem Beobachtungspunkt zu brechen, von dem aus die Einheit allen Seins durchsichtig wäre. Der zweite Einwand gegen die alte Philosophie soll etwas näher erläutert werden, weil an ihm wiederum die bedeutende Rolle der Sprache im Theorie-Konzept Arendts aufscheint.

Es geht dabei um ihre Kritik an der modernen Subjektivitätsphilosophie. In dieser bildet das »Ich denke« den Angelpunkt. Als grundlegendes Paradigma hierfür muß Descartes berühmter Ausspruch, *cogito ergo sum*, (ich denke, also bin ich) angesehen werden. In die Mitte des Philosophierens stellt sie dagegen radikal das Konzept der Pluralität. Denn das »Wir« stehe im Zentrum des Denkens: »In mein Einssein hat sich ein Unterschied eingeschlichen.« [1979, S. 182] Das Leben des individuellen Geistes beginnt, sobald der Verkehr des inneren Dialogs zwischen mir und mir verwirklicht wird. Die existentielle Bedingung menschlichen Lebens, die Pluralität, wird dementsprechend in das Einssein des Menschen hineingespiegelt [1977, S. 80]. Grundlegend gilt also: Obwohl das Denken im Modus des Alleinseins erfolgt, existiert »der Mensch wesentlich in der Mehrzahl« [ebd., S. 184]. Das Subjekt des Denkens ist der Plural der »Zwei-in-einem« (Arendt).

Gerade weil der Mensch als denkendes Wesen im Plural existiert, »bedarf auch seine Vernunft der Kommunikation und geht leicht in die Irre, wenn sie davon abgeschnitten ist« [1979, S. 104]. Deshalb ist das Denken grundlegend auf die mit anderen geteilte Gemeinschaft bezogen. Nach Arendts Ansicht ist die Sprache das Medium des Denkens, so daß denkende Wesen »ein Bedürfnis zu sprechen, und sprechende Wesen ein Bedürfnis zu denken« [ebd.] haben. Ins Denken einbezogen sind die den Sinnen gegebenen Alltagserscheinungen. Und um die eigenen durchdachten Urteile im Lichte anderer Meinungen zu erhärten, ist das Sprechen mit anderen erforderlich.

Insbesondere kritisches Denken, um das Arendt es geht, bedarf des Prinzips der Publizität. Kritisches Denken kann erst erlernen werden, wenn man seine eigene Meinung mit »Lehren und Vorstellungen, die man von anderen erhält« [1985, S. 59] abgleicht. Über die Bedeutung der Öffentlichkeit in diesem Kontext bemerkt sie: »Und diese Anwendung kann man nicht ohne Öffentlichkeit lernen, ohne die Überprüfung, die aus der Begegnung mit dem Denken anderer entsteht.« [Ebd.] Worauf es also ankommt, ist das Denken aus der mikroskopischen Perspektive zu erheben, wie Arendt mit Blick auf Kant anmahnt, und in eine erweiterte Denkungsart zu transformieren. Beim abwägenden Urteil geht es dementsprechend darum, die Gedanken anderer zu berücksichtigen.

Was einer selbst über das Gegebene denkt, wird dabei im Licht der Standpunkte anderer durchdacht.

Das kritische Denken ist nicht auf der Suche nach der einen Wahrheit. Es ist bemüht, die eigene Meinung wahrhafter zu machen. Diese Wahrhaftigkeit ist entscheidend von der Beipflichtung durch andere abhängig. Dabei geht dies aber nicht soweit, daß der Denkende dem Gebot der anderen Folge leisten muß, wenn es seinen eigenen Überlegungen zutiefst widerspricht. Es kann also auch der Fall sein, daß das Durchdenken anderer Meinungen zum Festhalten am eigenen, autonomen Urteil führt. Nur, auch in diesem Fall wäre die Wahrhaftigkeit durch die Kommunikation mit anderen erreicht.

Soweit es sich in der Kürze eines Essays machen läßt, wurden hier die Grundzüge von Arendts politischer Theorie dargelegt. Einige weitere Aspekte hätten herangezogen werden können, an denen die Aktualität des Arendtschen Werkes manifest wird: ihre Wissenschaftskritik, ihre Diagnose der Globalisierung, ihre Rassismusanalyse oder ihre These vom Ende der Arbeitsgesellschaft. In einem weiteren Essay soll eine Auseinandersetzung mit Arendts Blick auf die Krise der Politik in der modernen Massengesellschaft folgen. Denn gerade angesichts der herrschenden Politikverdrossenheit und ihrer bedenklichen Auswirkungen sind Arendts Analysen über die Bedingungen der Radikalisierung ansonsten eher unpolitischer Massen besonders sinnvoll.

Literatur

- Arendt (1960), *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, Stuttgart 1960
 Dies. (1963), *Über die Revolution*, München.
 Dies. (1964), *Eichmann in Jerusalem: Ein Bericht von der Banalität des Bösen*, München
 Dies. (1970), *Macht und Gewalt*, München.
 Dies. (1979), *Vom Leben des Geistes*, 2 Bde, München
 Dies. (1985), *Das Urteilen. Texte zu Kants politischer Philosophie*, München.
 Dies. (1986), *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München.
 Dies. (1989), *Menschen in finsternen Zeiten*, erw. Ausgabe. Hg. von Ursula Ludz, München.
 Dies. (1989a), *Zur Zeit. Politische Essays*, Hg. von Marie Luise Knott, Berlin.
 Dies. (1989b), *Nach Auschwitz. Essays & Kommentare 1*, Hg. von Elke Geisel und Klaus Bittermann, Berlin.
 Dies. (1989c), *Die Krise des Zionismus, Essays & Kommentare 2*, Hg. von Elke Geisel und Klaus Bittermann, Berlin.
 Dies. (1992), *Rahel Varnhagen: Lebensgeschichte einer deutschen Jüdin aus der Romantik*, München.
 Dies. (1993), *Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlaß*, Hg. von Ursula Ludz, München.
 Dies. (1994), *Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I*, München.
 Wildt, Michael (1998), »Das Reichssicherheitshauptamt. Radikalisierung und Selbstradikalisierung einer Institution«, in: *Mittelweg* 36, S.33-40.

REINHARD MOCEK

Vom Anspruch der Bewahrung.

Anmerkungen zu Hans Heinz Holz

Ein großes Werk hat Hans Heinz Holz mit dieser Geschichte der Dialektik vorgelegt; und jeder mit den geistigen Problemen unserer Zeit auch nur einigermaßen Vertraute weiß um die Brisanz eines solchen Vorhabens.

Von Dialektik redet es sich zur Zeit nicht gut. Aus den Hörsälen der deutschen Universitäten ist sie sowieso längst schon ausgezogen, und die etablierten Philosophien hierzulande haben sie inzwischen zu den Akten gelegt. Daß das lediglich kognitive Gründe habe, glaubt natürlich kein Mensch. Das Desaster des Realsozialismus ist fraglos der tiefere Grund für dieses Ablegen eines profunden Stücks philosophischer Erkenntniskultur in die Archive. Der dialektische Materialismus als das gemeinhin für diesen Niedergang mitverantwortlich gemachte philosophische Bezugssystem des Sozialismus hatte sich ja auf die revolutionäre Kraft des dialektischen Denkens gestützt. Von den Denkstücken verflössener Realitäten bleibt erfahrungsgemäß in der Regel weniger übrig als von den sinnfälligen Produkten solcher Welten. Hinzu kam, daß an die Stelle einer gründlichen inhaltlichen Auseinandersetzung der Marxisten mit dieser als gescheitert empfundenen dialektisch-materialistischen Theorie zum einen das sofortige »Vergessen« trat – verbunden mit der Adaptation an andere Denksysteme, die ja auf dem Markte der praktischen Vernunft in dieser realkapitalistischen Welt zum Nulltarif feilgeboten werden. Allzu tief habe der marxistische Haken also nicht gesessen in den Köpfen ihrer Vertreter, witzelte Kocka darum schon unmittelbar nach der Wende. Und zum anderen kam es zum selbstkritischen Rückzug, zur Denkpause und wortlosen Enttäuschung.

Beides zusammen vermittelte der Öffentlichkeit das Bild einer Massenflucht der DDR-Gesellschaftstheoretiker aus dieser SED-gestützten Weltveränderungslehre. (Von den Marxisten der übrigen realsozialistischen Welt wollen wir an dieser Stelle absehen, jedoch sah es dort im Grunde nicht anders aus.) Da ist es nicht überraschend, daß der Vorstoß zu einer Neubesinnung auf die philosophische Kraft der Dialektik nicht aus den geistigen Trümmerfeldern des dialektischen Materialismus kommt, sondern aus der Beschaulichkeit einer niederländischen Universität, verfaßt in der heilen Welt der Schweizer Berge, der Wahlheimat von Hans Heinz Holz.

Nun könnte man mit dem allein schon durch diesen Entstehungszusammenhang suggerierten Abstand der Holzschen Dialek-

Reinhard Mocek – Jg. 1936, Philosoph und Wissenschaftstheoretiker, Berlin. Veröffentlichungen u.a. Gesellschaftstheorien (1980), Neugier und Nutzen der Wissenschaftsgeschichte. Potentiale linken Denkens in Deutschland-Ost. Thesen zur Annäherung an ein schwieriges Problem, in: UTOPIE kreativ Heft 68 (Juni) 1996 S. 5-14; Alternative Wirtschaftskonzepte in der Debatte, in: UTOPIE kreativ, H. 89 (März 1998), S. 48-61.

Anmerkungen zu Hans Heinz Holz: Einheit und Widerspruch. Problemgeschichte der Dialektik in der Neuzeit, 3 Bände, J.B. Metzler Stuttgart/Weimar 1997.

tik von den politischen Auseinandersetzungen unserer Tage eine geistnahe und zugleich weltferne, also genüßliche Lektüre erwarten, allein: Holz enttäuscht eine solche Erwartung in geradezu fundamentaler Weise. Denn für Holz ist Dialektik nach wie vor Rüstzeug für politisches Handeln! Angesichts der Tatsache, daß die Linken heutzutage Politik machen, ohne sich in dickleibigen Folianten (Gott sei Dank aber auch nicht mehr in griffigen Broschüren) die nötige historische und sozialtheoretische Vergewisserung einzuholen und damit eine (gewiß auch ironisch gemeinte) Marxsche Warnung beherzigen, wonach sozialistische Politik sich davor hüten solle, irgendwelche Theorien verwirklichen zu wollen – angesichts dieser Tatsache also wirkt der Anspruch von Holz, daß revolutionäre Politik eine geschichtstheoretische Grundlegung haben müsse, die nach seinen Worten »im Entwurf eines universellen Weltmodells« zu verankern sei (III, S.313), regelrecht schockierend!

Gewiß, manchmal ist ein Schock heilsam, nicht selten aber setzt er einen Schlußpunkt. Ich gestehe, daß ich mich nach der Lektüre des Holzschen Werkes in der Rolle des legendären Seefahrers wähnte, der zwischen der Scylla der Enttäuschung und der Charybdis der erneuten Verheißung steht. Die abgrundtiefe Enttäuschung wurzelt in der eigenen, erlebten Parteigeschichte, in der Herabwürdigung der marxistischen Philosophie zu einem propagandistischen Formelwerk, gerade gut genug zur reißbretthaften Verifikation von irgendwelchen Beschlüssen, und der Erfahrung, ständig der nörgelnden Kritik von selbsternannten »Überdenkern« ausgesetzt zu sein, der man schließlich – und es gab nur wenige Ausnahmen – nachgab: nicht der kognitiven, sondern der Parteiräson folgend. Ein solcher »Überdenker« aus Berlin hat später gar alle Schuld am Niedergang des Sozialismus auf die marxistische Philosophie abgewälzt, die sein ganzes Denken okkupiert habe, ehe er endlich zum Besserwissen mutierte. Dann aber war es zu spät; zumindest für seine bis dato so vielversprechende Karriere. Doch abgesehen von den Komikergestalten, die jede Wendezeit mit sich bringt - war man tatsächlich im Jahre 1989 so plötzlich »erleuchtet« worden? War das vordem alles pure Machtideologie, pervertierte Vernunft, die nicht nur die Köpfe einer durchaus stattlichen Zahl von Berufssophisten und Gesellschaftstheoretikern verdreht hatte, sondern über ein großangelegtes Programm zur Erstellung von marxistischen Lehrbüchern in alle Schichten der sich nun philosophisch bildenden gebildeten Nation eingedrungen war?

Auf eintausendfünfhundert Seiten schleudert Holz derartigen Unterstellungen und selbstanalytischen Versuchungen ein energisches »Nein!« entgegen! Für Holz war und bleibt der dialektische Materialismus eine epochale Leistung in der Geschichte des philosophischen Denkens, die alles Wahre, Humane und Menschenrechtliche aus dieser Geschichte in sich aufbewahrt und nach wie vor dem handelnden Subjekt, das auf Freiheit und souveräne Entfaltung der eigenen wie der Persönlichkeitswerte der anderen zielt, als geistige Wegleitung zu dienen hat. Ein geschmähtes, geschundenes, korrumpiertes und von der philosophischen Profession der Gegenwart verurteiltes Denken greift Holz fürsorglich auf, blickt auf dessen geschichtlichen Werdegang, auf Hochzeiten und Glanz-

punkte am philosophischen Firmament, die sämtlich im Zeichen der dialektischen Begrifflichkeit geschrieben sind.

Ein fulminanter Anspruch; eine einzigartige geistige Leistung; eine Charaktertat!

Und die kommt nicht überraschend für jene, die ihn und seine politische Biographie kennen. Heute ist Holz, Jahrgang 1927, honorierter Ruhestandsphilosoph, mit dem Air und Flair einer im europäischen Maßstab hochgehandelten Bildungsstätte umgeben, an der er seit 1978 gelehrt hat und noch lehrt – der Universität in Groningen. Holz hat sich früh schon Blessuren geholt, als er in den mittfünfziger Jahren mit neuen Ideen in die barocke dogmatische ostdeutsche Szenerie in Sachen Philosophie hineingestoßen ist. Als Externer, als »Wessi« gar promovierte er an der Leipziger Universität, nahezu unter Ausschluß der Öffentlichkeit, und wir Studenten tuschelten, daß da wohl irgendetwas ganz Ungewöhnliches durch die geheiligten Stätten der marxistisch neugeweihten Karl-Marx-Universität gegangen sein müsse. Doch bald schon entschwebte der Quell unserer Neugierde wieder in westliche Gefilde und hinterließ in uns das Gefühl, daß geistige Mittel etwas ungeheuer Starkes sein müssen, und daß sie deshalb verschlossen zu halten sind, solange ihre Zeit noch nicht gekommen ist.

Da allem Neuen, das uns damals begegnete, irgendwie der Geruch des Verbotenen anhaftete, war der Drang zum Ergründen besonders groß. Und dann kam die Verwunderung, denn die von Holz behandelte Beziehung von Herr und Knecht in der Philosophie von Leibniz erschien uns damals, als der Blochsche auf das Gegenwärtige zielende kritische Geist die tristen Räume des Leipziger Instituts für Philosophie allmählich zu durchdringen begann, als allzu historisch und vergangen.

Welch ein Irrtum! Das Modell für die Dialektik von Herrschaft, von delegierender und delegierter Vernunft hat eine unhintergehbare Struktur, die sich nicht nur in einem allgemeinen Grundverhältnis, sondern stets auch in der Unmittelbarkeit der Betroffenen zeigt. Das Vertrauen in die Macht der dialektischen Analytik der Alten wog für Holz schwerer als die Pragmatik der Machtverhältnisse im Sozialismus. Die Dialektik von Herr und Knecht war hier nicht einfach wegzudenken, und sie galt auch bei Holz als in Lösung begriffen. Aber mit der Lösung dieses Widerspruchs wird er neu gesetzt – und gerade hier zeigt sich die letztlich destabilisierende Rolle von Dialektik für alle eingebildeten Endgültigkeiten, für das selbstzufriedene Bilanzieren, für das ausharrende Einsitzen in funktionalen Geborgenheiten. Insofern ist Holz stets der harsche Ideologiekritiker aus dialektischer Profession gewesen – wie er zugleich ein unduldsamer Verfechter der geistig-vernünftigen Allmacht der Dialektik war. Über jedes Politbüro läßt sich streiten, über die Dialektik nicht! Wen wundert es, daß er sich nun der inzwischen verfemten Dialektik umso energischer angenommen hat?

Ein durchaus nicht auf den ersten Blick einsichtiges, jedoch recht gängiges Hegelwort hat Holz als Wegbegleiter durch seine dreibändige Geschichte der Dialektik ausgewählt: das Diktum, wonach Philosophie jeweils ihre Zeit sei, in Gedanken ausgedrückt. Auf das real vorliegende Philosophieren heutzutage angewandt, müßte

man allein schon deshalb an dieser Zeit verzweifeln, denn dann wäre sie angesichts der Fülle widerstreitender und miteinander unverbundener Philosopheme eine chaotische Ansammlung von Mikroelementen. Doch das Hegelsche Diktum gilt selbstredend nur für diejenige Philosophie, die »auf Welt aus ist« und sie sich in ihre Begriffe einholt. Das galt für Hegels Philosophie – doch war auch sie ein solcher Geist der Zeit nur für die, die ihn zu lesen verstanden; nur für die, die in Hegels Forderung nach Vernünftigkeit in dieser Welt die ehrene Bindung dieses Prinzips an ein als unerschütterlich geltendes Absolutum erblickten; nicht aber für die, die einfach auf diese Welt schauten und irritiert keinerlei Vernünftigkeit in ihr zu erkennen vermochten. Umso schlimmer für diese Welt (und die Kleingläubigen), hat Hegel gekontert, und im Aufrechterhalten dieses Arguments den letzten metaphysischen Sinn von geschichtlicher Tat erblickt. Was soll's sonst zu leben?

Und diese Anbindung an ein letztes Gewisses war es, die seine Dialektikschüler auf den Weg brachte, um die Unvernunft zu dekodieren und ihrem Vernünftigwerden auf die Sprünge zu helfen. Alle Facetten in der Ausprägung dieses Weges hat die Philosophie des 19. Jahrhunderts hervorgebracht; aber bei einem nur ging der Weg zum politischen Programm. Und das war Marx, wie man heute allgemein weiß.

Doch die Marx-Kritik hat sich nach dem großen metaphysischen Zusammenhang, in dem dieser stand, nicht erkundigt. Als pragmatische Irrlehre, in populäre Kampflösungen gehüllt, stellt sie sich im Bild auch der aktuellen medialen Brache dar, und der große Gang der Philosophie habe damit nichts zu schaffen. Halt, ruft Holz hier aus! Marx ist derjenige, der diesen Weg des Geistes von Leibniz über Kant und Hegel weiterging! Abgebrochen, verlassen haben diesen Weg andere! Der Positivismus, der Individualismus und Subjektivismus, nahezu alles, was heute an philosophischen Lehrsystemen fungiert (Holz nimmt hier nur Plessner und Josef König aus; auf die selbstorganisatorischen Denksysteme, die die dialektischen Topoi wieder aufgegriffen haben, geht er leider nicht ein). Vor allem in der positivistischen Tradition ist der Faden der Vernunft, der ein historischer und notwendiger, ein dialektischer ist, zerschnitten worden - und es ist nur folgerichtig, den Schwerpunkt der Philosophiegeschichte in der Fortsetzung des Hauptweges zur dialektischen Vernunft in ihrer realen Gestalt zu erblicken. Marx ist damit kein seitlicher Ableger der Philosophiegeschichte, sondern seine Endfigur. Und zugleich wird klar, daß Marx dies nur konnte, wenn er den Anspruch auf ein solches »Auf-die-Welt-aussein« nicht aufgab.

Hier liegt für Holz die zentrale Anschlußstelle für das Einholen der großen Anteile von Engels an der Ausarbeitung eines derartigen Systems der dialektischen Weltvernunft, das letztlich in einem universellen, die Hegelsche Welt vom Kopf auf die Füße stellenden dialektischen Weltbild seine systemische (bzw. ontologische) Endgestalt erreicht. Und nicht von ungefähr kommt mit Marx das Wort vom Ende der Philosophie, von ihrer \tilde{N} Aufhebung weil Verwirklichung in die Debatte. Dieses Ende besteht in der Vernünftigkeit der Welt auf dem Wege ihrer Umgestaltung – und diese wiederum

folgt der fulminanten Marxschen Einsicht in die Grundstrukturen eines emanzipativen Menschseins, in die auf Gemeineigentum gegründete Assoziation, in der die freie Entwicklung eines jeden die Voraussetzung für die freie Entwicklung aller bildet.

Daß nicht die Menschheit allgemein diesen Kampf wird ausfechten können, sondern nur diejenigen Kräfte der Gesellschaft, die bei diesem Kampfe nichts zu verlieren haben als ihre Ketten, bringt den Zusammenhang von der Suche nach der Dialektik des Ganzen (als der unverbrüchlichen Gesetzlichkeit der Vernunft in der Welt) mit der Frage nach dem möglichen geschichtlichen Subjekt, das diesen Weg wird beschreiten können, zum Ausdruck. Denn nicht die politischen Mächte germanischer Provenienz, die Hegel noch vorschwebten als weltgestaltende Faktoren, nicht die politische Vernunft und die Selbsterkenntnis des fortschreitenden Weltgeistes bringen die Weltgeschichte an die Eingangspforte der Vernunft, sondern der energische Kampf der Unterprivilegierten allein, so Marx, vermag eine solche Entwicklung voranzutreiben. Dieses Konzept nun und die Kennzeichnung dieses Weges der dialektischen Philosophie zu ihrer sie aufhebenden Wirklichkeit haben sich, so Holz, durch die Ereignisse der letzten Jahrzehnte nicht verändert. An diesem Bild der Weltvernunft habe sich durch die Gebrechen sozialistischen Wirtschaftens ebensowenig geändert wie durch die unsäglichen Verbrechen des Stalinismus (wovon sein Buch allerdings nicht spricht).

Hier – spätestens hier! – fokussieren sich die tausendfältigen Anregungen der Holzschen Gedankengänge zunächst auf zwei Schwerpunkte, von denen der eine in der gediegenen philosophiegeschichtlichen Betrachtung der Herausformung des dialektischen Denkens seit dem Beginn der Neuzeit, der andere in der Diskussion aktueller Entwicklungsfragen der marxistischen Theorie vor dem Spiegel dieser historischen Gesamtsicht der Dialektik besteht.

Zum ersten Schwerpunkt kann an dieser Stelle nur ein grober Umriss gezeichnet werden. Holz beginnt mit dem zwischen 1500 und 1650 abgesteckten »Aufgang der Neuzeit« (von Petrarca über Bruno, Kepler und Galilei) und widmet sich ausführlich Descartes und Spinoza (sowie den in diese Perspektive eingewobenen Denkerfiguren, die hier nicht alle aufzuzählen sind), um dann den Leser in die den ersten Band beschließende und qualitativ prägende, akribisch schriftenanalytisch aufbereitete Leibnizwelt zu führen. Der zweite Band ist der französischen und deutschen Aufklärung gewidmet, wobei hier neben Fichte und Schelling das Gewicht auf Kant gelegt wird. Der dritte Band – das Hegel-Marx-Stück – konzentriert sich auf die mit Hegel einsetzende und von Marx vollendete »Ausarbeitung der Dialektik«, wobei dem Leninschen Anteil relativ umfangreich Rechnung getragen wird. Eine Riesearbeit, die Holz hier investiert hat; und es ist das Resümee eines Lebenswerkes, das dahinter steht.

Forschungsarbeit also, keine populäre Abhandlung! Wer indes erwartet, wie in einem philosophiehistorischen Lehrbuch an die Hand genommen zu werden und sich ein eingängig zubereitetes Philo-Menü einverleiben möchte, wird gewiß enttäuscht sein. Der Schweiß der Gedankenarbeit ist dem Text noch anzumerken,

obwohl Holz ein eleganter Formulierer ist. Doch gerade zu den gängigen Leibniz-Interpretationen ist er ein meisterhafter Kritiker; und wer wissen möchte, was Leibniz wirklich mit der vielzitierten Formel von der »besten aller möglichen Welten« gemeint hat, der vertiefe sich in den ersten Band (insbes. S.388). Von einem in der philosophischen Denkwelt eines Leibniz wie Hegel souverän agierenden Philosophiehistoriker erwartet man dann in der Regel ein eher mattes Kantbild – allein auch hier ist der Meister zu loben, wengleich ich ihm kaum verzeihen kann, daß er das hervorragende Buch von Martina Thom zur Erkenntnistheorie Kants nicht zu Rate zieht¹ – wie er überhaupt außer Buhr die Philosophiegeschichtsforschung der DDR recht stiefmütterlich behandelt (Dietzsch, Irrlitz, Seidel u.a.). Überlassen wir es doch anderen, den Eindruck zu erwecken, als ob in der DDR-Philosophie nur eitel Brache geherrscht habe!

Den Philosophiehistorikern ist es überlassen, die jeweiligen historischen Abschnitte kritisch unter die Lupe zu nehmen – ich bekenne, beim Lesen eine regelrecht studentische Neugier verspürt zu haben. Hervorgehoben sei zudem, daß allein der Blick in die ansonsten abrufbaren Philosophiegeschichten zeigt, daß gerade dem von Holz favorisierten Dialektik-Aspekt in diesen Schriften generell kaum ein besonderer Wert beigemessen wird. Man kann zum Vergleich eigentlich nur die seinerzeit vom Dietz Verlag besorgte Übersetzung der umfangreichen vierbändigen Geschichte der Dialektik einer großen sowjetischen Autorengruppe heranziehen² – ein ebenfalls anspruchsvolles Werk, dem jedoch der historische Längsschnitt allein schon durch die Tatsache, daß sich jeder der großen Dialektikergestalten ein anderer Autor angenommen hat, einen etwas unverbundenen Eindruck macht.

Daß Holz also dieses Standardwerk zum Dialektikverständnis des etablierten (offiziellen) dialektischen Materialismus nicht mit verwertet, hat mich ebenso erstaunt wie die Tatsache, daß auch andere sowjetische Arbeiten nicht verarbeitet sind – so etwa der Abriß »Materialistische Dialektik«, den immerhin so namhafte Autoren wie Wladislaw Lektorski und Iwan Frolow mitverfaßt haben. Weiter habe ich im Literaturteil von Holz vermißt die Arbeiten von Hrusovsky, Zeleny und Rosental, auch mehrere zum Teil grundlegende bzw. als solche ambitionierte Werke zur Dialektik im Sozialismus und schließlich die Lehrbücher³. Das ist insbesondere im Hinblick auf die Debatte um die aktuellen Entwicklungsfragen der Dialektik im besonderen und der marxistischen Philosophie generell nach der Stunde Null (1989) zu bedauern. Denn auf den ersten Blick unterscheidet sich Holz' Herangehen an eine neue Weise der Fassung der Dialektik als Theorie und Methode von den dort gegebenen Standpunkten nur geringfügig. Bereits in diesen Schriften beschrittene Wege zu einer Abkehr von dogmatisierten und unhistorischen Auffassungen von Dialektik werden damit entweder übergangen oder aber fallen pauschal unter die von Holz gelegentlich abgegebenen Urteile über die diversen Abweichungen in der realsozialistischen Dialektik-Literatur (Trennung von Theorie und Methode, Absage an eine ontologische Dialektik etc.).

1 M. Thom: Ideologie und Erkenntnistheorie, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1980.

2 T.I.Oiserman u.a.: Geschichte der Dialektik. 14.-18. Jahrhundert, Dietz Verlag Berlin 1979; T.I.Oiserman u.a.: Geschichte der Dialektik. Die klassische deutsche Philosophie, Dietz Verlag Berlin 1980; M.M. Rosental u.a.: Geschichte der marxistischen Dialektik. Von der Entstehung des Marxismus bis zur Leninischen Etappe, Dietz Verlag Berlin 1975; G.A. Kursanow u.a.: Geschichte der marxistischen Dialektik. Die Leninsche Etappe, Dietz Verlag Berlin 1979.

3 P.Fedossejew u.a.: Materialistische Dialektik. Kurzer Abriß, Dietz Verlag Berlin 1983; M.M. Rosental: Die marxistische dialektische Methode, Dietz Verlag Berlin 1954; I. Hrusovsky: Das dialektische Gesetz, Akademie Verlag Bratislava 1964.

Das ist nun der hauptsächliche Kritikpunkt, den ich geltend machen möchte: Die über Engels und Lenin auf die Zwischengeneration (Deborin, Lukacs u.a.) und von dieser dann auf die Generation unserer philosophischen Lehrer in der DDR (Zweiling, Harig, Scheler u.a.) überkommene Dialektik sollte in ihrer wissenschaftlichen Entwicklung selbst betrachtet werden, nicht aber in erster Linie mit Blick auf ihre kategoriale Unversehrtheit. Holz' gewiß mit großer Berechtigung geltend gemachter Anspruch des Bewahrens geistiger Kulturgüter wenigstens durch ihre angestammten Vertreter und Protagonisten igelt sich in meiner Sicht zu sehr gegen den Wissenschaftsfortschritt ein. Und wenn er (für meine Begriffe allerdings ein wenig zu sparsam) auf einige neuere Autoren, die sich mutig dem dialektischen Thema stellen, eingeht (Wahsner, Weingarten), so scheint mir, daß er die dort konträr zu seinem Dialektikverständnis vorgelegten Standpunkte umgeht. So hat Michael Weingarten mindestens seit 1996 auf die Herausforderungen der modernen Kognitionswissenschaften (auch in der autopoietischen Linie) für die marxistische Erkenntnistheorie mit Nachdruck hingewiesen; neuerdings auch als Kritik an einer Widerspiegelungskonzeption, wenn diese sich als eine Art kausaler Vorgang der Informationsverarbeitung versteht, verbunden mit der These von der Adäquatheitsbehauptung von Struktur und Widerspiegelungsprodukt⁴. Und für Renate Wahsner ist (nicht erst seit ihren letzten Schriften) längst klar, daß die Dialektik eine Kultur des Denkens ist, nicht aber – worauf Holz jedoch das entscheidendere Gewicht legt – eine ontologische Theorie. Von der Dialektik als Ontologie ist bei Wahsner keine Rede⁵, insofern auch nicht von einem dialektischen Charakter der Naturwissenschaften.

4 M. Weingarten: Wissenstheorie als Wissenschaftskritik. Beiträge zur kulturalistischen Wende in der Philosophie, Pahl-Rugenstein Bonn 1998, S. 35.

5 R. Wahsner: Naturwissenschaft. Bibliothek dialektischer Grundbegriffe, Bielefeld 1998.

Damit sind, denke ich, die beiden springenden Punkte genannt, die bei einer jeden künftigen fachlichen Debatte über die Gestalt von Dialektik heute eine Rolle spielen müssen – wenn man will, auf der Basis des Holz'schen Buches: das Widerspiegelungspostulat und das Ontologiepostulat.

Eine ausführliche Diskussion kann hier selbstredend nicht vorgelegt werden. Ich beschränke mich auf einige knappe Anmerkungen zum Widerspiegelungspostulat in Relation zur Grundfrage der Philosophie – beides ganz zentrale Denkfiguren in Holz' Dialektikverständnis. Zuerst sei angemerkt, daß Holz für meine Begriffe seinen Kritikern ein Verständnis seines Beharren auf dem Widerspiegelungspostulat dadurch verstellt, daß er auf die notwendige Klärung der semantischen Ebenen, auf denen Widerspiegelung verwendet wird, verzichtet. Und da steht eine neurophysiologische Ebene neben der erkenntnistheoretischen; und beiden steht die metaphysische oder in einem allgemeinsten Sinne philosophische Ebene gegenüber. Spricht Holz von Widerspiegelung, meint er in der Regel die letztgenannte Ebene. Danach ist im menschheitsgeschichtlichen Längsschnitt die alte Hegelsche These von der Einheit von Denken und Sein insofern bestätigt, als die Gegenstände des menschlichen Handelns und Denkens den Strukturen und Gesetzmäßigen des Wirklichen abgelascht, nachgeformt, abgebildet sind, um dann im handelnden Gebrauch auf diese Seinsgrundlage zurückzuwirken. In dieser Sicht aber wird nun die idealistische

Täuschung über die Natur dieses Verhältnisses von Denken und Sein korrigiert, denn dieser Längsschnitt durch die Geschichte der Gattung verweist auf den Primat der materiellen Umstände und der Vermittlungsebene (Arbeitsprozeß). Eine solche Korrektur ist jedoch nicht einfach als Umkehrung der Hegelschen Antwort vorzunehmen - etwa der Art, daß man nun nicht mehr sagt, das Denken schaffe das Sein, sondern umgekehrt behauptet, das materielle Sein bringe das Bewußtsein hervor. Als bloße Aussage-Umkehr ist das höchst billig und klingt gar nach dem Vollzug eines Glaubensaktes. Nun wurde die Grundfrage der Philosophie in der Populärdarstellung der Vergangenheit gewiß nicht selten auf diese Weise verramscht; Grund genug, sie nun umso behutsamer vorzustellen.

Halten wir also fest: Die Grundfrage der Philosophie wurde erst mit dem Anspruch des wirklich philosophisch Neuen erfüllt, indem Marx (Feuerbach folgend) die Entwicklung der menschlichen Gattung im Vorgang der produktiven Auseinandersetzung mit der Natur sich verwirklichen sah – als Selbsterzeugung gewissermaßen, wobei die Qualitäten des Menschseins einschließlich des Selbstbewußtseins in individueller und geschichtlicher (sozialer, staatlicher, juristischer, religiöser, philosophischer) Prägung aus der materiellen Wechselbeziehung des Menschen mit der Natur im Arbeitsprozeß Schritt für Schritt hervorgegangen sind. Die Formel vom Sein, das das Bewußtsein hervorbringt, ist in dieser Sicht das Modell für die Geschichte der Gattung.

Bis hierher weiß ich mich einig mit Holz. Doch wo ist – in dieser historisch-materialistischen Betrachtung der Grundfrage der Philosophie – das Widerspiegelungspostulat verblieben? Oder, anders gefragt, hat der Terminus »Widerspiegelung« zur klaren Wiedergabe dieses historischen Selbsterzeugungsprozesses der Gattung überhaupt einen rechten Sinn? Hier liegt eine verneinende Antwort doch ziemlich nahe! Wenn ich diesen Begriff im allgemeinen, gleichsam metaphysischen Sinne (eine von Holz gern gebrauchte Formulierung) verwenden will, dann macht er nur Sinn, wenn ich allgemein die Kategorien Sein und Bewußtsein in ein Abhängigkeitsverhältnis setze. Betrachte ich jedoch den historischen Werdeprozeß der Gattung, verliert Widerspiegelung als Kategorie ihre erklärende Kraft. An ihrer Stelle steht dann der Arbeitsprozeß als *agens movens* der Selbsterzeugung der Gattung.

Aus dieser Sicht relativiert sich die exzeptionelle Stellung des Widerspiegelungspostulats für die materialistische Dialektik für meine Begriffe doch ganz erheblich. Noch deutlicher wird diese Relativierung, wenn man auf die erkenntnistheoretische Ebene des Widerspiegelungsbegriffs herabsteigt. Mit anderen Worten: Ist das Postulat, daß sich alles, was sich im menschlichen Kopfe befindet, von seinem Ursprunge her in der Welt befunden hat, auf die Eigenart der tausendfältigen individuellen Erkenntnisleistungen anzuwenden? Für die DDR-Philosophie war das insofern ein Problem, weil es dazu eine verpflichtend klingende Leninsche These gab – hatte dieser doch im »Materialismus und Empiriokritizismus« den Standpunkt vertreten, wonach es ein und dasselbe sei, die Inhalte unserer Empfindungen, Wahrnehmungen und Vorstellungen als Abbilder des Wirklichen zu betrachten und im philosophischen

Sinne Materialist zu sein. Das war ziemlich verpflichtend; und wer die Widerspiegelung anzweifelte, zweifelte folgerichtig auch am Materialismus und – am Leninismus! Eine vertrackte Situation, die zugleich symptomatisch war für die Übermacht des Ideologischen in einigen kognitiven Bereichen der marxistischen Philosophie in der DDR. Doch das am Rande - es gehört insofern hierher, weil der Blick auf die Geschichte der Dialektik auch den Blick auf ihre jüngsten Gestalten einfordert.

Aber auf solche Fragen geht Holz nicht ein – vielleicht, weil er in diese ideologische Realwelt der DDR-Philosophie nicht integriert war. Festzuhalten bleibt indes: Die Leninsche Abbildtheorie war mithin und offenkundig nicht (nur) auf die geschichtliche Dimension der Selbsterzeugung der Gattung bezogen, sondern (auch) auf die Art und Weise der menschlichen Erkenntnistätigkeit. Unklar blieb, inwieweit sich dieses kognitive Rohmaterial auch auf die wissenschaftliche Theoriebildung auswirkt. Sind wissenschaftliche Theorien im Prozeß ihrer Hervorbringung »Abbildungen« des Wirklichen? Das kann man wohl heutzutage keinem Wissenschaftler mehr erzählen und ist mir aus der DDR-Literatur auch nicht mehr erinnerlich. Aber sind diese Theorien in ihrer relativen Endgestalt »Abbilder« des Wirklichen? Dieser Standpunkt wurde in der traditionellen marxistischen Philosophie durchaus vertreten. Alfred Kosing hat meines Wissens zwischen der Widerspiegelung als Vorgang (das sei abzulehnen) und als Resultat (das sei zu akzeptieren) unterschieden. Von Hermann Ley stammt die eingängige Formel, Erkenntnis sei Abbild und Entwurf, was auf die Bedürfnisse der kognitiven Selbstreflexion der Naturwissenschaftler zugeschnitten war und von den an den Diskursen Beteiligten auch akzeptiert wurde. Generell aber machten diese Debatten deutlich, daß die Spezifika des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses mit dem Terminus Widerspiegelung einfach nicht zu packen sind. In der Wissenschaftstheorie der DDR war er folgerichtig bald schon nicht mehr anzutreffen.

Bleibt die dritte, die neurophysiologische Ebene. Zum Schrecken aller realistisch eingestellten Philosophien hat die neuere Neurophysiologie ein Widerspiegeln des Wirklichen durch die menschlichen Sinne stark relativiert. Die Autopoietiker haben das zu der These geführt, wonach alle Lebensvorgänge strukturdeterminiert, nicht aber umwelt-determiniert sind. Doch die Forschungen gehen weiter, und vor nicht allzulanger Zeit wurde eine Gruppe von Neuronen dingfest gemacht, die tatsächlich Abbildungsleistungen vollbringen. Dennoch bleibt die Erkenntnis, daß das sinnliche Betrachten (Erkennen) von Welt nur zum geringeren Teil ein Abbilden im Sinne von Widerspiegeln ist. Damit könnte eine auf den Begriff der Widerspiegelung fixierte marxistische Erkenntnistheorie nur dann noch leben, wenn sie die informationelle Verknüpfung dieses Widergespiegelten mit in das Widerspiegelungskonzept aufnimmt. Doch das bedeutet, daß das Widerspiegelungspostulat dann zu einem Sammelbegriff wird für alle anderen Denkleistungen – womit es aber seinen spezifischen Sinn verliert.

Doch genau mit diesem Exkurs – gezeigt werden sollte, daß die Rekonstruktion der marxistischen Philosophie auch die traditionel-

le Gestalt der Dialektik als Erkenntnislehre in die Rüstkammer holen muß. Und gerade das Widerspiegelungskonzept hat Klärung nötig. Nur an einer Textstelle aus Holzens Werk soll das noch belegt werden. Holz fordert die Erarbeitung der dialektischen Methode als »Konstruktion eines Modells der dialektisch verfaßten Wirklichkeit«, aber eben so, daß diese »widerspiegelungstheoretisch begründet wird« (I, S.31). Das zielt aber doch auf Adäquanz! Oder?

Auf das beunruhigende Problem, was eine wirklichkeitsadäquate Methode überhaupt zu leisten vermag und daß eine solche zudem der Gefahr des platten Empirismus ausgesetzt ist, stößt man doch sofort, wenn man einen solchen Satz liest. Hier fühlt man sich vom Verfasser absolut nicht an die Hand genommen. Die fehlende semantische Verortung des Widerspiegelungsbegriffes macht sich störend bemerkbar.

Bis hierher habe ich den großartigen Wurf des Holzschens Drei-bänders vor allem an den Stellen kritisch beleuchtet, wo Holz den Gang der Zeit für meine Begriffe zu wenig berücksichtigt hat. Neben den Blessuren, die der Dialektik nicht selten auch durch ihre eigenen Wortführer zugefügt worden sind, müßten auch die kognitiven Einbruchstellen berücksichtigt werden, an denen Dialektik zeigen muß, daß sie lebendig ist und lernen kann.

Darum soll auch zu diesem Thema noch eine wichtige Textstelle betrachtet werden. Es geht um die Zielrichtung der Holzschens Überlegungen in der Einleitung des ersten Bandes zur Architektur der Dialektik als System. Zwei Problemfelder stellt Holz vor, die beide als deckungsgleich mit klassischen Problemfeldern der Metaphysik bezeichnet werden, wobei er jedoch einen entscheidenden Unterschied hervorhebt: Im Unterschied zu den metaphysischen Systemen vermochte es die Dialektik stets, sich selbst als Funktion der Zeit zu definieren, also ihre geschichtlichen Vermittlungen als Moment ihrer Systematik zu begreifen (I, S.38). Das ist eine großartige, aber auch verpflichtende Feststellung. Wird Holz einer solchen Verortung aber nun auch gerecht? Zur Antwort auf diese Frage lasse ich die beiden Problemfelder, die Holz für diese Systematik der Dialektik vorschlägt, in nur geringer Verkürzung für sich sprechen:

Ein erstes Problemfeld enthält die Themen: Grundfrage der Philosophie; Materialität und Totalität der Welt; Bewegtheit des Seienden und Formen dieser Bewegung; Vermittlung, Übergang und Umschlag als Kategorien des dialektischen Verhältnisses; schließlich Selbstunterschied, Widerspruch und Spezifikation der Natur. Natürlich kennt Hans Heinz Holz die bislang vorliegenden Bücher zum dialektischen Materialismus. Aber das von ihm Geforderte steht doch da bereits drin! Und hochaktualisiert, also in eine geschichtliche Vermittlungswelt gestellt! Doch kein Wort dazu bei Holz! Gewiß wird er mich bei unserem nächsten Zusammentreffen versöhnlich bei der Hand nehmen und mir erklären, daß er den großen Unterschied zu den vorliegenden (und nie auf der Ostsellerliste eine Chance habenden) marxistischen Lehrbüchern rücksichtsvoll nicht näher habe beleuchten wollen – allein es ist in meinen Augen vor allem seine thematische Stoßrichtung, die in ihrer absoluten Zeitlosigkeit so verblüfft! Wenn Holz das Leninsche

Dialektikverständnis an der Stelle lobt, da dieser geschrieben hat, daß man ohne materialistische Dialektik nicht in der Lage gewesen wäre, den imperialistischen Charakter des Krieges aufzudecken und die »Sophistik und den Eklektizismus der Führer der II. Internationale« zu entlarven (I, S.20), dann fällt es gewiß jedermann schwer, den kategorialen Schulterschuß zum Holzschen Buchaufbau-Vorschlag zu finden. Für Lenin war nicht nur in diesem zitierten Zusammenhang Dialektik stets geschichtlich vermittelt; aber eine vergleichbare Vermittlung vermag ich in dem Holzschen Vorschlag nicht zu erkennen. Was Holz vorschlägt, das ist in meinen Augen die hehre Begriffsgestalt im Angesichte der Geschichte, aber nicht in ihrer Vermittlung!

Doch Holz schlägt noch ein zweites Problemfeld vor, und vielleicht werden wir hier versöhnt. Auch hier gebe ich in etwas verkürzter Form die Schwerpunkte wieder: der Übergang von der Natur- zur Menschheitsgeschichte und die Basisfunktion der Arbeit; die Konstitution des historischen Subjekts; Klassenkampf und historische Mission der Arbeiterklasse; Basis und Überbau, Ideologietheorie; schließlich die Einheit von Theorie und Praxis. Auch hier – schaut in die Bücher von Hahn, von Kelle, von Fedossejew usw. –: Das ist alles längst ausgeführt!⁶ Wer von dieser historischen Mission der Arbeiterklasse wirklich ausgegangen ist – und das haben die Genannten wahrlich getan –, konnte kaum bessere Bücher zur materialistischen Geschichtsauffassung schreiben!

Wo aber ist in Holz' Vorschlag die materialistische Dialektik, die in dieser unserer Zeit steht? In einer Zeit, in der das historische Subjekt seltsame Wege geht, von den Theoretikern gesucht wird und, falls es doch noch vorhanden ist, sich offensichtlich selbst nicht wiedererkennt? Wo der Globalismus viele der alten Widersprüche aufgehoben hat, um sie einmünden zu lassen in den uralten grundlegenden und ehrwürdigen, sich ständig verschärfenden Widerspruch zwischen den Armen und den Reichen? Wo generationenprägende Ideale von heute auf morgen in den Wind zerstoßen sind? Wo der Überbau das auswechselbare politische Geschäft für alle betreibt, weil alle denselben Informationen ausgeliefert sind? Wo es neben dem traditionellen Überbau Entscheidungszentren gibt, die jenseits von aller Basisvermittlung, aber auch aller demokratischen Kontrolle stehen? Wo Arbeit, wie es scheint, überflüssig ist? Wo nichts mehr stimmt und die Mehrheit zufrieden ist, während es früher umgekehrt war?

Dialektik ist tatsächlich überall in den Dingen; und nirgendwo nötiger als in den Köpfen unserer Tage. Dann muß sie sich aber auf diese unsere Tage verstehen. Hans Heinz Holz' großes Verdienst ist es, ein geistiges Instrument wieder aufzugreifen, das geeignet wäre, solche Vorgänge zu untersuchen; auf ein solches Verständnis den Blick zu richten, dafür ein gerüttelt Maß an historischer Stützkraft vorzuweisen, dieses Wort wieder ausgesprochen, aus den Spucknapfen der Gesellschaft gezogen, diskutierfähig gemacht zu haben. Ihre aktive Gestalt für das Jetzt, Hier und Heute hat damit eine wichtige Fundamentierung erfahren, die Umrisse für ein Weiterdenken sind gegeben. So wird die Kultur des Bewahrens zur Voraussetzung für den nächsten Schritt.

6 Vgl. u.a. W. Kelle, M. Kowalson: Der Historische Materialismus. Abriss der marxistischen Gesellschaftstheorie, Verlag Progreß Moskau 1975.

MARTIN GANSEN

Marxismus im Übergang zum 21. Jahrhundert. Suche nach Orientierungspunkten

Vom 18. bis 21. März 1999 trafen sich im thüringischen Städtchen Elgersburg WissenschaftlerInnen und GewerkschafterInnen aus neun Ländern zu der Konferenz »Marxismus im Übergang zum 21. Jahrhundert«. Der Konferenzort Elgersburg war gut gewählt, denn die TeilnehmerInnen konnten nicht nur seine reizvolle Lage im Thüringer Wald genießen, sondern debattierten auf historischem Boden. Das 1925 erbaute Konferenzhotel diente zunächst als Kinderheim der Internationalen Roten Hilfe. Im Zuge der Spaltung der deutschen Kommunisten stand das Heim von 1929-33 unter der Obhut der KPO-nahen Internationalen Hilfsvereinigung, um nach 1945 in das Eigentum der SED überzugehen. Nach der »feindlichen Übernahme« der DDR durch Westdeutschland war die Eigentumsfrage lange Zeit ungeklärt, erst vor kurzer Zeit sprach die Papier-Kommission die Immobilie der PDS zu.

Die bewegte Geschichte des Hauses bildete einen symbolischen Rahmen für die Geschichte der sozialistischen und kommunistischen Bewegungen im 20. Jahrhundert, deren Zeitzeugen die Mehrheit der ca. 50 TeilnehmerInnen aus Deutschland, China, Rußland, Polen, den USA, Großbritannien, Indien, Israel und den Niederlanden waren. Die von ihnen eingereichten ca. 30 thematisch sehr unterschiedlichen Beiträge, die in überarbeiteter Form voraussichtlich im Laufe dieses Jahres als Buch veröffentlicht werden, stellten die OrganisatorInnen des Kongresses vor die schwierige Aufgabe, den individuellen Schwerpunkten gerecht zu werden. Als Kompromiß einigte man sich auf sechs Themenschwerpunkte und einen allgemeinen Teil. Nach den blockweise zusammengefaßten Vorträgen bestand die Möglichkeit zu Rückfragen und zur Debatte. Bei seiner Darstellung des Konferenzverlaufs macht sich der Autor diese Schwerpunktsetzung zu eigen.

Zu Beginn stand mit dem Thema Globalisierung die Speerspitze neoliberaler Standort-Rhetorik auf der Tagesordnung. Daß die Marxsche Analyse zu dieser Thematik gelungen ist, ist selbst den Jüngern des Finanzkapitals nicht entgangen. Neben der analytischen Leistung von Marx und der Feststellung, daß Globalisierung seit der Hochphase der Industrialisierung in Europa Realität ist, gingen die Referenten auf die Gefahren für die Länder der Peripherie und auf die Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung ein. Sehr bemerkenswert sind m.E. die Thesen von *Michael Krätke* (Amsterdam) zur angeblichen Mobilität des Kapitals. Das Kapital müsse von den Anlegern fixiert werden – was auch geschehe, um

Martin Gansen – Jg. 1967, Stuttgart. Doktorand am Institut für Berufs- und Wirtschaftspädagogik an der Universität Stuttgart-Hohenheim; Thema der Promotion: Lebensentwürfe von HauptschülerInnen vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktkrise und der Schulreform in Baden-Württemberg; Ausbilder für benachteiligte Jugendliche in der Jugendberufshilfe.

es nutzen zu können. Der theoretische Ansatzpunkt für die Analyse dieser Problematik findet sich in der Marx'schen Kapitaltheorie. Krätke verweist dabei auf die analytischen Kategorien des »fixen«, »falschen« und »fiktiven Kapitals«.

Anlaß zu heftiger Debatte bot die Betrachtung des chinesischen Wegs seit Beginn der Reformen Ende der siebziger Jahre, dem zweiten Schwerpunktthema des Kongresses. Neben zwei chinesischen Referenten erläuterte *Theodor Bergmann* (Stuttgart) in elf Thesen seine durchaus optimistische Vorstellung über die weitere Entwicklung des bevölkerungsreichsten Staates der Erde. Seine Einschätzungen wurden in den anschließenden Diskussionsbeiträgen kritisch hinterfragt. Hauptgegenstand der Kontroverse war die Frage: Kann China angesichts der momentanen ökonomischen und gesellschaftlichen Umgestaltung als ein sozialistisches Land bezeichnet werden? Eine vermittelnde Position nahm der Berliner Sinologe *Helmut Peters* ein. Er beschrieb China als ein Land mit »sozialistischer Orientierung«, wobei angesichts des westlichen Drucks die nächsten fünf bis acht Jahre entscheiden würden, ob der »chinesische Weg zum Sozialismus« fortgesetzt werden kann.

Das dritte Themengebiet konzentrierte sich auf die politische und ökonomische Lage Rußlands. Die Beiträge zu diesem Thema wurden bereits in UTOPIE kreativ Heft 101 (März 1999) veröffentlicht. Die Referate vermittelten zwar einen guten Einblick in die katastrophale Lage der russischen Arbeiterklasse, diskutierten allerdings nur am Rande die Perspektiven einer sozialistischen Bewegung. Interessant waren die Ausführungen von *Alexander Galkin* (Moskau) über die kritische Stimmung der russischen Bevölkerung gegenüber der Moskauer Regierung. Er betonte auch, daß es in Rußland mehrheitlich keine kritiklose Betrachtung der alten UdSSR gäbe, die einstigen sozialen Errungenschaften Sowjetrußlands würden jedoch schmerzlich vermißt. Ergänzt wurde der Themenblock durch einen Beitrag von *Ronald Lötzsich* (Berlin) über die Ursachen ethnischer Konflikte, der Anlaß heftiger Kontroversen war. Hauptstreitpunkt war die Frage nach der Ursachenkette, die zum jeweiligen Ausbrechen der Auseinandersetzungen führt. Eine einseitige Reduzierung der Erklärungsansätze auf ethnische Gesichtspunkte ist nicht nur m.E. unzureichend. Es müsse ebenso die soziale Lage der beteiligten Ethnien und Klassengegensätze in der Gesellschaft analysiert werden.

Mit dem Themenkomplex »Feminismus und Marxismus« richtete die Konferenz ihr Augenmerk auf ein »Schwarzes Loch« in der Geschichte der Arbeiterbewegung. In fünf überwiegend sehr theoretischen Beiträgen beleuchteten die Referentinnen die Auseinandersetzung der Klassiker mit der Geschlechterfrage und marxistischen Auswegen aus einer patriarchalischen Gesellschaft. Als grundsätzliche These dieses Themenblocks betonten die Genossinnen, daß eine Gesellschaftstheorie mit zukunftsweisendem Charakter die Geschlechterfrage nicht ausklammern dürfe. *Frigga Haug* (Hamburg/Berlin) schrieb darüber hinaus der Lösung der Geschlechterfrage eine Schlüsselrolle in einem zukünftigen sozialistischen Programm zu, ohne die es keine Überwindung der kapitalistischen Widersprüche geben könne.

Eine dem Feminismus vergleichbare Randstellung in der marxistischen Theoriebildung und Diskussion nimmt das Thema Ökologie ein. Dieser bedauernswerte Tatbestand wurde leider auch auf dieser Konferenz deutlich, da sich lediglich zwei Beiträge mit der Thematik befaßten und die Diskussionszeit knapp bemessen war. Dies steht im Gegensatz zu der zentralen Rolle, die der Ökologie in einem Zukunftskonzept zufallen muß, wenn es eine Alternative zur kapitalistischen Produktionsweise darstellen soll. Diese Notwendigkeit wurde vor allem in dem Referat von *Peter Schyga* (Hannover) deutlich, der die politische Linke mit einer schlüssigen Gedankenführung aufforderte, der Entropieproblematik¹ eine zentrale Rolle in ihrer Theoriebildung beizumessen.

Im Zentrum des sechsten Themenblocks stand der pragmatische Entwurf eines gewerkschaftspolitischen Perspektivenwechsels hin zu einer offensiven Verteidigung und Interessenvertretung für die abhängig Beschäftigten. In neun Thesen umriß *Bernd Riexinger* (hbv Stuttgart) die Eckpunkte für eine nach eigenen Worten zwar immer noch »reformistische« Gewerkschaftspolitik, die aber eine deutliche Abkehr von der derzeit mehrheitlich betriebenen »Co-Management-Politik« der Gewerkschaften darstellt. Aus meiner Sicht sind drei Thesen hervorzuheben: Das Thema der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums darf nicht länger tabuisiert werden. Die Gewerkschaften müssen sich nach innen demokratisieren, d.h. die Mitglieder müssen aus ihrer Lethargie erwachen und die Politik ihrer Gewerkschaftsführung kritisch hinterfragen. Und nicht zuletzt müssen die Gewerkschaften neue Wege des Arbeitskampfes und des politischen Streiks beschreiten. Für die Notwendigkeit einer weltweiten Vernetzung der Gewerkschaftsbewegung votierte *Eric Lee* (Israel) in seinem Beitrag. Sehr engagiert befürwortete er einen vermehrten Einsatz des Internets als Kommunikationsmittel. Der Titel seines Vortrags: »From Internet to International« ist jedoch ein wenig zu hoch gegriffen.

Aus den elf Beiträgen der allgemeinen Debatte sind die Positionen von vier Referenten hervorzuheben, die interessante Ansätze für einen kritischen Sozialismus diskutierten. *Monty Johnstone* (London) plädierte für die Strategie eines »revolutionären Reformismus«, um in der Bevölkerung langfristig eine demokratische Basis für ein sozialistisches Modell zu verankern. Das »Nachdenken über den kritischen Marxismus« stellte *Manfred Behrend* (Berlin) in den Mittelpunkt seines Beitrags. Die Analyse der Marx'schen Theorie und des »realen Sozialismus« in Osteuropa müsse ihr Augenmerk auf wertvolle Ansätze richten, die Eingang in ein neues Marxismusmodell finden könnten. Scharf ins Gericht ging Behrend mit den VertreterInnen der PDS, »die nach fugenloser Einordnung ins bourgeoise Herrschaftssystem streben«. Als Zeitzeuge der historischen Entwicklungen seit der Oktoberrevolution analysierte *Wolfgang Ruge* (Potsdam) die theoretischen Defizite bei Marx und Engels. Seines Erachtens nach sei unter den Linken das Bedürfnis zu erkennen, den Marxismus um neue Ansätze zu erweitern und dabei nicht an Wunschvorstellungen zu verhaften, sondern von der gesellschaftlichen Realität auszugehen. Bei aller Notwendigkeit einer neuen Orientierung der Marxisten und Sozialisten

1 Der zweite Hauptsatz der Thermodynamik, der sogenannte Entropiesatz, sagt aus, daß bei jeder Energieumwandlung ein Teil der Energie irreversibel verloren geht.

müsse an der Dialektik als Analyseinstrument festgehalten werden. In fünf Thesen formulierte *Wolfgang Haible* (Stuttgart) die Relevanz der Arbeiterkultur und -bildung für die Entstehung eines Klassenbewußtseins. In der Überwindung des Mangels an linken Medien und Kulturorganisationen sieht Haible eine wesentliche strategische Aufgabe der politischen Linken.

Diese vier knapp skizzierten Beiträge boten m.E. ausreichend Zündstoff für eine kontroverse und fruchtbare Debatte über einen sozialistischen Zukunftsentwurf. Aufgrund des fortgeschrittenen Kongreßverlaufs unterblieb diese aber weitgehend. Damit bin ich abschließend an einer kritischen Betrachtung der inhaltlichen Schwerpunkte und des organisatorischen Ablaufs angelangt, die Ansatzpunkte für mögliche Folgekongresse liefern könnte. Im Rahmen eines zweieinhalbtägigen Kongresses sollte die Anzahl der thematischen Schwerpunkte so weit begrenzt werden, daß die Möglichkeit zu einer tiefgehenden Debatte gegeben ist. Die drei bis maximal vier Themenbereiche könnten mit zwei Impulsreferaten beginnen, die sinnvollerweise zwei kontroverse Eckpunkte der Debatte kennzeichnen sollten. Ein Kongreß, der neben einem wissenschaftlichen Austausch auch einen theoretischen und strategischen Gehalt für die Weiterentwicklung des Marxismus bzw. Sozialismus haben soll, muß über eine klare Fragestellung verfügen. Deren dezidierte Beachtung durch die ReferentInnen sollte von den OrganisatorInnen eingefordert werden. Mit Blick auf zukünftige Kongresse wäre es wünschenswert, einer umfangreichen Debatte über die inhaltlichen Bestandteile einer sozialistischen Idee am Übergang ins 21. Jahrhundert und einer Strategie-debatte eine zentrale Bedeutung beizumessen.

DETLEF NAKATH

Deutsche Zweistaatlichkeit

Im Jubiläumsjahr sind im In- und Ausland bereits viele Veranstaltungen zum Thema deutsche Zweistaatlichkeit angekündigt und werden eine Flut von Publikationen nach sich ziehen.¹ Deshalb war es eine gute Entscheidung, zu einem relativ frühen Zeitpunkt über die Geschichte der DDR und das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten im Kreise von etwa 100 wissenschaftlich interessierten Teilnehmern und Vertretern unterschiedlicher Fachdisziplinen zu diskutieren.

Im Eröffnungsvortrag unternahm *Rolf Badstübner* (Berlin) den Versuch, die gesellschaftspolitische Neuordnung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg in Ost und West im Vergleich nachzuzeichnen, und legte dabei die Kompliziertheit der historischen Entwicklung des 20. Jahrhunderts zugrunde. Während man in den westlichen Besatzungszonen den gesellschaftlichen Neuanfang innerhalb der Strukturen der alten Gesellschaft unter den Bedingungen von parlamentarischer Demokratie und kapitalistischer Marktwirtschaft zu realisieren versuchte, wurde in der sowjetischen Besatzungszone zeitig damit begonnen, sowjetische Erfahrungen unter partieller Einbeziehung deutscher Traditionen umzusetzen. Insbesondere der Übergang zu stalinistischen Strukturen stieß bei der Bevölkerung auf weitgehende Ablehnung. Für Badstübner war anfänglich der Alternativcharakter der DDR gegenüber der Bundesrepublik durchaus gegeben, wenngleich die SED-Diktatur diese Alternative nachhaltig beschädigte.

Faina Nowik (Moskau) referierte über die sowjetische Politik gegenüber der DDR und der Bundesrepublik seit der unmittelbaren Nachkriegszeit bis Mitte der fünfziger Jahre. Sie periodisierte die aus ihrer Sicht aktive sowjetische Deutschlandpolitik in drei Etappen mit den Zäsuren 1949, 1953 und 1955. Nowik vertrat die Ansicht, daß aus sowjetischer Sicht die deutsche Frage nach der »doppelten Staatsgründung« 1949 in der Auseinandersetzung der gegensätzlichen Blocksysteme im Kalten Krieg mehr und mehr an Bedeutung verlor. Erst nach Stalins Tod im März 1953 setzte sich jedoch in Moskau die Akzeptanz langfristiger deutscher Zweistaatlichkeit schrittweise durch. Endgültig gab man in Moskau die deutsche Vereinigung als mittelfristige politische Zielstellung nach dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik im Mai 1955 auf und bezog die DDR in den noch im gleichen Monat gebildeten Warschauer Pakt von Anfang an ein.

Peter Steglich (Berlin), als Diplomat langjährig für das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR tätig, vertrat die

Detlef Nakath – Jg. 1949, Dr. sc., Studium der Geschichte und des Völkerrechts an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1978-89 ua. Dozent für deutsche Zeitgeschichte, 1990-91 stellvertretender Direktor des Instituts für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität, danach Mitarbeiter an zwei Forschungsprojekten der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).
Zahlreiche Publikationen, u.a. »Die Häber-Protokolle. Schlaglichter der SED-Westpolitik 1973-1985« (1999).

Der Berliner Verein zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur »Helle Panke« führte am 13. und 14. März 1999 eine Tagung durch, die sich mit der Geschichte der deutschen Zweistaatlichkeit zwischen 1949 und 1990 beschäftigte.
Weitere Plenarbeiträge der Konferenz erscheinen in

UTOPIE kreativ, H. 105
(Juli 1999).

1 So wird zum Beispiel unter dem Titel »Getrennte Vergangenheit – Gemeinsame Geschichte« ein unter der Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse stehendes dreitägiges, prominent besetztes Geschichtsforum vom 28. bis 30. Mai 1999 durchgeführt, an dem sich nahezu 100 Wissenschaftler und Zeitzeugen an Podiumsdiskussionen beteiligen werden. Daran nehmen mit eigenen Diskussionsrunden auch PDS-nahe Vereine und Stiftungen für politische Bildung, wie »Helle Panke« sowie die »Rosa-Luxemburg-Stiftung« in Sachsen teil.

2 Vgl. Die Doppelbiographie der Bundesrepublik, in: Neues Deutschland, 12. März 1999, S. 14/15.

Ansicht, daß sowohl Bundesrepublik als auch DDR in der Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit zwar eine aktive aber dennoch keine entscheidende außenpolitische Rolle spielten. Dies ergab sich aus ihrer Einbindung in die politischen und militärischen Blöcke sowie aus ihrem Verhältnis zu den politischen Führungsmächten ihres jeweiligen Bündnisses. Die Sowjetunion hätte der DDR ohnehin erst 1955 die Möglichkeit eingeräumt, auf einer begrenzten internationalen Bühne außenpolitisch zu agieren. Erst nach dem Abschluß der bundesdeutschen Ostverträge sowie des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages und der danach folgenden weltweiten diplomatischen Anerkennung in der ersten Hälfte der siebziger Jahre nahm die DDR aktiv am internationalen Geschehen teil, wurde UNO-Mitglied und beteiligte sich am KSZE-Prozeß.

Jürgen Hofmann (Berlin) hatte unmittelbar vor der Konferenz im Auftrage des Sprecherrates der Historischen Kommission beim PDS-Parteivorstand ein Diskussionspapier zum 50. Jahrestag der Gründung beider deutscher Staaten vorgelegt.² An dieses Papier knüpfte er in seinem Referat an, als er seine Überlegungen zum Umgang mit der Geschichte der Zweistaatlichkeit in einer bipolaren Welt vortrug. Dem in der DDR realisierten staatssozialistischen Gegenentwurf zur Bundesrepublik maß Hofmann lediglich »relative Stabilität« zu. Die Mehrzahl der derzeit geführten Debatten über die deutsche Zeitgeschichte sei viel zu stark politisch motiviert und somit erkenntnisthemmend. Mit der DDR-Geschichte würde vorrangig »abgerechnet«, als sie in einen kritischen wissenschaftlichen Diskurs einzubeziehen. Hofmann plädierte dafür, mehr Sachlichkeit im Umgang mit DDR-Geschichte walten zu lassen und forderte beim Vergleich mit der Bundesrepublik eine Abkehr vom Denken in Schwarz-Weiß-Schablonen.

Rudolf Woderich (Berlin) sprach zum Thema »Ost-Identität – Residuum der Vereinigung oder Phänomen von langer Dauer?«. Aufgrund vorliegender Forschungsergebnisse konstatierte er eine erhebliche Langfristigkeit derartiger Erscheinungen und sprach sich für eine soziologisch wie historisch angelegte Deutung aus.

Die Tagung wurde nach den erwähnten Plenarbeiträgen in drei Arbeitskreisen fortgesetzt. Diese befaßten sich mit der Vor- und Frühgeschichte der deutschen Zweistaatlichkeit, den soziokulturellen Verschiedenheiten in der heutigen Bundesrepublik als Folge der deutschen Zweistaatlichkeit und mit der Außen- und Deutschlandpolitik beider deutscher Staaten.

Den zweiten Konferenztag, der ausschließlich im Plenum stattfand, eröffnete *Harald Neubert* (Berlin) mit einem Beitrag über internationale Aspekte der Grenzschießung am 13. August 1961. Er stellte heraus, daß der Mauerbau für die DDR kein Ruhmesblatt war und als Produkt des Kalten Krieges zustande kam. Auch vermüßte er nach 1961 Schritte zur Überwindung der Mauer. Die Grenzsicherungsmaßnahmen seien Ausdruck der Defensive und der fundamentalen Schwäche, in der sich die DDR und der gesamte Ostblock zu dieser Zeit befunden hätten. Dennoch war die Mauer nicht nur eine deutsch-deutsche Grenze, sondern auch eine Grenze zwischen den Blöcken und insoweit ein »Objekt sowjetischer Sicherheitsinteressen« gewesen. Resümierend stellte Neubert

fest, daß sich aufgrund der bekannten Ausgangslage der Sozialismus in der DDR (geteiltes Land) nur mit macht- und militärpolitischen Lösungen durchsetzen ließ. In der Debatte zu diesem Vortrag wurde die Frage diskutiert, ob die Mauer abseits aller äußeren Aspekte nicht doch vor allem gegen die eigene Bevölkerung gerichtet war. Einig war man sich darüber, daß ein Verzicht auf die Grenzsicherung 1961/62 zweifellos zum kurzfristigen wirtschaftlichen Kollaps der DDR geführt hätte. Die Mauer habe zwar zu einer kurzfristigen Stabilisierung der DDR geführt, sei jedoch langfristig wegen des Mangels an Freizügigkeit zu einem entscheidenden Destabilisierungselement der DDR geworden.

Jörg Roesler stellte in seinem Vortrag in leicht ironisierender Weise das Neue ökonomische System (NÖS) in der DDR der wirtschaftlichen »Globalsteuerung« in der BRD in den sechziger Jahren gegenüber. Ende der fünfziger Jahre hatten Walter Ulbricht und sein Wirtschaftsberater Berger bemerkt, daß die extensiven Wachstumselemente deutlich nachließen. Das sowjetische Planwirtschaftsmodell war für die DDR offensichtlich nicht geeignet, »die BRD zu überholen«. Die Existenzkrise 1960/61 war mit dem Mauerbau nicht wirtschaftlich, sondern politisch gelöst worden. Mit der Einführung des NÖS wollte man offenbar eine »große Lösung«, die die schwierige Situation vor allem wirtschaftlich und nicht nur im Verwaltungsstil lösen sollte. Während man in der DDR mit weniger staatlicher Einwirkung als bisher auskommen wollte, setzte der Westen auf »mehr Staat«, auf eine »aufgeklärte Marktwirtschaft«. Letztlich scheiterte das NÖS an der nicht vorhandenen Bereitschaft der Sowjetunion, sich an dieser Art der Reform zu beteiligen.

Stefan Bollinger (Berlin) sprach über die DDR im Wendezeitraum 1989/90 und untersuchte ausgehend von seinem jüngst vorgelegten Buch zum gleichen Thema³ sowohl äußere wie innere Faktoren in diesem Prozeß. Eine reale Chance für die DDR, in dieser Zeit »zu ihren Wurzeln und Ausgangspositionen zurückzukehren«, habe, vor allem angesichts äußerer Einflüsse, nach dem 9. November 1989 nicht mehr bestanden.

Höchst interessant waren die Darlegungen von Hella Kaeselitz (Berlin) über die britische Haltung zum deutschen Vereinigungsprozeß von 1989/90. Premierministerin Margaret Thatcher, die trotz ausgeprägtem Antikommunismus offenbar von der sowjetischen Perestrojka Gorbatschows fasziniert war, räumte der DDR an der Wende zu 1990 lediglich die Möglichkeit freier Wahlen und die Bildung einer demokratischen Regierung ein. Sie hatte den deutschen Faschismus noch erlebt und wollte verhindern, daß Deutschland durch die Vereinigung erneut in eine Großmachtrolle gedrängt und zu einem übermächtigen Konkurrenten des United Kingdom würde. Wenn schon Vereinigung, da waren sich Thatcher und der amerikanische Präsident Bush einig, dann nur mit einer NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands, um so eine bessere Kontrolle auszuüben. In den »Zwei-plus-Vier«-Verhandlungen agierten dann Großbritannien und auch Frankreich faktisch nur noch als Statist. Man hatte sich offenbar in das Schicksal der nunmehr unvermeidlichen deutschen Vereinigung gefügt und die Initiative den USA, der Sowjetunion und der Bunderepublik überlassen.

3 Vgl. Stefan Bollinger: 1989 – eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR? Berlin 1999.

WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die letzten Wochen in die deutsche Nachkriegspressgeschichte als jene eingehen werden, in denen besonders viel gelogen, verbogen, verharmlost, übertrieben, verschwiegen und/oder manipuliert wurde. Obwohl bereits seit dem Golf-Krieg vor neun Jahren aktenkundig ist, wie auch in Demokratien die Staatsbürger von ihren Militärs bei Bedarf hinters Licht geführt werden und wie in Zeiten des Krieges beidseitig die Wahrheit inszeniert wird – alles scheint jetzt vergessen. Wir sollen wieder für dumm verkauft werden. Und immer aufs Neue verwundert mich die Schamlosigkeit, mit der die Kolleginnen und Kollegen in Redaktionen und Anstalten dabei zu Werke gehen. Nur selten hat der gemeine Staatsbürger die Gelegenheit (oder die Kraft), den Schleier der Desinformation zu lüften. Aber manchmal eben doch. Ein Beispiel: Als sich am 8. Mai auf dem Gendarmenmarkt in Berlin einige tausend Kriegsgegner versammelten, war unsereiner gespannt, wie wohl die Tagesschau abends darüber berichten würde. Auf die Spielerchen, die regelmäßig nach solchen Gelegenheiten von den Nachrichtenagenturen, der Polizei und den Veranstaltern gepflegt werden, müssen wir schon lange nichts geben. Da haben wir uns angewöhnt, das arithmetische Mittel zu benutzen, das kommt den Teilnehmerzahlen immer noch am nächsten. Aber wie, lauerten wir gespannt im Fernsehsessel, würde die ARD die Veranstaltung politisch einordnen? Nicht, daß davon unser Seelenheil abhinge, da sei Genosse Gottlieb, Bayerischer Rundfunk, vor. Aber kratzen würde es uns doch, wenn Onkel Paul in Andernach oder Tante Paula aus Trier, die ja nicht dabei waren und sich pur auf die Tagesschau-Aussage verlassen müssen, zu dem Schluß kämen, auf

dem Gendarmenmarkt zu Berlin hätte sich an besagtem Sonnabend nur eine handvoll DDR-Altlieder herumgedrückt, von denen ja nichts anderes zu erwarten sei, als gegen die Regierung und ihren Nato-Kurs zu demonstrieren. Und da Fernsehen Fernsehen ist, kam es also bei dem Bericht selbstredend vor allem auf die Optik an. Was bekamen wir also zu sehen? FDJ- und DKP-Fahnen. Damit war dann für alle Onkel Pauls und Tante Paulas in diesem unserem Lande klar, in welche Ecke diese Berliner Friedenskundgebung gehört. Denn sie wissen – zum Beispiel – natürlich nicht, daß die FDJ heute aus ungefähr dreißig oder fünfzig Leuten besteht (die Angaben schwanken). Aber ich vergebe Brief & Siegel, daß das den Redakteuren der ARD, die den Beitrag zurechtschnitten, durchaus bekannt ist. Aber die FDJ-Fahnen kamen ihnen sehr gelegen, um die Antikriegsbotschaft der Veranstaltung zu hintertreiben.

Wenden wir uns dem life style zu. Beim Berliner »Tagesspiegel« heißt diese Seite LEBENSART und erscheint in der Sonntags-Beilage. Sie geht mich zwar nur sehr wenig an, aber es ist ja nicht uninteressant zu erfahren, welche Probleme die obere Mittelschicht umtreiben. Wenn schon die Expropriation der Expropriateure auf momentan unabsehbare Zeit verschoben ist, dann wollen wir doch wenigstens wissen, wie jene gestrickt sind, denen es – vielleicht! – im Fall der Fälle auch an den Kragen gehen könnte. Auf der LEBENSART-Seite, die ich hier referiere, standen fünf Beiträge. Im längsten, dem Aufmacher, geht es um ein »Italian Culinary Institute for Foreigners«. Es handelt sich, mal schön formuliert, quasi um eine Nudelakademie, in der ausländischen Köchen italienisches Speisenzubereiten gelehrt wird, Überschrift: »Selbst die Grissini sind von Hand gerollt«. Und um Nudeln geht es auch in einem anderen Beitrag (»Erdnußflips und BHs«). Der beginnt so: »Irgendwann geht nichts mehr. Oder die große Langeweile bricht aus. Bevor das passiert, sollte frau sich eine Beraterin ins Haus bestellen. Sie kommt mit einem ganzen Koffer voller Wunderdinge. Wunderdinge? Naja, jedenfalls mit solchen Stoff-Fetzchen und mit Geräten, die im rechten Moment viel bewirken können. Auf jeden Fall kann sich die beklagenswerte Dame mit Nudeln in Penis-Form oder mit Erotik-Literatur trösten. Oder ersatzweise an einem Schokoladenkondom lutschen.« Die Firma vertreibt ihre Artikel sowohl über einen Katalog als auch durch Beraterinnen, die in die Wohnung kämen. »Eine Tupper-Party für Dessous – bei Erdnußflips und Wein...«

Überhaupt: Sinnlichkeit ist gefragt. Der schweizer Architekt Hans Ulrich Imesch zum Beispiel verspricht »Sinnlicher telefonieren im Telecab 2000«. Er sei, ist zu lesen, bereits mit dem Berliner Stadtmöblierer Wall im Gespräch.

Das, liebe »Festplatten«-Leserinnen und -Leser können Sie doch nun wahrlich nicht bestreiten: Krieg hin, Krieg her – Lebensart muß sein. Und da, wenn wir die Zeichen der letzten Wochen richtig zu deuten wissen, die europäischen Kriegsfreunde langsam zurückzurudern beginnen, könnte das serbische Vorkommnis bald vergessen sein, und wir dürfen uns wieder ungestört den Dessous und den Nudeln widmen. Schöne Aussichten.

Gerhard Keiderling:
Rosinenbomber über Berlin,
Karl Dietz Verlag Berlin 1998,
320 S. (29,80 DM)

Am 13. Mai 1998 begannen in Berlin die Veranstaltungen und Feierlichkeiten, die Reden, Ausstellungen, Konzerte und Kranzniederlegungen anlässlich der 50. Wiederkehr des Beginns der Luftbrücke im Jahre 1948. Am 12./13. Mai 1999 wurden die Feierlichkeiten mit einem Militärkonzert im Olympia-Stadion zu Ehren der Luftbrückenveteranen und einem Bürgerfest am Flughafen Tegel – »offizieller Abschluß des Luftbrückenjubiläums« – beendet. Es fehlten unter den rund vierzig Veranstaltungen in diesen zwölf Monaten weder ein »Großer Zapfenstreich« der Bundeswehr noch die »Eröffnung des Alliiertenmuseums« in der Clay-Allee.

Auf den General Lucius D. Clay – bis 1949 US-Militärgouverneur in Deutschland, ab 1962 Ehrenbürger von Berlin (West) – werde ich noch eingehen. An dieser Stelle sei lediglich vermerkt, daß er sich über »Blockade« und »Luftbrücke« in seinem Buch »Decision in Germany« – »Entscheidung in Deutschland« – (Doubleday & Company, Inc. 1950, New York) sehr ausführlich verbreitet hat, dessen Innenschlag eine interessant gestaltete Europakarte zielt, die zusätzlich einen speziellen Blick auf einen groben Stadtplan Berlins bietet, auf dem die drei Westsektoren (American, British, French) mit einer dicken Festungsmauer umgeben sind. Das Buch ist unmittelbar nach seiner amerikanischen Premiere in gleicher Ausstattung auch in Westdeutschland erschienen. Aus diesem Bild von der »Festung« Westberlin entwickelten sich die im westdeutschen Sprachgebrauch der Polit-Szene aufgekommenen Begriffe wie »Vorpösten«, »Frontstadt«, »Stachel im Fleisch«, »Ausfalltor zum Osten« u.a. Wie wir noch bemerken werden, hat der amerikanische Militär-Gouverneur auch manches andere vorausgesehen. Er sorgte für die Ursachen und »ahnte« die Folgen.

Zu den Luftbrückenfeiern sind im vorigen Jahr bereits eine Unmenge Schriften und Presseberichte erschienen, die sich vor allem dadurch auszeichneten, daß ihr Blickwinkel

eng und einseitig war, was sicher nicht nur dem einen Leser der »Märkischen Allgemeinen Zeitung« (MAZ) aufgefallen ist, der an dieses Blatt einen Leserbrief richtete, der in der Ausgabe vom 15. Juli 1998 veröffentlicht wurde. Er wies auf einige Quellen hin, die diesen anderen Blickwinkel beleuchteten und zitierte u.a. die »New York Times« vom 24. Februar 1949, in der es hieß: »Der kalte Krieg ist ein Segen für unsere Flugzeugindustrie. Zum ersten Mal nach dem Krieg hatte sie 1948 ein Verkaufsvolumen von rund einer Milliarde Dollar gegenüber nur 48 Millionen Dollar 1947.« Das war nach gut 7 Monaten Luftbrücke eine Steigerung um das Zwanzigfache.

Unter den Verlagsprodukten zu dem Thema »Blockade und Luftbrücke« ist mir ein interessantes Buch aufgefallen, das die von dem »MAZ«-Leser beanstandete verengte Sicht nicht aufweist: »Rosinenbomber über Berlin« von Gerhard Keiderling – ein Buch, dessen Lektüre ich sehr empfehlen kann. In ihm sind z.B. zur Rolle der Luftbrücke Hinweise enthalten, die ich in den übrigen Schriften und Tagesblättern, soweit sie mir zugänglich waren, vermißte. Der Autor konstatiert z.B. im Zusammenhang mit der amerikanischen »Frühjahrskrise« 1948 eine sich steigernde Kriegshysterie, an deren Entwicklung auch General Clay beteiligt war, der mit einem Telegramm an seine Regierung am 5. März 1948 eine sowjetische Aggression »mit dramatischer Plötzlichkeit« für wahrscheinlich hielt. Zu den »Falken« gehörte auch der amerikanische Verteidigungsminister, James V. Forrestal, der unter den konkurrierenden Gruppen der Armee die Pläne der Air Force favorisierte, die ein »Strategisches Bomberkommando« mit mindestens 630 neuen Fernbombern vom Typ B-29 und später B-30 empfahlen, die die »Eier«, wie Forrestal die Atombombe nannte, über die die Sowjet-Union zu dieser Zeit noch nicht verfügte, »in jeden Winkel des Feindeslandes tragen konnten.« Im März 1949 löste Louis D. Johnson den als unentschlossen geltenden Forrestal ab, »der sich in psychiatrische Behandlung begab und – wie erzählt wurde – in einem Anfall geistiger Umnachtung mit dem Ruf »Die Russen kommen« sich am 22. Mai 1948 aus dem 16. Stock des Bethsane Naval Hospital in Washington in den Tod stürzte.« Auch

sein Nachfolger favorisierte die Air Force, die inzwischen auf das »Glanzstück« Berliner Luftbrücke verweisen konnte.

Gerhard Keiderling, den ich hier zitiert habe, liefert den unzweifelhaften Beweis, daß die Aktion »Operation Vittles« (Luftbrücke) ein wesentlicher Bestandteil der amerikanischen »Air power«-Doktrin war. Er weist darauf hin, daß für die Amerikaner Luftmacht materielle Stärke verkörperte, daß Luftmacht die nationale Sicherheit in außeramerikanische Zonen verlagerte und daß Luftmacht dem Fortschrittsdenken der Amerikaner entsprach. Insofern war die Luftbrücke ein Meilenstein, ein grandioses Beispiel der Bewährung für eben diese Luftmacht-Ideologie. Sie brachte der »Air power«-Doktrin Nutzen, Erfahrungen und Entwicklungsanstöße. Das wird von Keiderling mit überzeugenden Beispielen belegt. Im Rahmen von »Operation Vittles«, so der Autor, wurde der in der bisherigen Geschichte der Luftfahrt umfassendste Wettervorhersagedienst organisiert, für den eine Region erschlossen wurde, die von der Arktis über den Nordatlantik und Westeuropa bis in die Karibik reichte. Für die »Rosinenbomber« wurden auch wieder zusätzliche Luftbasen erschlossen, so die Besitz- und Betriebsrechte über den zwischenzeitlich aufgegebenen britischen Flugplatz Burtonwood bei Lanchester, wo während des Krieges 30 000 Amerikaner stationiert waren. Keine andere Operation in einer Friedenszeit hat der Air Force so viel Training und Erfahrung in der Logistik, im Präzisionsfliegen und bei der Flugzeuginstandhaltung gebracht wie die Luftbrücke. Die Abladetechnik einer Maschine wurde von anfangs 33 Minuten auf 8 Minuten reduziert und für die B-29-Bomber gelang es, die Treibstoffversorgung in der Luft einzuführen. Von Militärs, Politikern und Kommentatoren wurde der Wert der Luftbrücke als ein militärisches Experimentierfeld und ein Luftmanöver gigantischen Ausmaßes hervorgehoben. Gerhard Keiderling zitiert dazu die Zeitschrift »Fortune«, die im November 1948 schrieb: »Die Brücke war für die Luftstrategie eine verblüffende Lektion. Jetzt ist es möglich, en masse vom Kontinent der USA zu jedem Teil der Welt zu gelangen. Die Anomalie einer globalen Luftstrategie von 300 Meilen stündlich, die an einen Zehn-Knoten-

Konvoi gebunden ist, schwindet dahin. Die Luftmacht ist in der Lage, ihr eigenes logistisches System zu liefern.« Ähnlich begeistert äußerte sich die »Times« im Februar 1949: »Die Luftbrücke hat sich als ein großes strategisches Übungsfeld erwiesen. Alle früheren Erfahrungen über die Möglichkeiten der Luftversorgung im Krieg sind durch die Berliner Erfahrungen völlig über den Haufen geworfen worden.« Dann kommt auch noch der Kriegsgeneral der Nazi-Wehrmacht, Hans Speidel, zu Wort, in seiner Eigenschaft als Sicherheitsberater des Kanzlers Adenauer, im Winter 1948/49 in geheimer Mission in den USA, um dort Gespräche über einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag zu führen. Er hat ein Memorandum »Gedanken zur Sicherung Westeuropas« vom 15. Dezember 1948 verfaßt, in dem er die »praktischen Erfahrungen bei der Luftbrücke Berlin« für eine künftige Luftkriegsführung jenseits der »zum Teil noch zu gewinnenden Elbelinie« hervorhob. Diese Elbelinie war dann »gewonnen«, als die Bundesrepublik Mitglied der NATO wurde.

Ich möchte betonen, daß ich mich bei diesen Beschreibungen und Zitaten ganz eng an den Text von Gerhard Keiderling halte, der zum Abschluß seines Kapitels »Der Sieg der »Air power«-Doktrin« noch die spektakulären Erfolge der amerikanischen Industrie behandelt, die ihr die Luftbrücke beschert hat. Das Budget der Luftwaffe im Steuerjahr 1949 war doppelt so hoch wie 1948; auch die Marine-Luftwaffe profitierte davon. Bei Boeing und bei Douglas Aircraft lief die Produktion nach der Flaute der Vorjahre wieder auf vollen Touren. Neue Fernbomber, Transportmaschinen und Düsenjäger kamen auf den jetzt wieder begierigen Rüstungsmarkt. »Zum ersten Mal seit Kriegsende«, so »Business Week« im Juni 1948, »ist die Luftfahrtindustrie aus den roten Zahlen heraus«. Große Profite machten auch wieder die Ölgesellschaften. Fazit: »Nach der katastrophalen Geschäftslage von 1947 war die Berliner Luftbrücke für die gesamte amerikanische Industrie ein Segen«. Hinzu kam dann noch: Der Korea-Krieg stand vor der Tür.

General Clay hat in seinem Buch »Decision in Germany« durch mehrere Bemerkungen diesen militärischen Aspekt des Unternehmens Luftbrücke unterstrichen. Außerdem, so

schreibt er wörtlich: »Die sowjetische Aktion hatten wir seit ein paar Monaten vorausgesehen.« Dann wußte er also auch, welche Ursachen dafür auf seiner Seite geschaffen worden sind. Am 19. Juli 1948 schickte er ein Kabel nach Washington, in dem der entlarvende Satz stand: »Unter den heutigen Verhältnissen können nur wir die Führung der Welt übernehmen...!« Und mit Stolz schrieb er: »Die ›Operation Vittles‹, wie die Luftbrücke von den Fliegern genannt wurde, wuchs von den paar altmodischen Maschinen, die wir in Deutschland hatten, zu einer Flotte fliegender Transportgiganten, die am Rekordtag beinahe 13 000 Tonnen in drei Lufthäfen brachten. Wir sollten insgesamt 160 C-54 bekommen. Modernste Radartechnik ermöglichte Landungen unter fast unglaublichen Wetterverhältnissen und mit erstaunlicher Sicherheit. Der Sendeturm von Radio Berlin (er meinte den Sendeturm des Berliner Rundfunks für die sowjetische Besatzungszone) erhob sich in geringer Entfernung von der Rollbahn des Tegeler Flugplatzes und gefährdete den Verkehr ... General Ganeval (der französische Stadtkommandant) schickte seine Sprengfachleute aus und ließ den Turm in die Luft sprengen ... Zusammen mit den Briten konnten wir im Frühjahr 1949 täglich im Durchschnitt 8 000 Tonnen einfliegen. Es war sicher, daß die neuen Flugzeuge, die jetzt gebaut wurden, diese Tonnage verdoppeln konnten. Wir sammelten für militärische und zivile Zwecke unschätzbare Erfahrungen im Einsatz von Lufttransportmitteln. Die Kosten der Luftbrücke sind sehr wohl durch ihren Beitrag zur nationalen Verteidigung zu rechtfertigen. Vielleicht hat die Luftbrücke auch noch anderen Nutzen gestiftet, der sich noch gar nicht abwägen läßt.« Der General, der das Unternehmen begonnen hatte, ohne daß eine regierungsamtliche Genehmigung vorlag, wußte sehr genau, was da von ihm in Szene gesetzt worden war.

So gesehen war also alles in Ordnung; ja, man hatte eigentlich sogar allen Grund, für die entstandene Situation dankbar zu sein, die so viele militärische und ökonomische Vorteile eingebracht hat. Außerdem war man ja – im Gegenzug – nicht untätig geblieben. Auch darüber hat General Clay geschrieben: »Als die Sowjets unseren Verkehr mit Berlin blockierten, veranlaßte ich sofort eine Gegen-

blockade des Transports westdeutscher Waren, die nach Ostdeutschland gehen sollten. Dabei unterstützte mich mein britischer Kollege. Wir sperrten allen Frachtverkehr auf dem Schienen- und Wasserweg zwischen Westeuropa und der sowjetischen Zone ... Unsere Gegenblockade mußte, so viel stand fest, für Ostdeutschland peinlichere Folgen haben als für den Westen. In Ostdeutschland fehlte es an Kokereikohle und Stahl. Aus dem Gebiet hinter dem eisernen Vorhang war nichts dergleichen erhältlich, weil die verfügbaren Mengen dort ohnehin nicht ausreichten. ... Im Frühjahr 1949 waren wir sicher, daß der Druck sich bemerkbar machte. Zwar konnten wir nicht mit genauen statistischen Unterlagen aufwarten, aber wir wußten, daß die ostdeutsche Wirtschaft stillstand, während sich in Westdeutschland die Produktion schneller als irgendwo anders in Europa steigerte.«

Neben all diesen Problemen, Konflikten und Fakten muß man sich dessen bewußt sein, daß die USA bereits im Herbst 1947 die D-Mark-Noten für die geplante separate Währungsreform herbeigeschafft und im Hamburger Hafen deponiert hatten (die Kisten waren adressiert an: General Clay), daß im März 1948 auf der Londoner Konferenz der drei Westmächte die Bildung eines westdeutschen Staates beschlossen worden war, daß am 20. Juni 1948 die Währungsreform in den drei Westzonen durchgeführt wurde, daß am 24. Juni 1948 die Westmark auch zum »legalen« Zahlungsmittel in Westberlin gemacht worden ist und daß im Mai 1949 die NATO gegründet wurde. Im August 1948 gab es einen Beschluß der Außenministerkonferenz der vier Mächte in Moskau, die D-Mark aus Westberlin wieder zurückzuziehen, aber die drei westlichen Stadtkommandanten haben diesen Beschluß nicht durchgeführt, was sicherlich nicht allein aus ihrer Kompetenz heraus geschehen war.

Die Westmächte, voran die USA, hatten der Sowjet-Union allerhand schwere, unverdauliche Brocken hingeworfen. Sie hat sie schlucken müssen, trotz aller »Gegenmaßnahmen«, die u.a. für die USA die antreibende Kraft der Luftbrücke ermöglicht hatte, die sich zu einem ungeheuren Gewinn für die amerikanische Militärmacht, für die amerikanische Rüstungsindustrie, für die amerikani-

sche Wirtschaft insgesamt und für das internationale Ansehen der USA, ihrer Rolle als Wachhund über die »Menschenrechte«, ihren Führungsanspruch in der Welt und Wahrer der »westlichen Werte« auswirkte. Ob der Anlaß für die Luftbrücke eine »Blockade« war oder auch nicht, das wird jetzt, nach fünfzig Jahren, keine Rolle mehr spielen. Sie ist als solche in allen Köpfen, in allen Archiven, in allen Bibliotheken und bei allen Medien bekannt, präsent, gespeichert, einbetoniert. Über die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, die von den USA und ihren westlichen Verbündeten nie durchgeführt, statt dessen permanent mißachtet worden sind, spricht ohnehin niemand mehr. Alle Maßnahmen der Westmächte vor der »Blockade« und der Luftbrücke waren ein Verstoß gegen die in Potsdam getroffenen Abmachungen. Wären sie beachtet und verwirklicht worden, hätte es diese ganzen Querelen 1948/1949 nicht gegeben.

Frankreich hat sich übrigens an der Berliner Luftbrücke nicht beteiligt. Es brauchte seine Flugzeuge für den Krieg in Indochina.

KARL GASS

Elke Thiel:

Die Europäische Union. Von der Integration der Märkte zu gemeinsamen Politiken,
Verlag Leske + Budrich Opladen
1998, 324 S. (36,00 DM)

Mit einem Anteil von nur sieben Prozent an der Weltbevölkerung, aber von 23 Prozent an der Weltwirtschaftsleistung, ist die jetzt 15 Länder umfassende Europäische Union ein wichtiger Faktor im internationalen Geschehen. Die Vertiefung der Integration und die Erweiterung der Union durch die Aufnahme neuer Kandidaten wird die Bedeutung der EU in den nächsten Jahren noch deutlich erhöhen. Europa ist zum Schlagwort geworden, zum bestimmenden Begriff, wenn es um Zukunftsfragen geht. An die Stelle der Eurosklerosis früherer Jahre ist eine Euro-Euphorie getreten, der sich kaum jemand entziehen kann.

Aber bis es soweit war, mußten viele Bar-

rieren beseitigt werden. Die europäische Integration ist ein schwieriger Entwicklungsprozeß, in welchem es nicht nur Fortschritte gibt, sondern auch Irrtümer und Rückfälle. Der Stand der Integration ist das Ergebnis jahrzehntelanger Bemühungen, im Grunde genommen bereits ein historisches Resultat.

Die Politikwissenschaftlerin und Europa-Expertin Elke Thiel gibt in ihrem Buch einen umfassenden Überblick über den Entwicklungsprozeß der EU. Beginnend mit der programmatischen Rede Churchills vom 19. September 1946, worin er die »Vereinigten Staaten von Europa« forderte, bis hin zu den Amsterdamer Beschlüssen des Europäischen Rats aus dem Jahre 1997 und der Verwirklichung der Währungsunion ab 1999 werden alle wichtigen Schritte auf dem Wege des Zusammenwachsens der in der EU vereinigten Länder aufgezeigt. Dabei geht die Autorin chronologisch vor, wobei die einzelnen Ereignisse, Beschlüsse und Maßnahmen jeweils knapp und sachlich kommentiert werden. Das vorliegende Werk erhält dadurch eher den Charakter eines Nachschlagewerkes als den eines Lesebuchs. Eindeutig überwiegt der Informationsaspekt, die Vermittlung von Sachzusammenhängen und Fakten. Demgegenüber tritt die Diskussion wissenschaftlicher Aussagen sowie die Erörterung der unzähligen, mit dem Integrationsprozeß verbundenen Probleme klar in den Hintergrund.

Als roter Faden zieht sich die These durch das Buch, daß der europäische Vereinigungsprozeß zunächst ein wirtschaftlicher Integrationsprozeß sei, dem die politische Integration folgen soll. Interessant ist, daß die Autorin hier jedoch mit großen Einschränkungen operiert, was auch in der Begrifflichkeit evident wird. Bereits der Untertitel zeigt dies, indem der »Integration der Märkte« eine »Integration der Politiken« gegenübergestellt wird. Die Wahl des Plurals macht deutlich, daß der europäische Einheitsstaat noch nicht auf der Tagesordnung steht. Ebenso wenig wie eine gemeinsame Sozialpolitik, Kulturpolitik, Sprache o.ä.

Von Anfang an, also bereits mit den Römischen Verträgen, wird als Weg zur Einigung Europas ein wirtschaftliches Integrationskonzept verfolgt. Dies unterscheidet die europäische Integration nicht unwesentlich von anderen Integrationsprojekten in der Geschichte

und ist wohl selbst Resultat des mehrmaligen historischen Scheiterns anderer, insbesondere militärischer oder politischer, Einigungsversuche.

Einen interessanten Exkurs im Rahmen des Buches stellt der Abschnitt »Europa der Regionen« dar (vgl. S. 62ff.). Anhand der Regionen läßt sich das Leitbild einer föderativen Struktur der EU definieren, auch als Gegenentwurf zur Überbürokratisierung, die sich heute für viele mit dem Namen Brüssel verbindet. Wenn auch in dem Buch die systematische und chronologische Darstellung von Ereignissen und Fakten dominiert, so gibt es doch auch Abschnitte, die von Konflikten handeln und in denen Ungereimtheiten der Europäischen Union angesprochen werden. Dies betrifft zum Beispiel das Kapitel zum Finanzsystem der Gemeinschaft (vgl. S. 109ff.). Daß reiche Länder wie Dänemark und die Niederlande, und lange Zeit auch Frankreich, hohe Zuweisungen aus der Gemeinschaftskasse der EU erhalten, ist kaum einzusehen. Ebenso wenig ist zu begreifen, warum der EU-Nettobeitrag Deutschlands drastisch angestiegen ist, obwohl sich die relative Reichumsposition Deutschlands seit 1990 verschlechtert hat. Völlig verrückt ist die EG-Agrarpolitik. Was hier vorgeht, hat weder etwas mit Marktwirtschaft zu tun noch mit einem fairen Ausgleich. Dagegen sehr viel mit Fehlsteuerung, Mißwirtschaft, Protektionismus und Lobbyismus (vgl. S. 135ff.). Die Zukunft der EU wird wesentlich davon abhängen, wie es gelingt, hier durch entsprechende Reformen Abhilfe zu schaffen.

Besonders breiten Raum nimmt das Kapitel über die Wirtschafts- und Währungsunion ein. Vom Barre-Memorandum (1969) über den sogenannten Werner-Plan (1970), den Bremer Gipfel (1978) und das Europäische Währungssystem (1979) zeichnet die Autorin den Weg nach bis zur Währungsunion, deren erste Stufe bereits am 1. Juli 1990 begann. Inzwischen ist bereits die zweite Stufe (seit 1. Januar 1994) fast ganz durchlaufen und die entscheidende dritte Stufe steht unmittelbar vor ihrem Beginn, am 1. Januar 1999. Wie im gesamten Buch geht es auch in diesem Kapitel nicht um eine Diskussion des »für« und »wider«, sondern allein um die Darstellung dessen, was passiert. Die Wirtschafts- und

Währungsunion und die schließliche Einführung des Euro als gemeinsame Währung der Teilnehmerländer erscheint mithin als »logischer Schritt in der Weiterentwicklung der europäischen Integration« (S. 161) und sonst nichts. Daß die parallel zu den Verhandlungen über die Wirtschafts- und Währungsunion geführten Verhandlungen über eine Politische Union mehr oder weniger gescheitert sind und »nur ansatzweise« (S. 162) zu Ergebnissen führten, wird en passant erwähnt, ist für die Autorin aber kein Anlaß, das gemeinsame Währungsvorhaben zu problematisieren und seine Erfolgsaussichten in Frage zu stellen.

Sehr wichtig für das Gesamtverständnis ist auch das Kapitel über die Außenbeziehungen der Europäischen Union (vgl. S. 238ff.). »Die europäische Integration hat dazu beigetragen, Europa eine Stellung in der Welt zu verschaffen, wie sie vor allem die kleineren europäischen Staaten heute allein kaum mehr erreichen könnten« (S. 238). In Rahmen dieses Kapitels werden auch weniger allgemeine, aber im Detail sehr komplizierte Fragen behandelt wie zum Beispiel die Einbeziehung ehemaliger Kolonien in die Zusammenarbeit oder die Gestaltung der Beziehungen zu Ländern wie Malta, Zypern und der Türkei. Malta beispielsweise hat seinen Antrag auf Aufnahme in die EU zurückgezogen. Die Türkei ist seit 1964 assoziiert, wird aber nicht aufgenommen.

Der letzte Teil des Buches ist der Zukunft der EU gewidmet – Europa 2000. Neben der Vollendung der Währungs- und Wirtschaftsunion stehen hier vor allem die Fragen der Osterweiterung der Gemeinschaft auf der Tagesordnung. Ferner die Finanzierung der EU nach 1999 und die unabdingbaren Reformen im Agrarbereich.

Im Anhang findet sich eine sehr nützliche Zeittafel – von 1946 bis 1996 alle wichtigen Ereignisse erfassend sowie Schlüsseldaten für die Zeit bis 2002. Das umfangreiche Literaturverzeichnis ist nach bestimmten Schwerpunkten systematisiert und erlaubt somit, sich in der Fülle der Literatur schneller zurecht zu finden.

ULRICH BUSCH

Roland W. Schindler: Rationalität zur Stunde Null. Mit Hannah Arendt in das 21. Jahrhundert, trafo verlag dr. weist Berlin 1998 (Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft, Bd. 6), 259 S. (32,80 DM)

Nach dem Scheitern des Staatssozialismus und den in diesem Zusammenhang verstärkt geführten Auseinandersetzungen über Stalinismus und Totalitarismus sowie den zeitnahen Debatten über Auschwitz und die Shoah, über Moderne und Postmoderne gewann das wissenschaftliche Erbe von Hannah Arendt (1906-1975), die bei Martin Heidegger und Karl Jaspers studiert hatte, eine neue Aktualität. Vertreter der unterschiedlichsten philosophischen und politischen Richtungen berufen sich darauf; die Palette reicht dabei von Konservativen (H. Geissler, R. Süßmuth, J. Gauck) über Liberale, Sozialdemokraten (E. Altvater, O. Negt) und demokratische Sozialisten (A. Brie) bis zur DKP (R. Steigerwald). Wie bei der Hinterlassenschaft aller großen Denker besteht auch hier die Gefahr, daß je nach Interessenlage selektierend vorgegangen wird.

Absicht der vorliegenden Schrift zum Werk Hannah Arendts ist es dagegen, »eine Einführung in ihr komplexes und auf faszinierende Weise kohärentes Gedankengebäude« (S. 11) anzubieten. Dem Verfasser (1963 geb., lehrt Politische Philosophie an der Universität Bremen) ist es gelungen, diesen Vorsatz in hoher Qualität zu realisieren. Es ist der hauptsächliche Vorzug der Studie, daß sie im zeitlichen Kontext mit dem fachlichen Entwicklungsgang die wesentlichen historischen, philosophischen, politologischen und nicht zuletzt methodologischen Erkenntnisse und Leistungen der exzellenten jüdischen Wissenschaftlerin erfaßt und zu einem Gesamtbild vereint.

Dazu werden nicht nur ihre gewichtigen Arbeiten aus allen Schaffensperioden herangezogen, sondern auch ihre zahlreichen Essays sowie die inzwischen aus dem Nachlaß publizierten Schriften.

Hier sollen vor allem drei besonders bedeutsame Problemkreise der Untersuchung hervorgehoben werden: *Erstens* – Auschwitz

und die Shoah. Den Ausgangspunkt für die Interpretation der politischen Theorie Arendts bildet deren These von der »Rationalität zur Stunde Null«. Diese Stunde Null kennzeichnet eine historische Zäsur von zweifacher Bedeutung: Auschwitz und die Shoah mit der »Fabrikation von Leichen« (S. 35ff.) als absoluten Traditionsbruch zum einen sowie die neue Qualität einer trotz allem zukunftsorientierten humanistischen Rationalität danach zum anderen. Namentlich mit ihren Untersuchungen zum Totalitarismus und anderen Gebrechen der Moderne benennt A. die Ursachen für das Scheitern der humanistischen Rationalität, sie resigniert jedoch nicht, sondern begreift die Stunde Null als eine Chance zu einem Neuanfang. »Ihre »neue Wissenschaft von der Politik« ist als ein Beitrag zu einer Welt zu verstehen, in der sich eine Geschichte, wie die der Shoah, nicht wiederholen sollte...Ihre methodologischen Anstrengungen können auch als eine persönliche Suche nach einem neuen Halt in der Welt, in der Auschwitz möglich war, gelesen werden.« (S. 26)

Zweitens – Begriff und Theorie des Totalitarismus. Entgegen der weit verbreiteten Praxis, die recht unterschiedlichen Varianten der Totalitarismustheorie unesehen in einen Topf zu werfen – beispielsweise undifferenziert die Auffassungen von Arendt einerseits und Carl J. Friedrich sowie Zbigniew Brzezinski andererseits gleichzusetzen –, arbeitet der Buchautor die Eigenart dieses Konzepts bei A. überzeugend heraus. Und dies nicht nur auf der Grundlage der bekannten Schrift über Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, sondern unter Einbeziehung aller relevanten Äußerungen. Eine besondere Rolle spielt dabei die Studie *Vita activa oder Vom tätigen Leben* (1958/60), in der vor allem die Kritik an der Moderne vertieft und weitergeführt wird. Im Unterschied zu Friedrich und Brzezinski, die von fünf, in einem idealtypischen Schema zusammengefaßten Merkmalen totaler Herrschaft ausgehen, vertritt A. eine historisch-beschreibende Variante des Totalitarismuskonzepts, wobei sie Totalitarismus nicht als politischen Kampfbegriff, sondern als soziologisch und politologisch bestimmten, der modernen Massengesellschaft zugehörigen wissenschaftlichen Terminus begreift.

Die entscheidenden Merkmale von totaler Herrschaft sieht A. in einer Ideologie, welche die individuelle Freiheit und Differenziertheit mißachtet, sowie im offiziellen Terror, der in menschenvernichtenden Konzentrations- oder Arbeitslagern kulminiert. Auf dieser Grundlage sieht A. auch die Wesensgleichheit zwischen dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus. Das führt sie aber auch zu der Schlußfolgerung, daß mit deren Beseitigung – auf die Sowjetunion bezogen: mit dem Tode Stalins – totalitäre Herrschaftsformen überwunden seien. Leider wird diese Annahme vom Autor unzureichend problematisiert, zumal A. selbst darauf verwiesen hat, daß auch stabile Demokratien nicht vor totalitären Entwicklungen gefeit sind. Die erwähnte Zäsur ist nicht zuletzt für die Bewertung der realsozialistischen Staaten und Gesellschaften relevant, denn diese sind mit der bloßen Dichotomie totalitär/nichttotalitär nicht zu erfassen. In der Regel begegnen uns hier vielmehr Mischformen von autoritären, despotischen, diktatorischen und auch totalitären Zügen. Letztere sind vor allem im totalen Machtanspruch und Machtmonopol der Avantgardepartei existent.

Drittens – Denken über die Zukunft. Diese Problematik behandelt der Autor vor allem im Zusammenhang mit Arendts Handlungstheorie sowie ihren Ansichten zu einer neuen Politik und neuen Philosophie. A. bewegen dabei vor allem zwei kardinale Gegebenheiten: »das Auftreten der Menschheit als greifbare politische Realität« (S.186) zum einen und das Fehlen von politischen Institutionen, die dieser Realität gerecht werden können, zum anderen. Sie hofft darauf, daß die Welt durch politisches Handeln verändert werden kann. In Anlehnung an den antifaschistischen Kulturkritiker Walter Benjamin (1892-1945) ist ihr dabei die Ambivalenz der historischen Entwicklung in der Moderne, die mit Fortschritten in der Naturbeherrschung und zugleich potentiellen Rückschritten in der Gesellschaft einhergeht, bewußt. Unter den Bedingungen der globalisierten Moderne sei ein neues philosophisches Denken erforderlich, in dessen Mittelpunkt eine an den Menschenrechten orientierte »Verständigung auf dem Grund der Differenz« – »Differenz« vor allem im Sinne von kultureller Verschiedenheit – steht. In diesem Rahmen soll schließlich die politische

Aktion dazu beitragen, die fragile, technische Einheit der Welt einem »weltumspannenden Gebilde verbündeter Staaten« anzunähern. (S. 233)

Besondere Aufmerksamkeit schenkt A. der inneren Verfaßtheit dieser Staaten, zumal sie der parlamentarischen Parteiendemokratie aufgrund der Praxis, die Bürger von der Macht fernzuhalten, politische Probleme in administrative Aufgaben aufzulösen und politisches Handeln zu Verwaltungsaktionen schrumpfen zu lassen, kritisch gegenübersteht. Der springende Punkt für sie ist die Frage nach der Bürgerbeteiligung in Staat und Gesellschaft. Hierzu bietet A. eine Lösung an, die manchen, der ihr Schaffen einseitig nur von der Totalitarismusproblematik her wahrgenommen hat, überraschen dürfte: das Eintreten für eine Rätedemokratie, der sie nicht zuletzt die Fähigkeit zuerkennt, das Vermächtnis demokratischer Revolutionen bzw. revolutionärer Bewegungen zu bewahren. Natürlich unterscheidet sich der von A. verwendete Begriff der Rätedemokratie prinzipiell von den bekannten kommunistischen Vorstellungen dazu. Er knüpft historisch an die amerikanische Revolution an, insbesondere an deren Orientierung auf die Volkssouveränität, die zentrale Bedeutung einer Verfassung sowie eine durch Gesetze abgesicherte Gewaltenteilung; er berücksichtigt darüber hinaus geschichtliche Erfahrungen bis hin zur ungarischen Revolution von 1956. Auf die Moderne und ihre Zukunft bezogen, ist dieses Begriffsverständnis – durchdrungen von den beiden Grundprinzipien der Pluralität und Natalität (als Bejahung menschlicher Spontaneität verstanden) – konsequent antitotalitär und antirassistisch. So sieht der Verfasser mit Recht die Aktualität der Arendtschen Theorie für die Politik im 21. Jahrhundert nicht zuletzt darin, »wie sie auch die Bedingungen für einen offenen Verkehr mit fremden Identitäten im Geist der Gleichberechtigung beschrieben hat.« (S. 241)

GERHARD LOZEK

Siegfried Wenzel:
Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-
Ökonomie, Dokumentation und
Erinnerungen, Scripta Mercaturae
Verlag St. Katharinen 1998, 195 S.
(36,00 DM) [I]

Siegfried Wenzel: War die DDR 1989
wirtschaftlich am Ende? Zum Produk-
tivitäts- und Effektivitätsvergleich der
Wirtschaften der BRD und der DDR,
hefte zur ddr-geschichte (hrsg. von
Gesellschaftswissenschaftliches
Forum/Helle Panke e.V.), H. 52,
Berlin 1998, 62 S. (5,00 DM) [II]

Der Autor, als langjähriger Stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission (SPK) der DDR verantwortlich für den Bereich Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, erweist sich als keineswegs nur kühler Rechner. Wiederholt hat er sich nach der Wende mit persönlich gefärbten Analysen zur Arbeit der SPK und zur DDR-Volkswirtschaft zu Wort gemeldet. Auch wenn gelegentlich der Frust der »verpönten Rechner« in seinen Arbeiten durchklingen mag und die SPK im Vergleich zum verantwortlichen ZK-Sekretär Günter Mittag deutlich besser in der Schuldbzw. Kenntnisfrage des Zustandes der Volkswirtschaft abschneidet, so ist die Identifizierung des Autors mit seinem Thema, das auch sein Leben war, zu spüren. Er leidet sichtlich unter der eigenen Inkonsequenz in der Vergangenheit, hat wie viele loyale SED-Mitglieder trotz des Wissens um eine verkehrte Politik funktioniert. Weder die Vorstellung, Schlimmeres mit seinem Bleiben zu verhindern noch der vermeintliche Glaube, »nur in kleinen Schritten und unter Irrtümern« die sozialistische Vision verwirklichen zu können, läßt er als Entschuldigung gelten. Gerade deshalb wendet er sich gegen die Auffassung, daß das DDR-Leben »ein ›umsonst gelebtes Leben‹« war: »Es kann mit der Formel ›gewagt und verloren‹ beschrieben werden; aber nach dem verlorenen kommt etwas, nämlich die Gewinnung von Erkenntnissen und Erfahrungen« (I/S. III).

Dafür setzt sich Wenzel vehement ein.

Wenn auch manche Argumente nicht unbekannt sind, so sind sie zweifellos von Erklärungswert für das Schicksal der DDR. Breiten Raum nehmen bei ihm die Ausgangsbedingungen des Ostens ein: die Kriegsverluste und die übermäßigen Reparationen an die UdSSR, die Teilungsdisproportionen, der fehlende Marshall-Plan, die Wanderungsverluste durch Fluchten in den Westen, die Abhängigkeit von der Sowjetunion (die er allerdings durchaus nicht einseitig als Nachteil sieht). Nachdrücklich verweist er darauf, daß genau diese Nachteile für den anderen deutschen Staat positiv zu Buche schlugen.

Insgesamt war für ihn die DDR »auf ökonomischem Gebiet faktisch bei der Entscheidung über jede einzelne Frage der wirtschaftlichen Entwicklung, der Gestaltung der Produktionsstruktur immer in einer Zwangslage: Die Beherrschung wichtiger Richtungen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung in der Welt war Voraussetzung, um zur Gruppe der fortgeschrittenen Industrieländer zu gehören und um an einen Wettbewerb überhaupt nur zu denken. Andererseits reichten dafür die Voraussetzungen und materiellen Bedingungen in keiner Weise aus. Es kam hinzu, daß die Wirtschaft der DDR aus politischen Gründen von Anfang an vom Weltmarkt und damit vom internationalen Austausch abgeschnitten war« (I/S. 108).

Ausführlich wird die Entwicklung der Planwirtschaft in der DDR abgehandelt und Leistungen wie Schwachpunkte dieses Systems werden beleuchtet. Da sind z.B. der zwingende Einfluß der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und die mit der Währungsunion 1948 vollzogene Spaltung, die beide wesentlich die DDR und ihre Wirtschaft begrenzten. Für den Wirtschaftler offensichtlich das größte Problem waren die ständigen voluntaristischen Eingriffe der Politik in das Wirtschaftsleben – die spätestens mit der 2. Parteikonferenz 1952 und dem Beschluß zum forcierten »Aufbau des Sozialismus« einsetzten. Diese Eingriffe sieht er in der ganzen Geschichte der DDR. Für Wenzel handelt es sich dabei um einen Konflikt grundlegender Art, der allerdings jede politisch gewollte und regulierte Wirtschaftsgestaltung berührt. Das Quantum dürfte wie bei jeder Medizin auch hier entscheidend sein.

Immer wieder kommt Wenzel darauf zurück. Auch im Kontext mit dem Neuen Ökonomischen System (NÖS) Ulbrichts und seiner Idee, die »Bilanzen zu ›brechen«, konstatiert er: »Die Unterordnung der ökonomischen Vernunft unter wünschenswerte, aber den ökonomischen Möglichkeiten nicht entsprechende politische Zielstellungen mußte zwangsläufig zu beträchtlichen Effektivitätsverlusten führen«(I/S. 47). Das NÖS als Reformversuch wird zwar gewürdigt, aber Skepsis zur Tragfähigkeit dieses Konzepts und der Realisierbarkeit der wirtschaftspolitischen Ziele Ulbrichts überwiegen. Zwei zentrale Argumente gegen diese Reform werden angeführt: Zum einen hätte es keine Möglichkeit gegeben, daß sich »die ökonomischen Kategorien wie Wert, Preis, Gewinn, Abschreibungen usw. ... auf der Grundlage objektiver Marktbeziehungen herausgebildet«(I/S. 43) hatten. Letztlich mußte zu ihrer Bestimmung auf den kapitalistischen Weltmarkt zurückgegriffen werden. Zweitens und entscheidend war aber, daß die Eigenverantwortung der Betriebe die Macht der SED-Führung in Frage stellen mußte. Wenzel resümiert: »Die Bedeutung – und politische Gefahr – des NÖS bestand darin, daß es der Ausgangspunkt für einen völlig anderen Weg der Leitung und Entwicklung der Wirtschaft hätte werden können. Das NÖS hatte deshalb hinsichtlich seiner Grundthesen keine Aussicht auf umfassende Realisierung«(I/S. 44).

Das Urteil zur Wirtschaftspolitik Honeckers fällt erstaunlich ausgewogen aus. Die eher sozialpolitisch ausgerichtete Umorientierung findet durchaus Zustimmung. Die Skepsis Honeckers gegenüber der bisherigen Ulbrichtschen Politik teilt Wenzel augenscheinlich. Er kann mit Ulbrichts »Überholen ohne Einzuholen« wie viele Zeitgenossen und die meisten heutigen Kritiker nichts anfangen. Aber eigentlich war gerade diese Position Ulbrichts weitsichtig, wenn auch versucht wurde, diese mit untauglichen Mitteln in einem dafür zu unbeweglichen und undemokratischen System durchzusetzen. Denn genau darauf verzichtete Honecker, der mit seinem »Kurs der Hauptaufgabe« nicht nur notwendige sozialpolitische Leistungen auf den Weg brachte, sondern vor allem den – vergeblichen – Versuch unternahm, dem Westen hinsicht-

lich der Konsumstandards Paroli zu bieten. Er wollte dem Westen hinterherrennen, nicht etwas grundsätzlich Neues schaffen.

Die Honeckersche Wirtschaftspolitik, so weist allerdings Wenzel nach, geriet in dem Moment in Schwierigkeiten, da sie sich in der absichtsvoll aufgestellten »Schuldenfalle« verfang. Hier werden wahrscheinlich jedoch Sachzwänge und Strategie verwechselt. Denn erst über veränderte weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen (Erdölpreis) und das Einschlagen eines unangemessenen Kurses durch die DDR und andere Ostblockstaaten mit einer Konsumpolitik des ungedeckten Vorgriffs auf die Zukunft wurden Strategien in Sachzwänge umgewandelt. Überzeugender legt er die fatalen Folgen der Erdölpreisentwicklung seit Mitte der siebziger Jahre für die DDR dar. Nur, auch hier bleibt die Frage, warum es die DDR nicht geschafft hat, auf andere Alternativen frühzeitig genug auszuweichen. Eine Volkswirtschaft, die letztlich auch nach der weitgehenden Erdölablösung anfangs der achtziger Jahre, jedesmal klagt, daß sie weiterhin zu wenig geliefert bekomme und die dann noch ein Großteil des Öls meist veredelt reexportiert, ist offenkundig sehr einseitig entwickelt.

Große Mühen wendet Wenzel auf, um die Frage zu beantworten, ob die DDR 1989 bankrott war. Da er dies letztlich an zwei Kriterien festmacht: einem »langanhaltenden Rückgang der Produktion bzw. der Leistung einer Volkswirtschaft, der zum ökonomischen und sozialem Kollaps führt« und der »Zahlungsfähigkeit einer Wirtschaft, die besonders im Unvermögen sichtbar wird, ihre fälligen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland zu erfüllen«(II/S. 6), kann er dies für die DDR mit gutem Gewissen bis 1989/90 verneinen. Augenscheinlich übersieht er aber, daß eine lang andauernde Wirtschaftskrise für staatssozialistische Länder offenkundig bereits identisch mit einer Stagnation der entscheidenden Leistungen war. Wenn angesichts ausufernder Subventionen zur Stützung eines ökonomisch nicht gerechtfertigten Konsumniveaus Akkumulation verhindert und Zukunft »aufgegessen« wird, dann ist das weit fataler als jede zyklische Krise in kapitalistischen Staaten. (Wenig hilfreich ist in diesem Zusammenhang die Verwendung ungeeignete-

ten Zahlenmaterials aus dem »geschönten« »Statistischen Jahrbuch der DDR« von 1989. Auch wenn das Jahrbuch des Folgejahres keine grundlegend anderen Tendenzen auswies – allerdings andere Zahlen und Zusammenstellungen –, so sind sie doch anders gewichtet und entsprechen eher seriöser Wissenschaftlichkeit.) Denn die staatssozialistischen Gesellschaften mit ihrem Anspruch auf Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und der steten Konfrontation mit ihrem westlichen Pendant waren durch Wirtschaftskrisen immer auch politisch bedroht. Ausschlaggebend war deshalb, letztlich auch psychologisch, daß verfallende Innenstädte, latente und wachsende Versorgungsmängel (bei durchaus eher anspruchsvollen Waren und Dienstleistungen) und fehlendes Material in den Betrieben im Kontrast zu den realen Wirtschaftsdaten ein weitaus düsteres Bild zeicheten. Gepaart mit fehlender Demokratie, damit Öffentlichkeit und Diskussion, zerstörte dies das Vertrauen in den Staat und damit die Grundlagen der Macht des Politbüros ebenso wie den sozialistischen Anspruch.

Insofern sind auch die Anstrengungen Wenzels, die reale Auslandsverschuldung der DDR bei »nur« rund 15 Mrd. US-\$ festzumachen (vgl. II/13) zwar erfreulich für die DDR, aber sonst nicht allzuviel wert (zumal hier auch Verbindlichkeiten zugerechnet wurden, die nicht zu realisieren waren). Im Unterschied zu den großen kapitalistischen Volkswirtschaften mit ihren Schulden in der Höhe von Billionen \$ oder DM waren die realsozialistischen Staaten schon mit viel weniger tödlich zu treffen. Eigene Devisenquellen hatten sie nicht oder nur wenige, Außenhandel mit Hartwährungsländern war für sie überlebensnotwendig, und daher vor allem waren sie politisch und ökonomisch erpressbar.

Dem Fazit von Wenzel, daß die DDR wirtschaftlich 1989 nicht bankrott war und seiner Polemik gegen das Vernichten von DDR-Eigentum durch die Art der Vereinigung mit der Bundesrepublik ist zweifellos zuzustimmen: »Das ›Unternehmen DDR‹ wurde nicht fortgeführt, sondern seine Wirtschaft ohne flankierende Maßnahmen in das kalte Wasser der Marktwirtschaft geworfen«(II/S. 41). Und das bekam ihr wie bekannt ausnehmend schlecht.

Berechtigt erinnert Wenzel, der als Experte

an den Verhandlungen zur Währungsunion beteiligt war, daran, daß die Folgen einer solchen Politik vorab bekannt waren. Versuche von Experten beider Seiten, dem durch entsprechende Übergangsregelungen entgegenzuwirken, wurde durch Druck der Lobbyisten interessierter Wirtschaftskreise, »vor allem der Kaufhauskonzerne, mächtigen Warenketten und Versandhäuser« durch politische Entscheidungen gegen eine »Begrenzung der ›Freizügigkeit des Warenverkehrs‹«(II/S. 43) zunichte gemacht. Ob allerdings die Verwirklichung der Träumereien des Vorsitzenden der SPK, von Wenzel und Schalck-G. ab 1986 von einer möglichen Konföderation (vgl. II/S. 14) mit der Bundesrepublik mehr gebracht hätten, ist höchst ungewiß. Wenig überzeugend ist die Behauptung, daß genau diese Überlegungen Ursache für die relative Offenlegung der Wirtschaftsdaten vor dem Politbüro am 30. Oktober 1989 gewesen wären.

Für eine andere Aussage liefert Wenzel jedoch eindeutiges Material. Das Wirtschaftssystem des Realsozialismus, das administrative Kommandosystem, war spätestens in den achtziger Jahren endgültig gescheitert. Das war kein DDR-Problem, sondern eines des gesamten Ostblocks. Im Unterschied zu einigen Verbündeten hatte die DDR-Führung sich aber gerade in den achtziger Jahren jeder ernsthaften Reform verweigert. Daran läßt Wenzel letztlich auch keinen Zweifel. Für ihn ist klar und sein Buch liefert dafür gute Argumente: Der Staatssozialismus ist »auf der Grundlage der bisherigen Konzepte und ›Lehrmeinungen‹ ... nicht zu reanimieren. Nostalgische Träume zu pflegen ist vertane Zeit«(I/S. 177). Die unantastbare Führungsrolle der Partei und das auf ihr basierende Machtsystem sowie die Verstaatlichung (allerdings auch das Gruppeneigentum jugoslawischen Zuschnitts) waren untauglich für eine erfolgreiche Wirtschaftsordnung. Allerdings verweist Wenzel ebenso vehement auf die Mängel der zunächst erfolgreichen kapitalistischen Marktwirtschaft. Berechtigt fordert er ein weiteres Nachdenken über ›dritte Wege‹. Hier kann ihm nur zugestimmt werden.

Wenzel sollte mit seinen profunden Erfahrungen über jene wirtschaftlich rationale, sozial ausgerichtete Wirtschaftsstruktur nachdenken, die jeder Alternativversuch zum heu-

tigen Kapitalismus brauchen wird. Das ist auch die Aufforderung an alle kritischen Leser, denn was war, das können wir schon weit genauer erfassen.

STEFAN BOLLINGER

Bodo Hombach:
Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte, mit einem Nachwort von Gerhard Schröder, Econ-Verlag München 1998, 229 S. (39,80 DM)

Bodo Hombach ist nicht schlechthin Minister im Kanzleramt. Er gilt schon seit längerem als der Berater von Gerhard Schröder. Man kann deshalb davon ausgehen, daß vieles von dem, was wir in seinem Buch lesen, das Denken und Handeln des neuen Bundeskanzlers beeinflusst. Daher ist es auch nicht zufällig, daß Schröder das Nachwort zu diesem Buch geschrieben hat.

Die zentralen politischen Botschaften formuliert Hombach schon in seinem Vorwort: »Wir leben in einer blockierten Gesellschaft... Die Prozesse und Institutionen, die heute noch für Blockaden in Gesellschaft und Politik verantwortlich sind, können und müssen umgebaut und aktiviert werden... Wer den Status quo des Wohlfahrtsstaates verbissen verteidigt, ist in Wahrheit sein Totengräber... Es gilt, zu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft zurückzukehren.« Das zentrale Stichwort des Autors heißt »der aktivierende Staat«. Wörtlich seine Botschaft: »Wir müssen den Sozialstaat vom Sicherheitsnetz zum Trampolin machen, von der Hängematte zum Sprungbrett, das den einzelnen zurückfedert in das Arbeitsleben, in Eigenverantwortung, in die Teilhabe an der Gesellschaft... Die Konsequenz: Jeder Job ist besser als gar keiner.«

Diese Überlegungen sind nicht weltfremd, sie sind machbar und in anderen Ländern wie in den USA oder auch in den Niederlanden schon Praxis. Ein großer Teil der Schrift ist deshalb auch der Politik in diesen Ländern gewidmet. Es geht Hombach offenbar darum, das von ihm als machbar erkannte auch in Angriff zu nehmen, statt weiterreichenden Idealen zum Durchbruch zu verhelfen. Er schreibt,

daß in der heutigen Welt Ideale wichtig sind. Es sei aber fatal, Ideologien anzuhängen. Dem ist zwar zuzustimmen; gemeint aber ist offenbar ein Bekenntnis zum Pragmatismus, ohne auf weiterreichende Ziele und Ideale einzugehen.

Wenn Hombachs Konsequenz lautet: »Jeder Job ist besser als gar keiner«, dann impliziert dies auch andere Konsequenzen: Die sozialen Gräben der Gesellschaft werden nicht zugeschüttet, sondern nur verlagert. Das Wort soziale Gerechtigkeit kommt deshalb auch bei ihm so gut wie nicht vor. Eine sozial gerechte Gesellschaft ist somit kein Ziel mehr, kein Ideal. Und da zeigt sich auch, wohin schlichter Pragmatismus führt. Zwar ist es besser, wenn Leute einer Arbeit nachgehen als gar keiner. Aber gleichzeitig bedeutet das, sich mit einer Gesellschaft abzufinden, die gespalten ist in diejenigen, die gut bezahlten und sicheren Jobs nachgehen und solchen, die sich am Rande in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen von zwei bis drei Billigjobs über Wasser halten müssen.

Allgemein formuliert Hombach zutreffend: »Die finanzielle Krise des Umverteilungsstaates ist gleichzeitig die herausragende Chance des aktivierenden Sozialstaates«. Oder: »Wo er Gelder statt Chancen verteilt, fährt der Sozialstaat einen Crashkurs« (S.199). Vom Sicherheitsnetz zum Trampolin. Also, den einzelnen nicht nur auffangen, sondern zurückfedern in das Arbeitsleben, in Selbstbewußtsein, Eigeninitiative und Eigenverantwortung, in die Teilhabe an der Gesellschaft. Auch die Feststellung, daß die Sicherungssysteme von der Alternative ausgehen, einen Vollarbeitsplatz zu haben oder arbeitslos zu sein, muß unter den Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit zur Falle werden (vgl. S. 202). Hombach plädiert für eine steuerfinanzierte bedarfsorientierte Grundsicherung. Dabei könnten arbeitsmarktpolitische Effekte erzielt werden, wenn künftige eigene Einkommen nur zu maximal 50 Prozent auf die Sozialtransfers der Grundsicherung angerechnet würden.

Hombach setzt sich auch für eine Subventionierung der Sozialabgaben im Niedriglohnssektor ein. Nur durch eine dauerhafte Ausweitung der Beschäftigung in den binnenabsatzorientierten Dienstleistungsbereichen könnten Menschen, die nicht in die »olympiareifen«

Belegschaften passen, ihren Platz finden – und den Weg zurück in besser bezahlte Beschäftigung (vgl. S. 203). Alles nicht von der Hand zu weisen. Aber das sind alles nur Antworten für gering Qualifizierte. Das Problem der Massenarbeitslosigkeit läßt sich aber bei weitem nicht darauf reduzieren. Die Frage ist, ob lediglich gering qualifizierte Beschäftigung bei den Sozialabgaben subventioniert werden soll oder ob nicht besser Arbeitszeitverkürzungen durch Abstriche bei den Sozialabgaben stimuliert werden sollten. Hier gibt es verschiedene Modellvorstellungen, die aber spricht Hombach gar nicht erst an.

Der Autor hat sicher recht, wenn er sich gegen eine Alternative ausspricht, die in den achtziger und der ersten Hälfte der neunziger Jahre oftmals angeboten wurde: Auf der einen Seite mehr Planung und Dirigismus, noch mehr und noch teurere Programme für das Herumkurieren an den Symptomen, mehr Geld für den Staat – und alles werde gut. Oder auf der anderen Seite Deregulierung um jeden Preis, Abbau des Sozialstaates, Unterwerfung aller Politik unter die Standortlogik.

Was bietet Hombach demgegenüber an? Er meint, daß kein Weg zur traditionellen Politik der Verteilung zurückführe. Offen bleibt, ob Hombach nur die »traditionelle« Verteilungspolitik oder Verteilungspolitik generell in Frage stellt. Gerade heute ist Um-Verteilungspolitik notwendig, so zum Beispiel der Gewinne aus der Hochtechnologie-Exportwirtschaft in die personalintensiven regionalen Wirtschaftskreisläufe und die personenbezogenen Dienstleistungen. Das ist zwar nicht traditionell – aber ohne Umverteilung, die durch den Staat initiiert und gefördert wird, geht es nicht.

Das hat nichts mit Staatsgläubigkeit zu tun, von der sich Hombach zu Recht verabschieden will. Er merkt an, daß die Parteien sozialdemokratischen Typs, die aus Wahlen als Sieger hervorgegangen seien, sich von der »Steuer- und Ausgabenpolitik der siebziger Jahre endgültig verabschiedet« hätten. Die Strukturbrüche in der Arbeitswelt, die Wertedifferenzierung, der demographische und der sozialstrukturelle Wandel verlangten eine Modernisierung der Institutionen und der Politikkonzepte. Soweit, so gut. Was Hombach dann aber anbietet, ist die reine Enttäuschung.

In Zukunft müsse der Staat eher wie eine

Konzernzentrale gedacht werden (vgl. S. 66). Das nationale Regelwerk müsse flexibilisiert werden und auf einer neuen, vor allem auf der europäischen Ebene um Instrumente der Verhandlung und des Interessenausgleichs ergänzt werden. Und, »überall muß das Element der Eigenverantwortung gestärkt werden, wenn das Gesellschaftssystem in der sich immer weiter dezentralisierenden Informationsgesellschaft anpassungsfähig bleiben soll...« (S. 68). Keine Regelungsmonopole mehr, sondern gerechte Regelsysteme für wechselnde Wettbewerbsbedingungen und individuelle Herausforderungen. Und dann kommt der Lieblingsbegriff des Autors wieder, der vom »befähigenden«, »aktivierenden Staat« und das Bild vom »Trampolin«. Der Autor dreht sich im Kreise. Und was heißt eigentlich »Eigenverantwortlichkeit« sozialpolitisch konkret? Hier schweigt Hombach.

Er kritisiert die zu hohe Abgabenlast und Steuern, ähnlich wie das Konservative und Liberale tun. Seine Schlußfolgerung, es gehe um eine neues Steuerungsmodell, das sehr viel mehr Kreativität brauche, Innovationsbereitschaft und den langen Atem der vorausschauenden Politik, als das alte, dirigistische Modell – das klingt in dieser Allgemeinheit gut, bleibt aber seltsam abstrakt und kaum handhabbar. Man möchte meinen, es handelt sich eher um schöne Worte als um eine durchdachte neue Konzeption. Da kann auch Pragmatismus nicht viel ausrichten.

Relativ konkret hingegen beschreibt Hombach die Themen, die bei einem Bündnis für Arbeit angepackt werden müßten. Die Ausgestaltung einer beschäftigungsorientierten Lohnpolitik; die Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten mit einer Steuerreform; Regelungen über einen Kombilohn; differenzierte Arbeitszeitverkürzungen und die Neugestaltung der Mitbestimmung (vgl. S. 123f.). Er geht davon aus, daß heute linke Politik »Fairness« sei, »sowohl gegenüber denen, die Hilfe brauchen als auch gegenüber denen, die diese Hilfe leisten sollen« (S. 198). Auch das ist reichlich nebulös. Was heißt Fairness gegenüber denen, die »Hilfe leisten sollen«? Wer ist das? Für Hombach heißt das Zukunftsprojekt »Modernisierung der Mechanismen, mit denen der Staat Chancengleichheit herzustellen versucht« (S. 198). Und seine Maxime

lautet: »Wir brauchen Gleichheit beim Start, nicht im Ergebnis, eine Politik der zweiten Chance.« Richtig, eine zweite Chance, die aktivieren soll. Aber gibt es eine Gleichheit beim Start überhaupt in einer kapitaldominierten Gesellschaft? Linke Politik sollte bei ihrem Anspruch bleiben, die Ungleichheit beim Start zumindest zu relativieren. Und sie sollte am Ziel einer sozial gerechten und emanzipatorischen Gesellschaft festhalten. Das aber sucht man bei Hombach oft vergebens.

HORST DIETZEL

Pierre Bourdieu u.a.:

Der Einzige und sein Eigenheim,
Schriften zu Politik & Kultur 3,
hrsg. von Margareta Steinrücke,
VSA-Verlag Hamburg 1998, 206 S.
(36,80 DM)

Die kleinbürgerliche Sehnsucht nach dem Einfamilienhaus und die neoliberale Wohnungspolitik, die Illusion des einzelnen und der Mechanismus des Marktes sind Themen, auf die Pierre Bourdieu als politisch engagierter Soziologe immer wieder zurückkommt. Der vorliegende Sammelband vereinigt die diesbezüglichen empirischen und theoretischen Erkenntnisse Bourdieus und der Mitautorinnen.

Der Titel des Sammelbandes – von Herausgeberin und Verlag in Anlehnung an Kaspar Schmidts alias Max Stirners, vom jungen Marx in der Deutschen Ideologie heftig attackiertem Hauptwerk »Der Einzige und sein Eigentum« gewählt – läßt inhaltlich weniger vermuten, als tatsächlich geboten wird: Er handelt nicht vom *Einzigen*, sondern vom ökonomischen und sozialen Bedingungsgefüge, das den *einzelnen* dazu bringt, die folgenschwere Entscheidung zum Erwerb eines Häuschens zu treffen, und das *eigene Heim* steht nicht für sich, sondern ist das *Beispiel* für den Mythos des Marktes schlechthin.

Die Texte zu den Auswirkungen des Kaufs eines selbstgenutzten Hauses auf Lebenssituation und -plan der Eigentümer sowie zu den Bedingungen, unter denen der Erwerb zustande kommt, nehmen, sieht man/frau von den

konkreten Details der französischen Verhältnisse ab (wobei den deutschen Lesern schon Kürzungen und Weglassungen entgegenkommen), für Frankreich das an Erkenntnissen verallgemeinert vorweg, was sich in Deutschland insbesondere seit dem 1997 verabschiedeten Eigenheimzulagengesetz zunehmend im Bereich der sogenannten Schwellenhaushalte abspielt: Was auf den ersten Blick für Familien mit geringen Ersparnissen und relativ niedrigen Einkommen als Vorteil – die relativ großzügige staatliche Unterstützung – erschien, erweist sich im nachhinein oft als unerträgliche Belastung und Enttäuschung. Statt in der vermeintlichen großen Freiheit finden sich viele als Eigentümer kleiner Häuser mit dem Lärm des Rasenmähers vom Nachbarn, in entfernten Orten ohne hinreichende Infrastruktur und in den Ketten restriktiver Kreditverträge wieder, aus denen oft nur die Zwangsversteigerung Befreiung bringt.

In der Mehrzahl der Beiträge werden die konkreten Bedingungen herausgearbeitet, unter denen neoliberale Politik den Schwenk vom sozialen Wohnungsbau zum Vorrang der Wohneigentumsförderung vollzog.

»Ein Zeichen der Zeit« (S. 17ff.) beschreibt auf der Grundlage von Interviews die Bestrebungen und irrefeleiteten Wünsche, aber auch die Desillusionierung und die Leiden der betroffenen Kleineigentümer. Dadurch, daß sie sich häufig auf für sie zu groß angelegte, weil mehr auf ihre Ansprüche als auf ihre Möglichkeiten zugeschnittene Projekte eingelassen haben, brachten sie sich selbst in eine von übermächtigen Zwängen beherrschte Lage. So funktioniert das Eigenheim wie eine Falle. Dabei wird deutlich, daß eine Politik, die scheinbar nur auf das Wohnen zielt, die ganze Gesellschaft zutiefst prägt: Mit den Banden des Hauseigentums wird die bestehende Ordnung befestigt. Oder wie Bourdieu an anderer Stelle (»Die verborgenen Mechanismen der Macht«, VSA-Verlag Hamburg 1997, S. 144f., 155) erläutert: Die Hinwendung zum Wohneigentum ist eines der wichtigsten Phänomene heutiger Entwicklungen; dies muß man begreifen, um die politischen Veränderungen zu verstehen, die »Entgewerkschaftlichung«, den Rückzug ins Private usw. usf.

Die Produktspezifika und das Produktionsfeld des Einfamilienhauses werden in »Eine

sichere Geldanlage für die Familie« (S. 26ff.) abgehandelt. Als auf die Familie bezogene, deren zeitliche Fortdauer voraussetzende und garantierende Investition hat das Eigenheim einen hohen Symbolwert. Das veranlaßt die anbietenden Firmen, das Massenhafte ihrer Produkte und ihre modernen Produktionstechniken unter dem Mantel des »Traditionellen« zu verbergen, wie schon der Blick auf die Werbefrospekte zeigt. Analysen zur internen Organisation und Personalstruktur einer großen Zahl von Firmen wurden durch Interviews mit Managern großer und mittlerer Gesellschaften ergänzt.

In »Ein Vertrag unter Zwang« (S. 84ff.) belegt die Analyse von Vertragsverhandlungen die nahezu konstante Abfolge von Sequenzen, in deren Verlauf sich Verkäufer von Häusern in Verkäufer von Krediten verwandeln, wobei sich der Käufer immer mehr dem Diktat des Kreditgebers beugen muß.

In »Der Eigentumssinn« (S. 130ff.) wird die soziale Genese des Präferenzsystems behandelt, das den einzelnen veranlaßt, statt zur Miete im eigenen Heim wohnen zu wollen. Dazu werden die Hauptfaktoren der Wohnnachfrage – soziale Laufbahn, Alter, Familienstand, Stellung im Familienzyklus und Kinderzahl der einzelnen Akteure im Zusammenhang mit bestimmten Marktlagen und den jeweiligen institutionellen Marktzugängen – untersucht. Danach hat der Erwerb von Wohneigentum vor allem bei den höheren und mittleren Angestellten des öffentlichen Dienstes sowie bei den qualifizierteren Arbeitern zugenommen. Diese Schichten haben relativ stabile Einkommenserwartungen, erfüllen also die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme langfristiger Kredite als inzwischen wesentlicher Bedingung zum Erwerb von Wohneigentum.

Mit den genannten Beiträgen zu den verschiedenen Aspekten des Einfamilienhauses werden die ökonomischen und sozialen Bedingungen und Folgen seines Baus und Erwerbs anschaulich problematisiert. Berücksichtigt man außerdem die hier nicht dargestellten ökologischen Auswirkungen des »Einfamilienhauses im Grünen« – auch bei von Herstellern angepriesenen »Öko-Häusern« gegenüber dem städtischen Mehrfamilienhaus vor allem der erhöhte Verbrauch von

Heizenergie, die Zersiedlung der Landschaft sowie der nahezu totale Übergang zum Individualverkehr und damit die Zerstörung des öffentlichen Personennahverkehrs –, so werden die negativen Folgen der neoliberalen Wohnungspolitik für Gesellschaft und Natur überdeutlich. Das gilt auch für Deutschland: Schließlich wurde von den vier wohnungspolitischen Vorhaben der vergangenen CDU/FDP-Regierung nur eins – die verstärkte Eigenheimförderung – verwirklicht; die anderen drei – der soziale Wohnungsbau sowie die Reformen des Mietrechts und des Wohngeldsystems – nicht.

Bei alledem geht es dem Verfasser und den Mitverfasserinnen aber um mehr als nur die spezielle Problematik des Wohneigentums, vielmehr steht diese als Beispiel für Grundsätzlicheres, wie Bourdieu im letzten, 1997 verfaßten Beitrag des Sammelbandes unter der Überschrift »Das ökonomische Feld« (S. 162ff.) explizit aussagt: Die Forschung zur Produktion und Vermarktung des Eigenheimes sollte insgesamt die theoretischen, besonders die anthropologischen Voraussetzungen der ökonomischen Orthodoxie auf die Probe stellen. Es ging und geht um den wissenschaftlichen Mythos des Marktes als angeblich reinen Mechanismus der Begegnung von Angebot und Nachfrage. Mehr oder weniger sei jeder Markt analog dem Eigenheimmarkt das Ergebnis einer doppelten sozialen Konstruktion, wozu der Staat einen entscheidenden Teil beisteuert: zum einen die Konstruktion der Nachfrage durch die Produktion bzw. Förderung der individuellen Dispositionen – hier in bezug auf Miete oder Kauf der Wohnung bzw. des Hauses – und zum anderen durch die Konstruktion des Angebotes, besonders auf dem Weg über die Kreditpolitik der Banken und die Gestaltung der Produktions- und Marketingbedingungen der Anbieter durch die entsprechende Wirtschaftspolitik. So wird schließlich am Beispiel des Eigenheims außerordentlich deutlich, daß nicht ein isolierter, absolut rational handelnder »homo oeconomicus« auf einem abstrakten Markt agiert, sondern daß die Entscheidungen von Kollektiven – Gruppe, Familie oder Unternehmen – in einem ökonomischen und sozialen Feld getroffen werden. Dabei sind die ökonomischen Strategien der

Handelnden sowohl in ihrer inkorporierten Geschichte verwurzelt als auch in ein komplexes System von Reproduktionsmustern eingebettet. Aufbauend auf diesen Forschungsergebnissen ließe sich somit eine ökonomische Theorie entwerfen, die stärker der praktischen Logik der Akteure Rechnung trägt, indem sie die sozialen Bedingungen der Entstehung ökonomischer Einrichtungen einbezieht.

Unter diesem Blickwinkel ist der Band nicht nur für wohnungspolitisch, sondern auch für ökonomisch und soziologisch Interessierte höchst lesenswert.

JOACHIM TESCH

Hansgeorg Conert:
Vom Handelskapital zur Globalisierung.
Entwicklung und Kritik der
kapitalistischen Ökonomie,
Westfälisches Dampfboot
Münster 1998, 579 S. (68,00 DM)

Je euphorischer hierzulande die Wortführer des Kapitals – von Henkel über Hundt bis Stihl – den Chancen der Globalisierung das Wort reden und je mehr Regierung und Gewerkschaften in die Defensive geraten, um so heftiger wird offenbar die vor allem von linken Theoretikern und Publizisten vorgetragene Globalisierungskritik. Auch das vorliegende voluminöse Werk kann und will auf das »G-Wort« in Titel und Gliederung nicht verzichten, beabsichtigt allerdings wesentlich mehr, als allein die Auseinandersetzung mit den jüngsten realkapitalistischen Entwicklungstrends. Conert geht es vielmehr um eine kritische Gesamtschau auf die kapitalistische Ökonomie, deren Fehlentwicklungen, negative Konsequenzen und Gefährdungspotentiale seiner nur allzu berechtigten Grundüberzeugung nach mehr denn je einer konsequenten Kritik – vom »Handelskapital bis zur Globalisierung« – bedürfen. Daß er mit seiner Titelwahl das Globalisierungsphänomen ohne einsichtigen Grund und auch (wie sich im Abschnitt 8.5, S. 376ff. zeigt) ohne triftige argumentative Rechtfertigung faktisch in den Rang einer eigenständigen Entwicklungsepoche des Kapitalismus, ähnlich der des Mer-

kantilismus (Handelskapital), erhebt, sei nur am Rande kritisch vermerkt. Wesentlich für die Beurteilung seiner Schrift ist der Anspruch, ein facettenreiches Studienmaterial vorzulegen, das nicht nur im akademischen Lehrbetrieb, sondern auch in der allgemeinpolitischen, außerschulischen Bildung sowie interessierten Autodidakten einigen Erkenntnisgewinn ermöglicht (vgl. S. 12).

Dem didaktischen Zweck entspricht vor allem der Aufbau des Buches, das Conert in zwei größere Teile gliedert – in einen eher grundsätzlichen Teil, der sich mit wirtschafts-, sozial und ideengeschichtlichen Aspekten der kapitalistischen Produktionsweise befaßt, und in einen zweiten Teil, der ihre ökonomische und soziale Dynamik seit Marx bis in die Gegenwart beschreibt, wobei die beiden abschließenden Kapitel zu den »Umrissen einer real-utopischen Alternative« und »zur Perspektive des entfesselten Kapitalismus« faktisch einen eigenständigen, über das Hauptanliegen des Buches hinausweisenden Teil darstellen. Die bemerkenswert klare Gliederung in Kapitel und (Unter)Abschnitte gestattet es zudem, das Buch auch für die Beschäftigung mit selektiven, quer zur systematischen Gliederung liegenden Themenkomplexen als Studienmaterial zu nutzen.

Im ersten Teil befaßt sich Conert zunächst in gedrängter Form mit den allgemeinen Merkmalen, der historischen Herausbildung und den sozialen Folgen der kapitalistischen Ökonomie, um sich schließlich ihrer theoriegeschichtlichen Begründung und Legitimation (von Smith über Locke bis Hobbes und Mandeville) sowie insbesondere der Marxschen Kapitalismuskritik zuzuwenden. Gerade die Diskussion der Marxschen Positionen, die keineswegs auf die im engeren Sinne ökonomischen Teile seines Werkes beschränkt bleibt und so durchaus anregende Gedanken zur Entfremdungsproblematik zur Zivilgesellschaft und der Rolle des Staates einschließt, präsentiert eine Fülle von Überlegungen, die im weiteren Fortgang der Darstellung interessanten Bezüge zu aktuelleren Entwicklungen aufzeigen (nicht zuletzt auch für den »real-utopischen Entwurf« im vorletzten Kapitel). Der zweite Teil, der die Entwicklung des »modernen« Kapitalismus der zurückliegenden ca. 130 Jahre zum Gegenstand hat, argumentiert

zunächst vor allem wirtschafts- und sozialhistorisch; d.h. heißt, es werden im wesentlichen die realgeschichtlichen Entwicklungen in (West)Europa und insbesondere in Deutschland als Grundlage zur Ableitung verallgemeinerbarer Entwicklungstrends herangezogen. Auch wenn das auf einer komplexen Problemsicht beruhende Vorgehen von Conert – er diskutiert keineswegs nur im engeren Sinne ökonomisch-soziale, sondern auch politische und ideologische bzw. theoriegeschichtliche Prozesse – grundsätzlich zu begrüßen ist, verschwinden bei ihm hinter der Rekapitulation des Geschichtsverlaufs mehr und mehr die systemlogischen Momente aktueller kapitalistischer Entwicklung. Diese treten dann im Kapitel 8, das der Kritik des ›postfordistischen‹ Kapitalismus der Gegenwart gewidmet ist, reichlich unvermittelt wieder auf den Plan, während sie für dem Zeitraum zwischen 1870 und 1970 einen eher randständigen Platz in der Darstellung innehatten. Ähnliches trifft schließlich auch für die Behandlungen der Wirkungen des Weltmarktes zu. Hier wird die »asymmetrische Struktur« der internationalen Arbeitsteilung bzw. des Weltmarkts überhaupt – abgesehen von einigen spärlichen cursorischen Verweisen auf Kolonialismus und Imperialismus (vgl. insbesondere S. 193ff.) bzw. die ›Dritte Welt‹ – faktisch erst in seiner ›entwickeltesten‹ Form und mit bedenklich eingeschränkter Perspektive auf die OECD-Welt in die Analyse eingeführt (vgl. S. 408ff.). Insgesamt erweisen sich neben den historischen Überblicksdarstellungen im zweiten Teil erneut die Ausführungen zur Theorienentwicklung – insbesondere zur Rolle des Neoliberalismus (vgl. S. 304ff.) und zur analytischen Leistungsfähigkeit regulationstheoretischer Konzepte (vgl. S. 274ff.) – als besonders gelungen.

Nach der bei aller unvermeidlichen Unvollkommenheit (und bei allen von Conert selbst immer und überall vorgebrachten Hinweisen auf die unvermeidlichen Lücken und Verkürzungen in der Darstellung – der Rezensent hat auf 478 Textseiten 284 derartige Vorbehalte gezählt) doch ausgesprochen gelungenen Kritik der aktuellen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus wagt sich Conert schließlich noch in das Labyrinth der Strukturen einer möglichen Alternative zum scheinbar alterna-

tivlos herrschenden Gesellschaftsmodell. Dabei treibt ihn eingeständenermaßen vor allem das Motiv zu zeigen, daß auch nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus sowjetischen Typs zumindest eine »Alternative zum Kapitalismus denkmöglich« (S. 443) ist. Und genauso wird das ›Denkmodell‹ einer »partizipatorisch bedarfszentrierten Produktionsweise« (mit ihren ›leitenden Normen‹, ›Kernstrukturen‹, ›Institutionen‹, ›Funktionsweisen‹ etc.) dann auch entwickelt – rein logisch-theoretisch. Auch das ist angesichts des allgemeinen Ratlosigkeit sicherlich bereits verdienstvoll. Aber auf die wahrscheinlich entscheidende Frage, wie und durch wen in der »erheischten Frist« ein derart »fundamentaler gesellschaftlicher Richtungswechsel« (S. 472) zu erzwingen wäre, weiß Conert, wie er am Ende selbst freimütig einräumt, auch keine befriedigende Antwort. Da bleibt dem Leser (wie auch dem Rezensenten) nur der ›Rückgriff‹ auf eine, durch die postsozialistischen Entwicklungen allerdings einigermaßen ins abenteuerliche gewendete Lieblingsmetapher des gescheiterten Sozialismus-Reformers Gorbatschow – »Das wird die Geschichte zeigen«.

ARNDT HOPFMANN

Detlef Nakath/Gero Neugebauer/
Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.):
»Im Kreml brennt noch Licht«.
Die Spitzenkontakte zwischen
SED/PDS und KPdSU 1989-1991,
Karl Dietz Verlag Berlin 1998,
287 S. (36,00 DM)

Dem Dietz Verlag und den rührigen Herausgebern ist es zu verdanken, daß die zeitgeschichtliche Dokumentenreihe zur späten DDR-Geschichte um einen weiteren Band ergänzt werden konnte. Es gibt allerdings Besonderheiten. Zum einen findet der Leser hier in der Stiftung Archiv der Parteien Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv und vor allem im gegenwärtig noch im Aufbau begriffenen Archiv der PDS gesammelte Dokumente zur Reflexion eines finalen Prozesses. In dessen Verlauf hat sich die DDR aufgelöst, wurde von der östlichen Supermacht aufgege-

ben und schlug den von einer Bevölkerungsmehrheit gewollten Weg in die deutsche Einheit ein. Nicht mehr das Ringen um eine andere, reformierte DDR stand nach der Maueröffnung im Mittelpunkt, sondern mehr und mehr die Bedingungen für den Untergang dieses Staatsgebildes zwischen Elbe und Oder. Zum anderen ist es das Bild einer Partei, die im rasanten Tempo ihre beanspruchte und exzessiv praktizierte Führungsrolle unter massiven Druck der selbstbewußt gewordenen Bürger und der potentiellen bundesdeutschen »Helfer« aufgeben mußte. Es ist der Wandel von der allmächtigen, anerkannten und gefürchteten Staatspartei stalinistischer Bauart zu einer relativ schwachen, von allen Seiten bekämpften, sich langsam zum demokratischen Sozialismus wandelnden Oppositionspartei mit gesamtdeutschem Anspruch. Damit verbunden ist schließlich die machtpolitische Abwertung dieser Partei auch in den Beziehungen zu ihrem bisherigen Vorbild, Lehr- und Zuchtmeister in Moskau. Das widerspiegelt sich in der Auswahl der Dokumente und ihrem wandelnden Inhalt. Der Untertitel »die Spitzenkontakte« verspricht mit wenigen Ausnahmen zuviel. Von den 42 ausgegrabenen Dokumenten, abgesehen von dem noch veröffentlichten knappen Bericht zum Moskau-Besuch von Krenz am 1. November 1989 und einer Botschaft Gorbatschows vom 24. November an Krenz im Vorfeld des Malta-Gipfels, behandeln nur neun tatsächliche beiderseitige Spitzenkontakte zwischen dem neuen SED/PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi bzw. dem Ministerpräsident Modrow und Michail Gorbatschow.

Hervorzuheben sind dabei die ersten Kontakte im Zusammenhang mit der Wahl Gysis und der eigentlich zentrale, allerdings von den Herausgebern schon zweimal andernorts veröffentlichten Berichts über das einzige direkte Treffen Gysis mit Gorbatschow anlässlich des Besuchs des Parteivorsitzenden am 2. Februar 1990 in Moskau. Nicht zufällig widerspiegeln die letzte persönliche Botschaft Gorbatschows, eine Urlaubseinladung für Gysi, und der Bericht über Gorbatschows belanglosen Auftritt bei einem Treffen von Parteidelegationen aus ost- und zentraleuropäischen Ländern am 15. November 1990 die Tragweite des Wandels im politischen

Koordinatensystem. Während hier die entmachteten Parteien, so wie Gysi, nicht zuletzt »aus psychologischen und emotionalen Gründen« die Solidarität Moskaus erbitten, muß der Chef der Führungsmacht nun selbst erklären, »daß auch die KPdSU mit der Solidarität der anwesenden Vertreter der Parteien aus Osteuropa rechne« (S. 147). Die haben er und mehr noch seine Partei inzwischen bitter nötig und mit ihrer Politik der vergangenen zwölf Monate kaum verdient.

Die anderen veröffentlichten Dokumente belegen, daß die PDS mit dem Wandel der sowjetischen Positionen sehr schnell als Partner bedeutungslos wurde. Sichtlich hoffte die sowjetische Seite, daß die PDS sich als sozialdemokratische Partei entwickeln und etablieren möge. Vor den Volkskammerwahlen waren zudem die Hoffnungen groß, daß die westdeutsche SPD einen entscheidenden Einfluß in der DDR und im vereinten Deutschland gewinnen könnte. Immer wieder drehten sich die Gespräche um Einschätzungen zur Rolle der SPD und einzelner Politiker. Moskau glaubte, hier eigene Interessen durchsetzen zu können. All das erwies sich als fehlerhafte Rechnung. Als Hauptakteur in vielen, besonders den späten Gesprächen, erscheint Valentin Falin als für internationale Beziehungen verantwortlicher Sekretär. Aber schon in seiner Person wird auch hier das Dilemma deutlich. Die Machtverhältnisse in Moskau hatten sich ebenso gründlich gewandelt wie die politischen Einstellungen Gorbatschows und seines Umfelds, zu dem Falin und seine ZK-Abteilung immer weniger gehörten. Gorbatschow baute auf die Stärkung der Rolle des Staates und sah sich immer mehr als Präsident und nicht als Parteiführer. Demzufolge mußten die nichtstaatlichen Parteibeziehungen bedeutungslos werden, zumal die osteuropäischen Parteien ihre Macht bereits verloren hatten. Vor allem aber hatte die sowjetische Führung zwischen Mitte November 1989 und Ende Januar 1990 ihre Neuorientierung zu den osteuropäischen Fragen unter dem Druck der Ereignisse und nach dem faktischen Eingeständnis der Niederlage im Kalten Krieg in Malta gegenüber den USA verändert. Osteuropa und auch die DDR waren nicht mehr zu halten und Gorbatschow suchte nur einen Weg, diesen Übergang für

das eigene Land attraktiv zu gestalten. Angesichts der sichtbaren Preisgabe der mit Blut geschriebenen Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges war das nicht einfach. Trotzdem war er an in diesem Fall bundesdeutschem Engagement für seine Perestrojka in der Sowjetunion interessiert.

Nüchternes Interessenkalkül bestimmte das sowjetische Handeln. Nach dem Ausfall der DDR als Partner und mit Honeckers Perestrojka-Verweigerung hatte Moskau kein überlebenswichtiges Interesse mehr an der DDR. Die Prozesse dort konnte sie immer weniger aufhalten und steuern, also orientierte sie sich neu.

Die PDS hatte »Pech«. Sie bekam diesen Kurswechsel nicht mit. Es wirkt rührend, wie Gysi in seinem ersten Telefonat und dann bei seinem Moskau-Besuch Gorbatschow seiner Bewunderung versichert und irgendwie auf sowjetische Unterstützung setzt. Die sowjetischen Versprechungen bleiben dagegen vage, ja doppelzünftig, da man sich von Woche zu Woche mehr mit einem Preisgeben der DDR und einer Verständigung mit der Bundesrepublik angefreundet hatte.

Für die PDS mußte dies ein Lernprozeß sein, der wohl erst mit dem »Putsch« von 1991 abgeschlossen war. Ihre reichlich abgedruckten internen Einschätzungen und Positionspapiere zur sowjetischen Politik widerspiegeln dabei mehr und mehr Hilflosigkeit und das Chaos in der UdSSR. Das hatten allerdings die sowjetischen Gesprächspartner – zunächst noch mit zur Schau gestelltem Optimismus – ihren Gästen ausführlich vermittelt. Schon im ersten Gespräch Gysis mit Politbüromitglied Alexander Jakowlew am Rande des Sonderparteitages der SED, Dezember 1989, nahm die Schilderung der Umgestaltungsprobleme den breitesten Raum des Berichts ein. Gysi und seinen Genossen mußten die eigenen Probleme da ziemlich klein vorgekommen sein. Aber es enthüllt eben auch den Blickwinkel der sowjetischen Seite. Sie war viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt und nicht zu einer ernsthaften politischen Intervention zugunsten der Reformkräfte und des Erhalts des realsozialistischen Lagers bereit. So versuchte Gysi immer wieder Gorbatschow für einen Besuch in der DDR und einem Auftreten zugunsten der

PDS zu überzeugen. Eine solche Handlung – die unter den damaligen Bedingungen und angesichts der großen Popularität Gorbatschows möglicherweise andere Weichenstellungen ermöglicht hätte – blieb aus.

Die PDS-Führung begriff natürlich, wenn auch verspätet, den Stimmungswandel in der DDR-Bevölkerung. Auch wenn sie sich nicht mit der deutschen Einheit anfreunden konnte – auch Modrows Konzept »Deutschland einig Vaterland« skeptisch bis ablehnend gegenüberstand –, suchte sie zu retten was zu retten war. Gysi wie auch Modrow versuchten immer wieder den sowjetischen Partnern Ratschläge für deren Auftreten gegenüber der Bundesrepublik zu geben. Die wurden aber wohl genausowenig gehört wie die der Falin-Gruppe im ZK.

Die Dokumente aus der Zeit vom November 1989 bis Januar 1991 geben manch interessanten Einblick. Aber sie widerspiegeln ab Februar 1990 nur noch einen Seitenstrang der politischen Auseinandersetzung. Gerade deshalb ist bei aller Begeisterung für das Ausgraben neuer Dokumente die Einordnung wichtig. Das geschieht teilweise mit dem informativen Einleitungsteil der Herausgeber, Interpretationsbedarf bleibt aber weiter.

STEFAN BOLLINGER

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden.

Wir bitten darum, möglichst die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere Autor(inn)en, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht über-

schreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 16:	je	2 DM
Beilage (1991)		1 DM
Dokumentation (zu Heinrich Fink)		4 DM
Heft 17/18 bis 47/48	je	4 DM
Heft 49 bis 72	je	2 DM
Heft 73/74	je	4 DM
Heft 75 bis 84	je	5 DM

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI (V.i.S.d.P.), ARNDT HOPFMANN,
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF

Herausgeber.: Förderverein Konkrete Utopien e.V.
Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMHEY und HELMUT STEINER
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL/MONIKA NOACK

Satz: MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,
10178 Berlin (Tel.: 030 - 2 40 09-561)

Druck: BärenDruck GmbH,

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 - 29390800)

Einzelverkaufspreis: DM 10
Jahresabonnement (incl. Versand):

DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): DM 120

Wie rasch altern doch die Leute in der SPD –!
Wenn sie dreißig sind, sind sie vierzig;
wenn sie vierzig sind, sind sie fünfzig,
und im Handumdrehn ist der
Realpolitiker fertig.

Kurt Tucholsky, 1932